

Solidarische Ökonomie in Europa
Betriebe und regionale Entwicklung
Internationale Sommerschule in Imshausen

Herausgeberin:
Clarita Müller-Plantenberg
Universität Kassel

Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)
Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung
Internationale Sommerschule in Imshausen
Kassel 2007
(Entwicklungsperspektiven Nr. 85/86)

kassel university press GmbH
www.upress.uni-kassel.de

ISBN: 978-3-89958-282-6

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Übersetzungen: Ute Herrmanns, Alexandra Stenzel, Norbert Bolte,
Clarita Müller-Plantenberg, Gertraude Grassi

Titelfoto: Dieter Gawora

Umschlaggestaltung: kassel university press GmbH, Kassel

Gedruckt bei: Druckerei der Universität Kassel

Universität Kassel
FB 5
Nora-Platiel-Str.5
34127 Kassel
Tel.: 0049 561 804 3152
Fax: 0049 561 804 3464
<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>

Die Debatte über *Entwicklungsperspektiven* steht überall auf der Tagesordnung. Einseitig an wirtschaftlichem Wachstum orientierte Vorstellungen haben verheerende materielle, soziale und psychische Auswirkungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa und den USA. Obwohl das am Wirtschaftswachstum orientierte Konzept längst kritisiert wurde, ist es nach wie vor für die Richtung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nach innen und außen maßgeblich.

Die Kritik muss mit konkreten *Entwicklungsperspektiven* für eine humanitäre Entwicklung verbunden werden. Technokratische Politik zur Entwicklung reicht ebenso wenig aus wie politische Utopien. Die Erarbeitung der Perspektiven ist in Wirklichkeit ein umfassender Lernprozess, der ein neues Verständnis von Politik und nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis von Technikern und Sozialwissenschaftlern erfordert.

So geht es in dieser Reihe *Entwicklungsperspektiven* darum, emanzipatorische Prozesse im Produktions- und Reproduktionsbereich (bzw. Ursachen für ihre Verhinderung) aufzuzeigen. In ihnen wird an die eigene Geschichte angeknüpft und die eigene Identität erneut gefunden. Die Analyse emanzipatorischer Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung, Produktionsorganisation ...) können hier wie dort Schritte auf dem Weg der Lösung von Abhängigkeiten hin zur Selbstbestimmung klären helfen.

Entwicklungsperspektiven sind heute schwer zu erkennen, daher suchen wir

- Berichte aus der Erfahrung demokratischer Organisationen, Analysen anderer Gesellschaften und Kulturen sowie ihrer Wirtschafts- und Lebensweisen.
- Auswertungen von Erfahrungen in Entwicklungsprojekten.
- Dokumente mit Hilfe derer die Lernprozesse aus diesen Erfahrungen von Europa nach Lateinamerika und vice versa vermittelt werden können.

LATEINAMERIKA-DOKUMENTATIONSSTELLE

Universität Kassel

FB 5

34109 Kassel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
<i>Heiner Fleischmann, Clarita Müller-Plantenberg, Martina Spohr</i> Einleitung - Motivation der Veranstalter	11
Regionale Entwicklung	15
<i>Claudia Sánchez Bajo</i> Regionale Entwicklung und Soziale Kohäsion in der EU	17
<i>Martin Häusling</i> Politik im ländlichen Raum	47
<i>Clarita Müller-Plantenberg</i> Solidarische Ökonomie und Regionale Entwicklung	55
Soziale Bewegungen und Solidarische Ökonomie in Italien	69
<i>Piero Gallina</i> Forlì-Cesena: Werte und Wert des genossenschaftlichen Modells	71
<i>Paolo Galeotti, Stefania Checchelani</i> Das Konsortium SOL.CO. Mantua	77
<i>Els Reynaert</i> Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie in Rom und Italien	99
<i>Livia Consolo</i> Sozialgenossenschaften und Kommunale Verwaltung in Italien	107

<i>Statistisches Institut Italiens (ISTAT)</i>	
Dienstleistungen, die in Sozialgenossenschaften Italiens angeboten werden – Ein Überblick	111
<i>Sachverständigengruppe für die Auftragsvergabe</i>	
Die Vergabe von Aufträgen für soziale Dienstleistungen seitens der Gemeinden und Lokalbehörden	115
Ausbildung	123
<i>Rosângela Alves de Oliveira</i>	
Universität und Solidarische Ökonomie: Die brasilianische Erfahrung im Aufbau einer Methodologie	125
<i>Bughard Flieger</i>	
Selbsthilfegenossenschaften	143
<i>Dario Carrera, Marco Meneguzzo, Alessandro Messina</i>	
Inkubatoren für Soziale Unternehmen – die Italienischen Erfahrungen	151
Ernährung	181
<i>Dietmar Groß</i>	
„Biologisch und regional vom Acker bis auf den Teller“	183
<i>Axel Holzhauer</i>	
Wassergenossenschaft in Großropperhausen	189
Energie	195
<i>Jürgen Klose</i>	
Gemeinsamer Aufbau der Ölmühle in Eiterfeld Großentaft	197
<i>Karsten Tent</i>	
Gemeinschaftsprojekte: Solardächer	205

Finanzierung	209
<i>Reiner Scheiwe</i>	
„Eine Gesellschaft, in der nur das Geld etwas wert ist, ist nichts wert“	211
<i>Heinz-Ulrich Eisner</i>	
Wie stärkt das regionale Zahlungsmittel die regionale Entwicklung und das kulturelle Leben?	217
<i>Hans Jürgen Fischbeck</i>	
Die B’Mark – ein Regiogeld-Projekt für die Uckermark	231
Vorschläge von Gemeinschaftsbetrieben - kommunale Antworten -	237
<i>Siegfried Franke</i>	
Landkreis Waldeck-Frankenberg	239
<i>Horst Pipper</i>	
Werra-Meißner-Kreis	245
<i>Georg Lüdtke</i>	
Über eigene Ideen dafür sorgen, dass man vor Ort Energie produziert, die man verkauft	249
Internationalen Erfahrungen und Solidarische Ökonomie in Europa	255
<i>Bruno Roelants</i>	
Der Beitrag der Genossenschaften zu langfristiger lokaler Entwicklung	257
Zu Rahmenbedingungen in Deutschland	263
<i>Burghard Flieger</i>	
Das novellierte Genossenschaftsgesetz als Chance für die Sozialwirtschaft	265

Imshäuser Erklärung 2006	275
Presseberichte	279
Handreichungen	291
Autorinnen und Autoren	293
LADOK – ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN	295

Vorwort

Die gemeinsam von der Universität, Gewerkschaft und Kirche in Nordhessen geplante Internationale Sommerschule „Solidarische Ökonomie in Europa: Betriebe und regionale Entwicklung“ entstand nach einer gemeinsamen Reise nach Italien, wo wir Sozialgenossenschaften besuchten, die sich regional zu Genossenschaftskonsortien in der Lombardei (Brescia und Mantua) zusammenschlossen hatten und dem Konsortium Gino Mattarelli angehörten, das die im ganzen Land existierenden regionalen Konsortien zusammenfasst.

In Rom lernten wir, wie Arbeiterbelegschaften aus insolventen Betrieben Genossenschaften aufbauten nachdem die Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung ein Gesetz erkämpft hatte, das die staatliche Unterstützung hierfür vorsah.

Schließlich konnten wir in der Emilia Romagna (Bologna und Modena) weitere Genossenschaften der Legacoop und Confcoop kennen lernen, die eine starke lokale Ökonomie nach genossenschaftlichen Prinzipien dort aufgebaut hatten.

Vertreter aus Genossenschaften, Landkreisen und Universitäten luden wir dann zu unserer gemeinsamen Sommerschule ein, um von ihnen zu lernen und ihnen Beispiele in unserer Region zu zeigen.

Wir hatten danach in Nordhessen Gemeinschaftsinitiativen und Betriebe besucht und für das Erfurter Sozialforum dokumentiert und konnten feststellen, dass vielfältige interessante Ansätze oft isoliert voneinander entstanden und wenig Austausch untereinander betrieben.

Solidarische Ökonomie setzt jedoch voraus, dass die Gemeinschaftsbetriebe nicht nur intern demokratische Strukturen aufbauen, sondern auch untereinander solidarisch sind und gemeinsam Forderungen gegenüber der öffentlichen Verwaltung ihrer Landkreise und Regionen ausarbeiten, mit ihnen kooperieren. Daher haben wir einige Vertreter nordhessischer Gemeinschaftsbetriebe und –initiativen aus den Bereichen Ernährung, Energie Finanzierung und Ausbildung eingeladen.

Aus diesen beiden Erfahrungen entstand unsere Sommerschule, die wir hier dokumentieren: Wir lernten zunächst gemeinsam etwas über die europäischen Rahmenbedingungen, die regionale Situation in Hessen sowie etwas über die aktuelle Situation der nordhessischen Landkreise. Darauf folgten die Berichte aus den italienischen Universitäten, Konsortien und Kommunen.

Während der vier parallelen Workshops berichteten die Betriebe von ihrer Realität und erarbeiteten gemeinsam mit den StudentInnen Bedingungen für den Aufbau und die Stärkung der solidarischen Ökonomie in der Region.

Abschließend bekamen wir vom Generalsekretär des europäischen Genossenschaftszusammenschlusses einen Überblick über einzelne Genossenschaften und Solidarische Ökonomie in Europa, die sich vorbildlich entwickelt hatten. Er machte deutlich, dass nicht immer das Kapital das wichtigste ist, vielmehr der Aufbau der Beziehungen und die Kooperation untereinander wesentliche Bedingung für eine zwar langsame aber dann doch regional verankerte und nachhaltige Entwicklung bildeten.

Wir danken dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie dem Akademischen Auslandsamt der Universität Kassel für die großzügige Unterstützung und können nun dieses Buch als Ausbildungskurs für andere Regionen zur Verfügung stellen.

Wir danken Silvana Lammers für die systematische Arbeit bei der Zusammenstellung und bei dem Layout des Buches, Dieter Gawora bei der Unterstützung der redaktionellen Bearbeitung und Ronald Grünberg bei der Kooperation für die Erstellung der Graphiken und der CD.

*Clarita Müller-Plantenberg
Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie Universität Kassel*

Einleitung - Motivation der Veranstalter Warum wir die Internationale Sommerschule „Solidarische Ökonomie in Europa“ gemeinsam organisieren?

*Heiner Fleischmann (DGB) / Clarita Müller-Plantenberg (Uni Kassel),
Martina Spohr (EKKW)*

Die Universität Kassel (Uni Kassel)

Das Fachgebiet „Soziologie der Entwicklung“ der Universität Kassel hat in interdisziplinärer und internationaler Zusammenarbeit begonnen, ergänzend zur Analyse

- des Wachstums der Destruktivkräfte, der ökologischen Krise und
- der sozialen Gegenwehr
- alternative Lebens- und Wirtschaftsformen

wissenschaftlich interdisziplinär zu unterstützen und zu begleiten.

Regionale Potentiale können gegenüber einer zunehmend risikoträchtigen Außenabhängigkeit analysiert und für die Stärkung solidarischer Ökonomien sowie für die Förderung regionaler Kreisläufe genutzt werden.

Für Nordhessen ergab sich daraus ein gemeinsames Interesse mit dem Arbeitsbereich „Wirtschaft, Arbeit, Soziales“ der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und mit dem DGB Nordhessen.

Wir wollen uns über Potentiale der solidarischen Ökonomie und Regionalentwicklung austauschen, um zu lernen, wie wir gemeinsame Schritte auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung tun können.

Die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaften, das wachsender Heer der dauerhaft Arbeitslosen und die steigende Anzahl der prekär Beschäftigten haben international zu neuen Formen der universitären Arbeit geführt. Auch Gewerkschaften beginnen, andere Prinzipien von Arbeit und Leben zu fördern und in den Kirchen wächst die Unterstützung solidarischer Lebensformen.

Unser Vorhaben ist darauf ausgerichtet:

- Von Beispielen Solidarischer Ökonomie in europäischen Regionen unserer Nachbarländer zu lernen,
- Solidarische Ökonomie und nachhaltige Regionalentwicklung in unserer Region zu stärken,

- einen gemeinsamen Ausbildungskurs für solidarische Betriebe in Europa zu schaffen und
- Praktikplätze für die Studenten in solidarischen Betrieben zu vermitteln.

Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck (EKKW)

Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales

Mein Name ist Martina Spohr. Ich arbeite im Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Mein Arbeitsbereich befasst sich schwerpunktmäßig mit den Folgen von Globalisierung und neoliberaler Wirtschaftspolitik hinsichtlich ihrer Wirkungen auf das gesellschaftliche Gefüge, aber auch auf die Auswirkungen für den einzelnen Menschen in seinem privaten oder beruflichen Umfeld. Dabei gilt es immer, negative Entwicklungen auf ihre Notwendigkeit zu befragen, Korrekturen anzumahnen, aber auch nach menschenwürdigen Alternativen zu suchen und diese in die Diskussionen einzubringen.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich verrichten unsere Arbeit auf der Grundlage des Evangeliums mit seinen sozialemischen Weisungen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ein paar wenige Worte zu Jesus von Nazaret, Gottes Sohn, sagen:

Jesus war ein Mensch, der eine Alternative angeboten hat, der Korrekturen angemahnt hat und Bestehendes nicht unhinterfragt hingenommen hat. Seine Lehre sollte den Menschen dienen und ihr Zusammenleben verändern und verbessern. Er hat Neues und Anderes und Gutes angefangen und stand damit zunächst allein - aber dann kamen die, die ihm folgten und seine heilbringende Lehre trug Früchte und wanderte um die Welt.

Die Geschichte des Mannes Jesu ist eine Mutmachgeschichte, Neues und Gutes anzufangen, Althergebrachtes nicht notgedrungen länger zu akzeptieren, sondern mit positivem Beispiel voranzugehen und daran zu glauben, dass dieses Beispiel Früchte tragen wird.

Ich wünsche der Idee der Solidarischen Ökonomie und den Menschen, die sich trauen, diese Idee mit Leben zu füllen, dass sie den Mut dazu haben, dieses Neue und Andere anzufangen und die Hindernisse, die dagegen sprechen, aus dem Weg zu räumen – gemeinsam mit anderen.

Solidarische Ökonomie dient dem Menschen und seiner Gemeinschaft. Sie schafft neue Arbeitsplätze für sinnvolle Tätigkeiten, entlastet damit den Sozialstaat und fördert ein solidarisches Miteinander der Menschen in den Regionen. Sie kann auf lokaler Ebene an vielen Stellen ermöglichen, der Abhängigkeit

vom Weltmarkt zu entgehen. Sie dient der Bewahrung der Schöpfung, wenn ihr Ziel auch darin besteht, auf erneuerbare, Umwelt und Mensch schonende Energierohstoffe zurückzugreifen und wenn gesunde Ernährung aus biologischer Landwirtschaft für die Bewohner der Region sichergestellt werden kann.

Solidarische Ökonomie, und hier denke ich besonders an die Selbsthilfegenossenschaften, hält auch das Gebot der christlichen Nächstenliebe, indem Menschen dort Beschäftigung finden können, die ansonsten auf dem 1. Arbeitsmarkt keine Chance haben.

Es ist notwendig und dies im wahrsten Sinne des Wortes – es wendet die Not vieler Menschen -, wenn es einen Lichtstreifen am Horizont gibt, der eine Alternative zu Arbeitslosigkeit, Ellenbogenmentalität und Entsolidarisierung bedeutet. Solidarische Ökonomie ist solch ein Lichtstreifen. Diesen Lichtstreifen zu stützen und zu stärken und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sein Licht nicht erlischt, sondern sich ausbreitet – dafür müssen wir uns vernetzen, uns informieren und unterstützen.

Die Sommerschule, die heute beginnt, ist ein wichtiger Auftakt für die Aufgabe, die vor uns und vor allen an „Solidarischer Ökonomie“ interessierten Menschen liegt.

DGB Nordhessen

Der DGB Kreisverband Hersfeld-Rotenburg steht auch, wie alle Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in bestehenden Betriebsstrukturen.

Doch eben diese bestehenden Strukturen unterliegen rasanten Veränderungen. Täglich hören wir von Massenentlassungen oder sind selbst davon betroffen. Deshalb beschäftigen wir uns auch mit Alternativen. Dazu gehört auf jeden Fall die solidarische Ökonomie. Eines unserer Ziele im DGB-Kreisverband ist es, dass Benachteiligte am Arbeitsmarkt als Mitglieder und Beschäftigte in Genossenschaften Gleichberechtigung und Selbstbestätigung erleben.

Uns liegt dabei nicht nur der wirtschaftliche Zweck am Herzen, sondern auch der soziale. Soziale und wirtschaftliche Tätigkeiten wollen wir in der Praxis parallel umsetzen. Ordentlich bezahlte Arbeitsplätze sind zur Mangelware geworden und ein Durchbruch in der Beschäftigungspolitik lässt auf sich warten. Damit sind Selbsthilfegenossenschaften zu einer vielversprechenden Möglichkeit geworden, engagierten Frauen, Männern, Jugendlichen wieder eine Chance zu geben. Hier bietet sich ein wirtschaftliches Feld, um in Eigeninitiative aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus zu kommen.

Zugleich sehen wir in dem demokratischen Grundprinzip von Genossenschaften - ein Mensch eine Stimme - Vorteile für alle Mitglieder. Die relative Gleichheit motiviert zu mehr Einsatz und stärkt die Identifikation mit dem Betrieb. Mit der Gründung unserer Genossenschaft wollen wir Kooperation, gesell-

schaftliche Verantwortung, betriebliche und zwischenbetriebliche Demokratie leben. Das soll sich dann auch auf die Mitgliederbindung auswirken und noch höhere Akzeptanz nach innen und außen bringen."

Regionale Entwicklung

Regionale Entwicklung und Soziale Kohäsion in der EU

Claudia Sánchez Bajo

Einführung und Entwicklung der Europäischen Regional- und Kohäsionspolitik

Seit den frühen Jahren der Europäischen Gemeinschaft sind die Regional- und die Kohäsionspolitik eng miteinander verbunden. Als die Europäische Union (EU) die sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen ihren Regionen zu mindern suchte, verfolgte sie ihr Ziel der internen Kohäsion auf verschiedenen Wegen. Kohäsion kann tatsächlich über eine Neuverteilung via Steuern, Hilfen und Subventionen, ebenso wie über Regulierung erreicht werden.

Wie sah die Rechtfertigung dieser Politik aus? Einerseits gab es theoretische Argumente für territoriale Zusammenschlüsse oder regionale Politiken, wenn Trends zur Agglomeration und wachsende Skalenerträge (Krugmann 1991)¹ mitberücksichtigt werden. Aus der Perspektive der ökonomischen Geographie spielen die relative Größe und Ausstattung der Regionen und ihre Entfernung von den Schlüsselzentren der ökonomischen Aktivität des Gebietes eine Rolle. Viele Regionen der Peripherie können folglich weiter abfallen, wenn die Isolation durch Liberalisierung durchbrochen wird. (Sapir Report, 2004: 69)². Ohne entsprechende Vorbereitung kann eine plötzliche Liberalisierung zu mehr Verarmung führen. Dazu kommt, dass der Prozess der ökonomischen Globalisierung solche Tendenzen verstärken mag (entweder hinsichtlich der Agglomeration und Konzentration oder hin zur Isolation und Schwächung).

Andererseits hatte die EU in der Praxis signifikante interne ökonomische Disparitäten, die in der erweiterten EU mit 25 Mitgliedstaaten und 254 Europäischen Regionen größer sind als zuvor. Folglich ist mehr als ein Drittel des EU-Budgets so verteilt, dass die Unterschiede zwischen den Regionen reduziert werden sollen.

Die EU-Regionen, deren Definition der politischen Struktur der Mitgliedsstaaten folgt, sind höchst verschiedenartig. Eine Region, die in einem Mitgliedsstaat als ärmer angesehen wird, kann im Vergleich zu anderen ärmeren Regionen ganz unterschiedliche Kräfte und Entwicklungsebenen in anderen Mitgliedsstaaten haben. Folglich, um nun zu den „vergleichbaren“ Regionen zu kommen,

¹ Krugmann, P.: (1991) *Geography and trade*. Cambridge, MIT Press.

² Sapir et al. (2004) *An Agenda for a Growing Europe*, The Sapir Report, Oxford University Press.

hat Eurostat die statistische Nomenklatur von Territorialeinheiten entwickelt (NUTs), die von dem Niveau des Landes (NUTS-0) zum Gemeindenniveau (NUTS-5) rangiert. In der EU-27 gibt es 265 Einheiten für NUTS-2 und 1284 Einheiten für NUTS-3.³

Entsprechend der Gesetzgebung der Gemeinschaft wird die NUTS-Klassifikation bereits seit 1988 verwendet aber erst 2003 wurde sie als die „NUTS-Regulierung“ durch das Europäische Parlament und den Rat angenommen⁴.

Die GD⁵ Regionalpolitik – Inforegio – vermittelt mit ihren Karten ein besseres Verständnis von den Regionen innerhalb der EU: die Europäischen Karten decken die Ziel 1 und Ziel 2 Gebiete (für 2004 - 2006 und 2000 - 2004) ab und die nationalen Karten für die Ziel 1 und Ziel 2 Gebiete (für die Jahre 2000 - 2006).⁶ Inforegio vermittelt auch Details für Konvergenz- und Wettbewerbsziele für 2007 - 2013.

Die GD Beschäftigungs- und Sozialpolitik liefert ebenso eine interessante Analyse zu den Regionen und deren Gleichstellung in dem Bericht aus dem Jahr 2005.⁷ Deutschland hatte viele Regionen, die von Einkommensunterschieden gekennzeichnet waren. Die Auswirkungen scheinen bei Frauen im Alter von 20 - 29 Jahren und über 60 stärker zu sein, während einige Regionen auch eine größere Ungleichheit bei Männern im Alter von 20 - 29 Jahren aufwiesen. Diese Regionen umfassen unter anderen Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. Kein anderes Land hatte so viele Regionen.⁸ Der Bericht der GD-Beschäftigungs- und Sozialpolitik hebt hervor, dass es „möglicherweise nahe liegt, einen gewissen Grad von Polarisierung von schlecht bezahlten/schlecht ausgebildeten Arbeitskräften gegenüber hoch gebildeten/hoch bezahlten Arbeitskräften⁹ anzunehmen“. Er zeigte ebenfalls übrig gebliebene Gender bedingte Unterschiede. Entsprechend Tabelle 56 desselben Berichtes hat sich die Ungleichheit in Deutschland seit der Mitte der 90er Jahre bis 2002 letztlich um ein Zehntel Prozent erhöht.

Wie hat sich die Geschichte entwickelt?

Die Regionalpolitik wuchs erst allmählich in den frühen 1960er Jahren heran. Mit der Erweiterung der EU durch weniger entwickelte Länder (hier sind besonders Spanien, Portugal, Irland und Griechenland zu erwähnen) vertieften sich die

³ http://ec.europa.eu/comm/eurostat/ramon/nuts/home_regions_en.html

⁴ Regulation (EC) No 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26 Mai 2003 über die Einrichtung einer gemeinsamen Klassifizierung territorialer Einheiten für die Statistik (NUTS) (Official Journal L 154, 21/06/2003)

⁵ Generaldirektion der Europäischen Union

⁶ http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/graph/cartes_de.htm

⁷ <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c10151.htm>

⁸ Employment in Europe 2005 Report, DG Employment, Table 51: 175, and Table 58: 204-ss

⁹ Employment in Europe 2005 Report, DG Employment: page 174

Sorgen um die interne Kohäsion. Mit dem Beginn des mehrjährigen Budgetierens der EU (den finanziellen Perspektiven) wurde die Kohäsionspolitik in „Pakete“ eingeteilt. (Delors I 1989 - 1993, Delors II 1994 - 1999, Agenda 2000 für 2000 - 2006 und jetzt die Programme für 2007 - 2013). Wie Michel Dévoluy (2004:289)¹⁰ ausführt, waren radikale Veränderungen in der Politik bedingt durch die Reformen 1988, die auf die Einheitliche Europäische Akte folgten, als die Regionalpolitik zur heutigen Kohäsionspolitik wurde.

Der EU-Vertrag sieht für die Regional und Kohäsionspolitik folgendes vor:¹¹

- Paragraph 2 legt die Ziele der Union fest: Man beginnt bei der Förderung des sozialen und ökonomischen Fortschritts ebenso wie bei einer hohen Beschäftigungsrate und hat das Ziel, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu bekommen, besonders durch die Schaffung eines Raums ohne innere Grenzen und der Verstärkung der sozialen und ökonomischen Kohäsion. Paragraph 158 besagt, dass es „darum geht, die Ungleichheiten zwischen den Entwicklungsstufen der verschiedenen Regionen und der Rückständigkeit der am wenigsten begünstigten Regionen und Inseln, ländliche Gebiete eingeschlossen, zu mindern.“
- Paragraph 220 des Vertrags sieht eine Verfassung für Europa vor, deren Zukunft beim Schreiben dieses Beitrags noch ungewiss ist: „Um eine allgemein harmonische Entwicklung zu begünstigen, soll die Union ihr Vorhaben entwickeln und verfolgen, um ihre ökonomische soziale und territoriale Kohäsion zu verstärken“. [...]“Unter diesen betroffenen Regionen soll den ländlichen Gebieten, den Gebieten, die durch industrielle Übergänge betroffen sind und Gebieten, die unter ernsthaften und andauernden natürlichen oder demographischen Nachteilen leiden, wie die meisten nördlichen Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte und Inseln, Grenzübergängen und gebirgigen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gelten.“
- In der Zwischenzeit erklärt der gültige Vertrag in seinen Paragraphen (Punkt 2.c) mit der Überschrift „Gemeinsame Wettbewerbsregeln...“), dass staatliche Hilfen, die der Wirtschaft in einigen durch die frühere Teilung betroffenen Regionen in Deutschland gegeben wurden, kompatibel sind mit dem Gemeinsamen Markt. Die Punkte 3, Klausel a, c) und d) beziehen sich auf weniger entwickelte Regionen und deren Entwicklung, die Kultur und Pflege des kulturellen Erbes, wo staatliche Hilfe ebenfalls kompatibel ist mit dem Gemeinsamen Markt.

¹⁰ Dévoluy, M. (2004) *Les Politiques économiques européennes, Enjeux et défis*, Seuil, Paris.

¹¹ *Les Traités de Rome, Maastricht, Amsterdam et Nice, Textes Comparés 2002*, La Documentation Française, Paris

Wie passt diese Politik in den EU Haushalt? Die Kohäsionspolitik ist der zweitgrößte Posten im EU Haushalt und umfasst mehr als ein Drittel des gesamten Budgets (ungefähr € 236 Milliarden für den Zeitraum 2000-2006). Es gibt zwei Stützen für diese Politik: den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds.

1. Strukturfonds: Vier große Strukturfonds begünstigen die Regionen in allen Mitgliedstaaten und stellen 90% des EU-Haushaltes für die Kohäsionspolitik dar. Diese Strukturfonds wurden in den 1970er Jahren gegründet und kofinanzieren die Projekte der Mitgliedstaaten in Gebieten, die von wirtschaftlicher Not oder industriellem Rückgang betroffen sind. Die primären Ziele sind Arbeitsplatzbeschaffung, Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung:
 - Der Europäische Sozialfonds (ESF): Von 2007 - 2013 wird der Europäische Sozialfonds für Beschäftigung, soziale Eingliederung, Qualifikation und Ausbildung genutzt werden.
 - Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der in allen Mitgliedsstaaten operiert.
 - Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), ein Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik der darauf abzielt, landwirtschaftliche Betriebsstrukturen und ländliche Regionen zu reformieren.
 - Das neuere Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF).

2. Der verwendete Kohäsionsfonds hatte ursprünglich eine nationale Ausrichtung, arbeitet jetzt aber mit Regionen. 1993 wurde er durch den Vertrag von Maastricht eingeführt und zielt darauf ab, die nationalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen der EU und Spanien, Griechenland, Portugal und Irland zu mindern. Der Kohäsionsfonds finanziert bis zu 85 % der Ausgaben für Großprojekte, die die Umwelt und die Infrastruktur für Transport betreffen. Infrage kommende Länder sind Mitgliedstaaten, deren Bruttoinlandprodukt (BIP) unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt. Seit dem 1. Mai 2004 sind das Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien. Seit dem 1. Januar 2004 kommt Irland nicht mehr in Frage für den Kohäsionsfonds, da es die notwendigen Auswahlkriterien nicht mehr erfüllt, weil sein Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt mit 101 Prozent den EU-Durchschnitt übertroffen hat.

Konsolidierung gründet sich auf Kofinanzierung und Partnerschaft und folgt dem Zusätzlichkeitsprinzip, bei dem nationale Fonds mit den von der Gemeinschaft erteilten zusammenpassen oder sich ergänzen müssen. Darüber hinaus

dürfen die für die Konsolidierung in den Mitgliedsstaaten bereitgestellten Mittel für gleichwertige Kohäsionsinitiativen nicht aus dem Grund abnehmen, weil sie EU-Mittel erhalten.

Für den Zeitraum 2000 - 2006 hatten die Strukturfonds und die Kohäsionspolitik jeweils drei Prioritäten:

- Strukturfonds zielten auf
 - a) die Strukturanpassung benachteiligter Regionen,
 - b) Grenzgebiete und Gebiete mit rückläufiger Industrie,
 - c) Anpassung und Modernisierung von Bildung und Qualifizierungssystemen (wobei zwei Items verbunden wurden, die als „Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit...“ und „Erleichterung der Anpassung von Arbeitskräften bei Strukturwandlungen“ im Paket von 1994-1999 genannt wurden)
- Kohäsionsfonds richteten sich auf
 - a) Regionen mit schwachen Einkommen in den Mitgliedsstaaten (65 Prozent des gesamten Kohäsionshaushaltes),
 - b) horizontale Ziele und
 - c) einkommensschwache Mitgliedsstaaten.

Der neue regionale Fokus dieser Fonds zeigt, dass jetzt alle Mitgliedsstaaten, ausgenommen Luxemburg und Dänemark „ärmere“ und somit empfangsberechtigte Gebiete haben.

Ergänzend gibt es weitere kleinere Fonds: Das strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA), die Gemeinschaftsinitiativen, den Solidaritätsfonds und den jüngeren Globalisierungsfonds.

Das strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt hilft Bewerberländern ihre Umweltprojekte und ihre Verkehrsnetze zu verbessern.

Was nun die Initiativen der Gemeinschaft zur Kohäsions- und Regionalpolitik betrifft, so gab es insgesamt vier für den Zeitraum 2000 - 2006:

- 1) Das EQUAL-Programm, das Maßnahmen zur Bekämpfung jedweder Form von Ungleichbehandlung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt unterstützt. Diese Gruppen sind Frauen, ethnische Minderheiten, Behinderte, ältere Arbeitnehmer, Flüchtlinge, ehemalige Straftäter, Drogen- oder Alkoholabhängige. EQUAL unterstützt ebenso die soziale und berufsbedingte Integration von Asylsuchenden/Flüchtlings.
- 2) Die INTERREG-Initiativen, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu verstärken, indem grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperation gefördert wird, zum Beispiel INTERREG III B Nord-West-Europa und INTERREG III B

Nordsee. Zum Beispiel gab es ein Programm für Deutschland, Luxemburg und die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien, das von der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A¹² finanziert wurde.

- 3) Das Programm URBAN fördert die örtliche wirtschaftliche Entwicklung.¹³
- 4) Das Programm LEADER fördert die ländliche Entwicklung und wird durch den Landwirtschaftsfonds finanziert.

Der Solidaritätsfonds sichert Hilfeleistungen bei größeren Naturkatastrophen zu, während der Globalisierungsfonds kollektive Entlassungen von Arbeitskräften im Rahmen der Strukturreformen ebenso wie die Schließung oder Verlegung von Europäischen Unternehmen abfedern sollte. Letzteres war von Tony Blair vorgeschlagen worden und sollte von der Kommission organisiert werden.

Jüngere politische Entwicklungen

Auch wenn die Politik an sich nicht in Zweifel gezogen wird, scheint die traditionelle Europäische Regionalpolitik durch die sukzessive Erweiterung und einen engeren EU-Haushalt ihre Grenzen erreicht zu haben und wird deshalb langsam neu definiert.

Greenwood (2003.230) beobachtete, dass *„das Wachstum der Ausgaben des Strukturfonds zum Stillstand gekommen ist und die Fonds selbst im Umfang enger geworden sind. Die Ablehnung, den EU-Haushalt signifikant zu erhöhen, um die EU-Erweiterung abzufedern, bedeutet, dass die Mittel für Strukturfonds irgendetwas woanders hin umgelenkt werden.“*¹⁴

¹² Das Programm hatte zwei Hauptprioritäten: Die Entwicklung der Wirtschaft in den Regionen und die transnationale Kooperation. Die Gesamtsumme bis 2006 belief sich auf 22,83 Millionen Euro von denen die EU ungefähr 14,4 Millionen finanziert hat. 11,4 Millionen kamen von der öffentlichen Hand. Es wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Transport, Landwirtschaft und Weinbau des Bundeslandes Rheinland-Pfalz gemanagt. Die Einführung des Programms wurde möglich durch die Partnerschaft dieser drei Länder unter Einbeziehung der nationalen, regionalen und lokalen Ebene, ebenso wie durch soziale und wirtschaftliche Partnern und Nichtregierungs-Organisationen. http://ec.europa.eu/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=DE&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000RG160PC012&LAN=5

¹³ In Kassel, Bundesrepublik Deutschland, gab es ein Projekt URBAN II, das in den Jahren 2000-2006 auf die wirtschaftliche Entwicklung, Infrastrukturen, Umwelt und technische Unterstützung ausgerichtet war. Seine erste Priorität heißt: „Durch innovative und zündende architektonische Projekte im städtischen Raum und dialogorientierte Planungskonzepte, werden neue Entwicklungen in den Wohngebieten gewährleistet und vorangetrieben, auch Arbeitsplätze werden in Klein- und Mikrounternehmen geschaffen. Diese Projekte erhalten den Kulturbahnhof zum Teil als Anzeilelement für wirtschaftliche Aktivitäten. Es muss darum gehen, den verlassenen Hafen oder die heruntergekommene Brauereianlage einer neuen architektonischen Nutzung zuzuführen und um einen Beitrag zur architektonischen Sanierung von städtischen Bezirken und industriellen Räumen zu leisten.“
http://ec.europa.eu/regional_policy/country/prordn/details.cfm?gv_PAY=DE&gv_reg=ALL&gv_PGM=2000

¹⁴ „the growth of structural fund expenditure has halted, and the funds themselves have narrowed in scope. The failure to significantly increase the EU budget to accommodate EU enlargement means that structural funds resources will be diverted elsewhere“. Greenwood, J. (2003) Territorial Interests, Chapter 7, in Interest Representation in the European Union, Palgrave Mac Millan.

Tatsächlich zielen die neuen Prioritäten der EU 2007-2013 ab auf Konvergenz, Wettbewerb und Kooperation:

- Konvergenz: Beschäftigungswachstum und Arbeitsplatzbeschaffung in den Mitgliedstaaten und unterentwickelten Gebieten fördern;
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung;
- Europäische Kooperation der Regionen: um eine harmonische und ausgewogene Entwicklung innerhalb der gesamten Union zu sichern.

Es hat eine Diskussion über die Schwelle von Hilfen entsprechend ihrer „nationalen Aufnahmefähigkeit“, über eine Verstärkung des Evaluierungsprozesses und dem Vorbehalt von Transferleistungen hinsichtlich der erzielten Resultate gegeben.

Im Zeitraum von 2007 - 2013 wird es gänzlich neue Gemeinschaftsinitiativen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze in den Mitgliedsstaaten und den von der Europäischen Investitionsbank gestützten Regionen und anderen Finanzinstitutionen geben. Es gibt drei dieser Initiativen: JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions - Gemeinsame Unterstützung von Projekten in Europäischen Regionen), JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises - Gemeinschaftliche Europäische Mittel für Kleine und Mittlere Unternehmen) und JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas - Gemeinschaftliche Europäische Unterstützung für Nachhaltige Investitionen in Stadtgebieten). Schließlich gibt es völlig neue Regulierungen für all diese Politikinstrumente: Eine generelle Regulierung mit gemeinschaftlichen Regeln für alle Instrumente zuzüglich spezifischer Regulierungen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds.¹⁵

Die Neudefinition begann während des erneuerten Lissabon Prozesses und des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rates im März 2005, der die folgenden politischen Leitlinien für den Zeitraum von 2007 - 2013 empfahl: Verringerung staatlicher Hilfen, Investitionen in Infrastruktur, zusätzliche aktive Beschäftigungspolitik und den Aufbau von Reformprogrammen über Wachstum und Arbeitsplätze in Übereinstimmung mit den erforderlichen integrierten Leitlinien, die auf nationaler Ebene für die Strukturreformen festgesetzt werden müssen. Diese nationalen Reformprogramme wurden der Kommission im Oktober 2005 vorgelegt, um dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates 2006 zu überlassen, neue Empfehlungen auszusprechen.

Ein Hauptziel ist es, die Trends der Gemeinschaftsprioritäten in nationale und regionale Programme zu überführen. Die neuen strategischen Leitlinien beziehen sich darauf, die Regionen attraktiver zu machen, um dort zu investieren und

¹⁵ http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/newregl0713_en.htm

zu arbeiten (durch Verkehrsnetze, Erschließung von Energiequellen und einen umweltgerechten Beitrag für Wachstum und Beschäftigung); ebenso wie Wissen und Innovation für Wachstum umzusetzen, wie es der Aho Bericht 2006¹⁶ forderte. Letzterer forderte, dass Strukturfonds für Forschung und Innovation eingesetzt, und mehr Menschen in Beschäftigung überführt und gehalten werden, während die sozialen Schutzsysteme modernisiert, die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und die Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöht, die regionalen Mängel der Gesundheits-Infrastruktur, usw. ausgeglichen werden würden.

Soweit Städte betroffen sind, sollten sie Wettbewerbsfähigkeit zeigen: Die physikalische Umgebung erneuern, Unternehmertum, Beschäftigung auf örtlicher und gemeinschaftlicher Ebene, Sicherheitsmaßnahmen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration fördern, Diskriminierung bekämpfen und einen mittel- bis langfristigen Entwicklungsplan für städtische Erneuerung aufstellen. In ländlichen Gebieten sollte eine Diversifizierung stattfinden, Zusammenschlüsse und Pole gebildet, Tourismus gefördert und ein Mindestniveau für den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sichergestellt werden. Transeuropäische Kooperation sollte auf eine Wachstums- und Beschäftigungsagenda abzielen, die Transport-Infrastruktur verbessern und Aktionen starten, wo große grenzübergreifende Unterschiede bestehen.¹⁷

Außerdem hat die Kommission für den Zeitraum 2007 - 2013 ein neues europäisches territoriales Kooperationsinstrument vorgeschlagen, das drei Kooperationsmodalitäten zwischen den Mitgliedstaaten, den Regionen und den lokalen Behörden abdecken wird: grenzüberschreitend, transnational und interregional. Die drei Konzepte können unter dem Allgemeinbegriff „Transeuropäische Kooperation“ zusammengefasst werden. Dieses neue „Steuerungsinstrument“, hat die Kommission [COM (2004) 495 final] vorgeschlagen. Es ist ein legales Instrument, das europäische Kooperationsvereinbarung für transeuropäische Zusammenarbeit genannt wird. Es wird europaübergreifende Kooperation mit Mindestanforderungen für den Einsatz und die Arbeitsweise solch einer Kooperationsvereinbarung versehen. Regionale und lokale Behörden, die es einsetzen wollen, können es tun, ohne Maßnahmen umzustellen und/oder das Einverständnis individueller Mitgliedsstaaten einzuholen, weil dieses Instrument eine Verordnung ist. Regionale und lokale Behörden werden in der Lage sein, Programme zur territorialen Zusammenarbeit einzuführen mit oder ohne Kofinanzierung der Gemeinschaft.¹⁸ Auch können Mitgliedstaaten und andere öffentli-

¹⁶ Der Aho-Bericht wurde von einer Gruppe bestehend aus vier Sachverständigen entworfen, die auf dem informellen Ratstreffen in Hampton Court Ende 2005 ernannt wurden. „Creating an Innovative Europe“ (Schaffung eines innovativen Europa) wurde am 20. Januar 2006 von dem Koordinator, Esko Aho, dem ehemaligen Premierminister Finnlands vorgestellt.

¹⁷ http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2007/osc/0506guidelines_en.ppt.

¹⁸ Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 18. November 2004. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates um eine Europäische Gruppe von grenzüberschreitender Kooperation einzuführen. (EGCC).

che lokale Körperschaften – nicht nur die regionalen und lokalen Behörden – ebenso einbezogen werden. Der Europäische Rat hat die Rolle der Mitgliedstaaten hervorgehoben in den Paragraphen, die das Folgende betreffen:

- ▶ Einführung der Europäischen territorialen Kooperationsvereinbarung [Paragraph 3 (2)]
- ▶ Kontrolle der Verwaltung der öffentlichen Fonds (Paragraph 3b)
- ▶ Liquidierung, Insolvenz, Einstellung von Zahlung und Haftung (Paragraph 8a)

Das Weißbuch Europäisches Regieren, das von der Europäischen Kommission 2001 vorgelegt wurde [COM (2001) 428 endgültig] weist unter Punkt 3.1 die Kommission darauf hin, zu „prüfen, wie der Rahmen für die transnationale Zusammenarbeit der regionalen und lokalen Akteure auf EU-Ebene besser unterstützt werden könnte, um dann bis Ende 2003 entsprechende Vorschläge zu unterbreiten“. Die Stellungnahme 2002 über *Strategien zur Förderung grenzübergreifender und interregionaler Zusammenarbeit in einer erweiterten EU – ein Grundsatzdokument, das Leitlinien für die Zukunft setzt (CDR 181/2000 final)*; die Studie von Oktober 2001 über *Transeuropäische Zusammenarbeit zwischen territorialen Behörden: Neue Herausforderungen und notwendige zukünftige Schritte um die Zusammenarbeit zu verbessern*, die in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Europäischen Grenzregionen (AEBR) entwickelt wurde, und der Dritte Bericht über die wirtschaftliche und soziale Kohäsion mit dem Titel: *Eine neue Partnerschaft für Kohäsion – Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit*, den die Kommission am 18. Februar 2004 angenommen hat, hatte dazu aufgerufen zu erlauben, dass „*Regionen und lokale Behörden – innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsprogramme – die traditionellen gesetzlichen und administrativen Probleme, die in der Verwaltung von grenzübergreifenden Programmen und Projekten angehen. Das Ziel würde dann sein, dieser neuen gesetzlichen Struktur die Fähigkeit zu übertragen, die Kooperationsaktivitäten im Auftrag öffentlicher Behörden auszutragen.*“¹⁹

2) Europäische Institutionen und Organe der Regionalpolitik

Es gibt mehrere Europäische Institutionen, die sich mit Regionalpolitik befassen, unter denen sich die Generaldirektion Regio der Kommission der Europäischen Union und der Ausschuss der Regionen befinden: Tatsächlich gibt es nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch im Europäischen Rat spezialisierte Institutionen und Einheiten, die zur Europäischen Regionalpolitik arbeiten.

¹⁹ Stellungnahme vom 16. Juni 2004 zum Dritten Kohäsionsbericht (CoR 120/2004 final).

2.1) Der Ausschuss der Regionen (AdR)²⁰

Er wurde 1994 als eine politische Versammlung gegründet, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der Europäischen Union vertritt. Seine Mitglieder sind gewählte Vertreter der Gemeinden oder Regionen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten für eine erneuerbare Vier-Jahres-Periode ernannt werden. Der AdR hat eine prälegislative Rolle: Er muss konsultiert werden, bevor die Entscheidungen der EU über Belange lokaler und regionaler Reichweite gefällt werden; aber er kann auch Stellungnahmen auf eigene Initiative hin annehmen und sie der Kommission, dem Rat und dem Parlament vorschlagen. Der erste Absatz des Paragraphen 265 des Vertrags der Europäischen Kommission besagt, dass *„Der Ausschuss der Regionen von dem Rat oder der Kommission konsultiert werden soll, wo der Vertrag es vorsieht und in allen anderen Fällen, insbesondere bei denen, die die grenzübergreifende Kooperation betreffen, wo eine der beiden Institutionen es als angemessen betrachtet.“*

Der Ausschuss der Regionen wurde dreißig Jahre nach dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) gegründet, doch beide haben gemeinsame Merkmale. Der AdR hat ungefähr 350 Mitglieder und arbeitet in verschiedenen Kommissionen, die mit Regionalpolitik, Landwirtschaft und Fischerei, Verkehr und Informationsgesellschaft, Raumfahrt, Sozial- und Gesundheitspolitik, Beschäftigung und der Einheit des Marktes, Bildung und Kultur, institutionelle, administrative und finanzielle Angelegenheiten zu tun haben.

Jeffery (2002:326-ff)²¹ glaubt, dass der AdR noch keine große Wirkung erzielt hat, die viele regionale Interessensgruppen dazu bewegt hat, ihre Ziele auf anderen Wegen zu verfolgen, um Zugang zur Entscheidungsfindung der EU zu bekommen. Diesem Autor zufolge, waren die Gründe für dessen Schaffung, regionale Expertise zu mobilisieren, ohne seine Rolle klar zu definieren. Sollte es eine Gruppe von Experten mit einer nur technokratischen Rolle sein? Oder sollte es eine berechnete Körperschaft mit gewählten Vertretern sein, die die klassische Rolle der Vertretung demokratischer Interessen einnehmen? Die Länder Deutschlands hatten die zweite Aufgabe im Kopf und stellten sich sogar eine „dritte Kammer“ vor, parallel zu Rat und Parlament. Diese Idee entstand infolge des erteilten Veto während der Ratifizierungsdebatte über den Einheitlichen Europäischen Markt. Zu diesem Zeitpunkt machte die Kommission 1990 einen ähnlichen Vorschlag. Die abschließende Entscheidung in Maastricht wurde verwässert durch diejenigen, die in ihren eigenen Ländern keine stärkeren regionalen Kräfte wollten. Der AdR hat nun interne Koalitionen, die auf dem Land, den parteipolitischen Spaltungen und weitgefasteren transregionalen Gruppierungen fußen, wie dem mediterranen, alpinen und nordischen Raum.

²⁰ Website: <http://cor.europa/en/index.htm>

²¹ Jeffery, Ch. (2002) Social and Regional Interests: ESC and the Committee of the Regions, in: John Peterson and Michael Shakleton, The Institutions of the European Union, Oxford University Press: 326-346.

Seine beratenden Aufgaben wurden 1997 im Vertrag von Amsterdam erweitert und umfassen seither Beschäftigung, Sozial-, Berufs- und Umweltpolitik. Der Vertrag erlaubte dem Europaparlament auch, den AdR direkt zu konsultieren. Noch bestätigt Jeffrey (2002:344), dass genau zu diesem Zeitpunkt die Länder ihre Haltung änderten und andere Methoden einsetzten, wie die Vertretung im Rat selbst: Sie gingen von regionalen zu nationalen Ansprüchen über. Außerdem eröffneten sie Ländervertretungen in Brüssel, um direkte Lobbyarbeit zu leisten, während transnationale Arrangements sich auf der Grundlage von gemeinsamen Interessen multipliziert haben. Mit circa 170 Büros in Brüssel, waren die Botschaften der Regionen an die Kommission vielleicht verwirrend und widersprüchlich.

Studien haben gezeigt, dass der Ministerrat versucht, den AdR nicht zu beachten (Warleigh 1999)²² indem er sich weigert, auf die Stellungnahmen des AdR eine Rückmeldung zu geben und dass die Beziehung zwischen dem AdR und dem Europäischen Parlament weiterhin angespannt zwischen Kooperation und Rivalität schwankt. Die größeren gemeinsamen Interessen bezogen sich bislang auf Förderung, KMUs, allgemeine Dienstleistungen, Sozial- und Gesundheitsdienste.²³

2.2) Die für die Regionalpolitik verantwortliche GD der Europäischen Kommission (GD REGIO)²⁴

Die Generaldirektion Regionalpolitik ist verantwortlich, Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der weniger begünstigten Regionen der Europäischen Union zu ergreifen, wie es die Paragraphen 158 und 160 des Vertrags vorsehen. Die derzeitige Kommissarin, Danuta Hübner, hat versichert, dass *„das Ziel darin besteht, einen hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern, um den weniger wohlhabenden Regionen und denen mit strukturellen Schwierigkeiten zu helfen, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, indem sie sich auf dem veränderten Arbeitsmarkt anpassen und sich dem weltweiten Wettbewerb stellen können.“*²⁵

Die GD Regionalpolitik ist verantwortlich für die drei größten Fonds, die bereits in diesem Text erwähnt wurden:

- Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE);
- Der Kohäsionsfonds;
- Das strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA);

²² Warleigh A. (1999). The Committee of Regions: Institutionalising Multi-Level Governance, Kogan Page, London.

²³ http://cor.europa.eu/document/press/newsletter_de_52.pdf

²⁴ http://ec.europa.eu/regional_policy/index_en.htm

²⁵ http://ec.europa.eu/dgs/regional_policy/index_en.htm

Daneben verwaltet diese GD einen kleineren Fonds: den EU Solidaritätsfonds, der Hilfeleistungen für Naturkatastrophen vorsieht.

Die GD Regio ist darüber hinaus verantwortlich für die folgenden regionalen Entwicklungsprogramme²⁶: Interreg, Urban, Ziel 1 und Ziel 2 und Zeitpunkt für das Außerdienststellen 1 und 2. Wie zuvor erwähnt, hat diese GD eine zweite Website Inforegio²⁷. Dort werden die Ausschreibungen veröffentlicht.

2.3) Der Ausschuss für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments (REGI)²⁸

Das Europäische Parlament ist nicht wie ein „Parlament“ in einem Nationalstaat, da es keine Befugnis hat, Verordnungen oder Gesetze zu initiieren. Es ist mehr eine zweite Kammer, wo es die Verordnung, die es von der Kommission erhält, überarbeitet. Es kommt vor, dass die Vorschläge, vom Parlament abgelehnt werden. Seine Mitglieder werden jedoch als einzige in den EU Institutionen durch Wahlvotum gewählt.

Es gibt einen Parlamentarischen Ausschuss, der für die Angelegenheiten der Regional- und Kohäsionspolitik verantwortlich ist und von der Kommission konsultiert wird. Er hat einige Mitentscheidungsbefugnisse, den Haushalt und die Strukturfonds betreffend. Das Europäische Parlament kann den AdR ebenso aus eigenem Antrieb konsultieren. Dieser Parlamentarische Ausschuss befasst sich im Besonderen mit:

- a) dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und den anderen Instrumenten der Regionalpolitik der Union,
- b) der Einschätzung von Auswirkungen von anderen Politiken zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion,
- c) der Koordination von strukturpolitischen Instrumenten der EU,
- d) den entlegensten Regionen und Inseln ebenso wie grenzübergreifender und interregionaler Kooperation, und
- e) den Beziehungen zum AdR, interregionalen Kooperationsorganisationen, lokalen und regionalen Behörden.

Unlängst wurden am Europäischen Parlament folgende Themen behandelt: Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung, der Europäische Sozialfonds und der Kohäsionsfonds – REGI/6/28409, die Einsetzung einer Europäischen Gruppe für grenzübergreifende Kooperation (EGCCF) – REGI/6/36397, die Einrichtung eines Europäischen Globalisierungsfonds – REGI/6/34876, und die Beiträge zu einer zukünftigen Regionalpolitik für die innovative Kraft der EU – REGI/6/36455.

²⁶ http://ec.europa.eu/regional_policy/country/prordn/index_en.cfm

²⁷ http://ec.europa.eu/regional_policy/tender/tender_en.htm.

²⁸ http://www.europarl.europa.eu/committees/regi_home_en.htm

2.4) Die Europäische Investitionsbank (EIB)

Die Europäische Investitionsbank wurde 1958 durch den Vertrag von Rom eingerichtet, um Projekten von europäischem Interesse Gelder zur Verfügung zu stellen (z. B. Verkehrsnetze, Flughäfen und Umweltpläne) besonders in benachteiligten Gebieten, Beitrittsländern und den Entwicklungsländern. Sie stellt auch Kredite für kleine geschäftliche Investitionen zur Verfügung. Die EIB ist eine gemeinnützige Bank und erhält kein Geld aus Spar- oder Girokonten. Sie verwendet auch keinen Fonds aus dem EU-Haushalt. Tatsächlich wird die EIB durch Anleihen auf den Finanzmärkten und bei den Aktieninhabern der Bank – den Mitgliedstaaten der Europäischen Union finanziert. Indem diese gemeinschaftlich zum Kapital der EIB beitragen, spiegelt die Beitragshöhe eines jeden Landes sein wirtschaftliches Gewicht innerhalb der Union. Diese Stütze durch die Mitgliedstaaten verleiht der EIB das höchste Kreditstanding (AAA) auf den Geldmärkten und versetzt sie in die Lage, große Kapitalsummen zu wettbewerbsgünstigen Bedingungen hochzurechnen. Dennoch ist die Bank in der Lage, in Projekte von öffentlichem Interesse zu investieren, die sonst kein Geld erhalten würden – oder gezwungen wären, es zu einem höheren Zinssatz zu leihen. Die EIB unterstützt auch nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Mittelmeerraums, Afrika, der Karibik und dem Pazifik ebenso wie Projekte in Lateinamerika und Asien. Schließlich ist die EIB Mehrheitsaktionär des Europäischen Investitionsfonds.

2.5) Der Europäische Investitionsfonds (EIF)

Der Europäische Investitionsfonds wurde 1994 eingerichtet, um kleinen Unternehmen zu helfen. Die EIB ist sein Mehrheitsaktionär, mit dem er die „EIB-Gruppe“ bildet. Der EIF versorgt kleine Firmen (KMUs) mit Eigenkapital, besonders neue Firmen mit technologisch ausgerichteten Geschäftsinteressen. Er vergibt außerdem Garantien an Finanzinstitutionen (etwa Banken), um deren Kredite an KMUs zu decken.

Der Europäische Investitionsfonds ist keine kreditgebende Finanzinstitution: Er vergibt keine Darlehen oder Subventionen für Geschäfte und investiert auch nicht direkt in Firmen. Stattdessen, arbeitet er durch Banken oder andere finanzielle Mittler, indem er entweder seine eigenen oder diejenigen Fonds verwendet, die ihm über die EIB oder die Europäische Union anvertraut sind. Der Fonds ist aktiv in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in Bulgarien, Rumänien, der Türkei und den drei EFTA-Ländern (Island, Liechtenstein und Norwegen).

2.6) Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates²⁹

Der Europarat (nicht zu verwechseln mit dem Rat der Europäischen Union, der auch einfach „der Rat“ genannt wird und die Institution bezeichnet, die die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union umfasst) ist die älteste politische Organisation des Kontinents und ist **kein** Bestandteil des institutionellen Systems der EU. 1949 gegründet, vereint er 46 Länder und hat seinen Sitz in Strassburg. Er hat einen garantierten Beobachterstatus in verschiedenen Ländern außerhalb Europas (den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan und Mexiko).

Vielleicht liegt der größte Unterschied zwischen dem Europarat und der Europäischen Union in ihren Zielen. Der Europarat wurde gegründet, um Menschenrechte, parlamentarische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Als leitende Priorität wurde im Jahr 1997 die soziale Kohäsion genannt und die Strategie von 2001 verpflichtete den Europarat dazu, ein Arbeitsprogramm zu diesem Thema zu haben. Aktivitäten in diesem Feld umfassen Kinder und Familien, Behinderte, Migration und die Minderheiten der Sinti und Roma. Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung von 1985 ist das Referenzinstrument für den Europarat. 41 Mitgliedstaaten haben sie ratifiziert und müssen u. a. einen jährlichen Überwachungsbericht der kommunalen Demokratie vorlegen. Im Gegensatz dazu überwacht die Kommission keine Wahlen innerhalb der EU, der Menschenrechte, usw.³⁰

Dieser Kongress der Gemeinden und Regionen ist Teil des Europarates und wurde 1994 als beratendes Organ eingerichtet, um die frühere Europäische Gemeindekonferenz zu ersetzen. Er arbeitet auf der Basis der Gesetzlichen Resolution 1(2000) des Ministerrates des Europarates. Er sieht ein Forum für gewählte Vertreter der Gemeinden und Regionen vor, um gemeinsame Probleme zu diskutieren, einen Pool aus Erfahrungen zu bilden und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Einschätzungen über die Regierungen abzugeben; er berät sowohl den Ministerrat und die Parlamentarische Versammlung des Europarates über alle Aspekte der Gemeinde- und Regionalpolitik; arbeitet eng mit den nationalen und internationalen Organisationen zusammen, die die Regierungen von Gemeinden und Regionen vertreten; organisiert Anhörungen und Konferenzen auf Gemeinde- und regionaler Ebene, um ein breiteres Publikum anzusprechen, dessen Mitwirkung grundlegend für eine arbeitsfähige Demokratie ist. Er bereitet regelmäßig einzelne Länderberichte über den Zustand der Demokratie der Gemeinden und Regionen in allen Mitgliedstaaten des Europarates und der Bei-

²⁹ http://www.coe.int/t/congress/default_en.asp

³⁰ „Der EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Franco Frattini, hat nationale Ankläger und Richter eindringlich gebeten, die angeblichen Verwicklungen ihrer Regierungen in geheime Gefängnissen und Flüge der CIA zu untersuchen und dabei die Fakten eines Forschungsberichts des Europarates zu verwenden, den er am Dienstag unterstützt hatte. Auch die Europäische Zentralbank und die Europabank wussten, dass Zahlungsdaten von Kunden an US-Behörden transferiert worden waren, wie ein Dokument besagte, dass die belgische Zeitung *Le Soir* erhalten hatte, dem Belgien nachforschen muss und nicht die Kommission.“

trittskandidaten vor und überwacht insbesondere, inwiefern die Prinzipien der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung umgesetzt werden. Er hilft neuen Mitgliedstaaten bei praktischen Aspekten, um ihren Fortschritt bei der Etablierung einer effizienten Gemeinde- und Regionalverwaltung zu unterstützen.

Der Kongress beteiligt sich aktiv bei Projekten, um die Demokratie der Gemeinden zu stärken und die Kooperation in Europa grenzübergreifend zu gestalten. Er unterstützt die Schaffung von Verbänden der kommunalen und regionalen Behörden wie die LDA³¹, NALAS³², ENTO³³, usw. Diese Projekte werden vom Kongress unterstützt, der über eine beachtliche Erfahrung im Bereich der Schulung verfügt.

Weiterhin hat der Europarat seine eigene Entwicklungsbank, die Entwicklungsbank des Europarates (CEB). Sie wurde 1956 gegründet, um den Mitgliedsstaaten mit sozialen Problemen durch das Vorhandensein von Flüchtlingen oder Vertriebenen oder Opfern natürlicher oder ökologischer Katastrophen zu helfen. Sie vergibt Kredite für soziale Investitionsprojekte in den Bereichen der Arbeitsplatzschaffung in kleinen und mittleren Unternehmen, die in benachteiligten Gebieten liegen; der Entwicklung von Programmen zur Berufsbildung, des Baus von Sozialwohnungen, der Schaffung von sozialer Infrastruktur auf den Gebieten Gesundheit, Bildung, Umweltschutz (Abwasseraufbereitung), ländliche Modernisierung und dem Schutz und der Wiederherstellung von Bau- und Denkmälern. Und er hat sein Europäisches Zentrum für Interdependenz und Solidarität (das Nord-Süd-Zentrum) in Lissabon, das 1990 geschaffen wurde, um die öffentliche Beachtung der Nord-Süd-Interdependenz und die Solidarität zu erhöhen sowie um Beziehungen zu knüpfen mit Regierungen, **kommunalen Behörden**, Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Parlamentariern und den Medien. Wie beobachtet werden kann, haben verschiedene Aktivitäten einen direkten Bezug zur kommunalen und regionalen Ebene.

3) Die Praxis Europäischer Politik

Die EU-Gesetzgebung kann unterschiedliche Formen annehmen, die sich nach dem zu erreichenden Ziel richten.

³¹ Die *Local Democracy Agencies (LDAs)*, also Agenturen für kommunale Demokratie, wurden gegründet, um die durch Krieg zerstörten Gemeinden im ehemaligen Jugoslawien durch Städtepartnerschaften in Westeuropa mit Hilfe zu versorgen.

³² Ein Projekt, das von der Schweizer Agentur für Entwicklung und Kooperation im Rahmen der Aktivitäten des Stabilitätspaktes für den Südosten Europas. Es wurde 2001 entwickelt, um die Prozesse der Demokratisierung und Dezentralisierung im Südosten Europas zu fördern. Das NALAS-Network bezieht nationale Verbände von Gemeindebehörden aus dieser Region ein.

³³ ENTO ist das Europäische Netzwerk von Fortbildungsorganisationen für alle Kommunal- und Regionalbehörden von den insgesamt 46 Mitgliedsstaaten des Europarates. Ursprünglich im Europarat angesiedelt, wurde es 1995 eine unabhängige Organisation, nachdem es dem französischen Vereinsregister beigetreten war.

- Gesetze, die Verordnungen genannt werden, sind gänzlich bindend, unmittelbar auszuführen, direkt anwendbar und obligatorisch im gesamten Gebiet der EU. Sie können verglichen werden mit den Bundesgesetzen der USA, die durch den Kongress verabschiedet wurden.
- Richtlinien sind bindend im Hinblick auf die zu erreichenden Ergebnisse und sind an die einzelnen Mitgliedstaaten gerichtet, die frei wählen können, welches die besten Formen und Methoden sind, um sie umzusetzen.
- Entscheidungen sind gänzlich bindend für diejenigen, an die sie gerichtet werden – Mitgliedstaaten, Unternehmen oder Personen.
- Empfehlungen und Meinungen sind nicht bindend und können von anderen Institutionen, nicht der Kommission, vorgeschlagen werden.

Mitentscheidung wird als Verfahren für die meisten EU-Gesetze heute angewendet. Das Europäische Parlament hat das „Mitentscheidungsrecht“ zusammen mit dem Rat der Europäischen Union, ein Recht, das seit 1993 garantiert ist und 1999 erweitert wurde. Das Parlament gibt nicht nur seine Meinung zu diesem Verfahren – es teilt die legislative Macht gleichwertig mit dem Rat der Europäischen Union. Das Mitentscheidungsverfahren erfordert, dass beide mit einem identischen Text einverstanden sind, bevor ein Gesetzesvorschlag in ein Gesetz umgewandelt wird. Wenn der Rat und das Parlament nicht übereinstimmen, wird ein spezieller Vermittlungsausschuss gebildet. Auch wenn der Ausschuss mit einem gemeinsamen Text einverstanden ist, kann das Parlament immer noch die vorgeschlagene Akte durch ein Mehrheitsvotum seiner Mitglieder ablehnen. Die Gebiete, bei denen die Mitentscheidung angewandt wird, sind: der innergemeinschaftliche Markt, Beschäftigung, Zusammenarbeit im Zollwesen, Verbraucherschutz, Forschung, Umwelt, Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung, Statistik und die Einrichtung eines Kollegiums für Datenschutz.

Die Gesetzgebung wird von der Kommission entwickelt und erfordert das Einverständnis des Rates und in den meisten Fällen auch des Parlaments. Die Kommission sieht die Gesetzgebung nur als notwendig an, wenn sie glaubt, dass auf der EU-Ebene ein Mittel für ein Problem notwendig ist, das nicht von nationalen oder kommunalen Regierungen gelöst werden kann. Wie oben ausgeführt, ist in den vergangenen fünfzehn Jahren seitdem die Einheit des Marktes etabliert wurde, die Steuerungsaktivität der Kommission sehr groß gewesen und sie ist nun verantwortlich für mehr als 2/3 aller Vorschriften in Europa. Da die Politik von Brüssel aus gemacht wird, kann es vorkommen, dass einige Gebiete übersehen werden, wie es den Åland Inseln 2006 geschah, einer autonomen Provinz Finnlands. Sie beschwerten sich: *„Die Europäische Kommission sagt, dass der Verkauf dieses Kautabaks von jetzt an mit der Ausnahme von Schweden illegal*

ist. Es gibt keine Ausnahme für den schwedisch sprechenden Archipel. Seine Bewohner sind verärgert, weil sie in Brüssel keine Stimme haben.“³⁴

Die Politik in der EU wird von einem Netz von Akteuren gemacht, die alle aktiv mit denselben Themen beschäftigt sind und mit einigen Ausnahmen, derselben Steuerungsinitiative unterliegen. Seitdem die Initiative für Steuerungsmechanismen von der Kommission kommen muss, konzentrieren die meisten Akteure ihre Aufmerksamkeit zuerst und hauptsächlich auf die Kommission.

Obwohl Subsidiarität ein wichtiges Prinzip bei der Steuerung der EU ist, beschweren sich einige Mitgliedstaaten wie Deutschland regelmäßig über die Übertretung dieses Prinzips, ebenso wie über zu viel EU-Bürokratie. Deutschlands Länder sind schon verantwortlich für diese Durchsetzung und bis zu einem gewissen Grad die legislative Umsetzung der EU-Steuerung. *„Deutschlands Bundesrat, wo die Länder vertreten sind, erstellte eine Liste von EU-Initiativen wo das Subsidiaritätsprinzip übergangen wird – das Prinzip nach dem die EU nur handeln sollte, wenn ein Ziel so besser erreicht werden kann als durch die Mitgliedstaaten selbst. Seit Anfang 2004 hat der Bundesrat schon mehr als dreißig von diesen Tadeln für Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip ausgegeben und kritisierte in vielen Fällen auch Überregulierung“. Diese Tadel beziehen sich meistens auf Aspekte und spezifische Vorkehrungen von EU-Projekten*³⁵.

Schließlich wird Selbststeuerung im Weißbuch der Europäischen Union über Europäisches Regieren 2001 anerkannt und bezieht sich hauptsächlich auf private Akteure. Jüngste Trends der Delegierung auf Akteure außerhalb der Gemeinschaft können ebenfalls beobachtet werden, so wie die internationale Rechnungslegung und die IASB³⁶, und der transnationalen allgemeinen Steuerung, so wie das Abkommen auf zwölf Gebieten mit den USA Ende 2005.³⁷

³⁴ http://www.euronews.net/create_html.php?page=european&Ing=1

³⁵ <http://euroobserver.com/843/21850>

³⁶ Lesen Sie den Bericht des Europäischen Parlaments über jüngste Entwicklungen und Perspektiven in Bezug auf das Gesellschaftsrecht (2006(2051) (INI):

„36. Fordert die Kommission auf, das Parlament wirksamer in die Debatte über die internationalen und europäischen Rechnungslegungsstandards einzubeziehen und die Festlegung eines europäischen Konzepts, das auf den bewährten Methoden und Traditionen in den Mitgliedstaaten beruht, zu forcieren, anstatt den Traditionen der US-amerikanischen Rechnungsprüfung blind zu folgen; betont erneut, dass eine größere Zahl von Vertretern mit europäischem Hintergrund in den Gremien, die internationale Standards festlegen, präsent sein muss, um ein echtes internationales Konzept zu legitimieren; macht deutlich, dass Regelungen zu Rechnungslegungsstandards Einfluss auf Steuerrecht und Unternehmensstrukturen haben;

37. Bedauert die Tatsache, dass es dem International Accounting Standard Board (IASB) an demokratischer Kontrolle mangelt und es daher zu Entscheidungen kommt, die die Realität europäischer Unternehmen nicht angemessen widerspiegeln und beispielsweise nicht den Bedürfnissen von KMU Rechnung tragen; nennt in diesem Zusammenhang beispielhaft die von IAS 32 vorgeschriebene bilanzielle Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital, die bei Personengesellschaften zu erheblichen materiellen Problemen, wie z. B. einer verzerrten Darstellung der Kreditwürdigkeit, führt; fordert die Kommission daher auf sicherzustellen, dass die Beschlüsse des Parlaments im IASB größeres Gewicht haben;

38. Stellt klar, dass die Kommission nicht befugt ist, die International Financial Reporting Standards für KMUs zu billigen;

Mächte und Kompetenzen variieren von einem Thema zum anderen, dennoch scheint es eine signifikante Änderung im Machtverhältnis gegenüber der EU-Ebene zu geben. Nicht nur produziert die Kommission ungefähr 2/3 aller Verordnungen in Europa aber wenn wir die Tabelle 5.1 bei Mc Cormick (2002: 121)³⁸ betrachten und im Besonderen alle Punkte wo die Waage normalerweise zugunsten der Mitgliedsstaaten ausschlug, kann beobachtet werden, dass diese schnell abfallen unter die Autorität und Überwachung der EU (z. B. Strafgerichtsbarkeit, Verteidigung, Gesundheitsfürsorge, Nahverkehr, Polizeischutz, Postdienstleistungen, die sogenannten Netzwerk-Industrien³⁹, usw.)

Vorausgesetzt, die verschiedenen Finanzierungsinstrumente und Gemeinschaftsinitiativen fallen in unterschiedliche Einheiten auf EU-Ebene und die verwaltenden Behörden werden dadurch getrennt, so kann die allgemeine Kohärenz von der europäischen Regional- und Kohäsionspolitik angezweifelt werden. Hinzu kommt, dass Kompetenzen und Aufgaben der EU-Institutionen manchmal akkumuliert und miteinander außerordentlich stark vermischt werden. Der Sapir-Bericht von 2003, bei dem Prodi noch als Präsident der Europäischen Kommission darum gebeten hatte, Empfehlungen über Wettbewerbsfähigkeit und soziale Kohäsion abzugeben, forderte nachdrücklich die Klärung von Kompetenzen und Rollen der EU-Institutionen ein – *„Diese Regelsetzer, Politikmacher, Regulatoren, Aufseher oder Ermöglicher ... Da gibt es den Fall, dass Finanzierungsübertragung, Verstärkung eines ökonomischen Gesetzes und Steuerungsfunktionen auf unabhängige Europäische Körperschaften übergehen können, anstatt dass man sich auf Politik und Managementverantwortlichkeiten innerhalb der Kommission konzentriert ...“* Wettbewerbspolitik und sektorspezifische Politik sind andere Gebiete, die eine Trennung und Nachweisführung gegenüber Parlament und Rat benötigen. Seit Lissabon kann die Offene Koordinierungsmethode (OKM) zu einer ziemlich versteckten Harmonisierung nationaler Gesetze füh-

[http://www.europarl.europa.eu/registre/seance_pleniere/textes_adoptes/definitif/2006/07-04/0295/P6_TA\(2006\)0295_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/registre/seance_pleniere/textes_adoptes/definitif/2006/07-04/0295/P6_TA(2006)0295_DE.pdf)

³⁷ In diesem Abkommen zwischen der EU Kommission und der US-Regierung hat der Transatlantische Runde Tisch der Unternehmer vollständig teilgenommen. Darüber hinaus sollten wir die jüngste Vereinigung der Welthandelsgewerkschaften vergessen und die Nasdaq auf der Londoner Börse kauft, all dies Ende des Jahres 2005. Anfang 2006 beobachten wir, dass NYSE nun Euronext kauft und dessen letzteren vorgesehenen Kauf auf dem Italienischen Aktienmarkt. Nebenbei finanziert die Kommission bereits transatlantische Gruppen, um ihren Beitrag für die geplanten transatlantischen Bündnisse mit Lateinamerika, den USA und Ostasien, speziell China zu leisten.

³⁸ http://ec.europa.eu/regional_policy/debate/contri_organ_en.htm

³⁹ *„Die EU soll die größte Reform der Telecom-Industrie des Blocks enthüllen und dabei darauf abzielen, nationale Grenzen zu beseitigen und den Wettbewerb auf dem Sektor anzukurbeln, von dem Brüssel annimmt, er sei „längst überfällig“.* <http://euobserver.com/9/21972/?rk=1>. *Über Sicherheitsmaßnahmen: „Die Europäische Kommission hat ihre Aufrufe erneuert, ihre Befugnisse in Kriminalfällen zu verstärken, ebenso wie sie die Rolle des Europäischen Gerichtshofes im Umgang mit Immigration, Asylfragen oder Visaerteilungen verstärken will, indem sie die kommende finnische Ratspräsidentschaft nutzen will, dieses Thema voranzutreiben“.* <http://euobserver.com/9/21976/?rk=1>» und *„Die Europäische Kommission hat technische Details eines neuen Typs biometrischer Daten enthüllt, die in den Pässen der EU-Bürger Anwendung finden sollen. Neben Gesichtsmarkmalen, die ab letztem August in den neu ausgestellten Reisedokumenten vermerkt werden müssen, sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ab 2009 Pässe mit zwei Fingerabdrücken auszustellen“.* <http://euobserver.com/9/21986/?rk=1>»

ren. Der bereits erwähnte Sapir-Bericht schlägt vor, die Anwendung der OKM auf Gebiete zu beschränken, wo es **keine** Alternativen gibt, weil nur wenige die Methode anwenden können, die hier ihre Perspektiven einbringen, wenn sie die erste Initiative ergreifen oder der erste Antragssteller sind und somit andere Optionen, Fragen oder Beispiele aufkündigen.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts hat das Politikgeschäft in der EU im Allgemeinen einen Punkt erreicht, an dem Akteure und Institutionen eine dringende Verbesserung fordern. Und die Regionalpolitik stellt keine Ausnahme dar. Auf Gemeinschaftsebene gab es Ansprüche auf ein besseres Gesetzesverfahren, eine einfachere und verständlichere Gesetzgebung, eine Kodifizierung von unterteilten und getrennten Dokumenten ebenso wie Transparenz und Unabhängigkeit beim Einsatz von Experten und ganz besonders bezüglich der Prüfung neuer Regelung. Auf nationaler Ebene liefen die Diskussionen über die Durchsetzbarkeit der EU-Regelung. 2005 hatte der Wirtschafts- und Sozialausschuss bestätigt, dass die Verbesserung des EU Regelwerkes – wobei der gesamte Prozess der Gesetzgebung von vorn bis hinten berücksichtigt wird – eine politische Priorität von höchster Wichtigkeit hat⁴⁰.

4) Evaluierung Regional- und Kohäsionspolitik der EU

Nach Keating (1995)⁴¹ kann Regionalpolitik unter drei Aspekten analysiert werden:

- ihre Auswirkung auf die Koordination und Harmonisierung der nationalen Regionalpolitiken, um deren Übereinstimmung mit den Verträgen und dem Europäischen Regelwerk zu sichern;
- die Entstehung der EU-Fonds für regionale Entwicklung;
- die Entwicklung der Regionalpolitik auf EU-Ebene

Regional- und Kohäsionspolitik ist eine der umfassendsten, positiven und wertgeschätzten Initiativen der Europäischen Integration. Die Evaluierungen fallen allgemein eher sehr positiv aus. Nicolas Moussis⁴² (2002:193) bietet auf Grund seiner Erfahrung eines langen Berufsweges als Europäischer Mitarbeiter eine völlig optimistische Sicht an, zumindest bis 1996. Er versichert, dass zwischen 1986 und 1996 das BIP von den zehn am wenigsten entwickelten Regionen von 41 Prozent auf 50 Prozent des EU-Durchschnitts angestiegen ist und in den fünfundzwanzig am wenigsten entwickelten Regionen um sieben Punkte von 52 Prozent auf 59 Prozent des EU-Durchschnitts.

⁴⁰ EESC(2005) Interinstitutionelle Vereinbarung - Bessere Rechtsetzung, siehe: Amtsblatt der Europäischen Union C321 vom 31.12.2003

⁴¹ Keating, M. (1995) *The Continental Meso: Regions in the European Community*, in: Sharpe (Hg.): *The rise of the meso government in Europe*, Oxford University Press: 296-311.

⁴² Moussis, N. (2002) *Guide des politiques de l'Europe*, Editions Mols, Bierge, Belgium

Doch ist nicht alles bestens. Geht man von der Einstimmigkeitsregel aus, so besagt der Sapir-Bericht (2004:72), dass Mitgliedstaaten dazu neigen, mit Begünstigungen zu handeln und folglich mit allen vorhandenen „ärmeren“ Regionen. EU-Ausgaben korrelieren negativ mit dem Pro-Kopf-BIP von Regionen und Ländern und zeigen eine positive Anstrengung, ungleiche Entwicklungen in der EU auszugleichen. Aber dies wird verwischt, wenn landwirtschaftliche oder andere Programme berücksichtigt werden, da diese Programme meist die wohlhabenden Einkommensgruppen begünstigen. Schließlich anerkennt der Sapir-Bericht, dass Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die eine aktive regionale Entwicklungspolitik wollen, von der supranationalen EU-Regulierung beschränkt werden, die sich auf den Wettbewerb und den innergemeinschaftlichen Markt bezieht. Nationale staatliche Hilfe unterliegt der EU-Erlaubnis, folgt man dem EU-Vertrag, Paragraph 87 und 88. Doch einige Mitgliedstaaten fördern durch Pauschalbeträge oder gezielte Politiken, die aus dem Rahmen dieser Paragraphen fallen, eine Umverteilung.

Es ist eindeutig, dass im Vergleich zu einer Minderung der Ungleichheit um 50 Prozent in den Ländern in der EU im Zeitraum von 1970 - 1998, die Ungleichheit in diesen Ländern heute deutlich angestiegen ist. Obwohl sie zwischen 1970 und 1980 gesunken ist, wird diese Ungleichheit als „zwischenmenschlich“ bezeichnet und geht heute zurück auf das Niveau von 1970. (Sapir Report, 2004:79ss). Der Sapir-Bericht vergleicht kurz die drei Hauptmodelle der Umverteilung in der EU: Das angelsächsische, das kontinental-europäische und das skandinavische und findet bei allen dreien Probleme. Der Bericht besagt, dass dies eine anwachsende Spannung in der EU provoziert. Darüber hinaus kann die Europäische soziale und arbeitsmarktpolitische Integration nur weit schwieriger in ihrer Ausarbeitung sein, da die Umverteilung auf nationaler Ebene so gesehen wird, als würde sie der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und der Liberalisierung entgegenwirken (z.B. bei der Rente und anderen Rechten). Eigentlich waren Regional- und Kohäsionspolitiken wesentlich stärker mit den Ungleichgewichten zwischen Regionen befasst, was durch Wirtschaftswachstum bemessen wurde und nicht durch die Ungleichheit zwischen Personen und Arbeitern. Das letztere taucht unter „interpersonaler Ungleichheit“ in Beschäftigungs- und Kohäsionsberichten auf. 2002, zum Beispiel, wurden die hauptsächlich regionalen statistischen Indikatoren, wie sie in NUTs definiert werden, wie folgt präsentiert:

„Einige regionale Schlüssel-Statistiken:

Regionalkonten

→ Bruttoinlandsprodukt

→ berufliche Einkünfte

→ Bruttoanlageinvestition

→ in naher Zukunft: Haushaltskonten

Sozial- und Regionalstatistiken

→Arbeitslosenquote

→Durchschnittsbevölkerung (NUTS 3).

Die „Ratio legis von NUTS“

- begünstigen institutionelle Aufgliederungen (vorrangig Rechtsbereiche in Kraft in den Mitgliedstaaten) z.B. keine funktionale Region
- begünstigen regionale Einheiten allgemeinen Charakters mehr als spezifische „themenbezogene“ Einheiten. z.B. nicht spezifisch für den Arbeitsmarkt, usw.
- hierarchische Nomenklatur mit drei Ebenen⁴³

Wie oben ausgeführt, wurden Arbeits-, Einkommens- und Haushaltsstatistiken seit 2003 stärker in Betracht gezogen. Die Analyse der regionalen sozial-ökonomischen Ungleichheit ist jedoch relativ neu. Beobachtet man die neuen Leitlinien von Kommission und Rat für den Zeitraum 2007 - 2013 und die relative, abnehmende Konsolidierung bei kommunaler und regionaler Entwicklung, verbunden mit den Beschränkungen, die durch andere Europäische Politiken wie Wettbewerb und Innovation verursacht wurden, bleibt die Frage von Dévoluy von 2004 relevant: „Ist dies die Verstärkung des „pôle liberal“? Im Französischen ist hiermit die Partei oder Fraktion gemeint, die sich dem Neoliberalismus verschreibt.

Da alle Prioritäten für 2007 - 2013 mit den Strukturreformen verzahnt sind, die bei der Überarbeitung des Lissabonner Prozesses verlangt werden und diese zwingend für kommunale, regionale und nationale Politiken vorgeschrieben sind, scheint das alte Solidaritätskonzept, das den Ausgleich regionaler Unterschiede vorsieht, bevor eine drastische Liberalisierung eingeführt wird, damit die gesamte Kohäsion in Europa und die Übereinstimmung der Bürger Europas erhalten wird, zu schwinden. Folglich würde die Frage von Dévoluy mit „ja“ beantwortet. Doch da diese Vision für Europa noch in den Anfängen ihrer Umsetzung steckt, wird vieles von der Reaktion und den Vorschlägen der Europäer insgesamt und im Besonderen von den Europäern auf kommunaler und regionaler Ebene abhängen.

Nun, wie stark sind deren regionale Stimmen auf EU-Ebene? Zuerst gibt es zweifellos unter der europäischen Liberalisierung und wirtschaftlichen Globalisierung ein Anwachsen der regionalen Identität in Europa (McCormick, 2002:123)⁴⁴. Europäische Regionen wetteifern um eine neue räumliche Arbeits-

⁴³ Eurostat powerpoint, „European Regional Statistics“, Berthold Feldmann, Januar 2002.

⁴⁴ McCormick J.(2002) Understanding the European Union, a concise introduction. 2. Auflage, Pgrave.

teilung und übernehmen eine aktive Rolle, um Kapital und andere Faktoren für Entwicklung anzuziehen.

Es gibt viele Regionalverbände, die mit ihren Positionen zu Diskussionen und Steuerungen beitragen. Zum Beispiel während der letzten Debatte über „die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2006“⁴⁵ finden wir unter anderen die *Alliance for Regional Aid* (Allianz für Regionale Hilfe) (Großbritannien), die *Assembly of European Regions* (Versammlung Europäischer Regionen), die *Association of European border regions* (Verband europäischer Grenzregionen), die *Capital Cities for EU Enlargement* (Hauptstädte für die EU-Erweiterung), den *Council of European Municipalities and Regions* (Rat Europäischer Kommunen und Regionen), die *Cities for Cohesion* (Städte für Kohäsion), die *Conférence des régions périphériques et maritimes* (Konferenz der peripheren und maritimen Regionen), die EURADA, die Eurocities, das European Countryside Movement (Europäische Landbewegung) und die *Association Européenne des Elus de Montagne* (Europäischer Verband der Vertreter der Bergregionen).

Nun, die Erfahrung des AdR scheint für viele bis jetzt nicht sehr zufrieden stellend, wie unter 2.1) erwähnt. Die „regionale Lobby“ in Brüssel hat verschiedene Rückschläge erlitten, einschließlich ihrer Nutzung durch die Kommission, die ihre eigenen Zwecke verfolgte (John, 2000)⁴⁶ und Büros in Brüssel, die unter Bedingungen arbeiten, die von ihren Mitgliedstaaten vorgegeben werden (Dresen, 2002).⁴⁷ Es scheint einen Wettbewerb zwischen regionalen und kommunalen Vertretern zu geben und, wie Greenwood (2003: 231)⁴⁸ anführt, benehmen sich „einige Länder“ eher klientelistisch als professionell, wie Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal. Schlimmer noch, einige Autoren sprechen von „Papierregionen“ in den stärker zentralisierten Ländern. Justin Greenwood's Analyse erwähnt jedoch auch die zunehmend positiven Veränderungen, die den strukturellen Veränderungen im Nationalstaat mehr noch als den Veränderungen innerhalb der EU-Institutionen entsprechen. Diese positiven Veränderungen werden mit der staatlichen Dezentralisierung assoziiert, einem Trend hin zur Direktwahl von kommunalen Bürgermeistern, zu anwachsender Professionalisierung und Spezialisierung der regionalen Büros in Brüssel, zum Aufkommen von themenzentrierten Netzwerken, die aus strukturell konsolidierenden Projekten entstehen und der Erfahrung, die aus der Implementierung von Kohäsionspolitiken herrührt.

⁴⁵ http://ec.europa.eu/regional_policy/debate/contri_organ_en.htm

⁴⁶ John, P. (2000) The europeanisation of sub national governance, in: *Urban Studies*, number 37:877-894.

⁴⁷ Dresen, R. (2002) *The Functioning of Regional Representations in Brussels: a Franco-German comparison*, Master Thesis, College of Europe, Brugge.

⁴⁸ Greenwood, Justin (2003) *Territorial Interests*, chapter 7, in: *Interest Representation in the European Union*, Palgrave, MacMillan.

5) Beispiele von Politischen Initiativen in Frankreich und Emilia Romagna (Italien) für kommunale Entwicklung und Soziale/Solidarische Ökonomie

In diesem Unterkapitel soll der Blick auf einige Initiativen in zwei europäischen Ländern gerichtet werden und ganz kurz auf den Kontext verwiesen werden, wie diese Initiativen zustande kamen und sich entwickelten. Die hier vorgestellten Initiativen entstanden NICHT auf Europäischer sondern auf kommunaler Ebene. Es sind historische Konstruktionen von unten nach oben. Mit der Zeit sind diese Initiativen gewachsen und zu bedeutenden Akteuren in der Entwicklung ihrer kommunalen und regionalen Wirtschaft geworden.

5.1) Italien, die Region Emilia Romagna und Kooperativen⁴⁹

Die Zusammenarbeit in der Emilia Romagna und im Zentrum von Italien (Centre of Italy) hat sich aus vier grundsätzlichen Gründen ergeben: Historisch, politisch, geographisch und gesetzlich. Auf historisch-politischer Ebene gibt es enge Verbindungen mit der sozialistischen Bewegung aber auch mit der katholischen Solidarität zu Beginn des XX. Jahrhunderts. Die industrielle Revolution, die Verstädterung und die zahlreichen Industriearbeiter schufen die Bedingungen für das Aufkommen der ersten Ligen der Landarbeiter und die ersten Arbeiter- und Verbraucherkooperativen. Die Legacoop wurde 1886 gegründet, noch vor der Arbeitergewerkschaft und den sozialistischen Parteien.

Die geographischen Gegebenheiten haben die Entwicklung von Arbeiterkooperativen und Verbänden unterstützt. In der Ebene des Po-Flusses, begünstigten große Latifundien die Organisation von Landarbeitern und machten den Weg für die ersten Arbeiterkämpfe frei, die der Ursprung für die Arbeiterkooperativen waren.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, tauchte der moderne Typ der Zusammenarbeit auf, als die Gemeinden mit ihren Beziehungen zur Verwaltung des Nationalstaates und zu den lokalen Kooperativen die wichtigste Rolle spielten. Das Verhältnis war von gegenseitigem Einverständnis geprägt. Der zentralistische Staat versorgte die Gemeinden nicht mit Geldern und diese suchten sich Unterstützung bei den Kooperativen für die Versorgung bei lokalen Dienstleistungen und der Arbeitsplatzbeschaffung und erfüllten damit eine sehr wichtige Rolle. Deshalb wurden Gemeinden und Provinzen privilegierte Partner der Kooperativenbewegung.

Mit der Verfassung von 1946 wurden diese positiven Beziehungen durch das Grundgesetz des Italienischen Staates mit einem besonderen Paragraphen über den Umgang und die Förderung der Kooperativenbewegung legitimiert. Die nachfolgende Gesetzgebung bis 1970 legte die Regionen fest und die Entwicklung von einer differenzierten regionalen Gesetzgebung, die von Region zu Region variierte, jedoch in ihren Zielen immer ähnlich war. Italien entwickelte

⁴⁹ Dieser Punkt basiert auf der Information eines Vertreters einer großen Organisation, die Kooperativen aus der Region vertritt.

dann eine moderne Gesetzgebung, die nicht nur in einigen Bereichen – wie zum Beispiel in die Wohlfahrt - interveniert, sondern auch im Jahr 2005 in den Bereich der Unternehmensgesetzgebung. Sie unterschied zwischen Kooperativen, die sich an Reziprozität halten und denen, die das nicht tun.

In der Emilia Romagna, wo berechnet wurde, dass ein Bürger Mitglied von mindestens einer, oft aber von zwei oder drei Kooperativen ist (für Verbraucher, Hausbau, Soziales, Arbeiter, usw.) ist die Sensibilität gegenüber der Welt der Kooperativen sehr hoch geblieben. Emilia Romagna ist nicht nur ein fruchtbarer Boden für Kooperativen, sondern auch für Konsortien der Kooperativen in den Bereichen: Bau, Industrie, Nahrungsmittel und Vermarktung. Die Region hat nicht nur eine enge Beziehung zu den drei größten Föderationen von Kooperativen (Legacoop, Confcooperative und AGCI) sondern auch zum permanenten Beratungssystem das 2005 durch das nationale Gesetz für Kooperation institutionalisiert wurde.

5.2) Frankreich – Initiativen für kommunale Entwicklung, soziale Kohäsion und partizipative Demokratie

Frankreich erlebt einen Dezentralisierungsprozess des Staates, während die Bürger in kommunalen Solidaritätsinitiativen sehr aktiv werden. Zur selben Zeit müssen die nationalen und regionalen französischen Behörden die Steuerungsvorgaben der EU Regional- und Kohäsionspolitik umsetzen.

Auf nationaler Ebene sieht das Gesetz über Soziale Kohäsion von 2005 die Finanzierung von 20 Programmen vor, unter denen sich das Programm 6 befindet, das die Entwicklung der solidarischen Ökonomie vorsieht (4.000 Arbeitsplätze sollen in „Unternehmensneugründungen“ für drei Jahre finanziert werden). Unglücklicherweise war das Konzept an sich nicht in den Gesetzestext geschrieben und das Gesetz kommt nicht zu Recht mit der Nachhaltigkeit dieser neuen Arbeitsplätze. Im Ergebnis bedauert der französische Wirtschafts- und Sozialrat, dass der Regierungsplan, der den EU-Leitlinien folgt, eher auf eine „Rückkehr in Aktivität“ als eine „Rückkehr in ein Arbeitsverhältnis“ abzielte. Um dem vorzubeugen, was als Risiko angesehen wurde, wurde ein Überwachungsausschuss eingesetzt, der beaufsichtigen soll, dass die Programme laut Gesetz von 2005 hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und Qualifizierung gut ausgerichtet sind. Gemeinsam mit der politischen Opposition und den Gewerkschaften bedauerte der Rat, dass der gesamte Plan auf einer hypothetischen Mitwirkung und einer Kofinanzierung der „Partner“ des Staates, wie das Gesetz vorsieht, namentlich den Privatunternehmen beruhte. Zwei Beispiele dieses Programms sind der Bau von 500 Sozialwohnungen und der freiwillige Kampf gegen Diskriminierung in den Unternehmen.

Auf kommunaler Ebene bietet Frankreich sehr viele interessante und kreative Beispiele, um Lösungen für kommunale Probleme zu finden. Hier seien exemplarisch zwei angeführt:

- Grenoble befolgte ein Gesetz aus dem Jahr 2001 und richtete städtische Beratungsräte ein. Diese Stadt mit über 80.000 Einwohnern experimentiert „Nähe zur Demokratie“. Es gibt auch einen Rat für die Beratung von Ausländern. Diese Räte sind unabhängig, setzen sich zusammen aus Bürgern, Vertretern von kommunalen Akteuren und *unions de quartier* und werden eingesetzt für den Austausch und Dialog mit den kommunalen Behörden, ebenso wie sie kommunale Initiativen direkt der Gemeinde vorschlagen.
- Mit einem nationalen Gesetz vom 17. Juli 2001 wurde die SCIC (Kooperative Gesellschaft Kollektiven Interesses) gegründet. SCIC ist eine Kooperative, die Güter und Dienstleistungen herstellt und dem französischen Kooperativen-Gesetz untersteht. Sie ist also am Markt aber mit dem Ziel des sozialen Nutzens für das Gebiet, auf dem sie sich befindet. Sie wurde registriert, nachdem sie die kommunale Genehmigung erhalten hat und muss nun alle fünf Jahre einer Unternehmensprüfung standhalten. Ihr Kapital erhält sie von den zahlreichen Mitgliedern, darunter befinden sich sowohl fest angestellte Arbeitskräfte und die Nutznießer dieses Projektes als auch weitere physische und moralische Personen nach dem privaten und/oder öffentlichen Recht. Bis 2006 wurden 55 SCICs genehmigt und nach einer Mindestzeit von 36 Monaten nach Existenzgründung haben bislang nur vier geschlossen oder schließen gerade. Weiterhin gibt es noch 300 andere laufende Projekte. Einige SCICs gründen weitere SCICs oder richten Kooperativen zweiten Grades ein, um Dienstleistungen beiderseitig zu nutzen und größenbedingte Kostenvorteile zu erzielen. Sehr oft kommt die SCIC auf , weil sie von anderen kommunalen Strukturen gefördert wird, die bei den ersten Gründungsschritten helfen oder diese unterstützen, während sie Expertise in Wirtschaftsmanagement, Personalressourcen, Erneuerung und Nachhaltigkeit von Projekten, dem Markt, Gründung von geplanten Partnerschaften, usw. entwickeln.

Andere Merkmale des SCIC, die für die regionale Entwicklung von Interesse sind, beziehen sich auf Entscheidungsfindung, Einsatz von Überschüssen, Ziele und Typologie.

Bei der Generalversammlung der SCIC Kooperative kann Macht entweder durch die klassische Stimmabgabe (1 Mitglied = 1 Stimme) oder bei der Gewichtung von Stimmen von Kollegen, die durch die Statuten jeder Kooperative geregelt ist, ausgedrückt werden. Der Einsatz von Überschüssen ist wie in einer nicht-profitorientierten Gesellschaft zu nutzen.

SCICs sind aktiv beim Film, bei Unternehmensgründung, Kultur, Bildung, Umwelt, Finanzen, Qualifizierung, Innovation und technologischer Forschung, Systemen für *car sharing*, Bauvorhaben, Risikovorsorge, Restaurants, Kosmetikläden, Gesundheit, Dienstleistungen für Behinderte, Nachbarschaftsdienste,

Computerdienste, Sozialdienste, Sport, usw. Einige haben besonders darum gebeten, als Unternehmensgründung oder Solidaritätsunternehmen genehmigt und registriert zu werden. Es gibt 20 Projekte von Kooperativen im gesamten nationalen Gebiet mit doppelter Zielsetzung: Zum einen soll in ländlichen Gebieten Arbeit geschaffen werden und die Partnerschaft mit der kommunalen Gemeinschaft und den Behörden soll formalisiert werden. Dienstleistungen am Menschen, für die Umwelt und Aktivitäten in ländlichen Regionen sind die drei Bereiche, wo die Bedürfnisse dringlicher werden und eine soziale Struktur gebraucht wird, um Lösungen anzubieten.

Tatsächlich scheinen die SCIC eine angemessene Antwort auf regionale Bedürfnisse zu erlauben, die sowohl kommunale Synergien als auch eine Konsolidierung für private und öffentliche Interessen erzeugen kann.

6) Abschließende Betrachtungen

Seit den Anfangsjahren der Europäischen Gemeinschaft haben die Regional- und Kohäsionspolitiken versucht, die sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten, die in den Regionen existierten, zu mindern und das Ziel der inneren Kohäsion in verschiedenen Formen verfolgt.

Theoretische Argumente für territoriale Kohäsion oder regionale Politiken beziehen sich auf Trends der Agglomeration und wachsenden Skalenertrag. Während die Regionalpolitik seit den frühen 1960er Jahren langsam wuchs, wurde sie bedeutender als die EU sich um weniger entwickelte Länder erweiterte. Mit dem Beginn des mehrjährigen Budgetierungssystems (die Finanzperspektiven) wurde die Kohäsionspolitik in „Paketen“ strukturiert, aber die signifikantesten Änderungen in der Politik kamen infolge der Reformen von 1988, die der Einheitlichen Europäischen Akte folgten. Derzeit ist die Kohäsionspolitik der zweitgrößte Posten im EU-Haushalt, absorbiert mehr als ein Drittel des gesamten Budgets und hat verschiedene Steuerungsinstrumente, unter denen sich der Strukturfonds und der Kohäsionsfonds befinden. Dennoch, auch wenn die Politik an sich nicht in Zweifel gezogen wird, infolge der sukzessiven Erweiterung und einem engeren EU-Budget, scheint die traditionelle Europäische Regionalpolitik ihre Grenzen erreicht zu haben und muss langsam neu definiert werden.

Es gibt verschiedene Europäische Institutionen, die mit der Regionalpolitik befasst sind, darunter die Generaldirektion Regio der Europäischen Kommission und der Ausschuss der Regionen. Nun finden wir auch einen sehr aktiven Euro-parat mit einer Institution, die speziell zur europäischen Regionalpolitik arbeitet. So weit es um die Politikbestimmung geht und vorausgesetzt, dass die verschiedenen Steuerungsinstrumente und Gemeinschaftsinitiativen unter separate Einheiten auf der EU-Ebene fallen und auch verschiedenen Verwaltungsbehörden zugeordnet sind, ist die gesamte Kohärenz der Europäischen Regional- und Kohäsionspolitik nicht immer vollständig klar. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und Rollen der EU-Institutionen manchmal sehr stark akkumuliert und vermischt. Es überrascht nicht, dass die Verbesserung des EU-Regelwerkes, die den

gesamten Prozess der Gesetzgebung von vorn bis hinten berücksichtigt, jetzt als eine politische Priorität von höchster Wichtigkeit angesehen wird. Vor diesem Hintergrund taucht die Regional- und Kohäsionspolitik als eine der größten positiven und wertgeschätzten Initiativen der Europäischen Integration auf. Im Allgemeinen sind die Bewertungen immer sehr positiv. Doch nicht alles ist gut und verschiedene Berichte und Autoren liefern rigorose Analysen und Kritiken.

Es ist interessant, festzustellen, dass obwohl es einen Anstieg der regionalen Identität in Europa gegeben hat (McCormick, 2002:123)⁵⁰ und die europäischen Regionen in einem Wettbewerb für eine neue räumliche Arbeitsteilung sind und eine aktive Rolle übernehmen, Kapital und andere Entwicklungsfaktoren anziehen, ihre Stimmen in Brüssel und auf EU-Ebene noch etwas schwach sind.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Initiativen der Regionalpolitik ihre größte positive Wirkung zu haben scheinen, wenn sie von unten kommen, wie die Beispiele Frankreich und Italien zeigen. Während, wie es die Prioritäten für den Zeitraum von 2007 - 2013 vorsehen, die EU-Politiken auf eine strukturelle Reform ausgerichtet sind und das alte Solidaritätskonzept des Ausgleichs von regionalen Disparitäten an Bedeutung verliert, bevor eine drastische Liberalisierung erfolgen kann, werden viele Europäische regionale und kommunale Behörden zunehmend aktiv bei der Suche nach kommunalen Lösungen von Bedürfnissen nach Entwicklung, ganz besonders sozial-ökonomischer Art und versuchen, so gut wie möglich, die allgemeine Kohäsion ihrer Gebiete und die Beteiligung ihrer Bürger zu erhalten.

Übersetzung aus dem Englischen von Ute Hermanns

⁵⁰ McCormick J.(2002) Understanding the European Union, a concise introduction, 2.Auflage, Pgrave.

7) Anhang

7.1) Chronologie der Europäischen Regionalpolitik nach Zeitabschnitte

Jahr	Vertrag, Reformen, Leitlinien	Strukturfonds in Billionen
1957	Vertrag von Rom: Die Präambel sieht vor, dass „regionale Ungleichgewichte“ reabsorbiert werden müssen	
1967-1979	GD 16 Regionalpolitik wird gegründet. Basiert auf Landwirtschafts- und Sozialfonds. Schaffung des Ausschusses für Regionalpolitik, des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)	5,5
1980-1984	Erste spezifische Gemeinschaftsaktionen mit Programmen der integrierten Entwicklung. Die Statuten des EFRE werden überarbeitet.	17,2
1985-1988	Beginn der Gemeinschaftsprogramme, auch der Mittelmeerländer, Entscheidung für eine Kohäsionspolitik um die Einschränkungen der Einheit des Marktes auszugleichen.	24,9
1987	Die Einheitliche Europäische Akte setzt das Ziel fest, die interregionalen Disparitäten zu reduzieren um das Ziel der Einheit des Marktes zu erreichen.	
1989-1993	Kohäsionspolitik, Verdoppelung des Haushaltes. Neue politische Prinzipien: Kofinanzierung, Konzentration. Definition von Prioritäten und von Regionen. Auftauchen von NUTs in der Gemeinschaftsgesetzgebung. Das Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei wird 1992 in den Strukturfonds eingeführt.	70,4
1993	Vertrag von Maastricht, Paragraphen 158 bis 162 EC beziehen sich auf die Regionalpolitik der Gemeinschaft. Das Subsidiaritätskonzept taucht in Paragraph 5 EC während das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion unter Titel XVII EC auftaucht. Gründung des Arbeitsausschusses der Regionen (AdR)	
1993/4-1999	Neue Statuten. Schaffung des Kohäsionsfonds: 70 % der Fonds sind bestimmt für die Regionen 1 (weniger entwickelt).	145
1999	Der Vertrag von Amsterdam wird wirksam und bezieht sich auf die territoriale Kohäsion der Union. Es gibt den VI. Bericht über den Zustand der Regionen. Verabschiedung eines Schemas für Entwicklung im Gemeinschaftlichen Raum.	
2000-2006	Annahme der Agenda 2000. Beitrittsvorbereitung von neuen Ländern. Reduzierung der Prioritätsziele auf 3 und der Programme der Gemeinschaftsinitiative auf 4. IV. Bericht über wirtschaftliche und soziale Kohäsion (2006)	213
2001-2004	II. und III. Bericht über Kohäsion. Resolution des Europäischen Parlaments über die Rolle regionaler und kommunaler Kräfte bei dem Aufbau Europas (2003). Suche nach neuen Leitlinien.	

2007-2013	Debatte über Aids und die „einzelstaatliche Aufnahmekapazität“, Verstärkung der Bewertung und der Voraussetzung von Transfers, die auf erreichten Ergebnissen basieren.	€ 2 Bio. Anstieg als Maximum für die totalen Ausgaben für EU-27, d.h. € 864.363 Bio.
	Neue Initiativen der Gemeinschaften und neue Steuerungen für alle Politikinstrumente, zuzüglich eine neue Europäische Gruppe für grenzübergreifende Kooperation (EGCC) ⁵¹	

Quelle: Dévoluy⁵², 2004: S. 290 ff, und andere Quellen für den Zeitraum 2007 - 2013

⁵¹ http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/newregl0713_en.htm

⁵² Dévoluy, M.(2004) Les Politiques économiques européennes, Enjeux et défis, Seuil, Paris

7.2) Berichte über Regionalpolitik der EU

Commission Reports

The 2002 First Report on Economic and Social Cohesion, COM (2002) 46 final.

The 2003 Second Report on Economic and Social Cohesion, COM (2003) 34 final.

The 2004 Third Report on Economic and Social Cohesion entitled *A new partnership for cohesion – convergence, competitiveness, cooperation*, adopted by the European Commission of 18 February.

The 2006 IV Report on Economic and Social Cohesion COM (2006) 281

Employment in Europe 2005, manuscript finalised in September, by DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Unit A.1

Social Inclusion in Europe 2006, manuscript finalised in April, by DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Unit E2.

European Parliament

the 1976 Gerlach report on the Community's regional policy as regards the regions at the Community's internal frontiers¹;

the 1984 Boot report on the strengthening of trans-frontier cooperation²; the 1986 Schreiber report on the Saarland-Lorraine-Luxembourg region³; the Poetschki report on transfrontier cooperation at the internal borders⁴

The 1988 Chiabrando report on the development programme for the frontier regions between Portugal and Spain⁵;

The 1990 Cushnahan report on the Community initiative INTERREG⁶; and

The 1994 Muru report on the Community initiative INTERREG II⁷

The 2006 Berend report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on establishing the European Union Solidarity Fund

The 2006 Fava and Olbrycht Reports for second reading on the Council common position for adopting a regulation of the European Parliament and of the Council on the European Regional Development Fund and repealing Regulation (EC) No 1783/1999

Politik im ländlichen Raum

Martin Häusling

Mitglied des Hessischen Landtages

Ich bin gelernter Landwirt und betreibe einen biologisch arbeitenden Betrieb in Nordhessen, in der Kellerwaldregion. Seit 2003 bin ich als Abgeordneter der Grünen Fraktion im Hessischen Landtag und daher jetzt Nebenerwerbslandwirt. Für die Grüne Fraktion bin ich für das Thema ländliche Entwicklung und Politik im ländlichen Raum zuständig, d.h. für Landwirtschaft, Forsten und neuerdings auch für Europa.

Ich bin gebeten worden, einen Abriss zu machen, über das, was man in Hessen unter Politik für den ländlichen Raum versteht, was mehr als die Umsetzung europäischer Richtlinien für Hessen ist. Hinter dem Begriff „ländliche Regionalpolitik“ verbirgt sich viel mehr.

Seit 1981 arbeite ich mit in der Regionalentwicklung der Kellerwaldregion. Dort haben wir versucht, auch außerhalb der Landwirtschaft eigene Modelle zu entwickeln und neue Einkommensmöglichkeiten für den ländlichen Raum zu schaffen.

In den letzten Jahren hat die Politik, nicht nur in Hessen oder Deutschland, sondern in der ganzen Europäischen Union (und in Deutschland auf einem anderen Niveau als in Portugal oder in Frankreich), eine innere Entwicklungspolitik betrieben, d. h. man versuchte, einen regionalen Ausgleich zu schaffen.

So ist die wirtschaftlich stärkste Region Hessens Frankfurt. Aus diesem Raum wurden immer Gelder nach Nordhessen transferiert, das in Bezug auf Entwicklung und Arbeitsplätze weit hinter der Rhein-Main-Region liegt. Von allen hessischen Parteien wird das Ziel verfolgt, gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen. Dieser Anspruch konnte jahrelang auch erfüllt werden.

Die Lebensbedingungen der Menschen in Nordhessen unterscheiden sich unwesentlich von der eines im Südhessen lebenden Menschen. Durch knapper werdender öffentliche Mittel haben wir in den letzten Jahren nun eine Trendwende, die dazu führt, dass solche Transferleistungen ins Stocken kommen. Das heißt, es muss überlegt werden, wo dieses Geld her kommen soll.

Zunächst haben wir den kommunalen Finanzausgleich, der finanzschwache Gemeinden in Hessen besser ausstattet, um gleiche Lebensbedingungen zu er-

möglichen. Dieser kommunale Finanzausgleich wurde aber in den letzten Jahren stark eingeschränkt.

Des Weiteren haben wir durch die im Jahr 2000 von der Europäischen Union formulierte Position für die Regionen, eine eigenständige Regionalpolitik zu machen. Durch die Beschlüsse des letzten Gipfeltreffens im Dezember 2005 wurden allerdings die Mittel für die so genannte „Zweite Säule“ drastisch gekürzt und dadurch viele positive Ansätze wieder zunichte gemacht. Für Hessen bedeutet dies, dass aus der „Zweiten Säule“, die die ländliche Entwicklung fördert, ca. 48 % der Mittel fehlen und dieser Prozess kommt erst langsam in Gang. Somit gehören die ländlichen Räume zurzeit zu den Verlierern, sowohl bei den Arbeitsplätzen als auch bei der Strukturentwicklung.

Mit dem demographischen Wandel wird man in den nächsten Jahren umgehen müssen: So gibt es Studien, die aufzeigen, dass zum Beispiel der ländlich geprägte Werra-Meißner-Kreis in der Nähe von Kassel bis zum Jahre 2050 20 % seiner Einwohner verlieren wird. Er wird nicht nur Einwohner verlieren, sondern es wird auch ein Prozess der „Vergreisung“ einsetzen. Das heißt, dass wir eine älter werdende Gesellschaft mit relativ wenig jungen Menschen, die im Arbeitsprozess sind, haben werden. Das wird gravierende Auswirkungen für den ländlichen Raum haben. Hinzu kommt der nun schon einige Jahre anhaltende Prozess, dass Landwirtschaft und Forstwirtschaft als Einnahmequelle zunehmend unbedeutend werden. In der Landwirtschaft und angrenzenden Bereichen, die in den wichtigsten Regionen viele Jahre die Haupterwerbsquellen waren, sind heute teilweise nur noch 10 - 20 % der Bevölkerung tätig, die anderen gehen zunehmend weg.

Vor 20 Jahren gab es in Hessen 25.000 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe. Heute sind es noch 8.500 Betriebe, die von der Landwirtschaft leben, also nur noch einen Drittel, und dieser Prozess ist noch nicht beendet. Die meisten Menschen in der Landwirtschaft betreiben diese als Nebenerwerb, das heißt sie arbeiten in der Industrie und machen nach Feierabend ihren Betrieb.

Ein Beispiel dafür: Meine Eltern haben vor 20 Jahren vom Milchverkauf von 20 Kühen gelebt. Ich habe heute 60 Kühe, erlöse denselben Preis wie vor 20 Jahren meine Eltern, aber die Kosten sind andere. Das heißt ein ökonomischer Prozess verschärft die Lage in zunehmendem Maße, da die preisliche Ertragssituation in der Landwirtschaft nach wie vor schlecht ist. Aber es gibt auch positive Veränderungen: Fast 50 % des Einkommens in der Landwirtschaft sind Direktzahlungsgelder der EU. Der Durchschnittsverdienst im hessischen Betrieb liegt bei 28.000 Euro im Jahr. Das ist der Gewinn.

Aber die gegenwärtige Situation sieht in der Tat so aus, dass wir ein Problem in den nächsten Jahren haben werden: Regionen sind quasi entvölkert. Dörfer, wo es keine ökonomische Grundlage mehr gibt, werden verfallen. 70 % des Einkommens der Region wird durch staatliche Transferleistungen gewährleistet. Man kann diesen Prozess, der schon voll im Gange ist, in den neuen Bundeslän-

dern betrachten. Solche Prozesse werden – darüber muss man sich ganz klar sein – auch in Nordhessen ablaufen.

Als Grünes Mitglied soll ich hier die hessische Politik darstellen. Ich versuche dies möglichst neutral zu machen, was nicht immer ganz einfach ist.

Für diejenigen, die nicht aus Hessen kommen: Wir haben in Hessen eine konservative Regierung und eine Opposition aus Sozialdemokraten und Grünen. Die konservative Politik sagt: Ländliche Entwicklung ist, wenn hier die Infrastruktur gestärkt wird. Um einige Beispiele zu geben: Die Landesregierung sagt, „*wir bauen Autobahnen - hier ganz in der Nähe die A 44 und die A 49 - und das wird dazu führen, dass die Leute schneller in die Ballungsräume kommen und da Arbeit finden*“. Das ist zwar richtig, aber es führt natürlich auch dazu, dass die Leute schneller für immer weg sind aus den ländlichen Regionen. Das führt auch dazu, dass man sich in den ländlichen Regionen überhaupt keine Gedanken mehr darüber macht, eine eigenständige Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Dasselbe gilt für einen Regionalflughafen Kassel-Calden, für den 100 Mio. Euro ausgegeben werden, dessen Wirtschaftlichkeit sehr fraglich ist. Dies wird von den Konservativen unter ländlicher Entwicklung verstanden: Infrastruktur schaffen und dann wird es schon werden.

Unserer Meinung nach ist dies eine völlig zu kurz gefasste Vorstellung von ländlicher Entwicklung. Ich weiß das als jemand, der aus der Landwirtschaft kommt, in der ländlichen Region aufgewachsen ist und bis heute in einer ländlichen Region verwurzelt ist.

In Hessen gibt es diese unschöne Auffassung der Frankfurter und Südhessen: „*Hessen endet 20 – 30 km hinter der Wetterau und dann kommt irgendwann Sibirien*“. Die Wahrnehmung von Politik – und das ist ein Grundproblem, nicht nur in Hessen – geht von den Ballungsräumen aus. Der Frankfurter sieht seine Welt rund um Frankfurt und erkennt nicht die Probleme in ländlichen Räumen. Insofern werden die ländlichen Räume auch nicht als Schwerpunkt der Politik definiert, sondern es geht eher darum, irgendwie so zu handeln, dass es keine politischen Konflikte gibt. Fakt ist, dass politisch Verantwortliche und Medien sich vor allem um die Rhein-Main-Region kümmern. Wenn verglichen wird, wie viele Diskussionen man um den Frankfurter Flughafen geführt hat, und wie wenige um die ländlichen Regionen, ist dies bezeichnend.

Als erstes müssen alle, die sich mit der Regionalpolitik und ländlichen Räumen beschäftigen, ein neues Selbstbewusstsein entwickelt; ein Selbstbewusstsein darüber, keine Almosenempfänger der wirtschaftlich starken Regionen zu sein, sondern mit dem Anspruch auf eine eigenständige Entwicklung mit anderen Ansätzen als die städtischen Regionen. Damit muss man Politik machen.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass es selbst innerhalb der eigenen Partei nicht immer einfach ist. Bündnis 90/Die Grünen sind durchaus eine städtisch geprägte Partei, die ihr Kernmilieu nicht im Kellerwald oder in der Rhön hat, sondern eher aus dem Bereich Frankfurt kommt. Es ist also schwer, Politik für

den ländlichen Raum überhaupt erstmal in die Köpfe der Kollegen zu bekommen und als wichtig zu verankern.

Das Problem besteht auch bei denjenigen, die Politik für den ländlichen Raum machen. Seit Jahren – und das ist in der Europäischen Union lange so gewesen –, bedeutete ländliche Entwicklung eine Unterstützung der Landwirtschaft. Das heißt, man hat immer versucht, mit Geldern für die Landwirtschaft die ländliche Entwicklung mitzuziehen. Das ist weitestgehend gescheitert. Wir geben zwar in der Europäischen Union nicht unerhebliche Mittel für die Landwirtschaft aus, die Effekte sind dennoch fraglich, weil gerade seit diesem Ansatz die meisten Betriebe ihre Existenz verloren haben. Man müsste sich also Gedanken machen, ob das, was an Förderpolitik betrieben wird, überhaupt richtig ist.

Zurzeit ist es so, und das kann ohne Einschränkung gesagt werden: Die Großbetriebe in der Europäischen Union bekommen im Verhältnis zu den kleinen Betrieben, von denen die meisten gerade auch in Hessen leben, erheblich mehr Mittel.

Ich denke – und damit komme ich zu den Hoffnungen, die ich für den Bereich Landwirtschaft habe –, dass erkannt wird, dass Landwirtschaft mehr ist als die Produktion von Nahrungsmitteln. Landwirtschaftliche Entwicklung ist der gute Ansatz, der auch durch europäische Entwicklungspolitik in den letzten Jahren gefördert wurde. Gerade mit der „Zweiten Säule“.

Es gibt zurzeit zwei Formen der Fördergelder für ländliche Regionen. Die „Erste Säule“ ist das, was jeder Landwirt pro Hektar an Mitteln bekommt. Das sind zurzeit € 300/ha (Hektar) Ackerland. Die bekommt er, damit er diese bewirtschaftet. Eigentlich sollten ein paar Standards eingehalten werden, aber das Geld wird pro Hektar ausgezahlt. Das sind für Hessen derzeit 235 Mio. Euro, die von der Europäischen Union an die Landwirtschaft verteilt werden.

Dann gibt es eine „Zweite Säule“. Durch diese werden der ökologische Landbau und die benachteiligte Regionen gefördert. In Hessen gelten ca. 30 % der Landesfläche als benachteiligte Region, also Rhön, Vogelsberg, Kellerwald, Knüll u. a. Sie bekommen Extramittel. Darüber hinaus gibt es noch eine weitere besondere Förderung für Regionen, vor allem von Grünland. Aus dieser „Zweiten Säule“ gab es für Hessen nach der letzten Kürzung noch 21 Mio. Euro. Ein relativ bescheidener Betrag gegenüber der „Ersten Säule“. Das Ganze wird noch aus Mitteln des Bundeshaushalts mitfinanziert, so dass insgesamt aus der „Zweiten Säule“ 40 Mio. Euro in Hessen zu verteilen sind.

Zurzeit behandeln wir im Hessischen Landtag die Fördermittel für die nächsten sieben Jahre, also einen Entwicklungsplan, der der Europäischen Union eingereicht werden muss. Dieser Entwicklungsplan wird mit den regionalen Akteuren erarbeitet, Verbände können dazu Stellung nehmen, insgesamt 48 Verbände. Aber wie das in der Politik so ist, bleibt es ungewiss, ob deren Meinungen tatsächlich nachher einfließen. Dieser Prozess läuft seit einem halben Jahr und beschäftigt viele Menschen. Leider sind an dieser Stelle europäische Prozesse sehr kompliziert. Zwar wird immer versucht, das Bottom-up-Prinzip umzusetzen,

doch es führt teilweise zu endlosen Gremiensitzungen und im Endeffekt macht doch einer in der Regierung das Häkchen dran.

Diese Mittel für die nächsten Jahre sind nicht die einzigen, die die Europäische Union zur Verfügung stellt. Es gibt einen etwa gleich großen Topf im Bereich des Wirtschaftsministeriums, der ebenfalls ländliche Entwicklung und Stadtumbau fördert. Dies ist ein Problem. Wir haben diese zwei großen Strukturfonds und ca. 5 – 6 Institutionen, die für die Verteilung der Mittel zuständig sind. Es gibt dadurch einen riesigen Reibungsverlust bei der Umsetzung dieser Maßnahmen. So kann es sein, dass einerseits eine Straße oder der Flughafen Kassel-Calden aus Regionalmitteln gefördert wird und andererseits direkt nebenan die Entwicklung des Tourismus gefördert wird. Das passiert durchaus. Das sind Prozesse, wo meiner Meinung nach europäische Mittel nicht immer zielgerichtet ausgegeben werden.

Es gibt eine Zielvereinbarung darüber, was diese EU-Mittel aus der Europäischen Union zur Steigerung der Wettbewerbfähigkeit der Landwirtschaft bewirken sollen. Steigende Wettbewerbsfähigkeit heißt: Wenn ein Betrieb mit 50 Kühen gefördert wird und dann auf 100 aufstockt, bedeutet dies natürlich, dass ein anderer Betrieb mit 50 Kühen wegfällt. Also muss gefragt werden, ob das überhaupt eine ländliche Entwicklungspolitik ist. Die Landwirtschaft soll wettbewerbsfähiger werden, mit immer größeren Strukturen. Damit verlieren wir, was Hessen geprägt hat: kleinräumige Landwirtschaft. Im Grunde wird immer noch versucht, mit dem Weltmarkt zu konkurrieren.

In Hessen haben wir keine Chance gegen den Weltmarkt anzutreten. Daher müssen wir auf unsere regionalen Stärken setzen, d. h. regionale und biologische Lebensmittel erzeugen. Um eine Größenordnung zu nennen, was es bedeutet, in Hessen Landwirtschaft zu betreiben: In Hessen hat der durchschnittliche Schweinemastbetrieb um die 200 Schweine; in Brandenburg werden zurzeit Ställe gebaut mit 80.000 Schweinen – und alle Betriebe werden aus denselben Mitteln gefördert. Da kann man sich vorstellen, wer diesen Wettbewerb am Ende verlieren wird.

Die „Zweite Säule“ in der Entwicklung des ländlichen Raums ist die Verbesserung der Umwelt. Damit werden in erster Linie in der Landwirtschaft der biologische Landbau sowie die extensive Landwirtschaft gefördert. Dazu kommt jetzt neu als weiterer Schwerpunkt die Umsetzung der europäischen Umweltrichtlinie. Dafür ist aber kaum noch Geld da. Es wurden FFH-Gebiete sowie einige Vogelschutzgebiete ausgewiesen, aber was jetzt weiter damit passieren soll, ist zurzeit noch unklar. Zurzeit wird nur eine Bestandserhebung gemacht. Ob das noch Naturschutzpolitik ist, kann ich nicht sagen.

Die so genannte „Dritte Säule“ soll die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum fördern. Hier muss gefragt werden, was Lebensqualität im ländlichen Raum heißt. Wir haben derzeit eine Politik, die dazu führt, dass es im ländlichen Raum in Zukunft kaum noch möglich sein wird, ohne Auto mobil zu sein. Gleichzeitig werden die Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Per-

sonennahverkehr gekürzt. D. h., das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr wird immer weiter ausgedünnt.

In Wiesbaden oder Frankfurt an der Bushaltestelle kann ich damit rechnen, dass alle 10 Minuten ein Bus oder eine Straßenbahn kommt. In Nordhessen, in einem Dorf an der Bushaltestelle, kann man höchsten damit rechnen, dass morgens einer und vielleicht abends noch einer kommt. Aber selbst dieses geringe Angebot wird weiter ausgedünnt werden und das mit Blick auf eine Entwicklung, bei der in diesen Räumen sehr viele ältere Menschen leben und noch mehr leben werden.

Wir haben andererseits das Problem, dass im ländlichen Bereich zunehmend die Erwerbsmöglichkeiten wegfallen. Zudem haben die Kommunen in den letzten Jahren auch erhebliche Fehler gemacht. Kommunalpolitik ist ein eigenständiges Thema. Seit 1981 sitze ich in meiner Kommune im Parlament. Es wurde versucht, städtische Prozesse mit den geförderten öffentlichen Mitteln nachzuahmen. D. h., jedes Dorf hat heute einen Aldi. Die „Aldiisierung“, wie man das nennt. Und dann stellten die Kommunalpolitiker nach Jahren fest, dass unsere Ortskerne, unsere kleinstädtischen Kerne veröden, weil die Leute dieses Angebot draußen am Supermarkt natürlich lieber wahrnehmen als im Kernbereich einer Kommune drei oder vier kleine Läden aufzusuchen. Diese Politik hält seit Jahren an. Man kann nicht alles haben: Großmärkte und lebendige Ortskerne. Gleichzeitig steckt man öffentliche Mittel in die Dorfkerne, um sie vor dem Verfall zu bewahren.

Wenn man ländliche Regionen in den neuen Bundesländern, im Knüll oder anderen Regionen besichtigt, sieht man, dass viele landwirtschaftlichen Betriebe, die großen 200 – 300 Jahre alten Höfe, mittlerweile zerfallen. Sie stehen zum Verkauf für 10.000 Euro. Nur müssen in den nächsten Jahren 200.000 Euro investiert werden, um die Gebäude zu erhalten. Dieser Prozess kann so nicht weiter gehen. Wir müssen einen anderen Ansatz haben, um Dörfer neu zu beleben und dazu gehört, dass wir Arbeitsplätze in diesen Regionen schaffen. Die ganzen Programme müssen nach meiner Meinung und der meiner Partei danach beurteilt werden, ob Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen die Programme alle auf Arbeitsplätzen ausrichten. Das heißt, wenn kleine Betriebe drei Leute beschäftigen, dann müssen sie mehr Mittel bekommen als der Großbetrieb, der am Ende des Tages noch Arbeitsplätze auslagert. Das muss Ziel der Politik sein. Dann können wir die Gelder auch gezielt einsetzen.

Heute ist der ökologische Markt ein wachsender Markt und auf diesen müssen wir in der Politik setzen. Wir haben auf unserem Hof eine Käserei aufgebaut und jemanden eingestellt, der Käse produziert. Diesen Käse vermarkten wir auch in anderen Regionen und haben damit Arbeitsplätze geschaffen. Solche kleinen Prozesse sind wesentlich sinnvoller, als viele Mittel in der breiten Fläche zu verteilen und darauf zu warten, dass sich irgendwo positive Entwicklungsprozesse einstellen.

Genossenschaften für Bioenergie

Nun zu einer positiven Entwicklung, die ich für die Landwirtschaft sehe: Diese verbindet sich mit der Energiefrage. Ich habe 1995 eine Biogasanlage auf meinem Hof gebaut. 1995 war die Biogastechnologie eher eine Sache der „Öko-Spinner“ und wurde nach dem Motto beurteilt: Das haben die Chinesen schon 1965 in der Kulturrevolution probiert und das wäre schief gegangen. Übrigens war damals der Bewilligungsbescheid für unsere Anlage vom ersten grünen Umweltminister in Hessen, Joschka Fischer, ausgestellt worden. Damals wurde Biogas genauso wie die Windenergie belächelt. Heute sind sie unverzichtbarer Bestandteil der Energiepolitik.

Neben der Biogastechnologie gibt es heute auch andere Möglichkeiten Energie zu erzeugen: z.B. aus Holz. Die Holzpreise sind um 30 % gestiegen, weil Energieholz nachgefragt wird. Es wird wieder interessant, in der Forstwirtschaft Geld zu verdienen.

Vor zwei Jahren wurde von der Hessischen Landesregierung beschlossen, im Forstbereich 1.000 Leute zu entlassen. Dies war ein Fehler, weil die Leute ihr Geld damit verdienen könnten. In der Landwirtschaft kann mit Biomassekraftwerken eine erhebliche Wertschöpfung geleistet werden, z. B. mit „Biosprit“. Aber, die erzielten Einnahmen müssen in der Landwirtschaft bleiben. Es nutzt niemandem, wenn RWE eine Biogasanlage baut, sondern das sollten die Landwirte tun; die müssen sich genossenschaftlich zusammenschließen, um solche Projekte voranzubringen.

Ein gutes Beispiel für diesen Weg ist die Bioenergieanlage in Jühnde, wo ein Dorf eine Biogasgenossenschaft gegründet hat. Ein Beispiel, das Schule machen sollte als Modell dörflicher Entwicklung für die Zukunft. Jühnde hat seine Energieversorgung (Wärmeversorgung und Elektrizitätserzeugung) genossenschaftlich in die eigenen Hände genommen. Jetzt wird ein Hotel gebaut mit eigener Touristikfirma, weil viele Leute aus anderen Regionen kommen, um sich dieses Modell anzuschauen. Ein phantastisches Beispiel, wie Leute ihr Schicksal selber in die Hand genommen haben. Ein Bürgermeister, der die Bürgerschaft hinter sich gebracht und dieses Dorf wirklich zu einem Modelldorf in Deutschland gemacht hat. In Modelldörfern wie Jühnde kann man gar nicht genug Strukturmittel reinstecken, weil dieses Dorf so wieder Leben und eine völlig neue Dorfgemeinschaft hat.

Das sind positive Beispiele, die auf dem Lande etwas bewegen. Genossenschaftlich organisierte Modelle, die mit relativ wenig finanziellen Mitteln, diesen Gemeinden Zukunft geben. Modelle, wo Landwirtschaft, Bürgerschaft und Handwerk wieder zusammen kommen. Handwerker warten jetzt die Biogasanlage statt Stromheizungen und anderes zu installieren. Das sind Modelle, die gar nicht genug gefördert werden können und wo man auch Politik ausüben muss.

Nach einem Besuch in Jühnde habe ich einen Antrag im Hessischen Landtag eingebracht, dass in Hessen, in verschiedenen Regionen, Modellkommunen nach dem Vorbild Jühnde gefördert werden.

Neues Selbstbewusstsein entwickeln und vermitteln

Ich komme jetzt zurück auf das, was ich am Anfang gesagt habe: All diejenigen, die im ländlichen Bereich Politik machen, müssen ein völlig neues Selbstbewusstsein entwickeln und vermitteln. Es stimmt nicht, dass „der Nordhesse vom wirtschaftlichen Boom in Südhessen lebt“ – wovon die Südhessen gerne überzeugt sind. Das mag zwar irgendwann mal gestimmt haben, aber mit der Entwicklung im Energiesektor, d.h. der Energieerzeugung durch Landwirte, sieht das vielleicht in nächster Zukunft anders aus.

Zudem hat der städtische Raum in den letzten Jahren zu einem großen Teil auch von der Arbeitskraft der ländlichen Region gelebt. Die billigen Arbeitskräfte kamen immer vom Land, die bereit sind, 100 km zu fahren. Ohne das Land wäre die städtische Entwicklung nie denkbar gewesen. Dieses Bewusstsein über solche Aspekte sollte man in die Politik mitbringen und nicht auf Almosen warten, sondern die Mittel für die ländlichen Regionen einfordern.

Die Prozesse des demografischen Wandels werden erhebliche Herausforderungen mit sich bringen. So wird unter anderem der Bildungszugang in ländlichen Regionen zukünftig ein riesiges Problem sein. Kindergärten und Schulen werden geschlossen, weil keine Kinder mehr da sind. Die Entscheidung für junge Familien, auf dem Land zu bleiben oder möglicherweise auch wieder aufs Land zu gehen ist sehr schwierig. Bildungsmöglichkeiten sind eine Grundvoraussetzung, damit Menschen im ländlichen Raum bleiben. Man muss die ländliche Politik und die Bildungspolitik verknüpfen. So, wie in den letzten Jahren, kann es nicht weitergehen, wo gesagt wurde: „Wir brauchen so und so viele Schüler für einen Abiturientenkurs“. Im ländlichen Bereich muss ein Minimum an Bildungseinrichtungen erhalten und dafür müssen spezielle Modelle entwickelt werden. Es ist immer besser, die Lehrer gehen aufs Land, als dass alle Schüler in die Stadt verfrachtet werden.

Bildung für die ländliche Region ist die Hauptvoraussetzung, damit junge Familien in den ländlichen Regionen bleiben und dort Erwerbsmöglichkeit schaffen. Insofern muss Politik für den ländlichen Raum an diese Bereiche andocken. Wie gesagt, den Fokus nicht auf die Landwirtschaft, sondern auf Bildung und Infrastruktur legen. Alle Bereiche müssen vernetzt werden. Erst dann wird die Politik für den ländlichen Raum eine bessere und effizientere Ausrichtung haben.

Solidarische Ökonomie und Regionale Entwicklung

Clarita Müller-Plantenberg

Entstehung der Solidarischen Ökonomie – ihr Verhältnis zur regionalen Entwicklung

Was ist solidarische Wirtschaft? „Die solidarische Wirtschaft wurde zu Beginn des Industriekapitalismus von Arbeitern als eine Antwort auf die Armut und die Arbeitslosigkeit eingeführt, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus der ‘de-regulierten’ Verbreitung der Maschinen und des Dampfmotors ergaben. Die Genossenschaften waren Versuche der Arbeiter, unter Ausnutzung der neuen Produktivkräfte Arbeit und wirtschaftliche Autonomie zurückzuerobern“ (Singer 2001). Damals entstand die erste große „Woge der Produktionsgenossenschaften“ in Großbritannien.

Was waren und sind ihre Werte?

Es sind die Werte der Arbeiterbewegung, „Gleichheit und Demokratie“. Das solidarische Unternehmen lehnt die „Trennung zwischen Arbeit und Besitz“ ab (Singer 2001).

Oft ist die Solidarische Ökonomie aus der Not geboren. Heute entsteht sie auch als Gegenstrategie von Gemeinschaften, die das Ausbluten ihrer Regionen¹ vermeiden und regionale Kreisläufe und deren ökologisch und sozial stabilisierende nachhaltigen Wirkung wieder in Gang setzen wollen.

In jedem Fall geht Solidarische Ökonomie und ihr Blick auf die regionale Entwicklung im Unterschied zum *Mainstream* immer von den Subjekten der Region aus.

Die Vorstellung der Gemeinschaftsbetriebe von der Entwicklung ihrer Region ist zum Teil von der Tradition getragen. Sie wird von sozialen Bewegungen und von den politischen Überzeugungen der regionalen Bevölkerung geprägt.

¹ Durch Konzentration der Betriebe und wachsende Arbeitslosigkeit und Abwanderung, durch die Vergabe von Aufträgen für Großprojekte and große Unternehmen bzw. Global Players, Abfluss des Geldes aus der Region,

Wurzeln der solidarischen Ökonomie in der regionalen Tradition: Allmende, Interessentenwald, Hirten

Gemeinsame Bewirtschaftung von Wiesen, Wäldern und Seen findet man in Nordhessen noch immer in den gemeinsamen Weiden, der Allmende, bei den Interessentenwäldern und Seen. Diese gemeinsame Nutzung beinhaltet auch ein soziales Beziehungsnetz der Nutzer. Einen gemeinsamen Hirten für das Vieh findet man auch noch in dieser Region. Dieser war traditionell auch Kenner natürlicher Heilverfahren für das Vieh. Ebenso ist die Wasserversorgung in einigen Dörfern gemeinsames Anliegen, das nicht extern, sondern vor Ort von der Gemeinde oder einer Genossenschaft gemeinsam zu regeln ist, will man die Kontrolle über Quantität und Qualität behalten.²

Wurzeln liegen in der politischen Tradition, in regionalen sowie nationalen sozialen Bewegungen

Oft sind die politischen Traditionen der utopischen Sozialisten nur noch in Genossenschafts- oder Akademikerkreisen präsent. Sie suchten regionale Entwicklungsprojekte mit lokaler Ökonomie in unterschiedlichen Formen zu verwirklichen (M. Buckmiller 2005).

Im Widerstand gegen den Faschismus in Europa können wir bei einigen Gruppen die Suche nach der Stärkung der lokalen Gemeinschaften und der Kontrolle der Monopole finden, hier ist eine Basis für eine kapitalismuskritische Entwicklung (C. Müller-Plantenberg 2005).

Schließlich hat die Antiatomkraft-Bewegung entschieden regionalen und nationalen Widerstand geleistet – wegen der Risiken der radioaktiven Strahlung und nicht zuletzt auch wegen der Möglichkeit kriegerischer Nutzung dieser Technologieentwicklung.³ Dann begann auch der Kampf in Whyll gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Deutschland. Sie stellten die Speerspitze der Umweltbewegung und vielleicht sogar die Urzelle der grünen Bewegung dar. Danach bildete sich die breite erfolgreiche Koalition gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf heraus. Bis heute wendet sich diese Bewegung gegen das Endlager Gorleben. Leitmotiv ist Schutz des Lebens. Widerstand gegen Krieg und Risiken, die zur Verseuchung und Vernichtung des Lebens auf der Erde führen können.

Hier und an anderen Stellen zeigt sich, dass sich die Bewegungen der Nachkriegszeit vielfältig überschneiden: Die Friedensbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Energieläden, die daraus hervorgingen, die Studenten-, Frauen- und die antiautoritäre Kinderladenbewegung sowie Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegungen.

² Vgl. den Bericht von Axel Holzauer über die Wassergenossenschaft Großpropperhausen in diesem Band; vgl. auch die empirische Studie von C. Müller-Plantenberg, Gesundheitswissen und alte Bräuche hessischer Bäuerinnen, Kassel 1984 (Manuskript).

³ Wie wichtig gerade diese Dimension der Anti-Atom-Bewegung war und ist hat unter anderem der „Whistleblower“ Daniel Elsberg in den 60er Jahren in den USA gezeigt, als er für die internationale Öffentlichkeit aufdeckte, dass die NATO und das Pentagon eine hohe Zahl von Toten (600 Mio.) bei einem atomaren Erstschlag bereit war in Kauf zu nehmen.

So bildet sich eine Gesellschaft heraus, die an unterschiedliche demokratische Traditionen anknüpft. Öffentlichkeit über die Verantwortung in Gemeinschaftsfragen wird hergestellt und lässt eine Grundlage für kritische Alternativen zur herrschenden Regionalentwicklung entstehen.

Solidarische Ökonomie ist eine Produktionsweise, in der es um Selbstbestimmung und -verwaltung geht

Was an Produkten und Dienstleistungen produziert wird, ist das Ergebnis von selbstbestimmten Entscheidungsprozessen. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Lebens wird dann in selbstverwalteter Form bei gemeinsamem Eigentum umgesetzt. Der Alltag wird neu durchdacht: **es geht erneut darum, unter Ausnutzung der neuen Technologien, Arbeit und wirtschaftliche Autonomie zurückzuerobern.** Also geht es nicht mehr nur um individuellen Konsum, sondern **um die selbstbestimmte Einsetzung der vorhandenen Mittel zur gemeinsamen Schaffung solidarischen Konsums und gemeinschaftlicher Arbeit** zur Verbesserung des Lebens:

- Wenn Bürger gemeinsam ein energiesparenderes Heizungssystem anlegen (wie z. B. das Fernwärmenetz in Oberellenbach), dessen Kosten sich über kurz oder lang amortisieren und dessen Wirkung die Treibhausgase reduziert.
- Wenn Bürger und Kommunen gemeinschaftlich die Vermarktung von gesund produzierten Öko-Nahrungsmitteln organisieren, (wie die Markthalle in Frankenberg) und dadurch wieder den Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln aufbauen.
- Wenn Bürger/Landwirte und Kommunen die Versorgung der öffentlichen Kindergärten, Schulen, Kantinen und Altersheime mit ökologischen Essen organisieren und damit für die gesunde Versorgung der Gemeinschaft Verantwortung übernehmen⁴ – dann schafft das eine Verbesserung der Lebenssituation durch Selbstbestimmung und selbstverwaltetes gemeinschaftliches Handeln.
- alle Formen von wirtschaftlicher Tätigkeit, die als Selbstverwaltung organisiert sind, wie Genossenschaften, Vereine, Tauschringe, oder Volksbanken und Kreditgenossenschaften, die durch Kredite gezielt selbstverwaltete Einrichtungen fördern.

Kurz: Gemeinsames Handeln schult die Beteiligten in einer Solidarischen Ökonomie nach innen und nach außen durch die Betonung der anderen Prinzipien regionaler Entwicklung: So z.B. der Vermeidung von genetisch veränderten Organismen und von Atomkraft. Aber auch umgekehrt: Eine Schulung schafft gemeinsam Handelnde, so zum Beispiel:

- Wenn Bürger erneut durch entsprechende Bildung

⁴ Vgl. den Bericht von Dietmar Groß über das Projekt der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft zur Produktion und Weiterverarbeitung gesunder Ernährung in Ganztagschulen im Schwalm-Eder-Kreis.

- die ökologische Ernährung und ihre Vorteile für gesundes Alltagsleben wieder sensibel erfassen.
- Die Vorteile erneuerbarer Energien für den Erhalt der Erdatmosphäre und unser aller Gesundheit nahe gebracht und einen Zugang zu den neuen Technologien vermittelt bekommen
- Prävention vor Risiken der Kostensteigerung erkennen
- Gefahren der Umweltschädigung oder Krankheitsförderung begreifen

Eine solche Sensibilisierung durch Wissen und bewusstes Erfahren legt andere Formen des täglichen Lebens nahe, die zu gemeinsamem, selbstbestimmtem, veränderndem Handeln führen, das auf der Suche nach Veränderungen selbstverwaltete Strukturen nicht nur in den einzelnen Betrieben, sondern auch durch Netze von Betrieben und Organisationen aufbaut. Daher werden demokratische Vorgehensweisen gepflegt, nachbarschaftliche Beziehungen entstehen und eine Priorität der Bedürfnisbefriedigung vor Ort wird groß geschrieben. Produzenten von Gütern und Dienstleistungen sind identisch mit den Eigentümern ihrer Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen. Es regiert also nicht der starre Blick auf die Konkurrenz, die von außen kommt und zum Wachsen oder Weichen zwingt. Vielmehr nimmt eine Vorstellung der Gemeinschaftsbetriebe von der Entwicklung ihrer Region Gestalt an und kann erneut eine regionale Unabhängigkeit stärken.



Landkreise Nordhessens: Kassel, Landkreis Kassel, Waldeck Frankenberg, Werra Meißner, Schwalm Eder, Hersfeld Rotenburg

Dadurch, dass ein Raum geschaffen wird, in dem über den einzelnen Betrieb hinaus regional nach anderen Prinzipien der Kooperation und gegenseitigen Hilfe gewirtschaftet wird, kann eine selbstbestimmte und selbstverwaltete Regionalentwicklung entstehen. Dann kann der Bedarf nach hochwertigen Gütern und Dienstleistungen in Verantwortung für das Gemeinwesen erfasst und in der Region langfristig stabil befriedigt werden (www.rnf-nordhessen.de).

Die „Entbettung“ der Gesellschaft

Insolvenzen von Unternehmen und freien Berufen – Hessisches Statistisches Landesamt 2004: Wachsen oder Weichen

Hessen	1999	2003
Insgesamt	1864	2337
GmbH	1151	1510
Einzelunternehmen/freie Berufe	557	563
Personengesellschaften OHG, KG, GbR	128	179
Aktiengesellschaft	10	54
Genossenschaft	1	-
Sonstige	17	31

2004 insgesamt

Kassel Stadt	99	Waldeck-Frankenberg	39
Hersfeld-Rotenburg	55	Werra-Meißner-Kreis	25
Kassel	121	IHKKS	483
Marburg-Biedenkopf	87	Hessen	2383
Schwalm-Eder-Kreis	57		

In der BRD nahm die Zahl der Erwerbslosen zu, allein von 2003-2004 um mehr als eine halbe Millionen (4.022.000 – 4.583.000). Nach der Wende waren z.T. noch höhere Arbeitslosenquoten in den osteuropäischen Ländern entstanden. In Ungarn stieg die Arbeitslosigkeit von 1990 bis 2002 auf 26%, in Tschechien auf 10% und in Polen auf 7,5%. In Hessen betrug die Arbeitslosenquote vor 20 Jahren (1986) noch 6,8% und inzwischen ist sie auf 10,5% gestiegen. Dieser Trend setzt sich mit Unterbrechungen im Zuge neoliberaler Globalisierung fort (Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit).

Wachsen oder Weichen im Agrarsektor – die Rolle der ökologischen Betriebe

Die Zahl der ländlichen Betriebe nahm zwischen 2001 und 2003 um 28.239 Betriebe ab und die bewirtschaftete Fläche um 87.856 ha, wobei die kleineren Betriebe bis 70 ha weichen mussten (30.899 Betriebe mit 445 ha) und die Zahl der größeren mit mehr als 70 ha zunahm (zusätzlich 2.660 Betriebe um 357.719 ha). In den hafennahen Regionen existieren mehr agroindustriellen Großbetriebe, die stark auf Futtermittelimport angewiesen sind. Während in den strukturschwachen Regionen der Bergbauern die kleinen Betriebe überwiegen.

Wachsende Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen)

IHK Kassel 2005

	2002 %	2004 %	2002	2004
Arbeitsamtbezirk Bad Hersfeld (Bad Hersfeld, Bebra, Eschwege)	8,6	9,2	8.061	8.425
Arbeitsamtbezirk Kassel (Kassel, Fritzlar, Hofgeismar, Mel- sungen, Witzenhausen, Wolfhagen)	10,2	10,5	31.498	32.620
Arbeitsamtbezirk Korbach (Korbach, Bad Wildungen, Fran- kenberg, Bad Arolsen)	7,2	8,6	6.760	7.183
Arbeitsamtsbezirk Marburg (Marburg a. d. Lahn, Schwalmstadt, Stadt Allendorf)	7,1	7,3	8.243	8.481
IHK Bezirk Kassel	9,0	9,4	53.795	56.391
Hessen	6,9	8,2	213.583	250.707

Betriebe, die auf ökologischen Landbau umgestellt haben

Statistisches Bundesamt 2006

Anteil hessischer ökologischer Landwirtschaft an der ökologischen Land- wirtschaft in der BRD 2005

	Ökobetriebe	%	landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche (ha)	%
Hessen	1.340	9,9	54.302	6,9
Deutschland	13.600	100	782.000	100

Anteil ökologischer Landwirtschaft von der Landwirtschaft in der BRD 2003 - 2005

	Alle Betriebe (1000)		Fläche (1.000 ha)	
	2003	2005	2003	2005
Bis 50 ha	337,2	311,9	4.978,7	4.658,3
Über 50 ha	83,4	84,7	12.029,3	12.365,6
Insgesamt	420,7	396,6	17.008	17.024

	Ökoanbau: Umgestellte Betriebe (1000)		Fläche (1000 ha)	
	2003	2005	2003	2005
Bis 50 ha	10,6	9,9	197,1	191,1
Über 50 ha	3,3	3,6	533,2	591,5
Insgesamt	13,9	13,6	731,2	782,5

Lokale Ökonomie

3,4 % der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe haben auf ökologische Bewirtschaftung ihrer Flächen umgestellt, sie bewirtschaften 4,6% der landwirtschaftlichen Fläche der Bundesrepublik. Hessen hat einen 9,9% Anteil an ökologischen Betrieben, die 6,9% der ökologisch bewirtschafteten Flächen Deutschlands darstellen (insgesamt hessischer Anteil an BRD-Fläche 16,9% aber überdurchschnittlich hoher Waldbestand in Hessen).

Lokale Ökonomie: Im Interesse der Bürger gehören Politik und Ökonomie zusammen

Insolvenzen und Arbeitslosigkeit verlangen eine größere Betonung der lokalen Ökonomie, d.h.

- des Ausbaus der Wertschöpfungsketten sprich der Verarbeitung der regionalen Ressourcen zu hochwertigen Gütern und Dienstleistungen in der Region
- des Aufbaus von betrieblicher Zusammenarbeit und öffentlicher Debatte, um Wertschöpfungsnetze zu knüpfen
- das heißt nicht nur Zusammenarbeit in der produktiven Weiterverarbeitung, sondern auch bei der Umsetzung von intelligenten regionalen Vermarktungssystemen
- *„In der Solidarischen Ökonomie wird wirtschaftliche Selbstverwaltung ergänzend und als ein Teil von der sozialen Selbstverwaltung gesehen. Indem sie sich in solidarischen Netzwerken für Produktion, Konsum, Vermarktung und Dienstleistungen organisiert, schafft sie wirtschaftliche Kreisläufe, die nicht der Dynamik kapitalistischer Produktion unterworfen sind, ohne sich von ihr zu isolieren.“* (Rosalvo Schütz 2006)

Der selbstbestimmte Aufbau entsprechender Produktion und Distribution erfordert eine Erfragung der konkreten regionalen Bedürfnisse so wie sie sich angesichts der Verschlankung des Staates und der Konzentration von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zeigen.

Es bietet sich an, dass die Kommune Gemeinschaftsbetriebe konsultiert bzw. dass gemeinschaftliche Lösungen mit Unterstützung der Kommunen ausgearbeitet und realisiert werden.

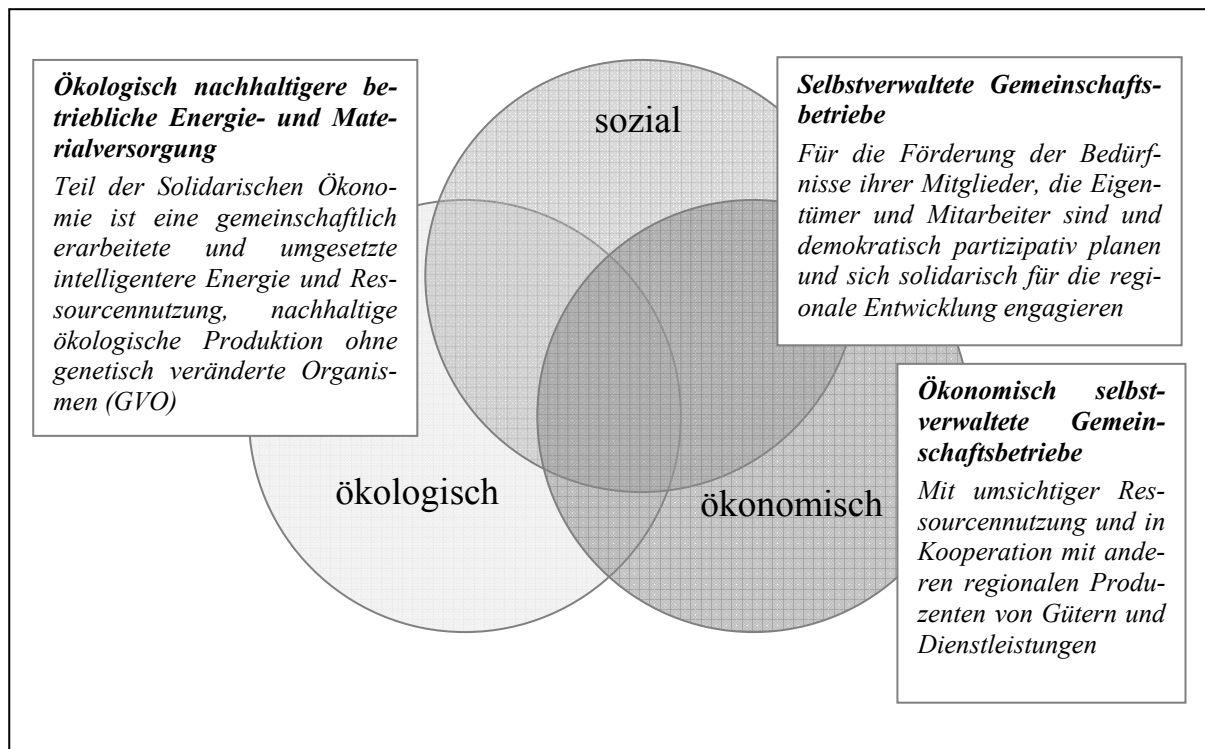
Das schließt eine partizipative Planung für entsprechende Ausbildungs- und Finanzierungssysteme ein, die Gemeinschaftsbetriebe und ihre selbstverwaltete nachhaltige Regionalentwicklung stärken.

Anstehende Aufgaben – sozioökologisch-sozioökonomisch - sozial

Die Subjekte der Entwicklung sind Gemeinschaften, die solidarisch die Lebenssicherung ausbauen und Risiken abbauen wollen. Wie werden Risiken minimiert und was trägt zur regionalen Nachhaltigkeit bei?

- Eine weniger polarisierte Einkommensstruktur:
 - Schaffung von Arbeitsplätzen durch Gründung von Gemeinschaftsbetrieben
 - Vertragliche Absicherung der präkarisierten Arbeit
 - Übernahme von insolventen Betrieben
- Ein ökologischer Umbau – schafft Arbeitsplätze (UBA 2004)
 - Durch Energieeinsparung, Contracting, Altbausanierung (Einsparungsfond)
 - Durch Umsteigen auf erneuerbare Energien
 - Biogas
 - Pflanzenöl
 - Solarthermik
 - Photovoltaik
 - Windenergie
- Gesunde Ernährung – schafft Arbeitsplätze (Bundesmin. f. Verbraucherschutz, 2004; BUND 2004)
 - Umstieg auf ökologische Produktion
 - Erhalt und Ausbau kleinteiliger Verarbeitungs- und Belieferungsstrukturen
 - Garantie der GVO-freien Anbaugebiete

Aufbau solidarischer Ökonomie



Wie kann eine Solidarische Ökonomie von ihren Mitgliedern konstruiert werden?

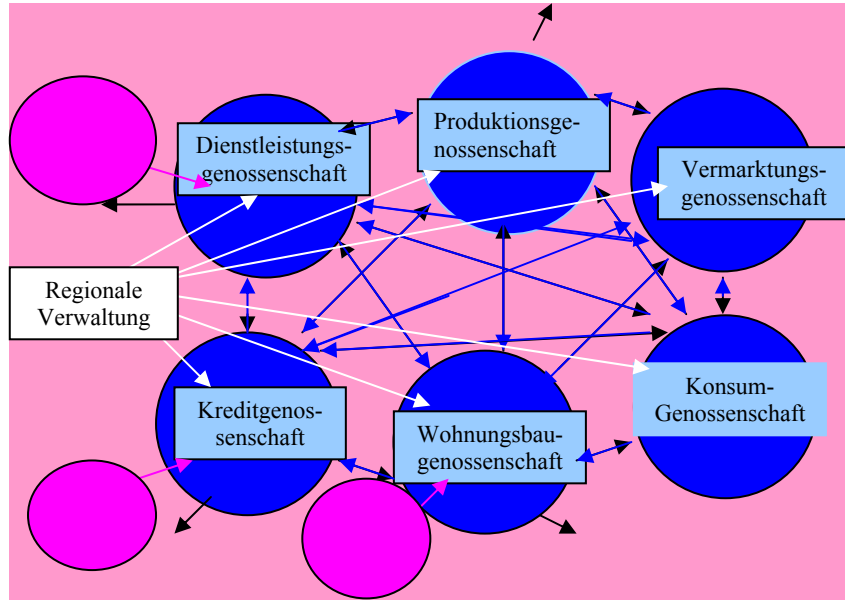
Auf der Suche nach einer ausgewogenen ganzheitlichen Entwicklung wird die alleinige Suche nach Wirtschaftswachstum über Bord geworfen, auch die Wettbewerbsorientierung ist nicht prioritär. Vielmehr geht es um den Aufbau von Betriebskonzepten durch organisierte Gruppen und um konkrete Aktionen zur Veränderung.

Das setzt den Aufbau von Beziehungen voraus. Sie sind die Grundlage für neue Institutionalisierungsprozesse sowie für die Reorganisation der unternehmerischen Basis, der neuen Konzeption für die erforderlichen Informationssysteme und Qualifizierungsprozesse sowie für die notwendige Infrastruktur. Dieser Prozess der Konstruktion Solidarischer Ökonomie wird nicht ohne eine Kreditvergabe und Vermarktungspolitik möglich sein, die den Prinzipien Solidarischer Ökonomie entspricht und sie ergänzt, sodass eine gegenseitige Stabilisierung eintreten kann.

Impulse der gemeinschaftlichen Betriebsgründungen kommen also aus der Analyse der regionalen Bedürfnisse und der Ergänzung der schon vorhandenen Gemeinschaftsbetriebe. Um die Vorteile solidarischen Wirtschaftens zu nutzen, muss gemeinsam über den Einzelbetrieb hinaus ein Netzwerk der Ergänzung zwischen Wohnen, Produzieren, Konsumieren, Vermarkten konstruiert werden, was nicht möglich sein wird, ohne neue Instrumente der Ausbildung/Öffentlichkeitsarbeit/Sensibilisierung und Stärkung durch eine neu konzipierte Finanzie-

rung. Diese Prozesse können im Zuge des ökologischen Umbaus und der Neustrukturierung der kommunalen Arbeit in Kooperation der Betriebe untereinander und mit ihrer Kommune geschehen.

Gafik: Lokale Ökonomie



Solidarische Ökonomie – Kooperation der Gemeinschaftsbetriebe und Kommunen

Soziales Kapital

Diese Konstruktion von Wertschöpfungsnetzen durch Kooperation wird im Rahmen alternativer Betriebswirtschaft auch als der Ausbau sozialen Kapitals bezeichnet. Die Integration der Akteure – Arbeiter, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Regierung, Unternehmen, Nicht-Regierungs-Organisationen – in solidarischen Aktionen kann zu der Herausbildung einer zivilen Gesellschaft und d. h. auch des betrieblichen Sozialkapitals führen (C. N. Bezerra Candeias 2006).

Das zivile Engagement für den Aufbau sozialer Netzwerke, für die Inklusion von Randgruppen, die Bedeutung solidarischer Wertestrukturen und horizontaler Strukturen lokaler Institutionen können diesen Prozess fördern.

Wo kann dieses Sozialkapital entstehen? Dort, wo Beziehungsstrukturen gewachsen sind von Gemeinschaften, in Kollegenkreisen, in Universitäten, Unternehmen, in der Regierung, in Vereinen. Dort entsteht die Fähigkeit als Kollektiv zu agieren (C. N. Bezerra Candeias 2006):

- dann kann die Umsetzung gemeinsam definierter Ziele und Verbesserungen einsetzen,
- dann können die Beziehungen konstruiert werden,
- Vertrauen kann gebildet werden,

- Eine Identifizierung und ein Zugehörigkeitsgefühl über biologische Wurzeln hinaus kann entstehen,
- Freiwillige Arbeitskreise und neue Identitäten können sich herausbilden,
- Persönliche Erfahrungen mit Institutionen werden gemacht,
- Kommunikationsmedien, freiwillige Vereinigungen erleichtern Kooperationsbeziehungen und
- dann wird es möglich, auf die verschiedenen Herausforderungen zu reagieren.

Aber der Prozess der Solidarischen Ökonomie ist mehr als nur eine Antwort auf die existierenden Widersprüche und die Unfähigkeit des Kapitalismus, alle Personen zu integrieren. Sie ist eine dem Kapitalismus überlegene Alternative, da sie den Personen, die sich ihr zuwenden, ein besseres Leben in Bezug auf Produktion, Konsum und Sparen gibt (P. Singer 2002,14).

Für die Solidarische Ökonomie ist die Region die Arbeitsbasis, der Wohnort, der Ort des materiellen und geistigen Austauschs und des Lebens. Der Aufbau von Sozialkapital in diesem Raum der Solidarischen Ökonomie ist Voraussetzung für die regionale Entwicklung.

Selbstverwaltung – politische und ökonomische Macht

In der Solidarischen Ökonomie geht es ja um politische Macht, wirtschaftliche Arbeit und eine Gesamtheit von Werten und Überzeugungen. Die selbstverwaltete solidarische Wirtschaftsweise kann Räume erobern und gegen andere Prinzipien verteidigen (gegen das alleinige Diktat von Konkurrenz und Profitorientierung, GVOs, Atomkraft) und die staatliche Politik dazu bringen, sie zu konsultieren und zu unterstützen.

Staatsbürger

In der partizipativen Demokratie freier und gleicher Bürger, einer aktiven Zivilgesellschaft, die gemeinsam soziale Kontakte aufbaut, Vereine gegenseitiger Hilfe geschaffen und solidarische Wirtschaftsstrukturen auf den Weg gebracht hat, entstehen neue Netze, die eine zivile Gesellschaft konsolidieren – auch wenn die überkommenen Organisationen eher an Umfang und Durchsetzungskraft verlieren. Neue Räume der Kommunikation, Organisation und Institutionalisierung können entstehen, die „Gleichheit und Demokratie“ eine Priorität im Rahmen der regionalen Werte einräumen. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung charakterisieren immer häufiger die Gemeinschaftsinitiativen, Vereine und Unternehmen, die die bestmögliche lokale Bedürfnisbefriedigung im Alltag anstreben.

So schafft solidarisches Wirtschaften mündige Staatsbürger, die durch ihre Vereine, Initiativen und Gemeinschaftsbetriebe geschult werden. Gemeinsam lernen sie, dass der Aufbau einer Zivilgesellschaft, Verantwortung für gemeinsame Anliegen, Nutzung bester nachhaltiger technologischer Lösungen und

größter öffentlicher Transparenz und gemeinsame Entscheidungsprozesse erfordert. Damit können sie verhindern, dass die regionale Arbeitslosigkeit weiter steigt, Fremdbestimmung durch global players noch mehr zunimmt und die natürlichen Ressourcen noch stärker belastet werden. Kurz, sie können eine Demokratisierung des Wirtschaftens und eine Inklusion der Arbeitslosen und anderer sozial marginalisierten Gruppen verhindern. Das heißt, der Weg solidarischen Wirtschaftens führt über eine Demokratisierung der Wirtschaft zu einer Wiedereinführung partizipativer Demokratie. Die Trennung zwischen Politik und Wirtschaft wird aufgehoben.

Wir erinnern uns daran, dass der französische Schriftsteller, Alexis de Tocqueville, im 19. Jahrhundert sagte: „Damit Menschen zivilisiert bleiben oder werden, muss sich unter ihnen die Kunst, sich in Vereinen zu organisieren, entwickeln und perfektionieren“.

Unsere regionale Gesellschaft kann zum Brutkasten⁵ für Staatsbürger werden, wenn soziale Beziehungsnetze, Vereine, Gemeinschaftsinitiativen und -betriebe aufgebaut und die Bedingungen für eine stabile Solidarische Ökonomie von Produzenten, Konsumenten und Sparern erkannt werden. „Zwischen Zivilgesellschaft und Staat existiert eine Komplementarität. Diese Beziehung wird in verschiedenen Ländern neu definiert“ (J. L. Laville 2002).

Bibliographie:

- Bezerra Candeias, Cesar Nonato (2006): **Economia solidária, desenvolvimento local e capital social: a construção de círculos virtuosos**, in: C.N. Bezerra Candeias, J.B. Macdonald e J. F. de Melo Neto (orgs.): *Economia solidária e autogestão, Ponderações teóricas e achados empíricos*, Paraíba.
- Buckmiller, Michael (2005): **Historisch theoretischer Rückblick auf die Wurzeln der Solidarischen Ökonomie**, in: Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Internationale Sommerschule 2004 in Imshausen, Entwicklungsperspektiven*, Kassel University Press, Kassel.
- Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2004): **Ernährungs- und Agrarpolitischer Bericht 2004 der Bundesregierung**, Berlin.
- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) (2004): **Umwelt und Beschäftigung in Umwelt und Naturschutz, Ökolandbau und nachhaltigem Tourismus**.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2004): **Leben und Arbeiten in Hessen**, Wiesbaden
- Industrie- und Handelskammer Kassel (2005): **Arbeitslosigkeit**, Kassel
- Laville, Jean Louis (2002): **Neue Formen der Staatsbürgerschaft** (Interview geführt von Florence Raynal mit J.L.L.), in: *Label France* April 2000

⁵ zum Inkubator.

- Müller-Plantenberg, Clarita (2005): **Solidarische Ökonomie als gesellschaftliche Antwort auf neoliberale Globalisierung**, EKKW, Hofgeismar, <http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>
- Müller-Plantenberg, Clarita (2004): **Solidarische Ökonomie in Zeiten von Neoliberalismus und Staatsabbau, von Brasilien lernen – universitäre und gesellschaftliche Beispiele**, in: Trialog 2004
- Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit (2006): **Arbeitslose im Jahresdurchschnitt in Hessen**. Zit. nach Hessisches Statistisches Arbeitsamt, Wiesbaden
- Schütz, Rosalvo (2006): **Economia Popular Solidária: referência para uma nova aliança estratégica das esquerdas?** Kassel (mimeo)
- Singer, Paul (2001): **Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz**, in: Jahrbuch Lateinamerika 25: Beharren auf Demokratie, Münster
- Statistisches Bundesamt (2006): **Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**, Wiesbaden. <http://www.destatis.de/basis/d/forst/forsttab12.php>
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2004): **Hintergrundpapier Umwelt und Beschäftigung**, Berlin

Soziale Bewegungen und Solidarische Ökonomie in Italien

Forlì-Cesena: Werte und Wert des genossenschaftlichen Modells

Piero Gallina

Das Phänomen der Kooperation ist ein Element der sozioökonomischen DNA eines Territoriums: heutzutage ist es unmöglich, die ökonomischen und sozialen Entwicklungen einer Region wie Forlì-Cesena zu betrachten, ohne sich dabei auf die zivilen Traditionen und das Modell einer starken Partizipation und Zusammenarbeit zwischen den sozialen und unternehmerischen Kräften der Wirtschaft zu berufen. Dies bedeutet, dass Konflikte weitestgehend verringert und das Wachstum weitestgehend vorangetrieben wird.

Die starke Tradition des Genossenschaftssektors in der Provinz Forlì-Cesena wurde in den letzten 15 Jahren von einer Reihe gesetzlicher Interventionen auf nationaler Ebene ergänzt, die die Rolle des Non-Profit-Sektors stärkten.

Eine besondere Etappe der Gesetzgebung bezüglich des Genossenschaftswesens stellt die Anerkennung der Sozialgenossenschaften als eigenständigen Unternehmenstyp dar. Sie existieren an der Seite der traditionellen Genossenschaftsformen wie Konsum- und Produktionsgenossenschaften.¹

Insgesamt gibt es in der Provinz Forlì-Cesena 700 Kooperativen, von denen 96 Sozialgenossenschaften sind. Sie geben ca. 150.000 Menschen (Teilhaber und Angestellte) die Möglichkeit zur sozialen Integration und Partizipation.

Die Gemeinschaftsbetriebe machen 2 % der gesamten registrierten Unternehmen in Forlì-Cesena aus. Die dortigen Angestellten stellen 18 % der Arbeitskräfte der Provinz (angestellte Arbeitnehmer).

Die Sozialgenossenschaft basiert auf der Idee, benachteiligte Personen in die Arbeitswelt zu integrieren und in einem Kontext eines normal organisierten Betriebes arbeiten zu lassen, Seite an Seite mit „gewöhnlichen Arbeitern“, die die benachteiligten Personen auf ihre Arbeit vorbereiten und sie unterstützen.

Folglich ist die Arbeit in der Genossenschaft für benachteiligte Personen eine wichtige Erfahrung für die Bildung, Sozialisation und Erreichung des Status ei-

¹ Die Konsumgenossenschaften machen 3 %, die Produktionsgenossenschaften 24,4 % der Genossenschaften in der Provinz aus. Andere existierende Genossenschaftstypen sind Agrargenossenschaften (17 %), Wohnungsbaugenossenschaften (8 %), gemischte Genossenschaften (44 %) und die Sozialgenossenschaften.

nes vollwertigen Bürgers. Zusätzlich entdecken sie ihre Arbeitsfähigkeit und erlernen arbeitsspezifische Techniken.

Die Sozialgenossenschaften werden in zwei Typen unterschieden:

- **Die Genossenschaften des Typs A** unterstützen hauptsächlich alte und behinderte Menschen, indem sie vorwiegend Dienstleistungen in Form von Wohnprojekten für diese Menschen erbringen.
- **Die Genossenschaften des Typs B** gliedern benachteiligte Personen wieder in den Arbeitsmarkt ein, durch spezielle organisatorische Maßnahmen ein, die dieser Bevölkerungsgruppe angemessen und sozial nützlich sind. Die Kooperativen des Typs B schließen hauptsächlich Verträge mit öffentlichen Einrichtungen ab. Diese Verträge werden gemäß dem Gesetz 381/91 geschlossen, das ein optimales Instrument für die Regelung der Beziehung zwischen öffentlichen Einrichtungen und Sozialgenossenschaften ist.

Objekt für mögliche Verträge kann die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen sein, ausgenommen pflegerische und erzieherische Dienstleistungen, die nicht das Ziel dieses Genossenschaftstyps sind, sondern das Mittel, mit dem die benachteiligten Personen wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

Einige Daten zum Genossenschaftssektor in der Provinz Forlì-Cesena

	2002	2003	2004	2005
Teilhaber	n.a.	154.201	151.354	n.a.
Arbeiterschaft ²	n.a.	24.369	24.328	n.a.
Gesamtheit der genossenschaftlich organisierten Unternehmen	749	786	763	771
Sozialgenossenschaften	81	84	91	96

Ausarbeitung von den Daten CCIAA Forlì-Cesena, Bericht 2005

	1998	1999	2000	2001	2002
Teilhaber	526	607	669	757	758
Angestellte	37	55	109	458	471
Insgesamt	563	662	778	1215	1229

Quelle: <http://www.formulaservizi.it/>

² Arbeiterschaft der Kooperativen, die einer der drei Genossenschaftsverbänden angehören

Beispiele erfolgreicher Genossenschaften

Il Cigno³

Die Sozialgenossenschaft "Il Cigno" wurde 1985 von einer Expertengruppe für Sozialarbeit und pflegerische Dienstleistungen gegründet. Mittlerweile hat sie ca. 700 Teilhaber und Angestellte sowie einen Umsatz von 16 Millionen Euro. Sie ist eine der repräsentativsten Genossenschaften der Region. „Il Cigno“ verfolgt als primäres Ziel die soziale Integration der Bürger mittels pflegerischer und erzieherischer Dienstleistungen, sei es durch Hausbetreuung oder durch Wohnstätten bzw. Tagesstätten, Altenheime, Institute, Kliniken, betreutes Wohnen für ältere Menschen, Ferienorte, schulische Betreuungen, Apartmenthäuser, Frauenhäuser, Pflegeheime, Altenheime mit spezieller pflegerischer Betreuung und betreute Wohngemeinschaften für psychisch erkrankte Menschen und Telefonberatung. Empfänger der Dienstleistungen sind ältere Menschen, physisch und psychisch behinderte Menschen und Minderjährige. „Il Cigno“ evaluiert die folgenden Bereiche: Qualität der Leistungen der Arbeiter, Qualität des Unternehmensklimas, empfundene Qualität seitens der Klienten-Empfänger und/oder angehöriger Familien, Qualität der erbrachten Leistungen in Bezug auf die Effizienz.

Quelle: www.coopilcigno.it

Formula Servizi

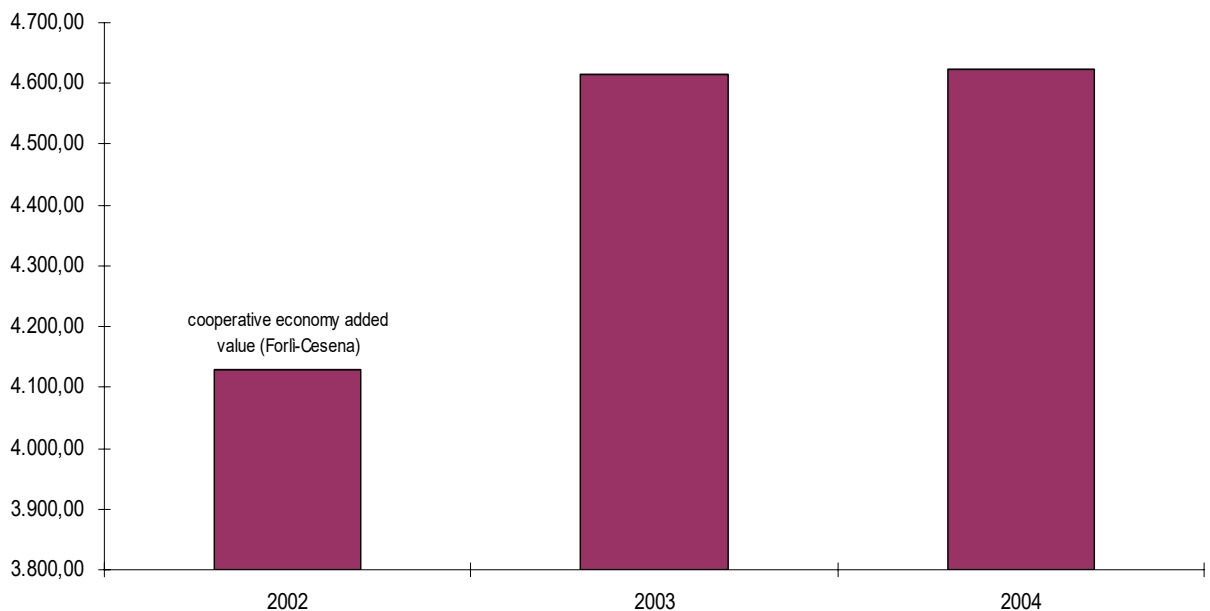
1975 gründeten neun Frauen die Genossenschaft "La Pulix Coop", die Reinigungsdienstleistungen erbringt. Die Genossenschaft wurde 2002 in „Formula Servizi“ umgenannt und ist in fünf italienischen Regionen mit 1250 ArbeiterInnen tätig und hat einen Umsatz von 26 Millionen Euro. Die anfänglichen Aktivitäten haben sich mittlerweile durch Spezialisierung auf die Sektoren der zivilen, sanitären und industriellen Reinigung ausgedehnt. Die Genossenschaft ist stets darauf bedacht, die beste Lösung für die Bedürfnisse der Klienten zu finden. Damit die große Auswahl an Dienstleistungen vervollständigt wird, haben Aktivitäten der industriellen Logistik, Gastronomie in Altenheimen und Krankenhäusern sowie unterstützende Dienstleistungen in Kantinen bis hin zu Restaurationsarbeiten zugenommen und entwickeln sich ständig weiter. Ein konstantes Wachstum hat in den letzten Jahren „Formula Servizi“ charakterisiert, das durch die Professionalität der Führungskräfte und Arbeiter der Genossenschaft vorangetrieben wurde. Die Anzahl der Genossenschaftsmitglieder stieg merklich an und der Umsatz betrug 2003 ca. 27 Millionen Euro. Die Genossenschaft ist zusätzlich über die regionalen Grenzen der Emilia-Romagna hinausgewachsen und nimmt Aufträge in den Marken, in der Toskana, in den Abruzzen, in Lazio und in der Basilikata an.

³ Deutsche Übersetzung: „Der Schwan“

Der von den Genossenschaften produzierte Wert beträgt ca. 4 Milliarden Euro. Auf Grund des Fehlens von genauen Daten über den erreichten Gewinn kann dieser nur geschätzt werden (ca. 8 Milliarden Euro, Daten ISTAT, 2003). Die Gemeinschaftsbetriebe tragen daher einen großen Teil zum gesamten Geschäftsvolumen der Provinz bei (ca. 50 %).⁴

Die Tendenzen des regionalen Gewinns der letzten Jahre (Turbulenzjahre mit vielen Konkursen im Manufaktursektor und Zuwachs des Dienstleistungssektors) zeigen, dass auf Provinzebene die Gewinne der Genossenschaften ein Element der wirtschaftlichen Stabilität der Region sind (mit einem Wachstum im Zeitraum zwischen 2002-2004).

Erreichter Gewinn von Genossenschaften in Forlì-Cesena (Millionen Euro)



Die Kooperation als Element der Leistungsstärke und Antwort auf die Herausforderung der Zukunft

Offensichtlich bestehen heute einige wichtige Herausforderungen für die Entwicklung einer Provinz wie Forlì-Cesena.

Man kann diese Herausforderungen in zwei Punkten zusammenfassen:

- Die Nachhaltigkeit eines Systems der sozialen Kohäsion, das der Polarisierung der industriellen Gesellschaft entgegenwirken kann, stärken.

⁴ Es handelt sich hierbei um einen Versuch der Datenerhebung, der vorsichtig interpretiert werden muss, weil die Daten aus zwei verschiedenen Quellen stammen. (Daten von ISTAT für den Umsatz in der Provinz und Daten von der Handelskammer der Provinz für den Gewinn der Produktion von Genossenschaften.)

- Zugang zu den Märkten und Anteile am Markt, die Investitionen der Gewinne in die spezialisierte Wirtschaft, in den lokalen Wohlstand und in die lokale Entwicklung ermöglichen.

Es handelt sich in vielen Fällen um zwei Herausforderungen mit unterschiedlichen Antworten. Beide können die Entwicklung der genossenschaftlichen Entwicklung anregen.

Auf der einen Seite kann die Kooperation mittels eines solidarischen Arbeits- und Dienstleistungsmodells sowie durch Gründung von sozialen Dienstleistungsunternehmen einen signifikanten Beitrag für die italienische Gesellschaft leisten, denn diese ist in zunehmendem Maße durch hohe Einwanderungsquoten und Überalterung der Bevölkerung geprägt. Die Daten der Unternehmen des Genossenschaftsverbandes *Confcooperative* für das Jahr 2005 weisen einen prozentualen Anteil ausländischer Arbeiter in den Genossenschaften von schon 15% aus.

Auf der anderen Seite ist die Organisationsgröße der Genossenschaften ein wichtiges strategisches Instrument für Kontrolle der Produktion innerhalb des Wettbewerbs. Z. B. hat sich im Agrar- und Nahrungsmittelbereich die Struktur beachtlich verändert. So wird die gegenwärtige Verteilung und Produktionssteuerung auf europäischem Niveau getätigt (was die Marktquote und den Gewinn der Nahrungsmittel betrifft). Die lokale Lenkung dieser Produktionsprozesse (Logistik, Verteilung, Handel) ist stark eingeschränkt. Da entsteht der Aktionsraum der lokalen Akteure: der Produzenten, Transporteure und Spediteure (z. B. der territoriale Aktionsraum der „logistischen Plattform“), um einen Effekt der „kritischen Masse“ auf dem Absatzmarkt zu garantieren.

Stärkste Akteure des Genossenschaftswesens der Provinz Forlì-Cesena nach dem Geschäftsvolumen

Genossenschaft	Gründungs- jahr	Sektor	Anzahl der Angehörigen
Avicoop	1981	Lebensmittel	1.955
Sant'Angelo - coop agricola	1981	Lebensmittel	808
Pollo del Campo due	1993	Lebensmittel	136
Apofruit	1960	Lebensmittel	1.265
Cafar - coop agricola	1972	Lebensmittel	225

Quelle: Daten der Banca d'Italia mit Sitz in Forlì, 2002

Für eine Region wie Forlì-Cesena, eingebunden im regionalen Kontext einer hohen Industrialisierung, aber immer noch positiv verankert in einem sozioökonomisch nachhaltigen System, eröffnet sich demnach auch die Möglichkeit, an-

deren nationalen und europäischen Regionen, diese Tradition des Modells wirtschaftlicher Entwicklung anbieten zu können, ohne sich dabei vor dem Konkurrenzettbewerb der globalisierten Welt verstecken zu müssen. Dabei wird jedoch ein großer Wert auf den Einklang zwischen Wachstum und Ausgleich sowie die Neu-Definition der Rolle der Arbeit, des humanen Kapitals und der Technologie auf weltweiter Skala gelegt.

Deshalb nimmt das kooperative Modell eine wichtige Bedeutung auch bezüglich der Dimension der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der modernen Wirtschaft an, weil es auf einer „Kultur des Machens von Unternehmen“ basiert und die Aspekte der Solidarität, die zwischenmenschlichen Beziehungen und soziale Wohlfahrt miteinander vereint. Dieser Prozess wirtschaftlicher Entwicklung ist in aufgeschlossene und partizipative Formen von Regierung und Führung eingebettet.

Die Präsenz dieser Tradition im Territorium Forlì-Cesena führte dazu, dass Ende der 90er Jahre eine spezielle Wirtschaftsfakultät seitens der Universität von Bologna gegründet wurde, die ihren Sitz in Forlì hat. In ihr wurde der erste Studiengang Italiens eingerichtet, der sich mit der Non-Profit-Wirtschaft beschäftigt und sich besonders auf die Region bezieht. Dieser Studiengang ist zu einem Element der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und Planung für die Zukunft der Region geworden.

Aus dem Italienischen von Alexandra Stenzel

Das Konsortium SOL.CO. Mantua

Paolo Galeotti, Stefania Checchelani

„Ich weiß nicht, ob ihr jemals ein Stück bergiges Terrain beobachtet habt, auf dem ein paar Erdbeerpflanzen verstreut eingepflanzt wurden. Ihr Wachstum ist schnell, aber keine Pflanze wird übermäßig groß, weil von jeder ein Ableger kommt, der in einer gewissen Entfernung eine neue Pflanze wachsen lässt. Diese reproduziert sich ab einer bestimmten Größe in der gleichen Art und Weise. Ich glaube, dass das unsere Strategie sein sollte: Viele Sozialgenossenschaften, die dank der Ideenübermittlung, der Solidarität und der Erfahrungen von Personen aus anderen Genossenschaften entstanden sind, die aber ihre Wurzeln in der eigenen lokalen Gemeinschaft besitzen und im Stande sind, autonom zu wachsen, um ihren eigenen Beitrag zur Gründung und Entwicklung einer neuen Realität beizusteuern.“

Felice Scalvini

(erster Präsident von Federsolidarietà und CGM)

Das Konsortium Sol.Co. Mantua (**S**olidarietà e **C**ooperazione) wurde 1991 von einer Gruppe von Sozialgenossenschaften der Provinz Mantua¹ gegründet, die im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Eingliederung sozial schwacher Menschen mit besonderen Bedürfnissen in Bezug auf den Arbeitsmarkt tätig geworden waren.

Das vorrangige Ziel des Konsortiums besteht in der Konsolidierung und Entwicklung der sozialen Kooperation auf dem Territorium der Provinz Mantua nach dem Modell des „Erdbeerfeldes“. Dieses Modell privilegiert ein System der sozialen Kooperation, das aus vielen kleinen „Realitäten“ (Sozialgenossenschaften) besteht, die mit der Provinz eng verbunden und in diese integriert sind. Somit sind sie fähig, die Bedürfnisse aufzugreifen und eine innovative Antwort auf sie zu finden.

In der von den Teilhabern im Dezember 2000 verabschiedeten Wertekonvention wird ein System festgelegt, das gegenwärtig die Handlungsrichtlinien und die Identifikation des Konsortiums darstellt. Außerdem beinhaltet diese Konvention die *Vision*, die Sol.Co. von seinen Tätigkeiten besitzt:

„Sol.Co. Mantua ist ein konsortiales Netzwerk, das ein Projekt der sozialen Entwicklung und des Wandels für das Territorium von Mantua

¹ Italienisch: Mantova (Lombardei)

aufstellt bzw. selber darstellt. Das Konsortium ist eine Antwort auf das Bedürfnis nach Gerechtigkeit und Solidarität.“

Sol.Co. Mantua gehört dem Genossenschaftsverband Confcooperative, der Federsolidarietà und dem nationalen Konsortium der Sozialgenossenschaften Gino Mattarelli (CGM) an.

Das Konsortium gehört zu den Gründern des nationalen Forums del Terzo Settore (Forum des Dritten Sektors) und des Zentrums für Freiwilligendienstleistungen in Mantua. Außerdem ist Sol.Co. ein Förderer des Sektors der Arbeit mit behinderten Menschen und seiner Koordination in Mantua (Co.Se. di Mantua) und nimmt zusammen mit lokalen Einrichtungen und Institutionen an verschiedenen Projekten und Initiativen teil.

Zusätzlich arbeitet Sol.Co. mit ASL Mantua in der Leitung der Kindertagesstätte „Nel Parco“ in Mantua zusammen und kooperiert mit der Provinz Mantua in der Wirtschaftsförderung (Promoimpresa) und in der Universitätsstiftung von Mantua bei der Ausbildung und bei der aktiven Arbeitspolitik für sozial schwache Personen.

Sol.Co. ist eine Vereinigung, die auf der juristischen Basis des Gesetzes 381/91 in Form eines Konsortiums aufgebaut ist. Das soziale Ziel ist demnach im Artikel 3 des Gründungsdokumentes zusammengefasst:

„Sol.Co. hat das konsortiale und mutualistische Ziel im Sinn. Es ist durch die Effekte des Artikels 8 des Gesetzes 381/91 entstanden und besitzt keine lukrativen Absichten; das Ziel ist die Verfolgung des generellen Interesses der Gemeinschaft durch die humane Förderung und die soziale Integration der Bürger.

Das Konsortium findet seine Inspiration in den Prinzipien, die an der Basis der weltweiten Genossenschaftsbewegung stehen und handelt diesen gemäß. Diese Prinzipien sind die Gegenseitigkeit, die Solidarität, die Vereinigung von Genossenschaften, der Respekt gegenüber der Person, die Priorität des Menschen vor dem Geld, die interne und externe Demokratie, der gemeinschaftliche Geist, die territoriale Anbindung sowie eine ausgeglichene Beziehung zum Staat und zu öffentlichen Institutionen.

Nach diesen Prinzipien zu handeln bedeutet, gemäß dem generellen Interesse der Gemeinschaft, die Förderung der Menschen und die soziale Integration der Bürger in einer langfristigen und stabil organisierten Weise ohne jegliche lukrativen Absichten, zu organisieren. Außerdem setzt sich Sol.Co. für die Förderung von neuen Sozialgenossenschaften, die Förderung der Integration und Kooperation zwischen den Genossenschaften und den provinziellen, regionalen und nationalen Konsortien ein, für die Entwicklung der moralischen und sozialen

Werte der Genossenschaften im Inneren der italienischen Genossenschaftsbewegung und der Gesellschaft im Allgemeinen.“

Die Organe des Konsortiums

- a) *Die Teilhaberversammlung*; die 34 Teilhaber des Konsortiums treffen sich alle vier Monate
- b) *der Verwaltungsrat*; zusammengesetzt von sieben Repräsentanten, die alle drei Jahre von der Teilhaberversammlung gewählt werden; er trifft sich 15 bis 20 mal im Jahr
- c) *der Aufsichtsrat*, der auch die Rechnungsprüfung übernimmt; Mitglieder sind Personen, die den Aufgaben angemessen nachgehen können; sie arbeiten auch in dem Verwaltungsrat mit.

Das Qualitätssystem des Konsortiums wurde 2000 nach der Norm Uni En ISO 9001 zertifiziert. Seit 2003 unterliegt Sol.Co. Mantua für die Aktivität der kontinuierlichen und weitergehenden Ausbildung der neuen Norm ISO 9001:2000.

Das Konsortium verfolgt somit Aktivitäten der Planung und Abwicklung von Ausbildungs- und Orientierungskursen. Sol.Co. ist eine an die Region Lombardei angegliederte Einrichtung.

Des Weiteren nimmt Sol.Co. an den Ausschreibungen des Europäischen Sozialfonds teil und geht auf spezifische Anfrage von Klienten und Auftraggebern ein, wenn es sich um den sozial-fürsorgerischen Bereich und um die Arbeitseingliederung von sozialschwachen Menschen handelt.

Sol.Co. begleitet die angehörigen Genossenschaften mittels direkter Beratung bei dem Erwerb der Qualitätszertifizierung der Dienstleistungen für Personen und für die Arbeitseingliederung.

Einige Daten

Das Konsortium hat seinen Sitz in der Provinzhauptstadt Mantua und vereinigt die Mitglieds-Genossenschaften des gesamten Territoriums der Provinz.

Gegenwärtig sind 29 Sozialgenossenschaften Teilhaber von Sol.Co. Mantua. Unter ihnen befinden sich sowohl Sozialgenossenschaften des Typs A als auch Sozialgenossenschaften des Typs B².

In den letzten Jahren hat sich die Funktion des Konsortiums von einer assoziativ-kulturellen Funktion zu einem unternehmerischen Netzwerk verändert. Einige Daten wie die Anzahl der dazu gehörenden Genossenschaften und Konsortien oder der Umsatz von Sol.Co. verdeutlichen diesen Schritt.

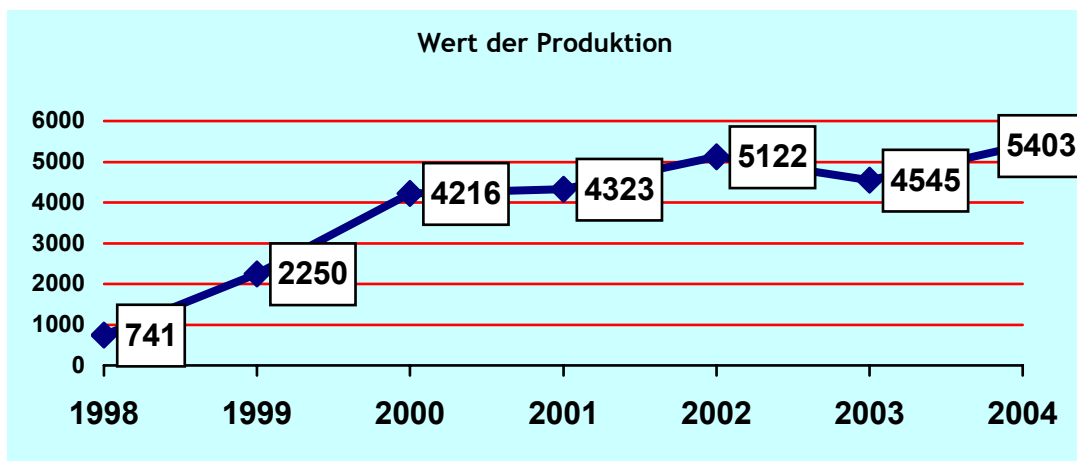
² Erläuterung siehe unten

Als Sol.Co. gegründet wurde, besaß das Konsortium fünf Teilhaber und machte einen Umsatz von ungefähr 72 Millionen Lire. Heute beträgt der gesamte Umsatz mehr als 21 Millionen Euro (2004).

Gesamter Umsatz von Sol.Co.

2000	2001	2002	2003	2004
€	€	€	€	€
10.424.544	12.113.864	13.502.161	14.789.263	16.751.997

Umsatz des Konsortiums (alleine)



Anzahl der Beschäftigten im konsortialen System

Insgesamt arbeiten über 680 Personen in dem konsortialen System (Daten von 2004). Zusätzlich sind noch ca. 150 Personen durch Zeitarbeitsverträge, Freiwilligenarbeit oder Praktikantenstellen im Konsortium beschäftigt.

Die Aktivitäten

Das Konsortium verfolgt seine Ziele durch verschiedenartige Aktivitäten und Initiativen entweder direkt oder durch die zugehörigen Genossenschaften.

Zusammengefasst beschäftigt sich das Konsortium mit folgenden Aufgaben:

1. Unterstützung der angehörigen Genossenschaften bei sozialen Dienstleistungen

- Interventionen und Dienstleistungen im erzieherischen- und Fürsorge Bereich
- Pflegedienste
- Leitung von Wohnstrukturen und Tagesstätten

- unterstützende Dienstleistungen z. B. im Bereich des sozialen Transports (Transport von behinderten Personen)
- Wohnungsbeschaffung für bedürftige Familien
- Eingliederung sozial schwacher Menschen in den Arbeitsmarkt (Typ B)
- Soziale Integration (z. B.: Aktivitäten für sozialschwache Menschen, Freizeitbeschäftigung)
-

2. *Dienstleistungen für die angehörigen Genossenschaften*

- Beratung, Ausbildung und Unterstützung für Genossenschaften in der Gründungs- und Konsolidierungsphase
- Dienste und Beratung administrativer und technischer Art
- Unterstützung beim Erwerb des Qualitätszertifikats ISO 9001
- Teilnahme an Ausschreibungen an Stelle der angehörigen Genossenschaften und Beratung für die Teilnahme
- Unterstützung und Beratung bei der Planung von Projekten
- Organisation von Weiterbildungskursen, sei es für das gesamte konsortiale System oder für einzelne angehörige Genossenschaften, die spezielle Bedürfnisse haben
- Projekte mit Finanzierung der Europäischen Union (FSE)
- Förderung von Projekten für zivile Dienste, und die sich ergebende Auswahl sowie Ausbildung der beschäftigten Freiwilligen im Zivildienst bzw. Dienste der Europäischen Freiwilligenarbeit
- Erwerb signifikanter Erfahrungen durch das nationale Konsortium und andere Konsortien in der Provinz.

3. *Direkte Leitung von Projekten im Bereich der welfare-Dienstleistungen*

- Leitung der Pflegeheime für Behinderte „Il posto delle fragole“ und „Rossonano“ in Mantua
- Projekte für Autisten
- Projekte für ein Interventionsnetzwerk für Krankenhäuser bzw. Hospize für Krebspatienten im kritischen Stadium

4. *Direkte Leitung von Projekten im Bereich der workfare-Dienstleistungen*

- Arbeitsbegleitung sozialschwacher Personen durch die Leitung einer Datenbank, Ausbildung bzw. Weiterbildung und andere Aktivitäten zur Unterstützung der Arbeitseingliederung (Volontariate und Praktika).
- Dienstleistungen der Arbeitsagentur durch die territoriale Filiale „Mestieri“.
- Einleitung innovativer und experimenteller Projekte im Bereich einer aktiven Sozial- und Arbeitspolitik (Filiale „Badanti“).

Organisation

Die Organisation von Sol.Co. Mantua ist durch folgende „Prinzipien der Betriebsführung“ geprägt:

1. **Kollegialität:** Entscheidungen werden – wenn möglich – durch das Prinzip der erweiterten Teilhabe gefasst.
2. **Delegation und Verantwortung:** Als führendes Prinzip ermutigt Sol.Co. jeden Mitarbeiter aktiv und offen sowie bewusst, Risiken in Bezug auf die eigenen funktionalen Kompetenzen wahrzunehmen.
3. **Sozialer Fokus:** Die gesamte Organisation muss auf den Fokus der Mission von Sol.Co. und seine eigenen Prinzipien der Solidarität ausgelegt sein.
4. **Operative Flexibilität:** Von jedem Mitarbeiter wird eine gewisse Fähigkeit verlangt, in einer flexiblen Art zu arbeiten, damit so effizient wie möglich auf die Bedürfnisse der Region geantwortet werden kann und die Struktur ein kulturelles, soziales und wirtschaftliches Wachstum zulässt.
5. **Konsens und Feedback:** Das Modell basiert auf einem offenen Stil, so wird versucht, möglichst einen Konsens zwischen allen einbezogenen Personen zu erreichen. Jedem Mitglied muss die Möglichkeit für ein Feedback gegeben werden.
6. **Erleichterung der Evaluierung:** Man beabsichtigt, Untersuchungen und Analysen zu realisieren, um das Niveau der Kundenzufriedenheit zu erforschen. Hintergrund dafür ist die Verbesserung der Organisation sowie die Zufriedenheit der angehörigen Genossenschaften und Klienten.
7. **Kreislauf der Informationen:** Die Informationsverbreitung im Netzwerk wird gefördert, damit eine größere Transparenz gewährleistet wird.
8. **Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung wird anerkannt, wenn sie auf Korrektheit, Ethik und auf den notwendigen Verpflichtungen basiert, damit die Ziele der Mission erreicht werden.
9. **Entwicklung der Fähigkeiten und der Kompetenzen:** Die Ausbildung eines jeden Arbeiters ist ein nicht wegzudenkendes Instrument für die Entwicklung der Fähigkeiten für die Erreichung der Ziele und der professionellen Entwicklung.
10. **Motivation und welfare:** Die menschlichen Ressourcen sind der wichtigste Schlüssel zum Erfolg. Man versucht, eine offene und transparente Genossenschaft zu fördern, die auf menschlichen Beziehungen auch außerhalb der beruflichen Verpflichtungen basiert und diese wertschätzt.

Damit die Koordination eines so weitläufigen Netzwerkes von Genossenschaften möglich ist, hat Sol.Co. Mantua diesem Netzwerk eine komplexe Organisation gegeben, die die Ressourcen des Konsortiums sowie der Mitglieds-genossenschaften einbezieht.

Das Konsortium ist in folgende Bereiche gegliedert:

1. Bereich der Genossenschaften des Typs A
2. Bereich der Genossenschaften des Typs B
3. Bereich der Dienstleistungen
4. Bereich der konsortialen Ausbildung
5. Bereich der Ausbildung und Arbeit
6. Bereich der direkten Betriebsleitung R.S.D.

1. Bereich der Genossenschaften des Typs A

Der Bereich der Genossenschaften des Typs A ist unterteilt in sogenannte „Tische für spezialisierte Sektoren“. Sie stellen die Koordination zwischen den Genossenschaften dar, die in dem gleichen Sektor agieren). Der Bereich hat das Ziel, die Koordinierung und die Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaften zu fördern, indem hauptsächlich die Entwicklung und die Innovationen gefördert werden.

Dieser Bereich ist in folgende Sektoren unterteilt:

Sektor für Behindertenarbeit:

Dieser Sektor fasst Genossenschaften zusammen, die Tagesbetreuung bzw. Wohnbetreuung für behinderte Menschen und deren Familien anbieten. Die aktuell angebotenen Dienste sind:

- Tagespflege für Personen mit einer Behinderung (Cdd, Cse und Sfa)
- Unterkünfte für Personen mit einer Behinderung ohne signifikanten Familienbezug in Wohnheimen (Wohngemeinschaft)
- Einrichtungen für Ergotherapie
- Einrichtungen für Musiktherapie
- Einrichtungen für Kunsttherapie
- Rehabilitations- und Physiotherapiezentren
- Begleitung behinderter Menschen während der Arbeitseingliederung (bei Genossenschaften des Typs B und, in profitorientierten Unternehmen und bei FSE Kursen)
- Häusliche Fürsorge (Assistenz)
- Leitung von Familien-Selbsthilfegruppen
- Leitung eines Forschungs- und Dokumentationszentrums

Sektor So.f.i.a. (Sol.Co. famiglia, infanzia und e adolescenza)

Unter diesem Sektor sind Genossenschaften gefasst, die überwiegend bzw. ausschließlich im Bereich der Erziehung Minderjähriger tätig sind. Zu den gegenwärtigen Dienstleistungen des Sektors zählen:

- Kindergärten (in Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen)
- Familienbildungsstätte
- Jugendzentren
- Wohngemeinschaften für Minderjährige und betreute Wohnprojekte für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil in schwierigen Verhältnissen
- Informationsbüros für Jugendliche
- Einrichtungen für Psychomotorik
- Projekte für schulische Orientierung
- Fortbildung für Erzieher
- Beratung bei der Planung von Sozialdienstprojekten für Minderjährige
- Erzieherische Fürsorge bei Wohnprojekten für Minderjährige
- Zentren für kreative Tagesprojekte im Sommer und im Winter auf privater Ebene oder in Übereinstimmung mit den öffentlichen Einrichtungen
- Ferienhausangebote
- Erzieherische, beratende und informative Dienstleistungen für Familien
- Öffentliches Forschungs- und Dokumentationszentrum für Erziehungsthemen
- Informations- und Orientierungszentren für internationale Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen

Psychiatrischer Sektor

Der psychiatrische Sektor vereint die Genossenschaften aus dem Bereich der sozialen und beruflichen Eingliederung psychisch kranker Menschen. Hauptsächlich wurden bisher im Bereich der Arbeitseingliederungen Erfahrungen gesammelt. Nach der Schließung der psychiatrischen Klinik in Mantua war bzw. ist gegenwärtig Sol.Co. neben dem Krankenhausbetrieb „Carlo Poma“ die einzige private soziale Einrichtung, die an der Erteilung betreuter Wohnprojekte teilnimmt.

Sol.Co. gehört dem innovativen Programm des Fachbereiches (Departements) für geistige Gesundheit Mantuas mit dem Namen „*Integrative Netzwerke für die mentale Gesundheit in einer kompetenten Gemeinschaft - Ein System aus Büros und Nachbarschaftszentren für die Unterstützung der Lebensprojekte von Personen mit geistiger Störung*“.

Sektor der Alten- und Wohnprojekte

Dieser Arbeitsbereich beinhaltet Projekte für junge sozialschwache Personen und alte Menschen. Der Sektor arbeitet mit dem Bereich der Arbeitsausbildung, dem Projekt „Badanti“, zusammen.

2. Bereich der Sozialgenossenschaften des Typs B

Der Bereich der Sozialgenossenschaften des Typs B agiert als Koordinator zwischen den Kooperativen des Typs B sowie als Entwicklungsmotor und Arbeitsbeschaffer (das Konsortium nimmt an Stelle der Genossenschaften an öffentlichen Ausschreibungen teil) sowie als Förderer innovativer Projekte.

Die Mission der Genossenschaft des Typs B ist die Beschäftigung mit Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Zugang zur Arbeitswelt haben. Somit werden Prozesse favorisiert, die eine Transformation staatlicher Fürsorge (oftmals sind Personen abhängig von sozialen Dienstleistungen der öffentlichen Einrichtungen) in eine stabile Arbeitssituation (die gleichfalls Autonomie und Selbstwertgefühl bedeutet) einleiten.

Die Beobachtung des Genesungsprozesses und der Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen der einzugliedernden Arbeiter ist durch Tutoren garantiert. Sie bilden sich durch Kurse innerhalb des Konsortiums fort:

- Arbeitseingliedernder Tutor: d.h. der Teamleiter, der den einzugliedernden Arbeiter jeden Tag begleitet und in seiner Nähe bleibt
- Der Verantwortliche für die Arbeitseingliederung: d.h. der die Arbeitseingliederungsprojekte, soziale Dienstleistungen und die Tutoren koordiniert.

3. Bereich der Dienstleistungen

Dieser Bereich erbringt folgende Dienstleistungen für die angehörigen Gemeinschaftsbetriebe:

- Leitung der Buchhaltung (Löhne/Ausgaben) für die angehörigen Genossenschaften
- Buchhaltungs- und Verwaltungsberatung
- Wirtschafts- und Finanzplanung (business plan)
- Rechtliche Dienstleistungen
- Unterstützung beim Erwerb von Qualitätszertifikaten

4. Bereich der konsortialen Ausbildung

Die Aufgaben des Bereichs der Ausbildung sind vielfältig:

- Ausbildung von Kompetenzen der Arbeiter in Bezug auf soziale Themen
- Ausbildung der Kompetenzen für die Leitung bzw. Bewältigung institutioneller Aufgaben (Marktkompetenzen, Unternehmensführung usw.)

- Supervision und Begleitung der Genossenschaften sowie Ausbildung kompetenter Geschäftsführer

5. Bereich der Ausbildung und Arbeit

Sol.Co. ist eine anerkannte Einrichtung, die von der Region Lombardei für die Erteilung von Ausbildung und Orientierungskursen akkreditiert wurde; das Qualitätssystem ist nach der ISO Norm 9000 – Vision 2000 EA 37 (Ausbildung) und EA 38 (Orientierung) zertifiziert. Der spezifische Bereich, mit dem sich der Sektor *Ausbildung und Arbeit* befasst, bezieht sich auf die aktive Arbeitspolitik bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Fähigkeiten des konsortialen Systems, um die Beschäftigung der schwächsten Glieder auf dem Arbeitsmarkt zu fördern.

Zwischen den zur Verfügung stehenden Instrumenten befindet sich die Arbeitsagentur, mit der Stelle „Mestiere“ in Mantua, die zwischen Angebot und Nachfrage vermittelt, eng mit Sol.Co. zusammenarbeitet und als Vermittler zwischen dem Angebot an Ausbildungsplätzen in dem Konsortium und den arbeitssuchenden Jugendlichen fungiert.

Im Folgenden ist das Curriculum des Bereiches Ausbildung und Arbeit von 2004 aufgeführt:

1. Ausbildung für die angehörigen Genossenschaften und deren Beschäftigte

2004 wurden ca. 500 Ausbildungsstunden für 10 Teilnehmer pro Kurs erteilt.

Diese vielen Stunden kamen durch die Erteilung von 14 Kursen für die Beschäftigten unseres Unternehmensnetzwerkes zustande. Die Thematiken und die Empfänger waren:

In vielen Fällen waren die Empfänger der Fortbildungsangebote Sozialarbeiter, die sich mit den behinderten Arbeitnehmern beschäftigten.

Zielgruppe	Makrothemen der Aus- bzw. Fortbildungskurse
Präsident, Direktor oder Bereichsleiter	Vision / Mission, Leadership, soziale Bilanz der Unternehmen, Unternehmensplanung
Koordinator für Personendienstleistungen oder Verantwortlicher für eine produktive Einheit	Funktion der Koordinierung der Führung von RU, Supervision
Sozialarbeiter (professioneller Erzieher, Psychologe usw. in der Genossenschaft des Typs A)	Technische und operative Fortbildungen für die Ausführung der Aufgaben
Zuständiger für die Realisierung der Aufträge (Genossenschaft des Typs B) und für die Arbeitseingliederung behinderter Menschen	Technische und operative Fortbildungen für die Ausführung der Aufgaben

2) Ausbildungskurse für sozialschwache und/oder behinderte Arbeitslose

2004 wurden ca. 3.500 Ausbildungsstunden erteilt mit Kursen bis zu 10 Teilnehmern (Gesamtumsatz von 525.000 Euro). Die Stundenanzahl kam durch insgesamt 12 Kurse zustande, an denen Personen teilnahmen, die Schwierigkeiten mit ihrem Beschäftigungszustand hatten und in unserem konsortialen Unternehmensnetzwerk eingegliedert wurden.

Die Thematiken und die Empfänger waren:

Zielgruppe	Makrothemen der Aus- und Fortbildungskurse
Physisch und psychisch Behinderte	Berufsberatung, zivile und industrielle Reinigung, Informatik, Bürotätigkeiten
Immigranten	Berufsberatung, italienische Sprachkurse usw.
Ehemalige Drogenabhängige	Berufsberatung usw.

3) Individuelle Beratung für Beschäftigte und Arbeitslose

2004 wurden 12.000 Stunden für die individuelle Arbeitsberatung aufgebracht (Gesamtumsatz von 512.000 Euro).

Die Stundenzahl kam durch die Dauer von vier Makro-Projekten zusammen, die an die Beschäftigten und Arbeitslosen der Provinz Mantua gerichtet waren.

Die Thematiken und deren Empfänger waren:

Zielgruppe	Makrothemen der Aus- und Fortbildungskurse
Arbeitslose und Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen	Basisberatung bei der Arbeitssuche
Arbeitslose und Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen	Spezielle Beratung (Kompetenzbilanz, Counselling usw.)
Arbeitslose und Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen	Volontariate, Praktika, Arbeitserfahrungen

In allen drei Bereichen der Beratungsdienstleistungen waren 27% der Empfänger behinderte Menschen. Die Dienstleistungen wurden durch die Co-Finanzierung des Europäischen Sozialfonds, der Region Lombardei und des Arbeitsministeriums realisiert. Dieser Sektor hat außerdem die Gründung des Büros „Uniforma“ der Universitätsstiftung Mantua gefördert, das sich mit Informationen, Unterstützung und Beratung junger Leute beschäftigt.

6. Bereich der direkten Betriebsleitung

Sol.Co. unterhält direkt in Mantua zwei Behindertenwohnheime („Il posto delle fragole“ und „Rossonano“).

Mit Zustimmung von Asl Mantua ist Sol.Co. zusätzlich in das „Autismus-Projekt“ eingebunden, indem das Konsortium Tages- bzw. Wohnheimangebote für autistisch erkrankte Personen macht.

Schließlich ist Sol.Co. organisatorischer Referent des Projektes *„Beschützte Entlassung: Hilfsnetzwerk zwischen den Krankenhäusern und anderen Non-Profit-Organisationen für Krebspatienten in einem kritischen Zustand auf dem Territorium von Mantua“*, in Zusammenarbeit mit der Krankenhausagentur „Carlo Poma“ Mantua, ASL Mantua, des Vereins I.O.M., Sherpa und M. Bianchi Mantua. Finanziell unterstützt wird das Projekt von der Stiftung der Gemeinschaft Mantua und der Stiftung Bam.

Die Werte

Die Werte, die der sozialen Tätigkeit von Sol.Co. einen Sinn geben und sie weiterbringen, sind in der Wertekonvention festgelegt, die die Teilhaberversammlung 2000 verabschiedete:

Die Person

Das Ziel der genossenschaftlichen Organisation von Sol.Co ist, dem Menschen ein würdiges Leben zu bieten. Im Zentrum der angehörigen Kooperativen steht jede Person, egal ob sozialschwache Empfänger oder Arbeiter, ihre Familien, die Teilhaber, die Angestellten, Wehrdienstverweigerer, die Freiwilligen. Sie alle werden in die Organisation eingebunden.

Das gemeinsame Ziel ist es, jedem Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln, ihm ein unbeschwertes Leben zu ermöglichen und ihm Raum für die Realisierung seiner eigenen Kapazitäten zu bieten.

Die Gemeinschaft

Die lokale Gemeinschaft ist der Ort, an dem die soziale Kooperation realisiert wird. Es ist die Gemeinschaft, die der sozialen Tätigkeit einen Sinn und eine Richtung verleiht, weil an dieser Stelle Personen etwas zählen und die Möglichkeit besitzen, sich als aktive Bürger zu fühlen. Sie sind verantwortlich für die kommunale Entwicklung. Durch das Instrument der sozialen Kooperation werden sie Protagonisten und bleiben nicht nur einfache Komparsen bei den politischen Aktionsprogrammen für die eigene Region.

Das Gemeinwohl

Das Wohl und das Interesse der Gemeinschaft sind größer und somit vorrangig gegenüber dem Wohl einzelner Organisationen. Die Sozialgenossenschaften sind ein Teil der Gemeinschaft. Der Ansporn, der die Tätigkeiten des Konsortiums und jeder einzelnen Kooperative vorantreibt, ist die Suche nach dem *größtmöglichen Wohl für die Mehrheit der Personen*.

Das Subsidiaritätsprinzip

Derjenige, der sich am nächsten am Problem befindet, ist der kompetenteste Ansprechpartner für die Problemlösung. Sowohl in der Beziehung zur öffentlichen Verwaltung als auch bei der internen Organisation ist das Konsortium an dem Prinzip der Subsidiarität orientiert: Die Organisation auf jeder Ebene muss in der Lage sein, die Sichtweise und die Kompetenzen desjenigen aufzuwerten, der näher an den Problemen steht. Dieses gilt für die Familien der Empfänger, die von den Arbeitern aufgewertet werden, für die Arbeiter und Freiwilligen, die von den Leitern aufgewertet werden, für die Tätigkeiten der Genossenschaften, die von der öffentlichen Verwaltung aufgewertet werden und für die öffentliche Verwaltung, die von der höheren Ebene aufgewertet wird usw.

Bei dem Subsidiaritätsprinzip ist nicht an eine Organisation in Pyramidenform zu denken, in der derjenige, der an der Spitze steht, die Wissens- und Entscheidungsmacht besitzt, sondern an eine umgekehrte Pyramide, an deren oberster Stelle sich diejenigen befinden, die am nächsten zu den Bedürfnissen stehen.

Die ethische Wirtschaft

Genossenschaften benutzen die Ressourcen der Wirtschaft und Finanzen als Instrument für den Aufbau einer „anderen und besseren Welt“ und des Gemeinwohls. In diesem Punkt unterscheiden sie sich z.B. von Freiwilligenvereinen, jedoch nicht so sehr in den Zielen, die erreicht werden sollen, sondern eher in den Instrumenten für die Umsetzung der Ziele.

Die Kooperation

Die Genossenschaft ist nicht nur eine einfache juristische Form, die zufällig diverse Organisationen angenommen haben. Sie ist vielmehr ein Konzept von Organisation, Arbeitsweise, konstanter Erprobung und Aufwertung der Teilhabe an dem gemeinsamen Handeln und enthält die Dimension der Machtverteilung sowie dezentraler Machtstrukturen im Inneren der pluralistischen Organisation.

Die Arbeitsqualität

Die Arbeit in einer Genossenschaft bedarf der Anerkennung und kontinuierlichen Überprüfung der Qualitäts- und Sinndimensionen.

Die Qualität der Arbeit in der Genossenschaft ist einer der fundamentalen Werte. Das bedeutet, dass die humanen Ressourcen aufgewertet werden und ihr Stand innerhalb der Organisation ständig überprüft wird. Es müssen „leichte Kompromisse“ abgelehnt werden, die das „Teilhaber-Sein“ der Arbeiter instrumentalisieren würden.

Der Non-Profit-Bereich

Der angelsächsische Ausdruck „no profit“ bezieht sich auf die wirtschaftlichen Aktivitäten, die der Nichtverteilung der Gewinne verpflichtet sind. Genauer gesagt bezieht sich „no profit“ auf die Aktivitäten, die ohne Nutzen bzw. Profit für die Teilhaber oder Vereinsmitglieder verfolgt werden. Die Gewinne, sofern es sie gibt, müssen in Tätigkeiten mit einer sozialen Zielsetzung reinvestiert werden, der Mission des Vereines entsprechen oder einer anderen sozialen Einrichtung zu Gute kommen.

Unter dem Ausdruck „Dritter Sektor“ oder „Non-Profit“ versteht man im Allgemeinen die Definition der komplexen Welt der Beziehungen, die das „Leben“ der zahlreichen Organisationen regeln, die sich mit der Bildung der aktiven Bürgerbeteiligung beschäftigen, Dienstleistungen für Personen vornehmen, für die Dezentralisierung des Sozialstaates stehen, die Menschenrechte wahren und sich für eine starke Politik der sozialen Entwicklung und sozialen Kooperation einsetzen. In anderen Zusammenhängen wird diese Welt auch „zivile Wirtschaft“ genannt, um das Ziel von der profit-orientierten Wirtschaft zu unterscheiden.

Die Prinzipien, die diesen Sektor charakterisieren, sind die freie Mitgliedschaft, die Demokratie, kein individueller Profit und die Entwicklung bzw. Respektierung der menschlichen Persönlichkeit.

Der „Dritte Sektor“ repräsentiert einen autonomen und spezifischen Bereich, der an der Produktion des Gemeinwohls innerhalb der öffentlich geregelten Grenzen orientiert ist. Innerhalb dieser Sichtweise spricht man auch vom „privato sociale“. Die Differenz zwischen „privato sociale“ und „Drittem Sektor“ bzw. „Non-Profit“ ist, dass der Bereich „privato sociale“ von Vereinigungen gebildet wird, wenn ihre Beziehungen untereinander gemeint sind, während man vom „Dritten Sektor“ spricht, wenn man die Beziehungen von ihnen zu Staat und Markt betrachtet.

Wird über den „Non-Profit“-Bereich gesprochen, spricht man über eine Welt bzw. über einen Bereich, der sehr komplex ist und mehr als andere den Effekten des sozialen Wandels unterliegt und selbst an dem Wandel des Sozialstaates mitwirkt. In diesem Zusammenhang ist die Anzahl der Organisationen mit ihren unterschiedlichen Motivationen des „Dritten Sektors“ gewachsen. Bei einer „Non-Profit“-Organisation sind immer mehrere *Stakeholder* involviert, z.B. bezahlte Arbeiter, Freiwillige und/oder Empfänger.

Die prinzipiellen Interventionsbereiche von „Non-Profit“-Einrichtungen sind:

- Sozialfürsorgerische Aufgaben
- Sozio-sanitäre Aufgaben
- Wohltätigkeit
- Schutz, Förderung und Aufwertung der kulturellen und historischen Güter

- Erziehung und Ausbildung
- Kulturelle Aktivitäten
- Sport und Freizeit
- Zivilschutz
- Internationale Kooperation und Solidarität
- Schutz der Menschen- und Zivilrechte

Die prinzipiellen Akteure der sozialen Wirtschaft sind:

- Sozialgenossenschaften
- Freiwilligenorganisationen
- Nicht-Regierungs-Organisationen
- Stiftungen
- Religiöse Einrichtungen
- Einrichtungen und Institute der ethischen Finanzierung

Eines der grundlegenden Gesetze zur Regelung des Sektors ist der juristische Erlass Nr. 460 vom 4. Dezember 1997, der nicht-lukrative Organisationen mit sozialem Nutzen (Organizzazioni non lucrative di utilità sociale, ONLUS) definierte. Sie verfolgen solidarische und soziale Ziele, indem sie sozialer und sozio-sanitärer Betreuung, Wohltätigkeiten, Umweltschutz und -förderung, wissenschaftliche Forschung usw. nachgehen. Eine notwendige Bedingung, um zu den ONLUS zu gehören, ist die Einschreibung in das Register der ONLUS, das auf der territorialen Ebene von den Geschäftsleitungen der Regionen/Provinzen der Finanzämter geführt wird.

In dem gesetzlichen Hilfsmittel der ONLUS (Art. 10, Abs. 8) sind die Bestimmung der interessierten Einrichtungen genau festgelegt:

„Als ONLUS rechtlich angesehen sind die Freiwilligenorganisationen, die anerkannten Nicht-Regierungs-Organisationen, die Sozialgenossenschaften und die Konsortien, deren soziale Basis mit 100% durch Sozialgenossenschaften gestellt wird.“

1. Der Genossenschaftssektor

Die italienische Verfassung macht im Artikel 45 geltend, dass

„...die Republik die gesellschaftliche Funktion der Genossenschaft mit Selbsthilfecharakter und ohne Zielsetzung des privaten Gewinnstrebens anerkennt. Das Gesetz fördert sie und begünstigt ihr Wachstum mit den dafür geeigneten Mitteln und garantiert ihren Charakter und ihre Zielsetzung durch entsprechende Kontrollen.“

Die Genossenschaft ist eine autonome und freiwillige Vereinigung von Personen, um die eigenen Bedürfnisse und das eigene wirtschaftliche, soziale und

kulturelle Bestreben durch ein demokratisch geregeltes und kontrolliertes Unternehmen zu befriedigen.

Die Genossenschaften können durch ihre unterschiedlichen Tätigkeiten und ihre Mutualitätstypen in unterschiedliche Kategorien eingeteilt werden:

Nutzergenossenschaft

Die Teilhaber dieser Genossenschaft sind gleichzeitig die Nutznießer, d.h. diejenigen, die in den Genuss ihrer eigenen produzierten Dienstleistungen kommen. Die Mutualität manifestiert sich durch bessere Bedingungen für den Zugang zu Dienstleistungen, die die Genossenschaft ihren Teilhabern zusichert.

Die üblichsten Formen von Nutzergenossenschaft sind:

- Konsumgenossenschaften
- Kreditgenossenschaften
- Genossenschaften für Dienstleistungen im Kultur- und Freizeitbereich

Arbeitsgenossenschaften

Das sind diejenigen Gemeinschaftsbetriebe, die das im Statut festgeschriebene vorrangige Ziel der Arbeitsplatzsicherung zu besseren Marktbedingungen der eigenen Teilhaber haben. Dieses Ziel wird mittels der Produktion von Dienstleistungen bzw. der Ausübung von Arbeitsbeiträgen des Einzelnen realisiert.

Die Teilhaber dieser Genossenschaft müssen in der Lage sein, taugliche Tätigkeiten auszuüben, um die Verfolgung der sozialen Zielsetzung zu gewähren.

Es ist eine weitläufige Kategorie, die u. a. folgende Genossenschaften beinhaltet:

- Baugenossenschaften
- Transportgenossenschaft (Spedition)

Unterstützungsgenossenschaft

Die Teilhaber sind Unternehmer, die eine Genossenschaft für die Produktion von Dienstleistungen gründen, die ihren eigenen Unternehmen oder der kollektiven Führung einiger Produktionsphasen dient. In diesem Fall kommen die Teilhaber in den Genuss der Produkte der Genossenschaft, ohne selbst Arbeiter in dieser zu sein.

Unter die Kategorie fallen z.B.:

- Landwirtschafts- und Industriegenossenschaften
- berufsspezifische Genossenschaften

Die Genossenschaftsprinzipien (von Rochdale)

Freie und freiwillige Zugehörigkeit – „Prinzip der offenen Tür“

Genossenschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse und für jede Person zugänglich, die in der Lage ist, die Leistungen zu nutzen und Verantwortung zu übernehmen, ohne jegliche sexuelle, soziale, rassistische, politische und religiöse Diskriminierung.

Demokratische Kontrolle seitens der Teilhaber – „Ein Kopf, eine Stimme“

Die Person des Teilhabers ist grundlegend in der genossenschaftlichen Gesellschaft. Alle Genossen haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten. Jeder „physische“ Teilhaber hat das Recht auf „eine“ Stimme in der Versammlung, unabhängig von seiner Kapitaleinlage.

Wirtschaftliche Partizipation der Teilhaber – „Mutualitätsprinzip“

Das mutualistische Ziel besteht in der Beschäftigungssicherheit für die Teilhaber, die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen zu besseren Konditionen im Vergleich zu den marktüblichen Preisen. Die Teilhaber der Genossenschaft verwalten ihre eigenen Unternehmen selbst und befriedigen ihre persönlichen und beruflichen Interessen. Die Gewinne dürfen nicht verteilt werden, sondern müssen in das soziale Vermögen fließen und können reinvestiert werden und/oder Institutionen für das Gemeinwohl zu Gute kommen. Das soziale Kapital erhöht oder reduziert sich je nach Beitritten bzw. Austritten von Teilhabern, ohne dass dies Probleme bezüglich der Statutsänderung nach sich zieht.

Autonomie und Unabhängigkeit

Genossenschaften sind autonome, unabhängige und von den Teilhabern kontrollierte Organisationen.

Erziehung, Ausbildung und Information

Die Genossenschaften beschäftigen sich damit, die gewählten Vertreter, die Teilhaber und das Personal aus- bzw. fortzubilden. Sie verwirklichen Informationskampagnen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung für die Wohltätigkeit der Kooperation zu sensibilisieren.

Die Kooperation zwischen den Genossenschaften

Die Genossenschaften bestärken die Bewegung, indem sie mittels der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Kultur zusammenarbeiten.

Interesse gegenüber der Gemeinschaft

Die Genossenschaften arbeiten für eine nachhaltige Entwicklung ihrer Gemeinschaften mittels der von den Teilhabern festgelegten Strategien.

Sozialgenossenschaften

Inmitten des genossenschaftlichen Systems befindet sich, ausgestattet mit den typischen genossenschaftlichen Charakteristiken, die Sozialgenossenschaft. Sie ist die einzige Genossenschaftsform, die den Status einer ONLUS annehmen kann.

Die sozialen Kooperativen entstanden oftmals aus Erfahrungen der Freiwilligenarbeit, die in der Lage waren, innovative Antworten auf spezifische Bedürfnisse zu finden. Zum einen wurde dieses Phänomen von der lokalen Verwaltung ins Leben gerufen, um Abkommen und Verträge abzuschließen und um den neuen Dienstleistungen eine gewisse Stabilität zu geben. Zum anderen wurde innerhalb des Genossenschaftssektors ein unternehmerisches Interesse an der wirtschaftlichen Dimension der Dienstleistungen geweckt.

Die starke territoriale Anbindung, die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Freiwilligenorganisationen und die Einbeziehung der Empfänger der Dienstleistungen sind die wesentlichen Merkmale, die diesen speziellen Unternehmenstyp prägen.

Als das Gesetz Nr. 381 am 8. November 1991 erlassen wurde, bekamen die Sozialgenossenschaften ihre eigene juristische Form. Das Gesetz 381/91 erkannte zum ersten Mal die Möglichkeit an, eine private Unternehmensform als Instrument für die Erteilung von Aktivitäten im öffentlichen Interesse zu nutzen. Artikel 1 des juristischen Erlasses definiert die allgemeine Zielsetzung der Sozialgenossenschaften:

„Zweck der Sozialgenossenschaften ist es, zum Wohl der Allgemeinheit und Gemeinschaft tätig zu sein und die soziale Integration zu fördern“.

Der Gesetzgeber definierte somit einen neuartigen, privaten und nicht-profit orientierten Unternehmenstyp, der öffentliche Interessen verfolgt.

Im Gegensatz zu den „traditionellen“ Genossenschaftstypen gibt es bei Sozialgenossenschaften zusammengefasst vier unterschiedliche Arten von Teilhabern:

- 1) **Arbeitende Teilhaber:** Das sind die Teilhaber, die an den Aktivitäten der Genossenschaft teilnehmen, indem sie dort einer entlohnten Arbeit nachgehen.
- 2) **Bedürftige arbeitende Teilhaber:** Das sind die Teilhaber, die in der Genossenschaft aktiv sind und die Befriedigung von zwei Grundbedürfnissen erhalten: Das erste Bedürfnis ist durch die Arbeitseingliederung und der Belohnung abgedeckt; das zweite durch die soziale Eingliederung. Diese Kategorie von Teilhabern sind sozialschwache Personen (physisch oder psychisch benachteiligte Personen, Drogenabhängige, ehemalige Häftlinge usw.)
- 3) **Freiwillige Teilhaber:** Das sind die Teilhaber, die spontan (meistens nicht regelmäßig) und unentgeltlich in der Kooperative arbeiten.
- 4) **Empfänger Teilhaber:** Das sind die Teilhaber, die ebenfalls die Dienstleistungen der Genossenschaft in Anspruch nehmen.

In der Sozialgenossenschaft können Freiwillige arbeiten. Ihre Zahl darf allerdings nicht über 50 % Genossenschaftsmitglieder steigen.

Das Gesetz 381/91 erkannte die Sozialgenossenschaften und ihre spezifische genossenschaftliche Form an, bestimmte die grundlegenden Merkmale in Bezug auf das Ziel, im generellen Interesse der Gemeinschaft zu handeln sowie die menschliche Förderung und die soziale Integration der Bürger zu unterstützen. Dieses Ziel wird verfolgt durch:

a) *Leistung sozio-sanitärer und erzieherischer Dienste:*

Diese Sozialgenossenschaften stellen den sogenannten **Typ A** dar. Sie machen ca. 60 % der gesamten sozialen Kooperation aus. Genossenschaften des Typs A beschäftigen sich u. a. mit häuslicher Betreuung von alten, kranken Menschen sowie von psychisch erkrankten Menschen. Des

Weiteren leiten sie Wohngemeinschaften und Tagesbetreuungen für minderjährige und behinderte Menschen. Andere wiederum kümmern sich um die Obhut von Kindern und erteilen Erziehungs- und Freizeitangebote für gefährdete Minderjährige.

b) *Ausübung verschiedener Tätigkeiten zur Arbeitseingliederung sozialschwacher Personen:*

Diese Genossenschaften werden unter dem **Typ B** zusammengefasst. Für die Arbeitseingliederung sozialschwacher Personen gehen sie verschiedenen landwirtschaftlichen, industriellen, handwerklichen, kommerziellen Tätigkeiten oder Dienstleistungen nach. Um unter den Typ B zu fallen, müssen die Sozialgenossenschaften mindestens 30% der Arbeitsplätze für sozialschwache Menschen³ bereitstellen, die auf dem Arbeitsmarkt ansonsten bei der Arbeitsplatzsuche geringe Chancen besitzen z.B. Invaliden, Häftlinge, Drogenabhängige, Alkoholiker, Personen mit einer mentalen Benachteiligung, gefährdete Minderjährige im arbeitsfähigen Alter.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Genossenschaft stellen eine Antwort auf das Arbeitsbedürfnis dieser Personen dar und sorgen für das Wachstum und die Aufwertung ihrer Kapazitäten, die ihnen gestatten, nach der Eingliederungsphase eine Beschäftigung auf dem gewöhnlichen Arbeitsmarkt aufzunehmen. Die Sozialgenossenschaften stimmen die Eingliederungsprojekte individuell auf die betroffene Person ab, planen und überprüfen in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Dienstleistungsanbietern die einzelnen Phasen des Eingliederungsprozesses. Mit dieser Zielsetzung entwickeln die Sozialgenossenschaften personenbezogene Projekte, die es erlauben, in Zusammenarbeit mit den sozialen Dienstleistungen, Phasen des Eingliederungsprozesses zu planen und zu überprüfen.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass häufig aus dem Eingliederungsprozess eine feste Anstellung innerhalb oder außerhalb der Genossenschaften hervorging. Jedenfalls fördert diese Erfahrung die persönliche und berufliche Entwicklung der eingegliederten Personen. Ferner haben die Studien aufgedeckt, dass auch die wirtschaftlichen Vorteile dieser Art der Arbeitsplatzbeschaffung mit den Betreuungskosten und der Steuerbelastung durch die Benachteiligten größer sind als die ausgegebenen Kosten für die Arbeitseingliederung.

In den letzten Jahren hat sich die Arbeitseingliederung auch über die im Gesetz 381/91 festgelegten Typologien von benachteiligten Personen hinweg erweitert. Zu den sozialschwachen Personen zählen Menschen, die wegen der Armut an persönlichen Ressourcen, dem Verlust des Arbeitsplatzes und den fehlenden beruflichen und qualifizierenden Erfahrungen ständig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Deswegen müssen neue Instrumente gefunden werden, um diejenigen wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen, die

³ Nach der Definition des Artikels 4 des Gesetzes 381/91

ansonsten ausgeschlossen blieben. Dienstleistungen im Bereich der Begleitung während der Berufseingliederung, Förderung und Leitung von sozial nützlichen Arbeiten, erzieherische Tätigkeiten, Dienstleistungen für ein Zusammentreffen von Nachfrage und Angebot sind einige der Instrumente, die, dank der Verabschiedungen einiger neuer Normen, die Arbeitseingliederung sozialschwacher Personen erleichtern können.

In der Lombardei gibt es seit dem 18. November 2003 ein regional-spezifisches Gesetz (Legge regionale Nr. 21) bezüglich der Sozialgenossenschaft, dass neben der Anerkennung der Sozialgenossenschaften als eigenständiger Unternehmensform zum einen auch die Gründung von regionalen Beratungsversammlungen vorsieht, um die Entwicklung der Sozialgenossenschaften zu fördern, und zum anderen ein regionales Register für Sozialgenossenschaften und deren Konsortien zu erstellen.

Einige Daten zu den Sozialgenossenschaften

Während der Jahre 2004 und 2005 hat das nationale Statistikinstitut ISTAT die zweite Erhebung über die in die regionalen und provinziellen Register eingetragenen Sozialgenossenschaften⁴ durchgeführt. Im Vergleich zu der ersten Erhebung aus dem Jahr 2001 ist der Sozialgenossenschaftssektor um 11,7 % gewachsen.

Insgesamt waren am Stichtag 6.159 Sozialgenossenschaften aktiv, wobei sich die Zahl der noch nicht aktiven bzw. vorübergehend nicht aktiven sozialen Gemeinschaftsbetriebe auf 875 belief. Als Bestätigung dafür, dass Sozialgenossenschaften ein relativ junges Phänomen sind, haben sich mehr als 60 % nach 1991 herausgebildet. In 60,2 % der Fälle handelt es sich um Genossenschaften, die sozio-sanitäre und erzieherische Dienstleistungen erbringen (Typ A, insgesamt 3707 Genossenschaften) und 32,1 % beschäftigen sich mit der Arbeitseingliederung sozialschwacher Personen (Typ B, insgesamt 1.979 Genossenschaften). Die gemischten Sozialgenossenschaften, d.h. die gleichzeitig den Typ A und B repräsentieren, machen 4 % des Sektors aus (insgesamt 249) und die Sozialgenossenschaftskonsortien 3,6 % (insgesamt 224).

Was die soziale Basis des neuen Genossenschaftstyps und die Pluralität der Teilhabermodelle betrifft, hat ISTAT bis zum Stichtag 222.464 Teilhaber ermittelt, unterteilt in physische Teilhaber (insgesamt 214.970) und juristische Teilhaber (insgesamt 5.494). Im Vergleich zur ersten Studie ist die soziale Basis um 4,1 % angestiegen (3,6 % die physischen Teilhaber und 30,4 % die juristischen Teilhaber).

Wenn die physischen Teilhaber im Jahr 2003 in Beziehung zur italienischen Bevölkerung gesetzt werden, dann kommen auf 37 Teilhaber einer Sozialgenossenschaft 10.000 Personen.

⁴ Bis zum Stichtag 31. Dezember 2003

Zu den Daten der personellen Ressourcen in den Sozialgenossenschaften wurde für 2003 festgestellt, dass 221.013 Personen in den Kooperativen tätig waren: 161.248 Angestellte, 27.389 Arbeiter mit Mitarbeitervertrag, 27.715 Freiwillige, 3.357 Wehrdienstverweigerer, 807 gläubige Personen, die einer Ordensgemeinschaft angehören und 497 Arbeiter mit begrenzten Arbeitsverträgen. Somit besaßen 189.134 Personen ein bezahltes und 31.879 Personen ein unbezahltes Arbeitsverhältnis.

In den Sozialgenossenschaften hatten die angestellten Arbeiter das größte Gewicht, die 73,0 % der beschäftigten Personen ausmachten. 12,4 % waren Mitarbeiter, 12,5 % Freiwillige und 1,5 % Wehrdienstverweigerer. Die konfessionellen Mitarbeiter und die Zeitarbeiter kamen zusammen auf 0,6 %.

Im Vergleich zu 2001 haben die Sozialgenossenschaften nach der neueren Studie 9,7 % mehr Personen beschäftigt.

Als abschließende Bemerkung zu der Analyse der personellen Ressourcen in den Sozialgenossenschaften muss betont werden, dass Frauen eine signifikante Präsenz innerhalb des Personals aufweisen. Insgesamt waren 69,7 % Frauen beschäftigt gewesen, 73,1 % bei den Angestellten und 52,9 % bei den Freiwilligen.

Was die wirtschaftlichen Dimensionen der sozialen Kooperation 2003 betraf, gaben die Sozialgenossenschaften Erträge von insgesamt 4.652 Millionen Euro (4.432 Millionen Euro im Jahr 2001) an, mit einem Durchschnittswert von ca. 755 Millionen Euro pro Genossenschaft. Der Wert der Kosten beläuft sich proportional zu den Erträgen. So haben die Genossenschaften 2003 insgesamt 4.492 Millionen Euro ausgegeben mit einem Durchschnittswert von 729 Millionen Euro pro Genossenschaft.

Im Vergleich zur ersten Studie haben sich Erträge um 13,1 % und die Ausgaben um 13,6 % erhöht.

Die höchste Ertragsquote konzentriert sich auf die Genossenschaften des Typs A, die 60,2 % der gesamten Genossenschaften darstellen und 64,4 % der Erträge erwirtschaften, gefolgt von 21,1 % der Genossenschaften des Typs B, die im Vergleich mit ihrem Anteil von 32,1 % am Genossenschaftssektor unterdimensioniert wirken. Im Gegensatz dazu stehen die Konsortien, die bei einer Anzahl von 3,6 % insgesamt 11,0 % der Erträge einnehmen. Die gemischten Sozialgenossenschaften erwirtschaften 3,5 % des Gesamtgewinnes und liegen somit ebenfalls unter ihrem zahlenmäßigen Anteil am Genossenschaftssektor (4%).

Der größte Teil der Einnahmen von Sozialgenossenschaften stammt aus öffentlichen Aufträgen (64,4 %). 35,6 % kommen aus privaten Einnahmequellen. Die Einnahmequellen unterscheiden sich jedoch je nach Typ und Territorium der Sozialgenossenschaft. Als größte Einnahmequelle haben die Sozialgenossenschaften des Typs A die öffentliche Finanzierung (71,9 %), während die Sozialgenossenschaften des Typs B weniger öffentliche Aufträge als Einnahmequelle besitzen (50,4 %). Die Verteilung der Einnahmequellen von Konsortien

und gemischten Sozialgenossenschaften ähnelt zum großen Teil der aller Sozialgenossenschaften.

Im Laufe des Jahres 2003 haben die sozialen Kooperativen des Typs A Dienstleistungen für mehr als 2,4 Millionen Nutzer angeboten mit einem Wachstum von 23,8 % im Vergleich zu 2001. Durch die Flexibilität ihres Angebotes können Sozialgenossenschaften die komplexen Bedürfnisse sozialschwacher Menschen erkennen und auf deren nicht offensichtlichen betreuerischen Bedürfnisse eingehen.

In den Sozialgenossenschaften des Typs B haben 2003 insgesamt 23.575 benachteiligte Personen einen Arbeitsplatz gefunden (26,1 % mehr als 2001). Die prozentuale Anzahl benachteiligter Personen gemessen an allen Arbeitern macht auf nationalem Niveau 46,5 % aus, also ein deutlich höherer Anteil als der von dem Gesetz 381/91 festgelegte Mindestanteil von 30 %.

Die sozialen Konsortien repräsentieren eine wichtige Integrationsform für Sozialgenossenschaften. Ihre Hauptfunktion liegt darin, Dienstleistungen für die ihnen zugehörigen Genossenschaften zu erbringen, um ihre Kapazitäten und die Betriebsverwaltung zu unterstützen. Dies geschieht bei internen Funktionen z.B. Management der Belegschaft, Unterstützung der Buchhaltung und Steuerberatung, praktische Ausführung der Verwaltung, Aus- und Weiterbildung, Informationsübermittlung und bei Beziehungen mit Außenstehenden z.B. Ausarbeitung von Projekten, Unterstützung bzw. Begleitung bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen, Unterstützung bei der Ausarbeitung politischer Strategien, Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen an Stelle der angehörigen Genossenschaften.

Die Übersicht über die ausgewerteten Daten zeigt die Vielfältigkeit der Aktivitäten. In der Gegenüberstellung der Palette an angebotenen Dienstleistungen und der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen sind die Sozialgenossenschaften an erster Stelle (77,2 %). Des Weiteren sind Förderungen innovativer Dienstleistungen durch Kurse etc. (68,8 %), sowie diejenigen, die die Organisation von Information- und Erfahrungsaustausch zwischen den Genossenschaften fördern (66,5 %) sowie diejenigen, die die Propagierung, Werbung bzw. Bekanntmachung der Genossenschaften in der Region und über ihre Grenzen hinaus vorantreiben (62,9 %) stark nachgefragt.

Aus dem Italienischen von Alexandra Stenzel

Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie in Rom und Italien Konzept, Praxis und Entwicklung

Els Reynaert

1. Einleitung

In diesem Text werde ich einen Überblick über das Wachstum der „Anderen Ökonomie“ in Rom geben. Nach einer kurzen Einführung in die verschiedenen Terminologien und Konzepte, die bislang in Europa verwendet wurden, beschreibe ich die Prinzipien, die in Rom entwickelt wurden, um „Andere Ökonomie“ zu definieren und die Rolle, die lokale Regierung, die Universität und Mittlerorganisationen spielen. In einem letzten Abschnitt werde ich kurz die Bausteine zusammenfassend benennen, die meiner Meinung nach grundlegend für den Aufbau einer anderen Ökonomie sind.

2. Soziale Ökonomie, Dritter Sektor, Solidarische Ökonomie: Die terminologische Sprachverwirrung

In den 80er und 90er Jahren wurden Italien und allgemein Europa zu Zeugen der Entwicklung eines ganz neuen Spektrums von Initiativen der Zivilgesellschaft, die von Organisationen des fairen Handels bis hin zu informellen Netzwerken für den kritischen Konsum, Initiativen für Arbeitsplätze für benachteiligte Personengruppen, ethische Finanzierungsinitiativen, Tierschutzorganisationen, biologische Landwirtschaft usw., reichten. Diese Initiativen wuchsen als grundsätzlicher Protest gegen die Mainstream-Ökonomie und als Reaktion auf die bekannten Probleme, die von dem neoliberalen Entwicklungsmodell verursacht wurden: Soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Zersetzung der Arbeitsbedingungen, ansteigende Kluft der Armut innerhalb der Länder und zwischen dem Norden und dem Süden, Umweltprobleme, Isolation, Krise des sozialen Sicherungssystems. In den wenigen letzten Jahrzehnten haben sich diese Initiativen vervielfältigt und innovative alternative Modelle der ökonomischen Entwicklung vorangetrieben. Eine andere Terminologie wurde verwendet, um diesen „neuen Sektor“ zu beschreiben.

Ein gängiger Begriff im Sprachgebrauch ist „*Soziale Ökonomie*“. Dieser Begriff wurde schon im 19. Jahrhundert eingeführt und bezog sich auf die Kooperativen, die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit und Vereine, die in dieser

Zeit als Reaktion auf die negativen Konsequenzen der Industriellen Revolution entstanden sind. Die neue dynamische Bewegung der 80er und 90er Jahre, die oben beschrieben wurde, teilt mit der Sozialen Ökonomie des 19. Jahrhunderts das Ziel, neue Formen der Kooperation und Solidarität als Antwort auf die Probleme zu entwickeln, die von dem herkömmlichen ökonomischen System geschaffen worden sind. Aber im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurde die erste Welle der sozialen Ökonomie zum integralen Bestandteil der gängigen Mainstream-Ökonomie und des traditionellen Wohlfahrtssystems, in dem es seine Vielseitigkeit, seinen innovativen Charakter und seine politische Wirkung verlor. Deshalb wollten viele eine klare Unterscheidung zwischen der „Traditionellen Sozialen Ökonomie“ und der „*Neuen Sozialen Ökonomie*“ machen.

Ein anderer (vor allem in der akademischen Welt) sehr populärer Begriff ist in den 80ern und 90ern der „*Dritte Sektor*“. Aber auch dieser Begriff trifft die Identität des neuen Sektors nicht wirklich, weil er auf die Bedeutung des *non-profit* oder zivilen Sektors als dritter Sektor in der Nähe zum Marktsektor und Regierungssektor und weniger auf die Entwicklung eines alternativen ökonomischen Systems abzielt.

Als Antwort auf die Grenzen der beiden oben erwähnten Begriffe wurde in den 90er Jahren ein dritter Terminus in verschiedenen Ländern Europas (und auch andernorts in der Welt) eingeführt, um besser auf die Besonderheit des Sektors einzugehen: *économie solidaire*, *economia solidale*, *solidarity-based economy* (solidaritätsgestützte Ökonomie) und *solidarity economy* (solidarische Ökonomie). Die Annäherung an die solidarische Ökonomie wird durch Forschungen gestützt, die zeigen, dass eine Wirtschaft nicht allein auf den Markt reduziert werden kann, aber dass er die Prinzipien der Neuverteilung und Reziprozität enthält. Anstatt die Ökonomie aus einer formalen neo-klassischen Perspektive anzusehen, hat Karl Polanyi (1944) die Annäherung an die solidarische Ökonomie angeregt und definiert Ökonomie, indem er eine sachlichen Perspektive anführt, die drei ökonomische Marktprinzipien einschließt: Umverteilung, die vorwiegend vom Staat durchgeführt wird und Gegenseitigkeit (und das Geschenk), in der die Zivilgesellschaft sich freiwillig engagiert. Jean-Louis Laville, einer ihrer bedeutendsten Theoretiker, fasst zusammen, dass Forscher dieser Schule die solidarische Ökonomie ansehen als 1) eine pluralistische Ökonomie, wegen ihrer vielfältigen Prinzipien und der mobilisierten Ressourcen; 2) eine Komponente einer gemischten Ökonomie aus sozialem Gemeinwohl, und er meint, dass sie einen Zwischenraum zwischen dem Privatunternehmen, dem Staat und der häuslichen Sphäre einnimmt, wodurch zweierlei betont wird: ihre sozial-ökonomische und ihre sozial-politische Dimension; 3) ein dritter Sektor unterscheidet sich zwar vom Staat, dem Privatunternehmen und der informellen häuslichen Wirtschaft, aber hat dennoch mit allen Überschneidungspunkte, weil die Grenzen bei allen fließend sind.

3. Entwicklung des Konzeptes einer Anderen Ökonomie in Rom

Um das Jahr 2000 herum wurde in Rom nun ein anderer Begriff entwickelt, um das farbenreiche neue Spektrum dieser Organisationen zu kennzeichnen: „*l'Altra Economia*“. Dieser Begriff sollte ganz deutlich das wichtigste Prinzip ansprechen, das die unterschiedlichen Initiativen miteinander verbindet: die Tatsache, dass alle das herrschende ökonomische System herausfordern wollen, indem konkrete neue Wege aufgezeigt werden „Ökonomie zu praktizieren“. Diese „Anderer Ökonomie“ in Rom umfasst Bereiche wie fairen Handel, freie und offene Software, biologische Landwirtschaft, nachhaltigen Tourismus, kritische Verbrauchernetzwerke, ethische Finanzierung, erneuerbare Energien, Wiederverwendung und Recycling.

2001-2002 organisierte der Bereich der Anderen Ökonomie von Rom auf Anregung der Stadtverwaltung von Rom selbst ein Offenes Forum, das „*Tavolo dell'Altra Economia*“ (Tisch der Anderen Ökonomie) genannt wurde. Dieses Forum erarbeitete eine *Charta der Prinzipien* („*Carta dei Principi per un'Altra Economia*“), die definiert, was unter „Anderer Ökonomie“ verstanden wird. Die Charta ist als dynamisches Instrument konzipiert und kann im Lauf der Zeit weiter verbessert werden.

Die in der Charta behandelten Schlüsselkonzepte:

- das Ziel der ökonomischen Aktivität ist nicht Profitmaximierung um jeden Preis, sondern die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und die Schaffung des Wohlbefindens aller beteiligten Personen;
- Öko-Kompatibilität ist eine Grundvoraussetzung;
- zwischen und innerhalb der Organisationen wird eine Annäherung von Kooperation und Solidarität begünstigt;
- deren Ziele: qualifizierte Arbeitsplätze, geeignete Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung, Wertschätzung der Fähigkeiten eines jeden Einzelnen;
- Gewinne werden in die Aktivitäten der Anderen Ökonomie rückinvestiert;
- verantwortungsvoller Konsum spielt eine wichtige Rolle;
- die Beziehung zwischen den Menschen und den ökonomischen Initiativen folgen den Prinzipien der Gegenseitigkeit, des Einschlusses (Inklusion), der Transparenz, der Kooperation, Solidarität und Partizipation;
- die alternative Ökonomie will lokale Produkte fördern, denn diese Ökonomien sind gut in ihre Umgebung eingebettet;
- eine besondere Aufmerksamkeit gilt den Aktivitäten des Südens;
- für die andere Ökonomie ist die Arbeit mit Netzwerken sehr wichtig, damit jedermann Zugang zu allen Informationen hat und gegenseitiges Lernen und kultureller, ökonomischer und sozialer Austausch zwischen verschiedenen Realitäten angeregt werden.

Diese Konzeptualisierung war ein wichtiger Schritt, um Prinzipien und Werte zu entwickeln und zu vermitteln. Diese Annäherung konnte die beteiligten Rea-

litäten über verschiedene Erfahrungen und Initiativen miteinander verbinden und führte dazu, dass ein Bewusstsein von der „Gruppe“ entwickelt wurde, das die individuellen und organisatorischen Grenzen zu überschreiten erlaubte und das gemeinsame Ziel setzte, nämlich eine Andere Ökonomie aufzubauen. Die Wechselwirkung zwischen Praxis und Konzeptualisierung (Theorie), die sich gegenseitig ergänzten, ist ein ebenso bedeutender Faktor, um eine andere Ökonomie zu entwickeln.

4. Die Rolle der kommunalen Regierung

Wenn es eine starke Dynamik seitens der römischen Zivilbevölkerung gegeben hat, dann gab es eine ebenso starke Antwort von der kommunalen Regierung, die die Entwicklung in Richtung auf eine Andere Ökonomie stimulierte.

Von 2001-2002 hat die Stadt Rom Organisationen, Netzwerke und Individuen eingeladen, die ökonomische Aktivitäten in einer „alternativen“ Art entwickelten, um an einem offenen Forum teilzunehmen, das „Tavolo dell’Altra Economia“ hieß. Es sollte mit einem langfristigen Dialog über die Politiken und Aktivitäten beginnen und diesen entwickeln, um eine „Andere Ökonomie“ in Rom zu stimulieren. Diese Initiative wurde als „Beirat für die Politik an der Peripherie, für die lokale Entwicklung und Arbeit“, nachfolgend „Autopromozione Sociale“ genannt.¹ Folgende Aktivitäten wurden dank der Kooperation des Forums und der Stadt Rom entwickelt:

- die Erstellung einer Website gab dem Forum eine Identität und ein Instrument für die interne und externe Kommunikation.
- Wie schon erwähnt, gehörte es zu den ersten Aktivitäten des Forums, zu definieren, was mit dem Begriff „Andere Ökonomie“ gemeint war. Dafür wurden Meinungen ausgetauscht, Theorie und Praxis analysiert, um diese schließlich in eine „Charta der Prinzipien“ zu übersetzen.
- Ein großes Bedürfnis bestand darin, die Initiativen der Anderen Ökonomie, ihre Botschaft, ihre Arbeitsweise und ihre Produkte einem breiteren Publikum vorzustellen. Zu diesem Zweck wird die „Messe der Anderen Ökonomie“ – *La Festa dell’Altra Economia* einmal und seit 2004 zweimal pro Jahr organisiert.
- Der Erfolg von *La Festa dell’Altra Economia* brachte die Idee mit sich, dem Bereich der Anderen Ökonomie in Rom einen dauerhaften Raum zu schaffen, einen Raum, der die Andere Ökonomie einem breiteren Publikum besser zugänglich und bekannt macht und der gleichzeitig Motor für soziale, kulturelle, ökonomische und politische Innovation, Arbeiten in Netzwerken und Austausch für die Andere Ökonomie werden könnte. *Tavolo dell’Altra Economia* und „*Autopromozione Sociale*“ entwickelten deshalb gemeinsam die Idee für das konkrete Projekt „*Stadt der Anderen*“

¹ Assessorato alle Politiche per le Periferie, lo Sviluppo Locale, il Lavoro – V.U.O. Autopromozione sociale

Ökonomie“ („*la Città dell'Altra Economia*“). Am 5. August 2004 beschloss der Stadtrat von Rom mit einer Investition von 5 Milliarden Euro einen alten Schlachthof im Zentrum von Rom zu renovieren, um damit der *Città dell'Altra Economia* einen Raum mit 3.500 m² zur Verfügung zu stellen, der die unterschiedlichen Bereiche der Alternativen Ökonomie aufnehmen kann (Informationstische, Ausstellungsbereich und Verkaufsfläche), einen Markt für biologischen und fairen Handel, ein Bio-Restaurant und eine Bio-Bar, einen Konferenzraum, Werkstätten, Treffpunkte... *Die Città dell'Altra Economia* wird von einem Konsortium von Organisationen der Anderen Ökonomie bewirtschaftet und soll Anfang 2007 betriebsbereit sein. Es ist ein ehrgeiziges und innovatives Experiment, mit dem das Konzept der Anderen Ökonomie sichtbarer und konkreter gemacht werden kann, weil seine Breitenwirkung erhöht wird und es zu den immateriellen Gütern (soziales Kapital, Arbeiten in Netzwerken, Partizipation, Befähigung, Innovation) beitragen kann.

Eine andere Initiative, die von *Autopromozione Sociale* gestartet wurde, ist InVerso, der Inkubator für soziale/solidarische Unternehmen. Das Ziel des Inkubators ist es, die Gründung für soziale oder solidaritätsgestützte Unternehmen anzuregen und deren Chancen auf ihren Fortbestand am Markt zu erhöhen. Der Inkubator ist seit Anfang dieses Jahres aktiv und besetzt einen realen Raum von 1000 m² und kann circa 16 Gründungsunternehmen (28 Arbeitsstellen) aufnehmen. Neben dem Angebot an materieller Logistik wie Büros, Besprechungsräume, einen Seminarraum, Computer (die über ein offenes Quellensystem/*open source* laufen), bietet der Inkubator auch Dienstleistungen wie *Coaching*, Managementberatung, Qualifikation, Internet für einliegende Unternehmen und für Unternehmen, die assoziiertes Mitglied des Inkubators (maximal 16) geworden sind. Im Augenblick werden dort 13 Unternehmen begleitet² und haben sich drei Unternehmen assoziiert.

5. Die Rolle der Universität

Die akademische Welt, besonders wenn sie in engem Kontakt mit Organisationen auf diesem Gebiet steht, spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der Anderen Ökonomie, indem sie den theoretischen Rahmen und die methodologischen Instrumente für die Analyse, das Bemessen und den Zugang zu den Besonderheiten der „Anderen Ökonomie“ herstellt. Neben der Rolle als Forschungsinstitution spielt die Universität natürlich auch eine große Rolle bei der Bildung.

Seit 2002 organisiert die Universität von Urbino „*Carlo Bo*“ das Masterstudium „Gemeinnütziges Arbeiten. Dritter Sektor und Fairer Handel“. Ziel dieses Masterstudiums ist es, die Studenten mit einem theoretischen Hintergrund und

² inkubiert

den Kompetenzen auszustatten, um auf verantwortlicher Ebene in Organisationen des Dritten Sektors und der Solidarischen Ökonomie zu agieren. Der Master hat einen Ansatz aus mehreren Disziplinen: Ökonomie, Soziologie, Unternehmensführung, Jura, Organisation und Kommunikation. Neben theoretischem Grundlagenwissen und seiner Umsetzung in die Praxis, Fallstudien, Gruppenarbeit und der Vorbereitung einer schriftlichen Abschlussarbeit, sieht der Master auch eine 4-monatige praktische Arbeit in einer gemeinnützigen oder auf solidarischer Ökonomie basierenden Organisation vor.

Aus dem Masterstudiengang heraus wurde ein permanenter Lernzirkel entwickelt, der Auffrischungsseminare für Leute anbietet, die sich auf dem Sektor des Fairen Handels betätigen oder betätigen möchten. Dieser Sektor hat in Italien in den wenigen vergangenen Jahren eine sehr intensive Entwicklung erlebt.

In diesem Jahr hat die Universität *La Sapienza* von Rom in Zusammenarbeit mit „*Autopromozione Sociale*“ ein Masterstudium ausgeschrieben, das „*Master in Lokaler Entwicklung und Solidarischer Ökonomie*“³ heißt und mehr oder weniger nach demselben methodologischen Rahmen strukturiert ist, wie er in Urbino verwendet wird. Der Master basiert auf den Prinzipien einer multidisziplinären Ausrichtung und verbindet theoretische und praktische Erfahrung.

6. Die Rolle der Mittlerorganisationen

Mittlerorganisationen spielen eine wichtige Rolle für die Andere Ökonomie, weil sie die Professionalisierung und die Entwicklung des Sektors stützen, in dem sie Weiterbildung, *Coaching* und finanzielle Dienstleistungen anbieten. Sie sind auch oft ein Motor für Innovation, arbeiten im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Sie spielen eine entscheidende Rolle für die Bewusstseinsbildung und das Netzwerk und bringen Menschen und Organisationen über gemeinsame Projekte und Themen zusammen. Schließlich können sie eine wichtige politische Wirkung haben, indem sie Kampagnen initiieren, Politik kritisieren und alternative Lösungen vorschlagen.

Lunaria ist eine dieser Organisationen in Rom, die 1992 als gemeinnützige Organisation gegründet wurde. *Lunaria* entwickelt Training, Forschung, Beratung, Bewusstseinsbildung und kommunikative Aktivitäten zu Themen des Dritten Sektors, der Solidarischen Ökonomie, der Migration, der Globalisierung und fördert auf internationaler Ebene die Arbeit von Freiwilligen.

Eine wichtige Kampagne hat *Lunaria* im Jahr 2000 zusammen mit über 30 weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft begonnen, namens *Sbilanciamoci!* Diese Kampagne analysiert die Wahlen der italienischen Regierung über Themen wie Frieden, internationale Politik, dritter Sektor, Wohlfahrt, Umweltpolitik und Arbeit und schlägt Alternativen für die Ausgaben der öffentlichen Hand und der Regierung vor. *Sbilanciamoci!* hat auch neue Indikatoren und ei-

³ „Master in Sviluppo Locale ed Economia Solidale“

nen alternativen Entwicklungsindex für regionale Entwicklungsqualität, **QUARS**⁴ entwickelt. Auf der Basis dieses neuen Index wird in jedem Jahr eine umfassende Analyse für alle italienischen Regionen angefertigt, um die Qualität ihrer sozialen und ökologischen Entwicklung zu evaluieren und zu vergleichen. Die Anwendung und der Aufbau dieses Index kann den öffentlichen Behörden helfen, die regionale Entwicklung in einer viel gründlicheren Weise zu beurteilen, als unter der ausschließlichen Verwendung ökonomischer Indikatoren wie dem BIP, d.h. so wird ihnen geholfen, die Politik neu auszurichten.

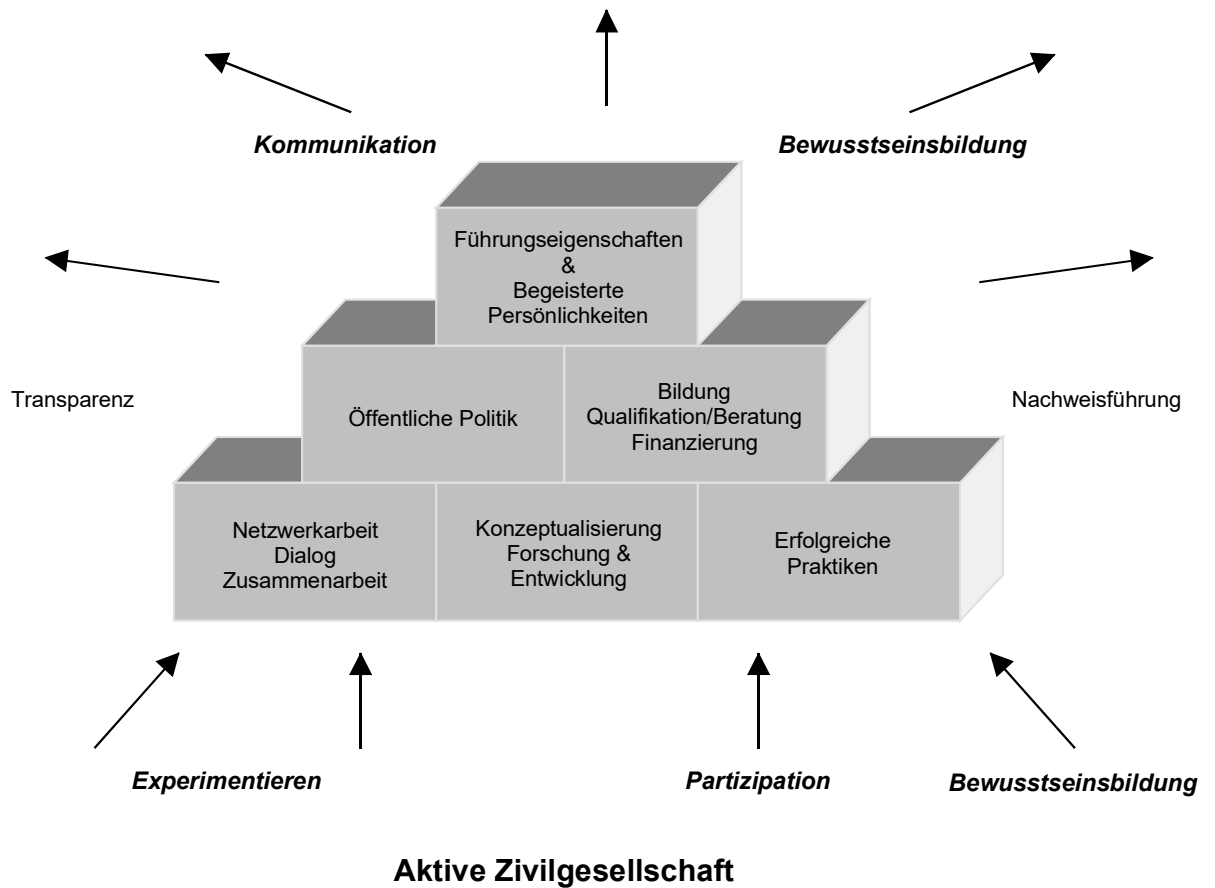
7. Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie

Da ich die Tendenzen in Rom und andernorts in Europa beobachtet habe, konnte ich die folgenden Elemente als die grundlegenden Bausteine für eine erfolgreiche Entwicklung der Anderen Ökonomie heraus destillieren:

- offensichtlich ist eine aktive Zivilgesellschaft, die sich der Probleme bewusst ist, die von der Mainstream-Ökonomie geschaffen wurde und die mit alternativen Modellen experimentiert, die Basis.
- Arbeit in Netzwerken, Dialog und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Realitäten und Individuen ist ein bedeutender Wert, um Synergien zu schaffen und über die individuellen Grenzen hinaus zu wachsen.
- Konzeptualisierung, Forschung und Entwicklung, um die globale Struktur, die gemeinsamen Werte und Ziele besser zu verstehen und um neue Modelle und Instrumente zu entwickeln.
- Wenn von der Basis eine vibrierende Dynamik ausgeht, dann kann die öffentliche Politik eine wichtige Rolle dabei spielen, diese neue Realität anzuerkennen, zu stimulieren und zu stützen.
- Erfolgreiche Praktiken werden als Beispiele benötigt, um zu zeigen, dass Ideen und Konzepte realistisch sind und sich lohnen.
- Dienste für Bildung und Qualifikation, Beratung und Finanzierung sind wichtig.
- Führungseigenschaften und von der Sache begeisterte Individuen sind entscheidend im Prozess des Aufbaus einer Anderen Ökonomie, weil dies ein Prozess ist, der grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft anstrebt. So etwas kann nur stimuliert werden, wenn talentierte Leute daraus eine Herzensangelegenheit machen, indem sie sich vom gängigen Verhalten unterscheiden und wenn sie eine konkrete Aktion unabhängig davon, in welcher Position, Organisation, Institution oder Struktur sie arbeiten, übernehmen und dabei andere stimulieren, es ihnen nachzutun.

⁴ Qualità Regionale dello Sviluppo

Kommunikation und Bewusstseinsbildung sind Schlüsselemente, um neue Menschen in den Prozess einzubeziehen und eine kritische Masse zu erreichen, damit das herrschende ökonomische Modell verändert werden kann.



Aus dem Englischen von Ute Hermanns

Sozialgenossenschaften und Kommunale Verwaltung in Italien – ein Modell für Deutschland?¹

Die Sozialgenossenschaften in Italien²

Livia Consolo³

Vor kurzem hat das Statistische Bundesamt Italiens (ISTAT) die Daten der ersten Erhebung über den Dritten Sektor (ehrenamtliche Tätigkeiten, Verbandswesen, Sozialkooperativen) in Italien veröffentlicht. Die 221.412 Institutionen lassen – präzise unterschieden nach Rechtsform und Tätigkeitssektoren – ein Profil der Sozialgenossenschaft als der einzigen existierenden Unternehmensform mit direkter Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den lokalen Gemeinschaften entstehen, das sehr signifikante Daten aufweist: die Sozialkooperativen stellen nur einen Anteil von 2,1 % des Dritten Sektors in Italien dar, ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz. Allerdings sind sie der Teil, der ganz wesentlich und mit einer entscheidenden Mehrheit zur Gründung von Unternehmen und Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt.

Angesichts dieser Tatsache, wird einem bewusst, dass wir mit mehr als 120.000 Arbeitsplätzen eine offizielle Zahl vor uns haben, die bestätigt, dass sich die Beschäftigungsentwicklung in Italien durch Formen von Privatunternehmen vollzieht, die ganz spezifisch auf das Kollektivwohl abzielen, und dass sich die Verwaltung bedeutender Geschäftstätigkeiten und -felder des Sozialstaats mittels dieser Unternehmensform vollzieht. Es handelt sich um Unternehmen, die aus ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie vielfältigen moralischen und ethischen Antrieben heraus zugunsten der Schwächsten der Gesellschaft ent-

¹ Gianmarco De Fusco, Vertreter der Provinzverwaltung Mantuas, der an unserer Sommerschule aktiv teilnahm, hat uns auf diese Artikel zur Rolle der Sozialgenossenschaften in Italien hingewiesen, die uns in Deutschland einen Einblick in die mögliche Kooperation von Kommunen (Munizipien) und Sozialgenossenschaften geben können.

² Tra le istituzioni presenti ed attive nel cosiddetto terzo settore (associazionismo e volontariato) vi sono organizzazioni non profit direttamente impegnate nella produzione di occupazione, di beni e servizi alla persona: l'esperienza del Consorzio Gino Mattarelli (Der Artikel ist leicht gekürzt)
<http://www.mi.camcom.it/show.jsp?page=66362>

³ Präsidentin des Consorzio Nazionale della Cooperazione Sociale Gino Mattarelli

standen sind und eine direkte Verantwortung – sei es Einzelner oder von Gruppen – im Hinblick auf die breite gesellschaftliche Nachfrage nach Betreuungsleistungen und Arbeit in Beschäftigungsfeldern (den sogenannten „Beschäftigungsbecken“⁴ der Europäischen Union) zum Ausdruck bringen, in denen ein hohes Wachstumspotential für die Nachfrage besteht, zum Beispiel Umweltgüter, Kultur und Freizeit. Diese Unternehmen haben für sich die Rechtsform der Sozialkooperative auf der Grundlage von Gesetz Nr. 381/91 gefunden, das erste Gesetz, in dem die Möglichkeit anerkannt wird, das unternehmerische Instrumentarium privatwirtschaftlicher Natur zu nutzen, um Geschäftsfelder von öffentlicher Bedeutung zu fördern und zu betreiben.

Viele dieser Unternehmen mit spezifisch sozialer Aufgabenstellung haben mit der Zeit Netzwerke gebildet, um die Kenntnis ihrer Motive sowie der sie kennzeichnenden unternehmerischen Vision zu fördern.

Das soziale Genossenschaftswesen hat eine doppelte Wertkette deutlich gemacht, die darauf abzielt, gleichzeitig ökonomische, soziale und vertrauensschaffende Werte auf den diversen Ebenen zu erzeugen, ausgehend von den einzelnen Beschäftigten, Ehrenamtlichen, Forschern usw. bis zu den Unternehmen, dem territorialen Umfeld und den Institutionen mit Hilfe der Gründung genossenschaftlicher Netzwerke und eines Systems der Unterstützung auf nationaler Ebene. Unterschiedliche Träger, in jeweils geschichtlich und traditionell unterschiedlichen Gebieten, die alle gemeinsam die Reichtümer eines Landes bilden, in dem die Einwohner nicht nur eigennützig, sondern auch zur Verbesserung des eigenen Landes arbeiten können, durch Achtung seiner Identität sowie der Förderung von Gemeinwohl und Entwicklung.

Die Charakteristika des sozialen Genossenschaftswesens

Im Laufe der zwanzig Jahre, die seit Entstehung der ersten Sozialkooperativen bis zur heutigen Debatte über die normative Zukunft des Sozialunternehmens vergangen sind, wurde die Arbeit gewissenhaft ausgeführt, um die inneren Bindungen unserer lokalen Gemeinschaften zu stärken, damit diese nicht die Anstöße und Chancen, die sich aus der Globalisierung der unternehmerischen Systeme und der Entwicklung der Märkte ergeben, in Ablehnung und Ausschluss derer, „die anders sind als wir“ ummünzen. Im Unterschied zum gewinnorientierten Unternehmen, dass sich an einer Festlegung und Verteilung der Verantwortlichkeiten gegenüber den Referenzgemeinschaften orientiert, ist der Sozialbetrieb an erster Stelle eine *non-profit*-Organisation, die sich direkt und nachhaltig für die Schaffung von Beschäftigung, von Gütern und personenbezogenen Dienstleistungen einsetzt. Sie wird von Personen kontrolliert, die freiwillig eine planmäßige Entscheidung getroffen haben, in einem bestimmten Tätigkeitsfeld zu intervenieren: Diese Personen agieren durch das Sozialunternehmen im Verhältnis zur Öffentlichen Verwaltung auf autonome Weise, und zwar nicht nur unter

⁴ bacini occupazionali

formalen Gesichtspunkten. Ein Sozialbetrieb gilt dann als solcher, wenn alle an ihm beteiligten Personen in vielfältiger Hinsicht einbezogen sind und ebenso wichtig muss das Ziel sein, alle Interessensträger zu repräsentieren und alle involvierten Personen teilhaben zu lassen. Unsere Erfahrung lehrt uns außerdem, dass es für den Sozialbetrieb wichtig ist, sein Ziel zu verdeutlichen, das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den lokalen Gemeinschaften, dem Territorium im weitesten Sinne des Begriffs zu fördern.

Er soll also klar als Unternehmen erkennbar sein, das sich selbst verpflichtet, "das soziale Kapital" zu mobilisieren und zu regenerieren. Die daraus folgende Botschaft lautet, dass wir von etwas extrem schwierigem und komplexen sprechen: Komplex die *Governance* ohne klassischen Unternehmer, schwierig die *Accountability*, um die Vorzüge zu belegen, sowohl institutioneller Art (Subsidiarität) als auch sozioökonomischer Art (größere Zufriedenheit der Bürger und bessere Verwendung der Ressourcen).

Allgemein gesprochen, kann man heute behaupten, dass die Kooperative/der Sozialbetrieb aufgrund der sie kennzeichnenden institutionellen Struktur, des Wertesystems, der Strategien des Wachstums und der Vernetzung, es auf sehr ausgewogene Weise schafft, den Markt, die Politik und ihr wechselseitiges Verhältnis zu durchdringen, d.h. die grundlegenden Formen der Allokation sozialer Werte, die diversen Arten des Umgangs mit den Transaktionen in einem Sozialsystem. Denn es sind Unternehmen, die teilweise (jedoch nicht vollständig) im Rahmen der Regeln und der Festlegung bevorzugter Entwicklungsbereiche dem öffentlich-institutionellen Reglement unterworfen sind. Sie verfügen über Wertesysteme und eine Motivation der Personen, die breiten Raum lassen für die Wechselseitigkeit als Kriterium für die Verwaltung von Transaktionen. Es handelt sich also um echte Unternehmen, die das Bindeglied zu jener „marktfreien Wirtschaft“ darstellen, deren Bedeutung für das Funktionieren eines sozioökonomischen Systems insgesamt bekannt ist, und einen Wettbewerbsvorteil darstellt sowie praktisch auch einen Vorhersager von ökonomischem Erfolg.

Aufgrund dieser Voraussetzungen könnte die Entwicklung des Sozialbetriebs, verbunden mit einem größeren Bewusstsein der gewinnorientierten Unternehmen im Hinblick auf ihre Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, ein möglicher Ansatzpunkt sein, um die "Quadratur des Kreises" (Dahrendorf, 1995) zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu versuchen. Es ist daher positiv, dass der Ansatz, „sozial fähige“ normale Unternehmen (Butera, 1999) zu fördern, immer stärkere Verbreitung findet, nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern im Allgemeinen für die Wiederherstellung einer lebendigen Gesellschaft. Es ist klar, wie wesentlich es bei diesem Zugang ist, in Richtung des sozialen Gleichgewichts voranzuschreiten, über Stationen wie Akkreditierung und Zertifizierung, Auswertung der *Performance*, *Benchmarking* bei den Spitzenverläufen.

Also Formen einer sozialen “Buchhaltung” zu garantieren, neben der wirtschaftlichen, wird somit für alle Unternehmen ein unverzichtbares Ziel, die Zuverlässigkeit, Transparenz und Öffentlichkeit garantieren wollen, mit der Absicht, dem Leser die Bildung eines eigenen, begründeten Urteils zu gestatten und allen Stakeholdern ein Bild der betrieblichen Performance zu liefern, das in der Lage ist, einen interaktiven Kommunikationsprozess mit der Gesellschaft zu tragen. All dies, um die Chancen und Entscheidungsfähigkeit der Finanziers, öffentlichen Körperschaften, Verbraucher, Kunden, und allgemein aller Bürger und Institutionen, die in diesem Umfeld interagieren, zu steigern.

Aus dem Italienischen von Gertrude Grassi

Dienstleistungen, die in Sozialgenossenschaften Italiens angeboten werden – Ein Überblick¹

Statistisches Institut Italiens ISTAT

Die Sozialgenossenschaften stellen eine der wichtigsten Formen der Integration unter den Sozialkooperativen dar. Ihre hauptsächliche Funktion besteht darin, Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind, die Fähigkeiten und Geschäftstätigkeiten der Mitgliederkooperativen zu unterstützen, sowohl hinsichtlich interner Belange (Personalverwaltung, Buchhaltungsassistenz und Steuerberatung, Erledigung administrativer Aufgaben, Weiterbildung, Information), als auch hinsichtlich der Außenbeziehungen (Erarbeitung von Projekten, Hilfestellung bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen, Unterstützung bei der Ausarbeitung von politischen Strategien, Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen im Namen der Mitgliedskooperativen).

Das Bild, das sich aus der Auswertung der Daten ergibt, zeigt ein breites Spektrum an Tätigkeiten. Im Hinblick auf das Spektrum der angebotenen Tätigkeiten, sind insgesamt die am weitesten verbreiteten die bezüglich der Unterstützung bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen (die von 77,2 % der Genossenschaften angeboten werden), der Promotion für neue Dienstleistungen (68,8 %), bei der Entwicklung und Koordinierung von Projekten (68,3%) der Organisation von Informations- und Erfahrungsaustausch unter den Kooperativen (66,5 %) und der Imageförderung der Kooperativen (62,9 %). In der Minderheit befinden sich dagegen die Assistenz bei der Beschaffung von Ausstattungen und der Vermittlung von Kenntnissen über Produktionsprozesse (beide geringer als 21 %).

Auf territorialer Ebene bieten die norditalienischen Genossenschaften häufiger Dienste an, die mit der Weiterbildungstätigkeit und der Vertretung der Kooperative nach außen zu tun haben, während die mittel- und süditalienischen mehr darauf ausgerichtet sind, Hilfestellung bei der Suche nach finanziellen Mitteln zu leisten.

¹ Le cooperative sociali in Italia Ano 2003, In Statistiche in Breve, Istat 2 marzo 2006 (Auszug auf dem Artikel) http://www.istat.it/salastampa/comunicati/non_calendario/20060302_00/testointegrale.pdf

Sozialgenossenschaften nach Typologie der angebotenen Dienstleistungen und territorialer Verteilung - Jahr 2003 (Prozentanteile*)

LEISTUNGEN	Italien	Nord-west	Nordost	Zentrum	Süden
Imageförderung der Kooperativen	62,9	60,3	73,5	48,2	73,9
Promotion für neue Leistungsangebote	68,8	65,8	71,4	64,3	76,1
Assistenz bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen	77,2	68,5	81,6	69,6	95,7
Assistenz bei der Vermarktung der Produkte und/oder Dienstleistungen	31,7	27,4	38,8	23,2	41,3
Assistenz bei der Personalbeschaffung	33,9	34,2	38,8	26,8	37,0
Assistenz beim Erwerb von Ausstattungen	20,5	21,9	24,5	25,0	8,7
Buchhaltungsassistenten und Steuerberatung	44,2	49,3	36,7	39,3	50,0
Organisation und Abwicklung von Bildungsmaßnahmen	58,0	65,8	69,4	35,7	60,9
Organisation von Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Kooperativen	66,5	65,8	81,6	50,0	71,7
Unterstützung bei der Erarbeitung politischer Strategien	47,8	42,5	63,3	39,3	50,0
Operationszentrum Zivildienst	26,3	13,7	32,7	17,9	50,0
Ausarbeitung und Koordinierung von Projekten	68,3	64,4	81,6	51,8	80,4
Erledigung von Verwaltungsaufgaben	48,7	52,1	49,0	33,9	60,9
direkte Schulung	53,1	49,3	67,3	35,7	65,2
Vermittlung von Wissen über die Produktionsprozesse	20,1	16,4	28,6	14,3	23,9
General contracting	62,5	53,4	63,3	64,3	73,9
Genossenschaften insgesamt	224	73	49	56	46

Die Summe der Prozentanteile übersteigt 100 %, weil jede Genossenschaft mehrere Dienstleistungen anbieten kann.

Aus dem Italienischen von Gertraude Grassi

**Die Vergabe von Aufträgen für soziale
Dienstleistungen seitens der Gemeinden und
Lokalbehörden
(Provinzen, Regionen)
an die Sozialgenossenschaften
– die Erfahrungen der Emilia Romagna¹**

Sachverständigengruppe: Auftragsvergabe

Das nationale Gesetz Nr. 328/2000 und das Regionalgesetz Nr. 2/2003 beschreiben ein System sozialer Angebote und Maßnahmen, das durch zwei wesentliche Aspekte bestimmt ist:

- das garantierte Einstehen für die sozialen Rechte;
- die horizontale Subsidiarität.

Die Definition eines Systems, das die beiden oben genannten Grundsätze integriert, drückt eine präzise politische Entscheidung aus: die Entscheidung für eine Aufwertung der gesellschaftlichen Aufgabe der öffentlichen Hand, verstanden als pflichtgemäße Umsetzung der Werte substantieller Gleichheit, unter denen das Recht auf Freiheit der Individuen und ihrer sozialen Gruppierungen zum Ausdruck kommt, und zwar in vollkommener Harmonie mit den Artikeln 2, 3 und (neu) 118 der Verfassung.

Die Region Emilia Romagna hat also, indem sie durch ein eigenes Regionalgesetz die durch das Nationalgesetz bereits zur Grundlage erklärten Prinzipien interpretiert und in ihr eigenes Umfeld integriert, ein lokales System sozialer Dienstleistungen entworfen, dessen wesentliche Zielsetzung darin besteht, die in den Artikeln 2, 3, 38, 118 und 120 der Verfassung definierten Werte umzusetzen, wobei sie den Bereich der Verantwortung der sozialpolitischen Aufgabe und der Institutionen, die sie ausüben, quantitativ erweitert und qualitativ verbessert durch die demokratische und freiwillige Beteiligung der sozialen Gruppierungen an dieser Verantwortung, d.h. durch die Prägung des Prinzips der horizontalen Subsidiarität in einem solidarischen Sinn.

¹ Zweite Regionale Konferenz zur Sozialen Kooperation 28.1.2004

http://www.emiliaromagnasociale.it/wcm/emiliaromagnasociale/home/cooperazione_sociale/atti_seconda_Conf/Gruppo_AffAppalti.pdf

Eine Subsidiarität, also, die nicht in einem Rückzug der öffentlichen Hand aus der sozialen Aufgabe besteht (somit der sozialen Verantwortung der Institutionen), sondern in einer Erweiterung dieser Aufgabe dank der freiwilligen Teilung dieser Verantwortung mit den sozialen Gruppierungen, wobei der Primat der öffentlichen Hand unter besonderer Bezugnahme auf die Rolle der Planung, Garantie und Kontrolle unangetastet bleibt.

Daraus folgt, dass sich die Beteiligung der gemeinnützigen Körperschaften an den sozialen Aufgaben auf den vier Ebenen der Planung, der Konzipierung, der Realisierung und der Bewertung der sozialen Dienstleistungen und Maßnahmen entwickeln muss, selbstverständlich unter Respektierung des Pluralismus innerhalb des Marktes, in dem diese Leistungen angeboten werden;

- sowohl im Sinn eines Angebots von privaten Sozialdienstleistungen direkt für die Nutzer (unter Einhaltung der Qualitätsstandards und der zum Schutz der Nutzer vorgeschriebenen Normen)
- als auch beim Erwerb (in vielfältigen Formen und unter Einhaltung der öffentlichen Evidenz) sozialer Dienstleistungen durch die Institutionen mit dem Ziel, sie den Nutzern zur Verfügung zu stellen (Vergabe von Dienstleistungen).

Die Vergabe sozialer Dienstleistungen

Diese Art der Erzeugung und Bereitstellung von Dienstleistungen wurde in den letzten Jahren zum Gegenstand wachsender Aufmerksamkeit, und führte zur Verabschiedung des Regionalgesetzes vom 4. Februar 1994 Nr. 7 (und nachfolgende Änderungen) sowie der „Richtlinie über die Vereinbarungen“ DGR Nr. 1851/1997.

Die Umsetzung der regionalen Normen hat nicht immer – obgleich reich an Anregungen – zu den erwarteten Ergebnissen geführt.

Die Arbeitsgruppe kam daher zu dem Resultat sowie der Empfehlung, dass das System unter mindestens drei Aspekten zu verbessern sei:

- Unter dem ersten, dem pragmatischen Aspekt, äußert sie den Wunsch, die Region möge eine intensive Unterstützungsaktion und sachlich-juristische Beratung auf den Weg bringen, die sich im Ausgang von der Analyse einer guten Praxis die Förderung einer Verbreitung und Verwurzelung in der lokalen Verwaltungspraxis als Ziel setzt.
- Unter dem zweiten Aspekt, hofft sie, dass die Region die oben zitierten Normen aktualisieren und vor allem durch eine engmaschige Informations- und Bildungskampagne bezüglich der neuen Weisungen, die vorgeschlagen werden sollen, begleiten möge. Insbesondere in Übereinstimmung mit der Aufwertung des Projektcharakters und – soweit zulässig – der Gebietsverankerung, wäre eine Vertiefung (unter prozeduralen Gesichtspunkten) wünschenswert, die das Ziel verfolgt, Vergabemodalitäten mit einer starken Aufwertung des Projektcharakters (unter substantiellen

Gesichtspunkten) zu fördern, um neue Vertragsmuster zu gestalten, in denen eine Verschiebung der Aufmerksamkeit von der Ausführung auf das Ergebnis stattfindet, analog zu der Praxis in anderen Bereichen der Vertragsgestaltung der Kommunalbehörden.

- Unter dem dritten Gesichtspunkt müsste sich die zitierte Gesetzgebung mit verstärkter Effizienz vornehmen, die Situation der Ungleichheit zu überwinden, der die in den Sozialkooperativen arbeitenden Mitglieder zum Teil unterliegen, und die auch das Resultat der Auftragsvergabeverfahren ist, welche faktisch die Qualität der Arbeitsituation und folglich auch der Dienstleistungen beeinträchtigen.

Das "traditionelle" Thema der Ausschreibungen ist also mitnichten als überholt anzusehen, sondern verdient im Gegenteil erneute Aufmerksamkeit, sowohl unter dem öffentlich-rechtlichen Aspekt der Verfahrensformen als auch unter dem privatrechtlichen der Vertragsinhalte.

Die Subsidiarität im lokalen System der sozialen Dienstleistungen und Maßnahmen

Es war jedoch das neue Thema der Subsidiarität, verstanden als Teilhabe der sozialen Gruppierungen an der Ausübung der gesellschaftlichen Aufgaben (in den verschiedenen Etappen der Planung, der Verwaltung und der Auswertung), das die Sachverständigengruppe besonders vertiefen wollte, und wo sie die Auffassung vertritt, dass in dieser Richtung die Entwicklung und das Experiment ein bevorzugtes Anwendungsgebiet finden sollen und müssen.

Die "Schlüsselbegriffe", über welche die Expertengruppe im Laufe der Diskussion eine wesentliche Übereinkunft erzielte, beziehen sich auf die Tatsache, dass:

- die Teilhabe der sozialen Gruppierungen an der Ausübung *sozialer Aufgaben* nicht bedeutet, dass die Trägerschaft noch „vor“ der Aufgabe von den Institutionen auf Private übertragen werden müsse oder könne;
- ebenso wie die Beteiligung der sozialen Gruppierungen an der *Erzeugung von Dienstleistungen* nicht bedeutet, dass in jedem Fall eine direkte Verwaltung der sozialen Dienstleistungen und Maßnahmen durch die öffentliche Hand ausgeschlossen werden müsse;
- unbeschadet der öffentlichen Trägerschaft der sozialen *Aufgabe* (in den verschiedenen Etappen der Planung, Ausarbeitung, Verwaltung und Auswertung), sollte sich die Beteiligung von Seiten der privaten Träger mit steigender Intensität beim Übergang von der Planungsphase zu den nachfolgenden der Ausarbeitung und Verwaltung zeigen;
- was die bloße Verwaltung angeht, kann es die Tatsache der direkten Kenntnis der Verwaltungsmechanismen (know how) seitens der Institutionen für angeraten erscheinen lassen, einige Dienstleistungen/ Maßnahmen direkt zu verwalten, um die erforderlichen Fähigkeiten der Evaluie-

rung und Kontrolle der Institutionen zu verbessern und diesen auch eine bedeutende Rolle beim Experimentieren zu bewahren.

Natürlich müssen, insbesondere in Bezug auf die Phasen der Konzipierung und Verwaltung, die tiefen Unterschiede, die zwischen den diversen privatrechtlichen Trägern bestehen, die im vierten und fünften Absatz von Artikel 1 des Gesetzes Nr. 328/2000 sowie im zweiten Absatz von Artikel 2 der Richtlinie L.R.E.R. Nr. 2/2003 genannt werden, aufmerksam beachtet werden, um sowohl eine Instrumentalisierung als auch eine Entwertung der Rollen zu vermeiden.

In der Tat darf sich eine angemessene Beteiligung an der Ausübung öffentlicher Aufgaben nicht in einen Ersatz verwandeln, oder als solcher missverstanden werden, ebenso wie die Ausübung von Tätigkeiten zur Herstellung sozialer Dienstleistungen nicht zu einer unrechtmäßigen Ausübung unternehmerischer Aktivitäten seitens der Organisationen führen darf (z.B. ehrenamtliche Organisationen), die keine unternehmerische Natur besitzen (weder *for profit* noch gemeinnützig sind).

Die Subsidiarität, ihre Instrumente und ihr Verhältnis zur Planung

In dieser Hinsicht empfiehlt die Arbeitsgruppe, ausgehend davon, dass sie den vom nationalen und regionalen Gesetzgeber gewollten solidarischen Charakter der Subsidiarität entsprechend interpretiert, die Arbeit der Konzipierung und der Umsetzung in Richtung auf Instrumente privatrechtlicher Natur zu lenken.

- sowohl (was offensichtlich ist) unter verfahrensrechtlichen Aspekten,
- als auch und vor allem unter inhaltlichen Gesichtspunkten, und zwar durch die Ausarbeitung von öffentlich/ privaten Modellabkommen, die Formen der Unterstützung des Projektcharakters und autonomer Initiativen der gemeinnützigen Körperschaften sowie der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und diesen zu privilegieren (Artikel 3 Gesetzesverordnung Nr. 267/2000, Artikel 1 Gesetz Nr. 328/2000, Artikel 3 Regionalgesetz Nr. 2/2003 und Artikel 118 der Verfassung).

Insbesondere wird empfohlen, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die Konzipierung und Umsetzung von modellhaften Beziehungen zu fördern, die auf den verfahrensrechtlichen Vereinbarungen des Art. 11, Gesetze Nr. 241/1990, basieren. In diesen Vereinbarungen können sich die wechselseitigen Verpflichtungen der Institutionen und der sozialen Gruppierungen, ausgehend von den "amtlichen Weisungen für die gemeinsame Planung" gemäß Art. 43 des Regionalgesetzes Nr. 2/2003, durch Verfahren entwickeln, welche die öffentliche Evidenz respektieren und – soweit möglich konkurrenzfrei – in Ausführungsprojekten, die von den Institutionen im programmatischen Rahmen des Gebietsplans unterstützt oder mitgetragen werden.

Es wurde bewertet, dass die Träger, die freiwillig akzeptieren, sich am System der sozialen Dienste zu beteiligen, entsprechend dem, was durch die Kombination der Regeln der Subsidiarität und der Verantwortung vorgesehen ist, e-

benso akzeptieren – wenngleich sie ihre volle unternehmerische und verwaltungsmäßige Autonomie bewahren – sich an den Phasen zu beteiligen, in denen sich die soziale Aufgabe in entsprechenden Instanzen der Planung und Abstimmung entwickelt, um ihre gesellschaftliche und unternehmerische Autonomie innerhalb des Systems der territorialen Sozialdienstleistungen auszuarbeiten.

Die Verflechtung der neuen Beziehungs- und Verfahrensmodelle "der Subsidiarität" mit den Modellen sozialer Planung auf regionaler und kommunaler Ebene sowie mit den interinstitutionellen Verbandsmodellen (Regionalgesetz Nr. 11/2001) erscheint vollkommen klar und es bleibt zu hoffen, dass sie angemessene Beachtung und Entwicklung im Regionalplan für die sozialen Interventionen und Dienstleistungen sowie im Gebietsplan finden wird, und darüber hinaus in den regionalen Aktivitäten zur Förderung und Unterstützung sowie der zukünftigen Ausarbeitung regionaler, provinzieller und kommunaler Bestimmungen.

Die technischen Überlegungen, die in der Arbeitsgruppe angestellt wurden, stimmten in der Auffassung überein, dass die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips somit Gegenstand sorgfältiger Normierung durch die lokalen Reglements sein müsse. Auf regionaler Ebene sollte die erforderliche Einheitlichkeit auf der Grundlage der Prinzipien definiert werden. Die Voraussetzungen für die korrekte Anwendung der Subsidiarität wurden stets geprüft, so zum Beispiel

- durch Bevorzugung von – in der genannten Reihenfolge – Formen der Auftragsvergabe durch Hilfestellung, öffentlich/gemeinnützige private Partnerschaft, Akkreditierung und Konzessionen vor dem Rückgriff auf Formen des Erwerbs
- durch Förderung der Übereinkunft von Trägern, durch Vorschlag analoger Lösungen zu integrierten und konzertierten Vorschlägen, um Synergieeffekte zu erzielen sowie Vernetzungen, natürlich immer nach den Kriterien einer guten Verwaltungspraxis, der Transparenz, Gleichheit der Bedingungen und Legalität.

Anvertraung, Erwerb, Akkreditierung

Die im Regionalgesetz Nr. 2/2003, Artikel 41, getroffene Unterscheidung zwischen "Anvertraung" und "Kauf" von Dienstleistungen, muss sorgfältig beachtet werden wegen der Auswirkungen, die sie auf die Problematik des lokalen Dienstleistungssystems haben kann.

Gesamtwirtschaftlich muss unter "Erwerb" nach dem Regionalgesetz Nr. 2/2003 im wesentlichen der Erwerb durch Werkverträge verstanden werden (unabhängig davon, mit welchem formellen Begriff sie bezeichnet werden: Vereinbarung oder ähnliches) von Dienstleistungen oder Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand, die durch Dritte erzeugt wurden, Dienstleistungen oder Maßnahmen, die für die Nutzer bestimmt sind, oder jedenfalls für die Gemeinde *im*

Namen und Auftrag der Verwaltung produziert und zur Verfügung gestellt werden.

Unter "Anvertraung" sind alle anderen Formen der Beteiligung privater Träger am öffentlichen System des Angebots von Dienstleistungen und Maßnahmen zu verstehen; durch diese vom Werkvertrag unterschiedenen Formen, produzieren und erbringen die privaten Träger Dienstleistungen auf Rechnung der Verwaltungsbehörde jedoch in eigenem Namen (administrative Konzession, institutionelle Akkreditierung) und haben auf diese Weise an der Erfüllung der sozialen Aufgabe teil.

Nach der Logik des "Förderns" (Artikel 1 L. 328/2000), Synonym für "begünstigen" (Artikel 118 der Verfassung und Artikel 2 LRER Nr. 2/2003), können die öffentlichen Institutionen zugunsten von gemeinnützigen Organisationen durch Formen einer öffentlichen Unterstützung der privaten Projekte, d.h. durch strukturiertere Formen der Partnerschaft intervenieren.

Im Geiste des Regionalgesetzes Nr. 2/2003, ausgehend von der Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe, scheinen sich die öffentlich-rechtlichen Beziehungen vom Typ Konzessionen eher mit dem Wunsch zu decken, die Leistungserbringer an der Verantwortung gegenüber den Verbrauchern zu beteiligen, und damit gleichzeitig die Möglichkeit einer dynamischen Entwicklung der Leistungen zu garantieren, die im Laufe der Zeit die Qualität, verstanden auch als ständige Anpassung der Eigenschaften der Leistungen an die sich ändernden Ansprüche der Bevölkerung, zu gewährleisten haben.

Die Akkreditierung (zumindest in den Fällen, in denen sie keine öffentlichen Selektionsverfahren unter den akkreditierungswilligen Trägern erfordert), als besondere Art der Konzession, fügt den ihr inhärenten Vorrechten die Besonderheit hinzu, keine Einschränkungen zeitlicher Art festzulegen (mit der nachfolgenden Notwendigkeit einer erneuten Vergabe der Leistung durch öffentliche Ausschreibung), und somit, keine negativen Folgen für die Kontinuität der Arbeit (und der Beschäftigung) zu erzeugen, die in gewissem Maße unvermeidbar sind im Falle „intermittierender“, befristeter Auftragsvergabe, wie im Falle der Werkverträge oder (wenngleich in geringerem Maß) der "selektiven" Konzessionen.

Im Falle des "Erwerbs" von Dienstleistungen durch die öffentliche Hand, müssen Werkverträge für Arbeitskräfte (auch in den Fällen, in denen diese durch die geltende Arbeitsgesetzgebung gestattet sind) an Kooperativen ausgeschlossen bleiben, um die Einschränkungen bezüglich der Einstellungen im öffentlichen Dienst oder verfahrensmäßiger Schwierigkeiten wettzumachen. Stattdessen wird in der Regel dafür gesorgt, die Dienstleistungen und Maßnahmen insgesamt und vollständig zu vergeben.

Kurzfristige Verträge sollen ausgeschlossen sein, auch im Falle der Auftragsvergabe sollen Verträge mit einer mindestens dreijährigen Laufzeit privilegiert werden und die Einhaltung der Tarifverträge, der Bestimmungen über die Sozialabgaben und über die Arbeitssicherheit soll garantiert werden.

Soweit es schließlich die Kooperativen vom Typ "B"² betrifft, ist es wünschenswert, dass bei der Definition der Gebietspläne die öffentliche Hand festlegt, diesen Kooperativen einen vorgegebenen Prozentsatz des Erwerbs von Gütern oder Dienstleistungen zu Einheitsbeträgen „unterhalb der Schwelle“ vorzubehalten, während ein weiterer Prozentanteil (oberhalb der Schwelle) Vergabeverfahren vorbehalten bleiben soll, in denen in erheblichem Umfang der Einsatz von benachteiligtem Personal vorgegeben ist (Art. 5 Gesetz 381/1991), wobei auch die Aussicht auf Eingliederung ins Arbeitsleben für die Vergabe berücksichtigt werden soll.

Sowohl im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Subsidiarität, als auch in den privatrechtlichen des Erwerbs von Gütern und Dienstleistungen seitens der öffentlichen Hand, müssen die Normen und Prinzipien der lokalen, regionalen, nationalen und EU-Gesetzgebungen im Rahmen der jeweiligen Anwendungsbereiche respektiert werden. Unbeschadet dieser Notwendigkeit muss die Verankerung in einem sinnvollen Referenzterritorium ausreichend Beachtung finden, sowohl als wesentliche Voraussetzung der Planung und Projektierung als auch als Mehrwert und zwar in dem Maße, in dem es zum Zeitpunkt der Verwaltung objektiv relevant ist.

Regionale Richtlinienkompetenz

Die Region muss, nicht nur durch Ausübung der normativen Befugnisse, sondern auch und vor allem durch administrative Vorgabe der Richtung, Weiterbildung, technische Hilfestellung sowie Unterstützung bei der Verbreitung guter Praxis, die Ausarbeitung von Verfahrensmodellen (Ausschreibung und Vergabe) fördern, in denen die Qualität der Beziehung Wertschätzung erfährt, sowie die Einhaltung der vom Nutzer erwarteten Qualität, die Ausrichtung an den Ergebnissen, die Anwendung effizienter Kontroll- und Evaluierungsmodalitäten während der gesamten Laufzeit des Vertrags.

All dies auch in Durchführung der Regionalgesetze Nr. 7/94, soweit es die Sozialkooperativen vom Typ "B" betrifft, und Nr. 37/96 soweit es die ehrenamtlichen Tätigkeiten angeht, sowie Regionalgesetz Nr. 34/2002 zum Vereinswesen für die soziale Förderung und unter Berücksichtigung des Bestimmungsspielraums, der den Lokalbehörden vorbehalten ist, und innerhalb dessen sie diese autonom auslegen können und dem lokalen Umfeld der einzelnen Träger und Vereine anpassen können, gemäß der allgemeinen von der Region ausgearbeiteten Bezugsrichtlinien.

Besonderes Augenmerk muss von Seiten der Region darauf gelegt werden, die eigenen Richtungsvorgaben zu formulieren, und seitens der Kommunen – bei der Konzeption der lokalen Systeme – auf das Verhältnis zwischen den Akkreditierungssystemen im sozialgesundheitlichen Bereich, auch unter Bezug-

² Eingliederung sozial schwacher Personen in den Arbeitsmarkt

nahme auf die Unterschiede zwischen den LEA und den LIVEAS³, die demnächst verabschiedet werden.

Aus dem Italienischen von Gertraude Grassi

³ LEA und LIVEAS sind in Italien die Wesentlichen Standards für die sozialen Dienstleistungen (LEA-livelli essenziali di assistenza – wesentlicher Standard in der Sozialhilfe) und in dem öffentlichen Gesundheitswesen (LIVEAS-livelli essenziali nella assistenza sanitaria). Vgl. ein Überblick über das Thema unter [http://db.formez.it/FontiNor.nsf/b966f27599017389c1256c5200300e09/1E6D3D2A6DAB05\\$file/LIVEAS.pdf](http://db.formez.it/FontiNor.nsf/b966f27599017389c1256c5200300e09/1E6D3D2A6DAB05$file/LIVEAS.pdf)

Ausbildung

Universität und Solidarische Ökonomie: Die brasilianische Erfahrung im Aufbau einer Methodologie

Rosângela Alves de Oliveira¹

Einführung

Der Beginn des 21. Jahrhunderts bringt in vielen Ländern ein Wiederentstehen der Organisation der Arbeiterklasse mit sich. Es gibt eine Reihe von Zeichen des Protests gegen den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung: punktuelle Aufstände wie vor kurzem die der Jugendlichen in Frankreich (2006); internationale soziale Bewegungen wie Weltsozialforum, Via Campesina, ATTAC u. a.; oder systematischeres Handeln von Menschen in ihrem Arbeitsalltag. Dazu gehört ohne Zweifel auch die Solidarische Ökonomie.

Wir verstehen die Solidarische Ökonomie als Ausdruck der Arbeiterinnen und Arbeiter auf der Suche nach Alternativen, die ein Überleben garantieren und die gleichzeitig ein Instrument für soziale Veränderung sind in der Perspektive des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft.

Unsere historische Situation nach zwei Jahrhunderten kapitalistischer Vorherrschaft erlaubt uns zu erfahren, dass dieses Entwicklungsmodell die große Mehrheit der Weltbevölkerung ausschließt und die Natur zerstört. Dies zu begreifen ist für uns heute möglicherweise leichter als zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als der Kapitalismus begann und mit ihm (gegen ihn) die Reaktion der Arbeiterklasse durch den Kampf der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung. Ein Arbeiter eines Gemeinschaftsbetriebs in Brasilien formulierte es so: „Wir haben nur außerhalb dieses Systems eine Chance.“² Dies zeigt, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Solidarischen Ökonomie nicht an den Kapitalismus glauben. Sie lernen in ihrem Alltag, im Überlebenskampf, dass es notwendig ist, andere soziale, politische und wirtschaftliche Organisationsformen aufzubauen, ansonsten haben sie keine Chancen.

Die Geschichte zeigt auch, dass es nicht ausreicht, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergreift und den Sozialismus per Dekret einführt. Dieser ist vor allem

¹ Rosângela Alves de Oliveira ist Doktorandin im Fach Soziologie an der Universität Kassel, aktives Mitglied der brasilianischen Bewegung der Solidarischen Ökonomie und Stipendiatin der Ford Foundation.

² Luis Damaceno ist Landwirt und Koordinator des Agroökologischen Marktes von Paraíba - Brasilien.

eine Art zu leben, eine Vision von Welt, die aufgebaut werden muss und daher einen kulturellen Wandel verlangt. Rosa Luxemburg sagte schon, dass die Arbeiterklasse das Recht habe auf soziale Experimente. Es ist notwendig, Geschichte lebendig zu halten und nicht dieselben Fehler zu wiederholen. Das Volk, das im eigenen Tun lernt, sich selbst zu leiten und sein eigener Protagonist zu sein, wird es ermöglichen, eine andere Gesellschaft zu implementieren. In diesem Sinne wird die Solidarische Ökonomie zu einem wichtigen Instrument des Veränderungsprozesses. Für die Menschen bedeutet dies, dass sie durch ihre Arbeit die Möglichkeit haben, andere Formen sozialer und wirtschaftlicher Organisation zu erproben. Auf der Basis von Gemeinbesitz, Selbstverwaltung, Solidarität, Demokratie, Sozialisierung von Wissen, Respekt in der Beziehung der Geschlechter, Sorge um die zukünftigen Generationen wird die Arbeiterklasse andere Beziehungen erproben, lernen, aufbauen – Beziehungen, die auf tatsächlich sozialistischen Werten beruhen.

Sehr vielfältig sind die Organisationsformen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Gemeinschaftsbetrieben, ausgehend von ihrer Kultur und der jeweils spezifischen Realität. Nach TIRIBA (2001) fordert die Solidarische Ökonomie als Reaktion der verarmten Sektoren des heutigen Wirtschaftssystems die Sozialwissenschaftler heraus, nach den Strategien und Paradigmen der Gemeinschaftsbetriebe zu fragen. Vielfältigkeit und Komplexität der verschiedenen Aktionen führen dazu, genauere Studien über Solidarische Ökonomie zu erschweren. Dennoch muss die Solidarische Ökonomie Pluralität als einen bereichernden Faktor ansehen und nicht als Einschränkung.

Die Universität, deren sozialer Auftrag die Erkenntniserzeugung ist, befindet sich in einem Dilemma. Sie ist Ausdruck der Realität, an der sie Teil hat. Für die Universitäten in Brasilien gilt nach CHAÚÍ:

„So sehr die Universität auch selektiert und ausschließend ist, kommen dennoch in ihrem Innern soziale Teilungen wieder zum Vorschein; die Universität ist eine soziale Institution und in dieser Eigenschaft bringt sie in ihrem Innern die soziale Wirklichkeit der Teilungen, der Differenzen und der Konflikte zum Ausdruck.“ (CHAÚÍ. 2001, S. 120)

Für diejenigen, die Erkenntnis als Ergebnis eines kollektiven Aufbaus verstehen, die folglich sozialisiert werden sollte, stellt die Solidarische Ökonomie ein soziales Phänomen dar, das untersucht werden muss. Es ist wichtig, ihre Aktionen kennen zu lernen, zu verstehen, wie sie mit den verschiedenen Kulturen dialogisiert. Notwendig ist offen zu legen, welche Wirkung die Solidarische Ökonomie auf die Realität hat, welches ihre tatsächlichen Verwirklichungsmöglichkeiten sind in den verschiedenen historischen und regionalen Kontexten. Die Hochschule kann und soll beitragen zu dieser Erkenntniserzeugung, indem sie im Dialog mit anderen Partnern Alternativen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entwickelt.

In diesem Sinne haben sich die Innovationswerkstätten der Universitäten für Gemeinschaftsbetriebe³ in Brasilien darum bemüht, eine Methodologie der Inkubation hervorzubringen, die den Forderungen entspricht, welche die Wirklichkeit vorgibt. Der Inkubationsprozess in einem Gemeinschaftsbetrieb ist mehr als eine Methodologie. Er stellt pädagogisches Handeln dar in der Weise, dass die Erkenntniserzeugung gleichzeitig Prozess und Ergebnis ist. Das bedeutet, dass es eine Erkenntnistheorie ist, deren Referenz die Wirklichkeit ist, deren Inhalte und spezifischen Vorgehensweisen ein Empowerment der involvierten Personen in der Perspektive von sozialen Veränderungen fördert.

Die Inkubation in der Solidarischen Ökonomie kann auch als eine Philosophie verstanden werden, denn sie ist durchdrungen von einer Weltsicht, die nach MELO NETO. (2005) „spezifische ethische und moralische Werte beinhaltet mit dem Ziel, eine zivilisatorische Lebensform zu sein, in der die Gesellschaft mehrheitlich auf ein sozialistisches Gesellschaftsprojekt ausgerichtet ist“.

In Brasilien hat sich die Universität als erste staatliche Institution der Solidarischen Ökonomie angeschlossen, zuerst in Form des Netzwerks Rede UNITRABALHO⁴ und später in dem Netzwerk Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares-ITCPs. Im Jahr 1995 begann die Bundesuniversität von Rio de Janeiro/RJ im Postgraduiertenzentrum für Ingenieurwissenschaften eine Beratungsarbeit mit einer Kooperative im Stadtteil Manguinhos/RJ und initiierte damit den einzigartigen Beitrag der brasilianischen Universitäten für die Solidarische Ökonomie.

Diese Initiative wurde zur Referenz und breitete sich auf andere Universitäten aus, die Zentren für Forschung und Kooperation zum Thema Arbeit auf der Grundlage von Selbstverwaltung schufen.

Die Innovationswerkstätten an Universitäten haben sich als ein wichtiges Instrument in der Beziehung zwischen Universität und Gesellschaft erwiesen. Sie ermöglichen den Professoren, Studenten, Arbeitern und Angestellten der Universität, durch die Begleitung von Gemeinschaftsbetrieben mit den gegenwärtigen Forderungen der Arbeitswelt zu dialogisieren. Auf diese Weise bricht die Universität mit dem historischen Vorurteil, elitär zu sein, und beginnt ein neues Konzept von universitärer Kooperation. Der „1. Brasilianische Kongress Universitäre Kooperation“ bestätigt diese Haltung in der Charta von João Pessoa (2002).

„Die Kooperation als ein erzieherischer, kultureller und wissenschaftlicher Prozess, der Lehre und Forschung untrennbar zusammenfügt, ermöglicht eine transformierende Beziehung zwischen der Universität und den übrigen Teilen der Gesellschaft; dadurch trägt sie die Frage nach der Relevanz der

³ Technologische Inkubatoren für Volkskooperativen (ITCP)

⁴ Rede Universitária de Pesquisa e Estudos sobre o Trabalho

Erkenntniserzeugung und der Sozialisierung von Wissen an die Universität heran.“

Durch das Netzwerk Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares-ITCPs begibt sich die Universität auf eine gewagte Mission – die Errichtung einer Brücke zwischen Hochschule und verarmter Bevölkerung. Dazu muss sie offen sein für andere Erkenntnisse, Volkswissen, für Schaffung einer neuen Bildungsmentalität innerhalb und außerhalb der Hochschule.

Was wir hier vorstellen möchten, ist der Versuch einer Systematisierung einiger Prinzipien, die die Inkubationsmethodologie in Brasilien leiten, einiger theoretischer Voraussetzungen und einiger methodologischer Empfehlungen, Etappen genannt, die didaktisch und nicht als verbindliche Regeln verstanden werden sollen.

Prinzipien der Inkubationsmethodologie in der Solidarischen Ökonomie

Jede soziale Intervention ist eine politische Handlung, die die historischen und kulturellen Bedingungen der jeweiligen Realität berücksichtigen muss, in die sie eingebunden ist. Deshalb ist es nicht möglich, Erfahrungen von Solidarischer Ökonomie zu kopieren oder zu transplantieren. Sie müssen im Dialog mit ihren jeweiligen verschiedenartigen Kontexten neu erfunden werden. Jedoch ist die Solidarische Ökonomie keine „neutrale“ Aktion. Sie besitzt ein Gesellschaftsprojekt, das – auch wenn es sich im Aufbau befindet – von einigen Prinzipien gesteuert wird. Die Aktionen des Inkubationsprozesses müssen diesen strategischen Horizont verstärken. Die Inkubation von Gemeinschaftsbetrieben in Brasilien⁵ orientieren sich an einigen Prinzipien.

Demokratie

Wir möchten hier die Demokratie auf zwei verschiedenen Feldern betrachten, die zugleich miteinander verbunden sind und sich ergänzen – Demokratie als *Methode* und als *politisches Gesellschaftsprojekt*. Wenn wir an die Komplexität der Politik der gegenwärtigen Gesellschaften denken, müssen notwendigerweise Demokratie und demokratischer Staat betrachtet werden. Niemand kann sich vorstellen, in einer Gesellschaft zu leben, in der alle das Gleiche denken, reden etc. Das beste Umfeld für die Bildung des Kollektivsubjekts ist dort, wo am wenigsten Autoritarismus herrscht. Je größer der Freiheitsraum ist, desto besser sind die Bedingungen für den einzelnen Menschen, autonom zu werden, als politisches Subjekt zu sprechen und zu agieren. Das Problem besteht darin, dass in der modernen Demokratie die Sphären von Politik und Wirtschaft sich voneinander getrennt haben (Schütz 2005).

⁵ Das Sistema Nacional das Informações na Economia Solidária zählt 832 Innovationswerkstätten in Brasilien. <http://www.mte.gov.br>, Daten vom 04.02.2006. Diese Datenbank wird ständig aktualisiert, daher kann die Zahl variieren.

"Die Sorge um die Existenz ihrer Mitglieder spielte innerhalb des politischen Raums aller vormodernen Gesellschaften eine zentrale Rolle. D.h. das Politische war, über die Gestaltung der Beziehungsformen der Menschen untereinander hinausgehend, auch der Entscheidungsraum über die beste Form der materiellen Reproduktion. Ökonomische Fragen wurden als konstitutiver Bestandteil der sozialen Beziehungen betrachtet. In der Modernität gab es eine scheinbare Scheidung dieser zwei Sphären. Die Ökonomie wurde jetzt durch vermeintliche Naturgesetze regiert, d.h., die Gesetze des Marktes. Die Politik wurde auf die bloße Gestalterin von Bedingungen zur Durchführung der individuellen Freiheit reduziert."

Das bedeutet, dass die Demokratie tödlich verletzt ist, denn indem die materielle Reproduktion dem politischen Raum entzogen wird, wird das Untrennbare getrennt. Das politische Handeln reduziert sich auf den formalen Rechtsstaat. Die Demokratie wird Gefangene der Regeln und juristischen Instrumente, die gebunden durch die Aufrechterhaltung des vorherrschenden Wirtschaftssystems sind. Fragen wie die der sozialen Ausgrenzung, der Zerstörung der Umwelt werden innerhalb des legalen Rahmens des liberalen Rezeptbuchs nicht gelöst. Notwendig ist es, diese Begrenzung zu überwinden. In dem Maße, wie die Solidarische Ökonomie wirtschaftliche Fragen auf die Ebene der politischen Entscheidungen bringt, trägt sie bei zur Überwindung dieser Einschränkung, zur Erweiterung und Vertiefung von Demokratie.

Demokratie ist auch eine Methode, eine Form des Zusammenlebens, des Sicht-Positionierens angesichts des Lebens und aller Lebewesen. Voraussetzung für die Demokratie ist die Überprüfung vieler Werte, die im Autoritarismus verwurzelt sind. Sie erfordert einen fortlaufenden Ausgestaltungsprozess. Nach Xangai (2003, S. 42) *„ist die Demokratie die Politik des Subjekts als Individuum, das sich bildet, das sich vermenschlicht, das seine Autonomie sucht“*. Die Orte der Bildung sind sehr unterschiedlich und eingebunden in das tägliche Leben der Menschen. Das Zusammenleben im Bildungsprozess kann für die politische Ebene ein neues Verständnis von Demokratie hervorbringen.

Der Inkubationsprozess in der Solidarischen Ökonomie geht von dem Prinzip aus, dass die Demokratie als politisches Projekt einer Gesellschaft in ihren eigenen konstitutiven Prozess implementiert werden muss. Daher muss diese Prämisse bei der Gründung eines Gemeinschaftsbetriebs von Anbeginn an im Gesamtzusammenhang ihrer Beziehungen ständig beobachtet werden. Das heißt in den internen Beziehungen der Innovationswerkstatt, in der Beziehung zwischen Innovationswerkstatt und Gemeinschaftsbetrieb, zwischen den Kooperationspartnern und zu allen anderen Akteuren.

Arbeit im Mittelpunkt

Es ist nicht möglich von Solidarische Ökonomie zu sprechen ohne auf Arbeit als grundlegendes Element dieser „anderen Ökonomie“ einzugehen. Erstens weil

sich die Solidarische Ökonomie historisch betrachtet in den Gesellschaftsschichten gegründet und entwickelt hat, die von unselbständiger Arbeit leben. Diese Sektoren sind zugleich Protagonisten und Zielgruppe dieser Art zu leben, zu denken im Sinne eines neuen Entwicklungsmodells und einer Neuorganisation des Produktionsprozesses mit Parametern, die sich von denen des Kapitalismus unterscheiden. Zweitens weil sich der Mensch durch Arbeit als freies und bewusstes Tun von anderen Wesen in dem Maße unterscheidet, in dem er auf der Basis seiner Beziehung zur Natur einen Humanisierungsprozess in Gang setzt, gegenteilig zur kapitalistischen Produktionsweise, die den Menschen entmenschlicht, indem er ihn zur Ware reduziert.

Der deutsche Philosoph Karl Marx leitet im 19. Jahrhundert das Denken über die menschliche Dimension in der Arbeit ein. In den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten beginnt er den Aufbau einer Theorie der entfremdeten Arbeit. Er warnt davor, dass der Kapitalismus den Arbeiter in dem Maße zu einer bloßen Ware macht, in dem er den Menschen nicht als Wesen anerkennt. Dies geschieht, wenn das Produkt der Arbeit nicht dem Arbeiter gehört, ihm entfremdet und von anderen in Besitz genommen wird. Nach Marx geschieht die Entfremdung nicht nur in physischer Hinsicht, in der produzierten Ware, sondern vollzieht sich im kapitalistischen Produktionsprozess selbst, im Akt der Produktion, denn die Arbeit wird zu einem Akt des Leidens und nicht der Freiheit, des kreativen Tuns als Ergebnis der Beziehung zwischen Mensch und Natur.

Im Falle der Universitäten ist die Frage der Arbeit, die als Zentrum die Erkenntniserzeugung hat, intrinsisch mit universitärer Kooperation verbunden. Die Arbeit zeigt sich im Prozess sozialer Beziehungen durch eine *sozial nützliche Arbeit*. Sie erfordert eine dialogisierende Aktion mit den Gruppen in der Perspektive, ein Bildungsprozess für den bewussten und kritischen Bürger zu sein, der Subjekt seiner eigenen Geschichte ist. Nach Melo Neto (2003, S. 67)

„zeigt sich die universitäre Kooperation in dieser Intention als nützliche soziale Arbeit durch die objektive Realität und das Produkt kommt den Produzenten wieder zugute. Das zeigt, dass die universitäre Kooperation eine philosophische Dimension übernimmt, die grundlegend ist und versucht, die Zweiteilung zwischen Theorie und Praxis zu überwinden (...) eine Dimension zugunsten der Aktivitäten der universitären Kooperation, zugunsten der Kultur der untergeordneten Klassen. Dies ist eine weitere mögliche Aufgabe des Hegemonieapparats: die Universität kann durch Kooperation Forschung und Lehre auch auf ein soziales Projekt ausrichten“.

Die Arbeit kann in der Solidarische Ökonomie ihren Sinn in dem Maße erfüllen, wie der Arbeiter Eigentümer der Produktionsmittel ist - was die Freiheit zur Schaffung ermöglicht - und wie der Produktionsprozess trotz aller Schwierigkei-

ten keinen qualvollen Akt darstellt, sondern sich als ein Tun, das Freude macht, herausstellt.

Selbstverwaltung als kollektiver Aufbauprozess

Die Solidarische Ökonomie ist eine der Ausdruckformen der Arbeiterklasse hinsichtlich der Bildung einer sozialistischen Gesellschaft, die seit zwei Jahrhunderten im Gang ist. In diesem Sinne stellen die sozialen Bewegungen der selbstverwalteten Gruppen Inspirationsquelle und konkretes Experiment der menschlichen Kompetenz dar, die trotz aller Dilemmata und Widersprüche fähig sind, Dialoge zu führen und Einverständnis zu erreichen. Auf diese Weise ist die Selbstverwaltung zugleich Prinzip und grundlegender pädagogischer Prozess für eine sozialistische Kultur.

Zum besseren Verständnis der Selbstverwaltung greifen wir eine Definition auf, die während der Nationalen Konferenz für Selbstverwalteten Sozialismus 1978 in Lissabon gemeinsam erarbeitet wurde.

„Es ist der fort dauernde Aufbau eines Modells von Sozialismus, in dem die verschiedenen Hebel der Macht, die Zentren von Entscheidung, Verwaltung und Kontrolle sowie die produktiven, politischen und ideologischen Mechanismen sich in der Hand der werktätigen Bürger befinden, die frei und demokratisch organisiert sind in von ihnen selbst gemeinschaftlich geschaffenen Formen, basierend auf dem Prinzip, dass jedwede Organisation von der Basis aus zur Spitze, von der Peripherie zum Zentrum strukturiert werden sollte. Implantiert werden müssen direkte Demokratie, freie Wahlen und Annullierung von Ämtern und Abkommen, sobald entsprechende Beschlüsse gefasst werden.“ (zitiert nach Nascimento, 2003)

In diesem Sinne möchten wir einige für die gegenwärtige Solidarische Ökonomie grundlegenden Elemente hervorheben. Das erste ist der Bezug zum Sozialismusmodell als Prozess im „dauernden Aufbau“. Es hilft uns, strategisch an eine Möglichkeit der Entwicklung zu denken, die auf Prinzipien wie Solidarität basiert und die sich abhebt von der These, die von neoliberalen Denken propagiert wird, der zufolge das Konzept einer sozialistischen Gesellschaft sich auf Grund der begangenen Fehler in der historischen Erfahrungen von Sozialismus erschöpft hat. Der Charakter des dauernden Aufbaus erfordert eine Betrachtung aus der Perspektive einer historischen Dynamik, die es uns möglich macht, unsere Strategien zu vervollkommen. Was speziell die Solidarische Ökonomie betrifft, ist dies auch ein Schlüssel, der uns zwingt, andere organisatorische Formen aufzunehmen, die im Sinne von Kreativität nicht als Hindernisse gesehen, sondern als verschiedenartige kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten hinzugefügt werden.

Ein anderes Element, das in diesem Konzept betont werden soll, ist die Art und Weise, sich zu organisieren. Die Tatsache, dass die Organisationen von „unten nach oben“ zu strukturieren sind, führt dazu, dass der Basis in den Organisationen die notwendige Aufmerksamkeit gegeben werden muss. Dadurch werden die Entscheidungen zu einem demokratischen, dezentralisierten Akt und repräsentieren tatsächlich die Rechte aller involvierten Personen.

Die Inkubationsprozesse in der Solidarischen Ökonomie sehen die kollektive Erkenntniserzeugung als fundamentalen Bestandteil der Selbstverwaltung. In Bezug auf die Universitäten gilt, dass in der Gesellschaft das Bild von der Hochschule als Inhaberin des Wissens besteht, was sie in eine gefährliche Position bringt. In vielen Fällen gibt es seitens der Arbeiter die Erwartung, dass die Universität die Probleme der Gruppe löst. Dagegen sollte die Haltung der Hochschulen in den Inkubationsprozessen die der Fragenden sein; sie sollte keine fertigen Antworten liefern. Das verlangt einen kulturellen Wandel im pädagogischen Tun sowie methodologische Klarheit. Akademisches Wissen und Volkswissen ergänzen sich, und gemeinsam liefern sie Erkenntnis. Jedes hat seine eigene Aufgabe und seine eigene Wichtigkeit, die zusammen entdeckt und definiert werden müssen.

Dies stellt keine leichte Aufgabe dar, vielleicht ist es eine der größten Herausforderungen in der Solidarischen Ökonomie und folglich auch der Inkubation. In der Praxis, in der täglichen Aktion taucht die autoritäre Haltung in verschiedenartigen Nuancen auf. An der Universität als einer starken Institution gibt es eine Tradition hierarchischer Beziehungen. Dies verlangt ein aufmerksames Auge und eine rigorose Methodologie mit angemessenen Techniken, die einen Prozess kollektiven Aufbaus begünstigen und somit die Selbstverwaltung garantieren.

Solidarität

In der modernen Gesellschaft hat sich ein argumentativer Diskurs herausgebildet, der besagt, dass Wirtschaft und Soziales Bereiche sind, die nicht zueinander passen. Der Wirtschaft ist die Aufgabe zugeteilt, Wachstum zu implementieren, neue Technologien zu entwickeln, um Konkurrenzfähigkeit, Effizienz etc. zu erzeugen. Der Markt hat die Autorität, diese Funktion zu lenken. Dies hat systembedingt einen sozialen Preis, und hier tritt der „soziale“ Sektor in Szene, der den Auftrag hat, die Disharmonie zu „harmonisieren“. Hier ist der Ort für Solidarität, Wohlfahrt, der Bereich des Staats mit seiner Sozialpolitik, der Kirchen mit ihrer Sozialarbeit und anderer Institutionen.

Innerhalb dieses Denkens klingt der Begriff „Solidarische Ökonomie“ wie ein falscher Ton in der Musik. Es handelt sich um etwas völlig Fremdes, Utopisches, Unrealisierbares oder vorab bereits der Marginalisierung, dem Palliativen, den Nischen und Mildtätigkeiten Preisgegebenes. Da das kapitalistische System selbst mit seiner Vorherrschaft in der Gesellschaft nicht alle Menschen einschließt, was auch gar nicht sein Ziel ist, haben sich in ihm oder parallel zu ihm andere Systeme gebildet wie z.B. die Solidarische Ökonomie, die sich von ande-

ren Initiativen dadurch unterscheidet, dass sie in ihren Produktionsprozess andere Elemente einfügt, die über die Einkommensvergrößerung hinausgehen. Festzustellen ist in diesen Initiativen, dass Werte wie Selbstlosigkeit, Solidarität die Oberhand haben über die Logik des Individualismus.

Eine der Formen von Solidarität ist die *Demokratisierung des Wissens*. Dabei handelt es sich um ein theoretisches Konstrukt wie auch um eine praktische Notwendigkeit. In den Gemeinschaftsbetrieben kennen die Arbeiterinnen und Arbeiter das Risiko für das Überleben der Gruppe, wenn nur eine Person über ein bestimmtes Wissen verfügt, wodurch die Gruppe an der Grenze der Instabilität lebt. Notwendig ist, dass auch andere Personen Kenntnis haben von den in der Gruppe implementierten Prozessen. Natürlich ist es wichtig, die individuellen Fähigkeiten in Betracht zu ziehen und zu potenzialisieren. Dennoch muss das Wissen sozialisiert werden, nicht nur innerhalb der Gruppe, sondern auch zwischen den Gruppen der Solidarischen Ökonomie. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem Wissen und Technologie das Geheimnis des Unternehmens sind, teilen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Gemeinschaftsbetrieben mit Stolz ihr Wissen und neue Technologien, die anderen Gruppen helfen können. Die Sozialisierung geschieht häufig im Alltag auf spontane Weise, bisweilen auch in geplanter Form. In Brasilien sprechen wir in diesem Zusammenhang von *Austausch von Erfahrungen*.

Ein anderer großer Unterschied ist das solidarische Zusammenleben mit der Natur. Dies ist ein wichtiger Gegenpol der Gemeinschaftsbetriebe im Vergleich zu dem zerstörerischen Projekt des Kapitalismus gegenüber der Natur. Die Solidarische Ökonomie wird innerhalb eines lokalen nachhaltigen Entwicklungsplans verstanden, der auf der Basis der jeweiligen Bedürfnisse, der Potentiale und der örtlichen Kultur mit der Umwelt in der Weise in Beziehung steht, dass auch zukünftige Generationen begünstigt werden.

Bestimmte konventionelle Praktiken geschehen oftmals aus Mangel an Wissen über Alternativen. Es ist Aufgabe des Inkubationsprozesses, diese Möglichkeiten aufzuzeigen, bei denen es sich meist um alte Bräuche und Praktiken der Gruppe gegenüber der Natur handelt, die durch den „Fortschritt“ vorsätzlich lächerlich gemacht wurden.

Eine andere Form von Solidarität zeigt sich in der Solidarische Ökonomie in der Beziehung zum Markt. Hier ist ein wichtiges Element die Wertschätzung des Lebens des Konsumenten. Die Märkte der Solidarischen Ökonomie erfüllen dabei eine wichtige Aufgabe. Indem sie die Sorge um den Konsumenten in ihre Arbeit aufgenommen haben, zeigen sie, dass es möglich ist, kommerzielle Beziehungen auf ethische Grundsätze, Vertrauen und Zusammenarbeit zu gründen. Auf den Märkten der Solidarischen Ökonomie ist der Kunde mehr als ein bloßer Konsument. Er ist jemand, mit dem eine Partnerschaftsbeziehung geschaffen wird.

Die Genderfrage ist etwas, das die sozialen Beziehungen in vielen Gesellschaften durchzieht. Die sexuelle, wirtschaftliche und affektive Ausbeutung der

Frauen existieren in offener Form, gelegentlich verdeckt und häufig unter dem Deckmantel eines Diskurses von „kultureller Pluralität“. Hier ist es wichtig zu unterscheiden, was ist kulturelles Merkmal und was ist Menschenrechtsverletzung. Im Falle Brasiliens gibt es eine starke Präsenz der Frauen. Sie befinden sich hinsichtlich möglicher Ausbeutung stets im „Alarmzustand“.

Für die Mehrheit der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Bevölkerung ist Solidarität eine Möglichkeit, ihr eigenes Überleben zu garantieren. Dies ist jedoch nicht immer offensichtlich. Der Wettbewerbsdiskurs wurde derart internationalisiert, dass in vielen Fällen die Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrem eigenen Handeln die Solidarität nicht mehr wiedererkennen.

Nach Kruppa (2002) „ist eine unserer Herausforderungen zu bewirken, dass die Bevölkerung ihre eigene Praxis benennt, ausgehend von der Anerkennung des kollektiven Tuns, das extrem stark ist und eine neue Art zu sein vorschlägt“. Das ist zweifellos eine der Aufgaben der Inkubationsmethodologien in der Solidarischen Ökonomie: die Aufspaltung zwischen Denken und Sprache zu entlarven; das solidarische Tun, das in der kollektiven Vorstellung aufgelöst ist, auf kritische und bewusste Weise hervortreten zu lassen.

Theoretische Voraussetzungen

Die Inkubationsmethodologien in der Solidarischen Ökonomie bedienen sich einiger theoretischer Voraussetzungen, in denen die Innovationswerkstätten eine starke Inspiration suchen. Eine davon ist sicherlich die *Dialektik* als Methode der Erkenntniserzeugung. Eine bestimmte soziale Realität zu analysieren, die in sich schon widersprüchlich, komplex, dynamisch und ständig im Umbruch ist, verlangt eine Methodologie, die dieser Mannigfaltigkeit entspricht. Die marxistische Dialektik, die im Realen den Ausgangspunkt für die Analyse der Wirklichkeit sieht, ist eine fundamentale Referenz für die Enthüllung dieser Realität.

Im Inkubationsprozess der Gemeinschaftsbetriebe geht es nicht nur darum, Überlebensalternativen für die „Übriggebliebenen“ des Systems zu errichten. Es ist notwendig, dass alle Beteiligten begreifen, *wie* und *warum* sich dieser Prozess gestaltet. Nach Freire (1987) kann eine Realität nicht verändert werden, die ich nicht kenne, deren Konturen ich nicht erkenne. Daher ist eine Methodologie, die die konkrete Realität ihrer Mitwirkenden betrachtet, ein unverzichtbares Instrument im Prozess der sozialen Veränderung.

Eine andere Voraussetzung bildet die *Volksbildung*. Sie ist Teil des pädagogischen Entwurfs der Solidarischen Ökonomie. Der wichtigste Beitrag dazu kommt von Paulo Freire. Demnach versteht sich die Volksbildung als ein erzieherischer Prozess, in dem alle mit allen lernen und jeder sich als Teil des Ganzen begreift. Das Gelernte wird von der Realität vermittelt. Der Bildungsprozess vollzieht sich in den zur Welt und zum Anderen begründeten Beziehungen und in den tatsächlichen Interessen der involvierten Personen.

Bezogen auf die Solidarische Ökonomie ist die *Arbeit* die befreiende Quelle einer transformierenden Bildung. Während des Entstehungsprozesses eines Ge-

meinschaftsbetriebs geschieht eine kulturelle Transformation. Der erzieherische Prozess ereignet sich durch *Bildung in der Aktion*. Im *Lernen durch Tun* werden Kenntnisse aufgebaut. Es reicht nicht aus, nur von Solidarität zu reden, sie zeigt sich im täglichen Handeln; im solidarischen Tun lernt man, solidarisch zu sein. Es gibt auch Momente der vorab *geplanten Bildung*, die je nach Interessenlage der Gruppe vorbereitet werden.

Die Methodologien der Inkubation müssen immer darauf ausgerichtet sein, dieses Wissen hervortreten zu lassen. Nach Melo Neto⁶

„sind die Techniken wichtig, die diesen Arbeitern helfen nachzudenken, zu agieren und die Welt zu beschreiben, basierend auf den menschlichen Beziehungen und der Welt selbst als dialektischer Ausdruck einer Bewegung zur Hervorbringung von Analysen und neuen Synthesen, die möglicherweise durch die Geschichte und durch die Kritik allgemeine oder lokale Sorgen hinsichtlich notwendiger Transformationen äußern. Es ist eine Synthesebeziehung des Subjekts mit der Welt; eine Lesart, die auf der Geschichte fußt und die angetrieben wird von der schwierigen Übung der Kritik am anderen und an sich selbst“.

Die Bildung ist für die Solidarische Ökonomie von Bedeutung, die dem Individuum hilft, sich als politischer Akteur wahrzunehmen, als Protagonist seines eigenen Humanisierungsprozesses, der in der Lage ist, auf kritische Weise seine eigene Situation und die Realität zu systematisieren und dadurch auf sie in einer Perspektive der sozialen Veränderung einzuwirken. So ist es notwendig, Fährten zu entwickeln mit dem Ziel, neue Wege zu entdecken. Voraussetzung dafür ist die Begründung neuer Verknüpfungen, die Schaffung neuer pädagogischer Sprachen, die fähig sind, erziehrische Praxis (wieder) zu entwickeln; die Wissenschaftliches mit Nicht-Wissenschaftlichem verbinden; die neue Richtungen zeigen und Solidarität, Affekt, Emotion als wesentliche Aspekte an die Seite der Vernunft stellen.

Einige pädagogische Instrumente

In den Inkubationsprozessen mit den Gemeinschaftsbetrieben wurden einige pädagogische Instrumente entwickelt, wieder entwickelt und vielfach aus der Volkserinnerung übernommen. Sie sind wichtige Werkzeuge in den Bildungs- und Organisationsprozessen der Gruppen. Einige dieser Instrumente möchten wir hervorheben:

- *„Kooperative Spiele“ (Gemeinschaft zu spielen):* Die kooperativen Spiele versuchen, auf spielerische Weise bestimmte Verhaltensweisen und Werte

⁶ Text von José Francisco de Melo Neto und Francisco Xavier Pereira da Costa, sozialisiert in der Innovationswerkstatt (ITCP) der Bundesuniversität von Paraíba - Brasilien

der Teilnehmenden hervortreten zu lassen, die oftmals versteckt, verschleiert oder unterdrückt sind von den in der Gesellschaft vorherrschenden Mustern. Diese Werte können ein Hinderungsgrund sein für den Erfolg der Gruppe. Sie müssen zum Ausdruck kommen, damit die Gruppe versuchen kann, sie zu überwinden.

Durch das Spiel können auch bestimmte Elemente hervortreten, die das Wachsen der Gruppe positiv beeinflussen, wie z.B. Selbstbewusstsein, Kreativität, Kooperation zwischen den Partnern. Während traditionelle Spiele auf Konkurrenz ausgerichtet sind, ist die Logik der kooperativen Spiele eine andere. Bei ihnen ist es wichtig, zu kooperieren. Alle gewinnen oder alle verlieren. Niemand wird ausgeschlossen, weil er „der Schwächste“ ist, ganz im Gegenteil: alle müssen demjenigen helfen, der die größten Schwierigkeiten hat, denn andernfalls kann das Ziel nicht erreicht werden. Die kooperativen Spiele folgen einigen einfachen Regeln. Der Spielleiter erläutert zunächst Regeln und Ziele so, dass alle sie verstehen können. Dann beginnt das Spiel. In dieser Phase ist es wichtig, hinsichtlich der Taktik der Gruppe, aufmerksam zu sein, um die Aufgabe zu erfüllen. Schließlich ist es notwendig, über das Spiel zu reflektieren, damit sich die Gruppe das Erlernte zu eigen machen kann. Obwohl bereits eine Bibliographie zu dem Thema kooperative Spiele existiert, ist es interessant zu entdecken, welche Spiele die Gruppe schon kennt. Vielfach gibt es Spiele oder Volkslieder, die aus der Perspektive kooperativer Parameter wiederentdeckt werden.

- *Mystik und Subjektivität*: Sie sind notwendigerweise mit dem konstruktiven Aufbauprozess der Solidarischen Ökonomie verbunden. Die Mystik der Gruppe zu stärken, bedeutet, eine stärkere Motivation zu suchen, die die Beteiligten veranlasst, sich eine andere Organisationsform zu wünschen. Es bedeutet zu sehen, was die treibende Kraft ist, um sie nachhaltig zu stärken. Die menschlichen Beziehungen sind geprägt von Subjektivität. Natürlich heißt das nicht, dass wir nachlässig sein sollen bei der Analyse der Realität, jedoch ist es unerlässlich, Raum für Emotion und Affektivität, für Respekt gegenüber den Riten der Gruppe zu garantieren. Diese müssen aus der Sicht einer Kultur der Solidarität wertgeschätzt werden.
- *Kreativität*: In den Inkubationsprozessen der Solidarischen Ökonomie muss die Kreativität einen besonderen Platz haben, da ohne sie keine freie Arbeit möglich ist. Es darf keine Angst herrschen, etwas zu wagen, anders zu machen, zu riskieren. Der Freiraum zur Schaffung von Neuem ist vielfach der Ausweg für Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Alltagsschwierigkeiten zu überwinden.

Methodologische Etappen

Wie bereits zuvor festgestellt, können die hier vorgestellten Etappen nicht als prädestinierte Regeln angesehen werden, da es in der Solidarische Ökonomie

keine einheitliche Methodologie der Inkubation gibt. Selbst an den Universitäten gründet und organisiert jede Innovationswerkstatt – ausgehend von den Prinzipien der Solidarische Ökonomie – ihren eigenen Prozess. Die Methodologie formt sich nach dem Profil der Organisationen, Gruppen und vorhandenen Bedingungen. Hier stellen wir einige „methodologische Schritte“ vor, die in allgemeiner Form in den Inkubationsaktionen präsent sind.

In der Mehrzahl der Fälle geschieht der Kontakt der Innovationswerkstatt mit der Gruppe durch eine Einladung seitens der Gruppe. Diese hatte entweder bereits eine Kooperation mit der Universität oder war durch eine Vertrauensperson vermittelt worden. An dieser Stelle systematisieren wir vier verschiedene Etappen, die je nach Kontext modifiziert sein können und die sich in mehreren Workshops und Aktivitäten vollziehen.

1. Etappe: Die erste Etappe – von einigen Innovationswerkstätten Prä-Inkubation bezeichnet – ist der Moment, in dem sich alle Beteiligten vorstellen. Dabei sind einige Fragen von fundamentaler Bedeutung, wie z.B. woher kommen die Teilnehmer, was machen sie, welches sind ihre Wünsche, Träume, warum wollen sie eine Gruppe oder Kooperative gründen, was sind ihre Erwartungen, etc. Es ist wichtig, dass sich auch die Innovationswerkstatt vorstellt und klar formuliert, welches ihre Interessen sind, ihre Aufgaben und Grenzen, ihre Art zu arbeiten, etc. Ausgehend von diesen Informationen entscheiden beide Seiten, ob sie einen Inkubationsprozess beginnen wollen. Sollten sie sich dafür entscheiden, so wird normalerweise ein „Vertrag des Zusammenlebens“⁷ geschlossen, in dem die Vereinbarungen und Verpflichtungen jedes der Beteiligten für den Inkubationsprozess klar dargelegt sind. Anschließend wird der strategische Arbeitsplan der Gruppe erarbeitet.

2. Etappe: In der zweiten Etappe wird eine Sondierung über das vorhandene Wissen der Gruppe und die beruflichen Erfahrungen ihrer Mitglieder durchgeführt. Es beginnt der Ausarbeitungsprozess eines Projekts, dessen interne Analyse beinhaltet: was möchte die Gruppe gern machen, welches sind ihre Potentiale und ihre Begrenzungen hinsichtlich der gewollten Aktivität.⁸ Extern sollten eine Marktanalyse sowie Untersuchungen darüber durchgeführt werden, welche Akteure außerdem auf demselben Gebiet tätig sind, mit wem es möglich ist zusammenzuarbeiten, mit wem nicht und warum. Danach muss entschieden werden, welche Art von Arbeit die Gruppe realisieren wird, welches die Produkte sind, etc. Es beginnt der Legalisierungsprozess des Gemeinschaftsbetriebs (so-

⁷ Der Vertrag ist nicht rechtsgültig, sondern vielmehr ein symbolisches Instrument, gemeinsam in einer Versammlung erarbeitet und normalerweise öffentlich gemacht in dem Raum, wo sich die Gruppe trifft, so dass er stets für alle sichtbar ist.

⁸ Im Allgemeinen hat die Gruppe bereits eine Vorstellung davon, was sie produzieren möchte, wenn sie sich zwecks Unterstützung an die Innovationswerkstatt wendet. Bei den Treffen zur Projektausarbeitung (interne und externe Analyse) kann die Gruppe feststellen, dass ihr Wunsch nicht immer in die Tat umgesetzt werden kann. Doch es ist notwendig, dass die Gruppe diese Realität entdeckt, indem sie aktiv teilnimmt an dem Prozess und sich die Ergebnisse der Analysen zu eigen macht.

fern dies noch nicht geschehen ist und die Gruppe es will)⁹. Schließlich muss eine Finanzierung für die Umsetzung des Projekts gesucht werden. Normalerweise verfügt die Gruppe bereits über einen Eigenanteil¹⁰ und benötigt noch eine Ergänzung¹¹.

Ein weiteres Element dieser Phase ist die Durchführung von Weiterbildungen¹². Eine der in Brasilien weit verbreiteten Strategien ist der *Erfahrungsaustausch*. Das ist eine pädagogische Praxis, die auf die Fortbildung von Personen ausgerichtet ist, die an neuen Erkenntnissen und spezifischen Themen interessiert sind. Es handelt sich um Besuche, die die Gruppen bei ähnlich arbeitenden Gemeinschaftsbetrieben machen, um neue Technologien kennen zu lernen, Produktionsprozesse, Schwierigkeiten und Herausforderungen etc. zu verstehen. Anfangs wurde der *Erfahrungsaustausch* nur als methodologische Ressource betrachtet. Er hat sich jedoch als Bildungsraum offenbart, der großen Reichtum an Erkenntniserzeugung hervorbringt, wo der Dialog als Bildungsprinzip das Gespräch unter Gleichen in den Vordergrund stellt. Der Austausch hat seinen pädagogischen Kern in der Dimension des *Zeugnisses*. In der *Pädagogik der Unterdrückten* beschreibt Freire, dass das Zeugnis eine der wichtigsten Konnotationen des kulturellen und pädagogischen Prozesses von sozialer Veränderung ist.

Ein gleichfalls wichtiger Raum der Bildung sind die Kurse, deren Inhalte im Laufe des Inkubationsprozesses von den Interessen der Beteiligten bestimmt werden. Einige Themen werden häufig behandelt, wie z.B. Politik (Geschichte der Reichtumskonzentration; Arbeit in unterschiedlichen Epochen, welches sind die mit ihr verbundenen Schwierigkeiten im aktuellen Kontext, etc.), Solidarische Ökonomie, Genossenschaftswesen, Betriebsführung (Finanzkontrolle), Kommerzialisierung.

3. *Etappe*: Die dritte Phase bezieht sich auf die Umsetzung des Projekts und auf die Begleitung. In Brasilien kommt es häufig vor, dass sich einige Organisationen zusammenschließen, um einen bestimmten Gemeinschaftsbetrieb zu beglei-

⁹ Die Gesetzgebung in Brasilien für Gemeinschaftsbetriebe der Solidarischen Ökonomie steht bisher noch hinter der Realität und den Bedürfnissen der Gruppen zurück. Daher bleiben viele Gemeinschaftsbetriebe in der Informalität. Nach Angaben des Sistema Nacional de Mapeamento sind 4.890 Gemeinschaftsbetriebe informelle Gruppen und bilden damit die zweitgrößte Gruppe in der Klassifizierung der 14.951 Gemeinschaftsbetriebe.

¹⁰ Unter pädagogischem Aspekt betrachten wir es als wichtig, dass die Gruppe für das Kollektiv Mittel zu Verfügung stellt, um den Gemeinschaftsbetrieb zu starten. Diese Eigenleistung besteht höchst selten aus Geld. Im Allgemeinen handelt es sich um den Ort, wo die Produktion gefertigt werden soll, Ausrüstung, etc. Gelegentlich ist die Gruppe nicht in der Lage zu sehen, welche Ressourcen vorhanden sind (und kann sie daher nicht wertschätzen), was eine Neudeutung der vorhandenen Mittel erforderlich macht.

¹¹ Trotz einiger Initiativen auf dem Gebiet der *Public Politics* in Brasilien stellen Volkskredite immer noch ein Dilemma dar für die Gemeinschaftsbetriebe. Im Regelfall befinden sie sich außerhalb der geltenden Kriterien der offiziellen Banken. Sie sind für den Markt ökonomisch nicht „vertrauenswürdig“. Oftmals sind Institutionen ein Ausweg, die der Bewegung der Gemeinschaftsbetriebe verbunden sind, wie z.B. *Cáritas Brasileira*, Kreditkooperativen sowie einige staatliche Programme.

¹² Die Bildung ist nicht beschränkt auf diese Phase der Inkubation, sondern sie durchzieht die ganze Zeit der Existenz des Gemeinschaftsbetriebs, allerdings zeigt sie sich in diesem Moment in besonderer Form.

ten. Je nach Art der Institutionen, der getroffenen Vereinbarungen und der Bedürfnisse der Gemeinschaftsbetriebe wird gemeinsam ein Aktionsplan entworfen.

4. *Etappe*: Dies ist der Moment, an dem die Innovationswerkstatt die Arbeit mit dem Gemeinschaftsbetrieb beendet. Einen vorherbestimmten Zeitpunkt gibt es dafür nicht, sondern wie der gesamte Inkubationsprozess richtet er sich nach der Realität jeder einzelnen Gruppe.

Einige Betrachtungen

Im Hinblick auf die Inkubationsprozesse in der Solidarischen Ökonomie wurden einige Herausforderungen angesprochen. Wir müssen gemeinsam versuchen, Auswege zu finden, indem wir unsere Intervention qualifizieren und uns dabei nicht von dem strategischen Horizont einer anderen Zivilisationsstufe entfernen.

Eine erste Herausforderung betrifft das eigentliche Wesen der Inkubation: die permanente Sorge um den politischen Inhalt der Bildung und seinen emanzipatorischen Charakter. Dies muss klar sein, denn ansonsten verlieren wir uns in den verschiedenen Fallstricken des Bildungsprozesses, vor allem was die Bildung in der Aktion der Gruppe angeht. Eine andere Herausforderung ist es, eine Brücke zu errichten zwischen den tagtäglichen Fragen der Gruppen und dem angestrebten Ziel des gesellschaftlichen Projekts. Ein Beispiel auf diesem Gebiet ist die von vielen Gruppen erlebte Schwierigkeit, sich im Gemeinschaftsbetriebswesen weiterzubilden. Die Gemeinschaftsbetriebe müssen wirtschaftliche lebensfähig sein. Viele Innovationswerkstätten neigen dazu, das strategische Projekt überzubewerten und die Frage des *Einkommens* als erstrangigen Faktor für die Existenz der Gruppe zu vernachlässigen. Der Betrieb, dem es nicht gelingt, zumindest das Überleben seiner Angehörigen zu garantieren, ist vorbestimmt zu schließen. Die dritte Herausforderung ist die Entwicklung von *Indikatoren*, die in der Lage sind zu zeigen, ob der von uns durchlaufene Weg in die strategische Richtung läuft, die wir wollen. Dabei können wir uns nicht auf Indikatoren beziehen, die vom Kapitalismus hervorgebracht wurden, da deren Logik eine grundlegend andere ist als die der Solidarischen Ökonomie.

Die Herausforderungen auf dem Gebiet der Inkubationsmethodologie der Solidarischen Ökonomie sind komplex. Wer einen Raum schaffen will in der Erkenntniserzeugung muss bescheiden und zugleich wagemutig sein. Er muss *lernen, zu sein, zu machen, zusammenzuleben und kennen zu lernen*.

Eine der grundlegenden Initiativen im Prozess der Neubildungen basiert auf der Tatsache, dass es notwendig ist, das *Risiko des Irrtums und der Täuschung* in Betracht zu ziehen, das mit jeder Erkenntnisproduktion verbunden ist, weil keine wissenschaftliche Theorie gegen Fehler immun ist. Darüber hinaus kann wissenschaftliche Erkenntnis niemals allein Fragen von Erkenntnislehre, Philosophie und Ethik behandeln. Morin (2002) stellt alle Wahrnehmungen als Übersetzungen und gedankliche Rekonstruktionen dar, die ihre Basis in Stimuli oder in Signalen haben, welche von den Sinnen erfasst und kodifiziert werden. Die

Entwicklung der menschlichen Intelligenz ist unzertrennlich mit der Welt der Affektivität verbunden, der Neugier, der Leidenschaft. Sie sind Triebfedern philosophischer und wissenschaftlicher Forschung. Affektivität kann Wissen ersticken, sie kann es aber auch verstärken.

Schließlich ist es wichtig, eine Welt-Demokratie im umfassenden Sinn zu entwerfen, eine Ethik und eine Kultur zu entwickeln, durch die der Mensch befähigt wird, sich mit anderen Menschen zu solidarisieren, mit anderen Gattungen und mit unserem Planeten.

Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Norbert Bolte.

Bibliographie

- Alves, Rosângela: **Agro-ökologischer Markt der Várzea Paraibana Bildungspraxis für Solidarische Ökonomie**. In: Müller-Plantenberg, Clarita/Nitsch, Wolfgang (Org.). **Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland - Wege zur konkreten Utopie**. Kassel: Kassel University Press. 2005
- Congresso brasileiro de extensão universitária: **1. Carta de João Pessoa. Documento Final**, 2002, João Pessoa
- Chauí, Marilena: **Escritos sobre a Universidade**. Editora Unesp. São Paulo. 2001
- Freire, Paulo: **Pedagogia do Oprimido**. Rio de Janeiro: Paz e Terra, 1987.
- Kruppa, Sônia M. Portela. Sanchez, Fábio José Bechara. **Metodologias de Incubagem – uma tentativa de Problematização**. São Paulo. 2002. Mimeo
- Kruppa, Sonia M. Portela: **Volkskoptiven – eine neue Perspektitve für Universität**. In: Müller-Plantenberg, Clarita/Nitsch, Wolfgang (Org.). **Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland - Wege zur konkreten Utopie**. Kassel: Kassel University Press. 2005
- Lima, Severino José Xangai de: **Democratização do Poder Local**. In Escola de formação Quilombo dos Palmares. **Mais fortes são os poderes do povo: poder local, controle social e desenvolvimento**. Gaveta Aberta, n° 7. Recife: 2003
- Marx, Karl. **Manuscritos econômicos e Filosóficos de 1844**. In: Erich Fromm. **Conceito Marxista do Homem**. Rio de Janeiro: Zahar Editores, 1979.
- Melo Neto, José Francisco de. **Extensão Universitária, Autogestão e Educação Popular. Universidade Federal da Paraíba**. João Pessoa, 2003. Mimeo

- Melo Neto, José Francisco de; Costa. Francisco Xavier Pereira da: **Metodologia de Incubaao – em economia solidária e popular**. Joao Pessoa. 2006. Mimeo.
- Morin, Edgar. **Os Setes Saberes necessários  Educaao do Futuro**. São Paulo:Cortez, 2002
- Programa nacional de incubadoras de cooperativas - PRONINC. Brasil.
<http://www.acompanhamentoproninc.org.br>. 20.12.2005.
- Relatório de visitas. Mimeo. João Pessoa, 2005
- Schütz, Rosalvo. **A falácia da democracia moderna**. Revista Espaço Academico. N. 42. Nov. 2004.
- Secretaria Nacional de Economia Solidária. Brasil. **Sistema Nacional de Informaoes em Economia Solidária**. <http://www.mte.gov.br>
- Tiriba, Lia. **Economia Popular e Cultura do Trabalho. Pedagogia(s) da produao Associada**. Rio Grande do Sul: UNIJUÍ, 2001.
- Universidade Federal da Paraíba. Pró-Reitoria de Extensão e Assuntos Comunitários. **A extensão na UFPB: um olhar sobre a inclusao produtiva**. Mimeo. Joo Pessoa. 2005.
- Viana, Natalia. **Economia Solidaria**. Caros Amigos, nö 66. 2002.

Selbsthilfegenossenschaften

Die Wir-eG: Arbeitsplätze durch unterstützte Gruppenselbsthilfe

Burghard Flieger

Die innova eG, eine Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, führte vom 01.08.2002 – 30.06.2005 ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördertes EQUAL-Projekt durch. Zu den wesentlichen Zielen gehören die Beseitigung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt sowie die Verminderung von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. Im Mittelpunkt standen die Initiierung und Begleitung von Genossenschaften mit Hilfe von Qualifizierungsmaßnahmen. Diese Arbeit wird fortgesetzt. innova will auch in Zukunft Impulse für die Entwicklung der Sozialwirtschaft in Deutschland geben, indem die Rechtsform der Genossenschaft für die Verknüpfung von sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben aktiviert wird.

Selbsthilfe des Einzelnen führt schnell zu Überforderungen. Im Vergleich dazu bietet Selbsthilfe mit mehreren Betroffenen, die sich vernetzen und wechselseitig unterstützen, besondere Chancen. Gruppenselbsthilfe bedeutet symbolisch gesprochen, dass viele Hände gemeinsam ihre Arbeit miteinander verbinden und damit ihre Kräfte bündeln. Selbstverständlich ist die Gruppenselbsthilfe kein Allheilmittel. Oft lässt erst die Hilfe zur Gruppenselbsthilfe aus diesem Mythos konkrete Organisationen werden mit Menschen, die von Erfolgen und Misserfolgen ihrer gemeinsamen Anstrengungen geprägt sind.

Was aber sind überhaupt Selbsthilfegenossenschaften? Wesentliches Merkmal von Selbsthilfe ist, die eigenen Ressourcen in Form von Arbeitskraft, Kapital, Land und Fähigkeiten zu nutzen. Sie ist eine Reaktion auf objektive Notlagen oder auf subjektiv als unbefriedigend empfundene Situationen. Als Selbsthilfegenossenschaft gilt der Zusammenschluss einer Gruppe von Menschen, die Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren oder unterhalb der Armutsgrenze leben, und die sich über wirtschaftliche Aktivitäten in einer Organisation selbst helfen. Sie ist nach den genossenschaftlichen Prinzipien, dem Förder-, Identitäts-, Demokratie- und Solidaritätsprinzip, strukturiert.

Mit Qualifizierungen zur Selbsthilfe wurden und werden über die innova TeilnehmerInnen in den Stand versetzt, ihre Geschäftsidee in Form einer Genossenschaft markt- und kundenorientiert umzusetzen. Dabei zeigt sich, dass Genossenschaften mit der genannten Zielgruppe nur durch eine ausreichende

Nachbetreuung nach der Gründung und durch wiederholte Feedbackrunden längerfristig zu stabilisieren sind. Nicht alle Projektansätze erweisen sich als ausreichend stabil. Interne Konflikte, mangelndes Stehvermögen der Initiatoren, fehlende tragfähige Geschäftsideen, unzureichende Unterstützung vor Ort sind nur einige der bisher nicht systematisch ausgewerteten Gründe des Scheiterns.

Zahlreiche Gründungen

Trotz der Schwierigkeiten mancher am Arbeitsmarkt Benachteiligter mit einer Genossenschaftsgründung kann innova auf eine beachtliche Zahl von 18 durchgeführten Qualifizierungen verweisen. Aus diesen Qualifizierungen heraus wurden bisher fünfzehn Genossenschaften gegründet, beispielsweise

1. nach einem achtmonatigen Lehrgang für Arbeitslose finanziert durch das Arbeitsamt Leipzig 2003 die Gründung der Haus- und Bauservice eG (HBS).
2. nach Qualifizierung ehemalig Beschäftigter aus dem Umfeld der Diakonie, dem Sprungbrett Riesa e.V., durch Überführung der wirtschaftlich tragfähigen Teilbereiche von einem Verein in die gegründete Genossenschaft Cena et Flora eG.
3. nach der Beratung und Unterstützung einer Initiative Arbeitsloser in Witten die Gründung der Gründergenossenschaft Witten eG i.G.
4. nach einer Beratung die Gründung eines Dienstleistungsbetriebs auf genossenschaftlicher Basis mit Namen helpKontor eG i.G. als Serviceagentur für Senioren in Freudenstadt.

Unterscheiden lassen sich drei „Typen“ von Selbsthilfegenossenschaften, die seitens der innova betreut wurden: Beschäftigtengenossenschaften, Selbständigengenossenschaften und Multistakeholdergenossenschaften. Bei den Beschäftigtengenossenschaften geht es darum, dass sich Arbeitslose selbst in der Genossenschaft wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Sie werden in ihrer eigenen Genossenschaft angestellt. Dagegen bleiben die ehemals Arbeitslosen, beispielsweise bei der Gründergenossenschaft Witten UnternehmerInnen. Sie sind Selbständige, teilweise als Ich-AG gegründet, und wollen dies auch bleiben. Über die Genossenschaft organisieren sie nur einen Teil ihrer Arbeit wie Verwaltung, Rechnungswesen, gemeinsame Akquisition etc. Sie bauen so ein gemeinsames sich wechselseitig stützendes Umfeld auf, das der Vereinzelung der GründerInnen entgegenwirkt.

Im Unterschied dazu sind bei den Multistakeholdergenossenschaften viele sehr unterschiedliche Rollen und Funktionen unter einem Dach zusammengeschlossen, beispielsweise bei einer Stadtteilgenossenschaft. Kunden, Förderer, Beschäftigte, Unternehmer, Kommunalvertreter etc. versuchen gemeinsam den Stadtteil, in dem sie leben, wirtschaftlich und sozial attraktiver zu gestalten. Dies erhöht aufgrund der verschiedenen Interessen die Wahrscheinlichkeit von Kon-

flikten, bietet aber durch das Zusammenführen sehr unterschiedlicher Fähigkeiten und Kompetenzen auch die Chance, etwas zu bewegen, wo ansonsten oft schon seit Jahren Stillstand oder gar Niedergang das Bild prägt.

Symbolik der Genossenschaft

Das besondere der Arbeit der innova ist, eine Organisationsform für die Ökonomisierung anzubieten, bei der soziale Aspekte wie Partizipation, Empowerment und Selbstverantwortung nicht vernachlässigt werden, sondern deren zentraler Bestandteil sind. Auf diese Weise wird vermieden, dass Betroffene entmündigt und zu rein passiv Betreuten werden. Die Genossenschaft ermöglicht ihre Selbstverantwortung und Selbstachtung bzw. gibt sie ihnen in einigen Fällen sogar zurück. Letztlich ist die Genossenschaft dabei auch eine Art Metapher, da sie für gemeinsames Engagement, gemeinsame Rechte und Pflichten und vor allem für solidarisches Handeln in einer teilweise eher ausweglosen Situation steht.

Mitglieder der innova

- Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln
 - Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Berlin
 - GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Berlin
 - Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., Dortmund
 - Netz NRW Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V., Oberhausen
 - Sächsischer Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Leipzig
 - Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg
- Anfragen und Kontakt: innova eG, Konstantinstr.12, D-04315 Leipzig, Fon:0341-6810985, Fax: 0341-6811786, Email: info@innova-eg.de, Internet: www.innova-eg.de.**

Um die Chancen für Genossenschaftsgründungen zu verbessern, wurden von der Entwicklungspartnerschaft zahlreiche „Produkte“ entwickelt. Sie sind ein Kernbereich der Leistungen von innova, da sie wichtige Unterstützungsmaterialien für zukünftige Gründungsvorhaben beinhalten. D.h. auf sie sollen Projektentwickler zurückgreifen können, die Selbsthilfegenossenschaften initiieren und die dafür erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen durchführen wollen. Das daraus resultierende Produktbündel setzt sich aus drei Schwerpunkten zusammen: A) Unterlagen, mit deren Hilfe Interesse geweckt und Überzeugungen zugunsten von Genossenschaftsgründungen gestärkt werden, B) Materialien in Form von Artikeln und vor allem von Powerpointpräsentationen, mit deren Hilfe Qualifizierungen zum Thema Selbsthilfegenossenschaften durchgeführt werden

können und C) Instrumente, mit deren Hilfe sich die eigentliche Gründung von Selbsthilfegenossenschaften leichter umsetzen lässt.¹

Die Gesamtheit der Produkte an dieser Stelle im Detail aufzulisten, ist nicht möglich. Insofern sei nur auf einige beispielhaft verwiesen. So gibt es Powerpointpräsentationen zu Themen wie:

1. Genossenschaftsgründung – Probleme und Chancen;
2. Verfahren zur Vertiefung und Fundierung von Geschäftsideen;
3. Finanzierungsmöglichkeiten von Selbsthilfegenossenschaften mit den Teilthemen Grundsätzliches, Anteilszeichnung, Vermögensbildungsgesetz, Genussrechte.

Bei innova kann eine Reihe von Instrumenten abgefragt werden, mit deren Hilfe sich die eigentliche Gründung von Selbsthilfegenossenschaften leichter durchführen lässt, beispielsweise:

1. Phasenmodell der Genossenschaftsentwicklung als Arbeitsmaterialien;
2. Workshops zur Genossenschaftsgründung (Seminarangebote);
3. kurze Mustersatzung sowie Geschäftsordnung und Schiedsvertrag;
4. Hilfen für die Aufstellung des quantitativen Wirtschaftsplans (Excel-Vorlagen).

Mit dem Erarbeiten zahlreicher Unterstützungsinstrumente durch die innova ist die Hoffnung verbunden, dass Genossenschaftsgründungen zukünftig ein wenig schneller, professioneller und wirtschaftlich stabiler verwirklicht werden können. Dann hätte sich das von den Organisationsanforderungen doch sehr aufwendige EQUAL-Projekt im besten Sinne des Wortes „gelohnt“....

Das Beispiel SAGES

Wie sieht aber nun eine solche Selbsthilfegenossenschaft im Einzelnen aus? Verdeutlichen lässt sich dies an dem Dienstleistungsunternehmen SAGES. Dieses wurde am 09. März 2005 von 28 Arbeitslosen in Freiburg im Breisgau auf genossenschaftlicher Basis gegründet. SAGES ist eine Dienstleistungsagentur für ältere und Unterstützung suchende Menschen, die im Sektor Alltagsassistenten mit den Geschäftsfeldern Haushaltsbereich, Mobilitätshilfe und Kontaktpflege startet. Zwei gewichtige Faktoren gaben den Anlass zur Gründung: Die Zahl der Seniorinnen und Senioren nimmt in Freiburg – entsprechend dem bundesweiten demographischen Trend – im Laufe der nächsten 15 Jahre weiter zu. Und eine Veränderung der hohen Arbeitslosigkeit wird in absehbarer Zeit nicht eintreten.

¹ Siehe auch den Artikel zum novellierten Genossenschaftsgesetz und die Powerpoint-Präsentation auf der CD in diesem Band.

Seniorinnen und Senioren können nun seit Anfang September 2005 mit der Serviceagentur für Senioren SAGES als Partner dringend benötigte Hilfe im Alltag aus einer Hand bekommen. Die Angebote von SAGES erstrecken sich im Haushaltsbereich auf die Schwerpunkte Raumpflege, Wäschepflege, Küchenhilfe sowie Garten und Hof, bei der Mobilitätshilfe auf die Schwerpunkte Begleitung, Einkaufen, Botengänge und Bewegung. Beim dritten Standbein des Unternehmens, der Kontaktpflege, geht es um Dienstleistungen für ältere Bürger wie Schriftverkehr, Unterhaltung und Ausflüge. Die Dienstleistungsangebote richten sich sowohl an Privathaushalte als auch an Menschen, die in Seniorenanlagen leben.

SAGES bietet Leistungspakete in den Bereichen der Grundversorgung an mit speziellen Serviceangeboten. Sie können jederzeit zugunsten neuer Kundenwünsche erweitert werden. Wohnungsgröße und Anzahl der im Haushalt lebenden Personen liefern die Grundlage für eine Kalkulation. Hinzu kommt die Häufigkeit der Inanspruchnahme von Diensten. Die Palette der wöchentlichen, monatlichen, halbjährlichen, jährlichen und saisonbedingten Einsätze wird ergänzt durch Angebote, die nach Bedarf geordert werden. Beispielsweise begleitet SAGES eine Kundin oder einen Kunden bei plötzlich notwendig gewordenem Krankenhausaufenthalt bis ins Krankenzimmer.

Die abnehmende Leistungsfähigkeit mit fortschreitendem Alter verlangt nach geeigneter Unterstützung, auch in Form bezahlter Dienstleistungen. Erst sie ermöglichen vielen SeniorInnen ein angenehmes Leben. An diesem Punkt setzt die Geschäftsidee von SAGES an. Bislang wurde die Unterstützung älterer Menschen allzu oft gleichgesetzt mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung alter, kranker, hilfs- und pflegebedürftiger Menschen. Damit wird aber bei weitem nicht das gesamte Angebot der notwendigen Dienstleistungen für ein altersgerechtes Leben abdeckt. Die Mehrzahl der Senioren ist weder versorgungs- noch pflegebedürftig und lebt meist unabhängig von ihren Kindern in Wohnungen oder Häusern. Besonders diese Gruppe will SAGES als Kunden gewinnen.

SAGES operiert aus einem gut erreichbaren und zentral gelegenen Büro in Freiburg. Eine durchdachte Marketingstrategie unterstützt die Akquisition von Kundinnen und Kunden. Neben Anzeigen und Flyer spielen vor allem Presseberichte und Kampagnen eine wichtige Rolle, bei denen das Genossenschaftskonzept den Zugang in die Medien erleichtert. Mit dem genossenschaftlichen Ansatz lässt sich besonders gut verdeutlichen, dass die Kundin bzw. der Kunde als Mensch im Mittelpunkt der Bemühungen von SAGES steht.

Buchtipps Sozialgenossenschaften – ein lesenswerter Überblick

Dargestellt in der aktuellen Veröffentlichung wird ein breites Spektrum vorhandener Sozialgenossenschaften. Das Buch ermöglicht einen sehr guten Überblick über bestehende Beispiele, zeigt beschäftigungspolitische Alternativen auf, gibt Anregungen für genossenschaftliche Initiativen und stößt politische Unterstützungen für genossenschaftliche Lösungen an. Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. / Paritätische Bundesakademie (Hg): Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Neu-Ulm (AG SPAK-Verlag) 2003, ISBN 3-930830-35-2, 308 S.

Impulse durch Multiplikatorenfortbildung

Die Entwicklungspartnerschaft innova entwickelte im Rahmen der EQUAL-Förderphase 1 bei der intensiveren Begleitung zahlreichen Selbsthilfegenossenschaften sehr viel Know-how für die Bedarfe und Erfordernisse von Gruppenunternehmensgründungen. Dieses Wissen soll nun als Multiplikatorenfortbildung für so genannte Intermediäre zur Verfügung gestellt werden. BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen, die bereits mit klientelbezogener bzw. kundenorientierter Betreuung und praxisnaher Wissensvermittlung Erfahrungen gesammelt haben, sind dabei besonders angesprochen.

Projektentwicklungen, die auf eine modellhafte Genossenschaftsgründung zur Lösung arbeitsmarktlicher oder anderer sozialer Probleme zielen, sind eine komplexe Aufgabe. In diese fließen methodisch neben der Weiterbildung von Akteuren auch Analysen der Rahmenbedingungen, Marktuntersuchungen, Beratung von beteiligten Unternehmen, Coaching von Gruppen, Moderation von Prozessen, Unternehmensfinanzierung, Organisations- und Personalentwicklung zusammen. Nur eine einzige unzureichend bearbeitete Teilaufgabe kann bereits den ganzen Projektentwicklungsprozess scheitern lassen. Er sollte deshalb kompetent begleitet werden können.

Der innova eG ist es 2005 gelungen, drei Teilprojekte in zwei Entwicklungspartnerschaften in der jetzt beginnenden 2. EQUAL-Förderphase einzubringen. Zwei Teilprojekte sind konkrete Projektentwicklungen neuer Genossenschaften. Ein wesentliches Teilprojekt, das allerdings mit den beiden anderen eng verbunden wird, ist die Multiplikatorenfortbildung. Diese wendet sich an potentielle ProjektentwicklerInnen für neue Genossenschaften. Sie sollten aus verschiedenen Regionen und aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen kommen, beispielsweise Beschäftigungsgesellschaften, sozialen Dienstleistern, Verbänden, Weiterbildungsträgern, öffentlichen Stellen. Von Interesse könnte dies auch für freiberufliche Berater sein.

Über eine gezielte Qualifizierung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen (train the trainer) in Richtung Gruppenunternehmensgründung mit Schwerpunkt Genossenschaftsgründung lässt sich erreichen, dass

- Genossenschafts-Know-how bei denen zur Verfügung steht, die aufgrund ihrer Profession regelmäßig mit GründerInnen zu tun haben. Sie können so eine sehr wichtige Ergänzungsfunktion zu den genossenschaftlichen Verbänden einnehmen, indem am Arbeitsmarkt Benachteiligten bundesweit ein Netz von Know-how-Trägern für ihre speziellen Probleme zur Verfügung steht.
- wichtige VermittlerInnen eine Wissensbereicherung in Richtung Genossenschaften erfahren und gleichzeitig selbst auch von diesem Lösungsansatz überzeugt sind. Sie können die Funktion der früher vorhandenen Genossenschaftspioniere bzw. -promotoren einnehmen, so dass sie selbst in der Lage sind, Überzeugungsarbeit für genossenschaftliche Problemlösungen zu leisten.
- der genossenschaftlichen Selbsthilfe nach entsprechender Qualifizierung mehr Ansprechpartner als bisher zur Verfügung stehen. Dies wird durch die Ausbildung von BeraterInnen und ProjektentwicklerInnen dort der Fall sein, wo Selbsthilfe verankert werden sollte, beispielsweise in prekären Stadtteilen und benachteiligten Wohnvierteln. Eine stärkere Aktivierung von Potenzialen vor Ort wird so wahrscheinlich.

Interessierte an der Multiplikatorenfortbildung können sich wenden an:

innova eG

Konstantinstr.12

D-04315 Leipzig

Fon: 0341-6810985

Fax: 0341-6811786

Email: info@innova-eg.de

Internet: www.innova-eg.de

Inkubatoren für Soziale Unternehmen – die Italienischen Erfahrungen –

Dario Carrera, Marco Meneguzzo, Alessandro Messina

In der letzten Zeit ist die soziale Ökonomie zu einem zentralen Thema in der öffentlichen Diskussion über die Sozialpolitik Italiens geworden. Dieses neu entfachte Interesse an der sozialen Ökonomie ist durch vergleichbare Verhältnisse in anderen Ländern herbeigeführt worden, wie die allgemeine Arbeitslosigkeit, die sich zunehmend zu einem mehr oder weniger permanenten Ausschluss vom Arbeitsmarkt zu wandeln droht. Jedes Land hat seine eigene Geschichte, seine eigene Rechtsordnung, seine eigene politische, soziale und ökonomische Dynamik. Die von der Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren unterstützten Initiativen hatten nicht nur eine wirtschaftliche Ausrichtung, sondern es waren Dienstleistungen, die Lebensqualität und kollektive Interessen betrafen. Die Politikgestalter wurden durch diese neuen Initiativen veranlasst, eine neue „kommunale“ soziale Ökonomie zu entwickeln und den Dritten Sektor und soziale Unternehmen als Hauptakteure, die den sozialen Wandel ermöglichen, anzuerkennen.

Die Initiativen, die bestrebt sind, Güter und Dienstleistungen als Antwort auf neue Bedürfnisse anzubieten, sind daran interessiert, Behinderten und Benachteiligten den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu anderen Formen des Unternehmertums zu ermöglichen, die zur Entwicklung der eigenen Umgebung beitragen, besonders in Gebieten, die durch sozialen Verfall in den Städten gekennzeichnet sind.

Die Beziehungen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor brachten kommunale Mikro-Initiativen und neue Wohlfahrtsmodelle hervor. Aktionen und Strategien werden auf kommunaler Ebene begonnen, um neue Möglichkeiten zu schaffen und Entwicklung nachhaltiger zu gestalten. Regierungen und der öffentliche Sektor sind zunehmend daran beteiligt, die sozialen Unternehmen als Vehikel für kommunale Entwicklung zu unterstützen.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Erfahrungen der „Inkubatoren“, also der Förderung von „sozialen Unternehmen“, die von einigen kommunalen öffentlichen Verwaltungen Italiens unterstützt wurden, um die Gründung sozialer Unternehmen in ihren eigenen Gebieten abzusichern. In diesem Bericht geht es darum, die Verfahrensweisen von Bari, Rom und Perugia zu analysieren und zu versuchen, die gemeinsamen Punkte und die Unterschiede herauszustellen.

Regierung und Dritter Sektor, innovative Beziehungsmodelle und die Entwicklung der Förderung für soziale Unternehmen in Italien

Die Entwicklung der Inkubatoren für soziale Unternehmen, die in Italien auf das Jahr 2000 zurückgeht, lässt sich besser verstehen, wenn zwei wichtige Dynamiken präzisiert werden:

- die Entwicklung der Beziehung zwischen öffentlicher Verwaltung – besonders der kommunalen Regierung – und dem gemeinnützigen *Non-Profit*-Sektor;¹
- die Konsolidierung des Paradigmas der öffentlichen Governance in der öffentlichen Verwaltung Italiens.

Die Fähigkeit, die öffentliche Governance zu konsolidieren und zu verstärken, verbunden mit einer größeren Aufmerksamkeit für die Planung und Einsetzung origineller und innovativer Formen der Kooperation zwischen kommunalen Regierungen und dem Non-Profit-Sektor, stellt entscheidende Erfolgsfaktoren für die Entwicklung der sozialen Unternehmensförderung in Städten und kommunalen Systemen Italiens dar.

Der gemeinnützige Sektor spielt eine immer wichtiger werdende Rolle im sozialen und ökonomischen System Italiens auf nationaler Ebene und vor allem auf kommunaler Ebene. Im Norden des Landes ist er stärker als in anderen Regionen.

Einflussfaktoren sind die Kohäsion innerhalb der kommunalen Gemeinschaften, der Sinn für Identität und bürgerliches Engagement, die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltungen, die Qualität der öffentlichen Dienste, die Ausrichtung auf Mittelbeschaffung, die Existenz von Stiftungsbanken zur Konsolidierung von gemeinnützigen Projekten.

In Italien gibt es 250.000 Non-Profit-Organisationen: Freiwillige Vereinigungen, Sozialgenossenschaften, Kapitalstiftungen und Arbeitsstiftungen und Nicht-Regierungsorganisationen (ISTAT, 2001). 5,8 % der gesamten Beschäftigten ist in gemeinnützigen Organisationen tätig und mit 2 % des BIP an der Wertschöpfung beteiligt.

Jüngere Einschätzungen über die beiden Typen von NPOs (Non-Profit-Organisations) betonen andere Fakten (Zamagni, 2002):

- Miteinander verbundene freiwillige Vereinigungen und Sozialgenossenschaften bilden als „gemeinnützige Gruppen“ ein Koordinierungszentrum, das von einer Stiftung vertreten wird. Die ansteigenden Kosten vor allem im Gesundheits- und im Sozialbereich führen in den Gemeinden dazu, dass ortsansässige Gesundheitsbehörden zu Partnern

¹ Die Autoren werden die Begriffe „Non Profit-Bereich“ und Dritter Sektor unterschiedslos verwenden.

dieser Gruppen werden; dies ist das Modell der öffentlich-privaten Stiftungen;

- die Aktivierung informeller Netzwerke, welche zusammenwirken, Strategien für Mitarbeit und Aktionen für die verschiedenen beteiligten Organisationen pflegen; dies ist der Fall der NROs, die sich in der internationalen technischen Hilfe und in sozialen Kooperativen betätigen. Sie haben einige Konsortien eingerichtet und bieten sich wechselseitig Dienstleistungen an (administrativ, rechtlich und vertraglich);
- das andauernde und konstante Wachstum: In der Zeit von 2001-2003 wuchsen die freiwilligen Vereinigungen um 14,35 % (ISTAT, 2003) und erreichten eine Beschäftigtenzahl von ungefähr 870.000 Mitarbeitern, von denen 825.000 Freiwillige waren. Die sozialen Kooperativen dagegen sind um 11,7 % gewachsen mit einer Gesamtzahl von 221.000 Mitarbeitern.

Regionale und kommunale Regierungen mussten deshalb ihre vorzeitigen Politikentwürfe neu entwerfen oder bewerten, um damit innovative Beziehungsmodelle mit dem gemeinnützigen Sektor zu entwickeln. Wie in dem Schaubild 1 gezeigt wird, gibt es im Wesentlichen drei Formen der Beziehung: Im öffentlichen Sektor, im profitorientierten Unternehmensbereich und im gemeinnützigen Organisationsbereich Italiens.

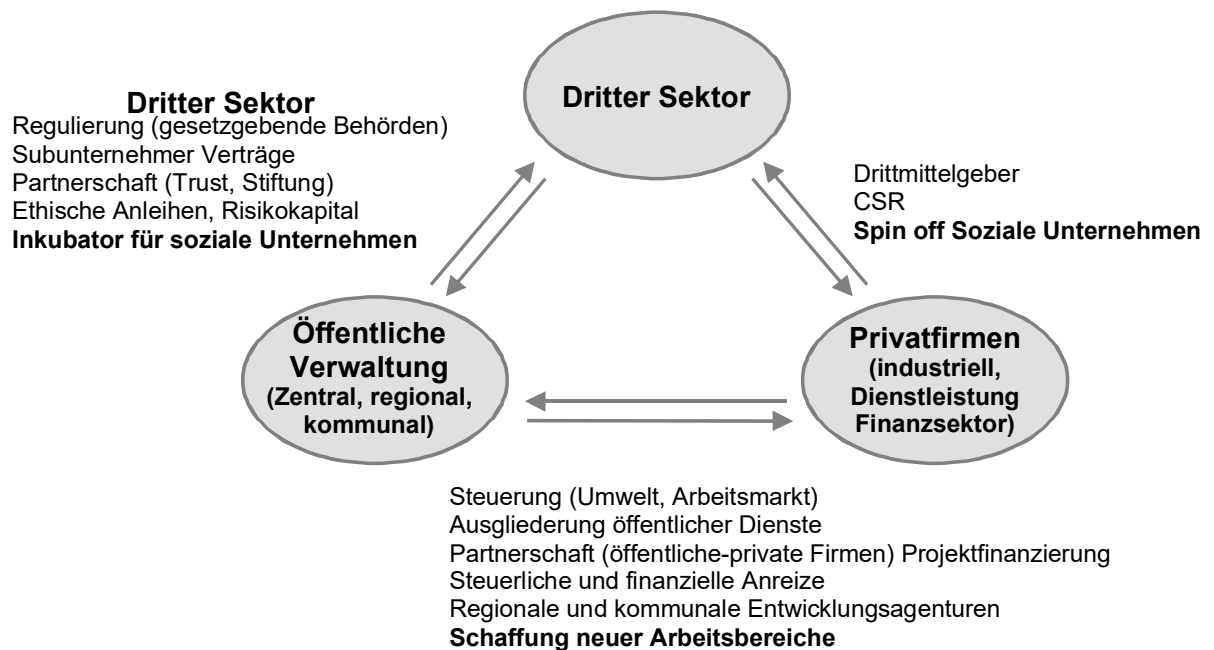
In der ersten Gruppe, die als *business government relationship models* (Beziehungsmodelle von Unternehmen und Regierung) klassifiziert werden können, hat die öffentliche Verwaltung vor allem die Rolle eines Aufpassers (Steuerung) im Hinblick auf die Unternehmen auf den Gebieten Beschäftigung und Arbeitsmarkt (flexible Beschäftigungsverhältnisse) und Umweltschutz.

Öffentliche Verwaltungen machen steuerliche und finanzielle Anreize für Unternehmen zugänglich, entweder direkt oder über die Entwicklungsagenturen, die auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene agieren; in früheren Jahren wurden diese Initiativen durch weitere Angebote verstärkt, wie Qualifizierung, Exportunterstützung, Forschung und Entwicklung, Beratung und Assistenz (rechtlich, rechnerisch und kommerziell) und ein System von Technik- und Industrieparks, Gründungsförderung von Unternehmen usw.

Schließlich ist noch eine dritte wichtige Beziehung mit der Rolle der öffentlichen Verwaltung verknüpft: das Versorgungszentrum für Güter und Dienstleistungen. Dieses schließt Phänomene wie Subunternehmertum von kommunalen Gesundheitsbehörden und kommunalen Behörden und globale Dienstleistungen, *Facility Management* und umfangreiche öffentliche Ausschreibungen (öffentliche Infrastrukturen) mit ein.

Schaubild 1

Beziehungen zwischen Regierung, privatem Sektor und Drittem Sektor



Neue Formen der privaten und öffentlichen Zusammenarbeit können in diese Struktur einbezogen werden; von der Gründung privat-öffentlicher Unternehmen auf kommunaler Ebene (Wasser, Abfallbeseitigung, Transport, Strom) bis zur Finanzplanung.

Die zweite Gruppe schließt die Beziehungen zwischen profitorientierten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen mit ein. Das Wichtigste ist der Einsatz finanzieller Mittel und die Arbeitszeit des Angestellten durch Privatunternehmen entsprechend der Corporate Social Responsibility-Logik (CSR). Weniger wichtig ist das Phänomen der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen im Auftrag der Non-Profit-Einrichtungen, denn als 2006 neue Vorschriften für soziale Unternehmen eingeführt wurden, sahen einige Unternehmen unter Mitwirkung von Banken dies als *Spin-off* für private Profit und Non-Profit-Gruppen an.

Schließlich beinhaltet die dritte Gruppe Beziehungen des Dritten Sektors zur Regierung; sie kann unterteilt werden in:

- Monitoring-Aktivitäten des öffentlichen Sektors auf der Grundlage nationalen Rechts (Gesetzgebung 1997: steuerliche Begünstigungen für einige Non-Profit-Organisationen, die ONLUS; Gesetzgebung 2000: Institutionalisierung des Dritten Sektors; Gesetzgebung 2006: Definition des sozialen Unternehmens) sowie lokale und nationale Regulierungsbehörden im Dritten Sektor;

- Transfer finanzieller Mittel über direkte Beiträge und öffentliche Fonds, die mit der Gründung und Fortführung von Projekten verbunden sind;
- Subunternehmertum zugunsten von Non-Profit-Organisationen, besonders im Sozial- und Gesundheitswesen und seit kurzem auch in Bereichen wie Kultur, Bildung und Qualifizierung, was zu einer stabilen Beziehung zwischen Kunden und Zulieferern führt;
- Partnerschaften mit dem Dritten Sektor über die Gründung von Stiftungen in Bereichen wie Sozialfürsorge, Sport und Kultur. Beispielsweise gibt es etwa 400 Stiftungen auf kommunaler Ebene, die Pflegeeinrichtungen in der Lombardei oder 17 Gesundheitsdienste (die sogenannten *società della salute*²), die in der Toskana für das Management des sozialmedizinischen Dienstleistungsnetzwerks gegründet wurden.

Zwei Beziehungsfelder gewinnen zunehmend an Bedeutung:

Das erste basiert auf dem Modell der Projektfinanzierung und betrifft Kooperationsmethoden zwischen dem Öffentlichen Sektor und den ethischen Finanzen. Einige Regionen interessieren sich dafür, ethische Anleihen (*bonds*) auszugeben über Transaktionen, die vom Dritten Sektor, von Gemeinden, Banken und finanziellen Mittlern und durch ethische Finanzierung gefördert werden. Diese Anleihen werden dazu bestimmt, Investitionskosten und Entwicklung in den sozialen und kulturellen Infrastrukturen zu finanzieren. Auf ethische Anleihen können dann zukünftig Initiativen wie Risikokapitalfonds auf nationaler und kommunaler Ebene folgen.

Das zweite Feld besteht aus den Gründungsförderungen, den Inkubatoren sozialer Unternehmen. Mit ihrer Hilfe plant und aktiviert die Öffentliche Verwaltung Dienstleistungsangebote für Non-Profit-Organisationen.

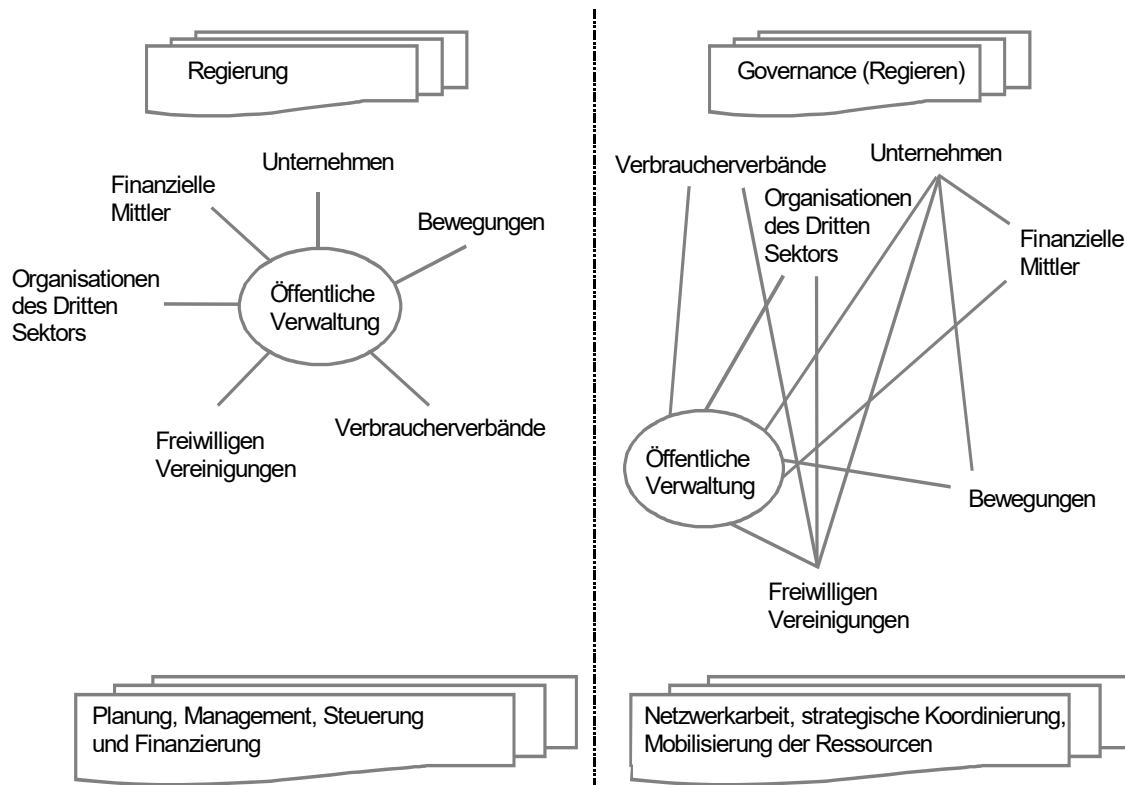
Planung, Durchführung und die Umsetzungen eines neuen Modells der Beziehung von Drittem Sektor und Regierung sind eng mit der Entwicklung der öffentlichen Governance in kommunalen Regierungen verbunden, die dann zu Vorbildern und Versorgern für das Dienstleistungsangebot im Non Profit-Bereich werden können.

Wie andere Einheiten der öffentlichen Verwaltung in Europa hat die öffentliche Verwaltung Italiens in den vergangenen sechs bis sieben Jahren auch dem Paradigma der öffentlichen Governance, das als Alternative zum Paradigma des neuen öffentlichen Managements eingeführt wurde, gegenüber gestanden. Dieses Paradigma sieht vor, innovative Methoden der Governance einzusetzen und die Koordination der sozioökonomischen Systeme zu aktivieren. Diese basiert sowohl auf der Zusammenarbeit von Regierung und Gesellschaft als auch von öffentlichem und privatem Sektor. Hier entstehen andere Interventionsbeziehungen als jene, die auf einer politisch administrativen Ebene beschlossen wurden oder jene, die auf Formen der Selbstorganisation zurückzuführen sind. Die In-

² http://www.sanita.toscana.it/sst/societa_salute.shtml

tervention fußt auf einem bewussten Pluralismus und der klaren Unterscheidung zwischen den zwei Konzepten: Governance und Regierung.

Schaubild 2 Von der Regierung zur Governance



Unter Governance (Regieren) verstehen wir die Struktur, die ein soziales und politisches System annimmt, nachdem die verschiedenen in ihm präsenten Akteure alle Anstrengungen und Aktionen übernommen haben; in dieser Konfiguration hat der einzelne Spieler keine bedeutende Rolle, aber untereinander finden zahlreiche Aktionen statt (OECD PUMA 2002, Kooiman 1993 und 2003, Rhodes 1997).

Die Aktivität der Governance erfordert im Kern die Fähigkeit, formelle und informelle Netzwerke zwischen den verschiedenen beteiligten Stakeholdern zu entwerfen und aufzubauen (Kickert, Klijn, Koppenjan 1997), unterschiedliche Formen der Partnerschaft und privat-öffentlicher Kooperation zu entwickeln, ebenso wie externe finanzielle Mittel durch Projektfinanzierung und Fundraising für Bürger und andere Institutionen zu mobilisieren.

Interventionen durch öffentliche Unternehmen sind gekennzeichnet durch das Aktivieren und das Management des Ablaufprozesses und des Einflusses sozialer, politischer und administrativer Interaktionen, die es auf den verschiedenen Ebenen in der Gesellschaft gibt. Öffentliches Management übernimmt

dann eine „politische“ Rolle (Festsetzen der Spielregeln, Herstellung eines Konsenses, Management des Verhandlungsprozesses) und das Wachstum von selbstverwalteten Modellen in der Zivilgesellschaft (Entwicklung des dritten Sektors, Netzwerkarbeit zwischen Non-Profit-Organisationen).

Es gibt drei wichtige Indikatoren für die Festigung der kommunalen öffentlichen Governance-Logik in Italien:

- wachsender Verlass auf das Ausgliedern von Dienstleistungen und Aktivitäten.
- Inter-institutionelle Kooperation und Zusammenwirken von kommunalen Behörden
- Einsetzen nationaler Projekte für die Diffusion der öffentlichen Governance (vgl. Kasten Nr. 1)

Viele Stadträte setzen neue Formen der Kooperation für das Management öffentlicher Dienstleistungen ein und gliedern Aufgaben an andere öffentlichen Organisationen, in den Privatsektor und den Dritten Sektor aus. Der doppelte Effekt von der Logik des Ausgliederns (von Dienstleistungen in private Unternehmen und Non-Profit-Organisationen) und des Eingliederns (Aufnahme gewisser Aufgaben – Kommunale Polizei, IT für andere öffentliche Bereiche) hat zusammen mit der Gründung von Unternehmen und Stiftungen zur Veränderung vieler Italienischer Stadträte zu einem strategischen Koordinationszentrum eines Netzwerkes aus Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und anderen öffentlichen Einrichtungen geführt. Ein Koordinationszentrum entstand, das multiple interinstitutionelle Beziehungen in einem Rahmen organisiert, der die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft fördert.

Ein weiteres beachtliches Beispiel für kommunale Governance wird durch die Erfahrung von Kooperation zwischen den Gemeinden dargestellt (Verbände/Aufkommen kleiner Städte). Verbände und Kooperation zwischen den Städten können durch die Präsenz einer multipolaren Logik der Governance beschrieben werden, das bedeutet, bei gleichzeitiger Anwesenheit übernehmen verschiedene Akteure strategische Koordinierungsfunktionen. Die erste wird von den Regionen repräsentiert; weitere bedeutende Akteure sind die öffentlichen Agenturen in den Bergregionen (Comunità Montane), eine „innerstädtische Arbeitsgemeinschaft“ (ConSORZI tra i Comuni) und erst seit kurzer Zeit die „kommunalen inter-institutionellen Abkommen“ (Piani Integrati territoriali).

Der Beginn des Governance-Projektes durch die „Abteilung des öffentlichen Dienstes“ (Dipartimento della Funzione Pubblica) in Zusammenarbeit mit Formez bestätigt, dass die Tendenz in der öffentlichen Verwaltung Italiens zu Formen der öffentlichen Governance hin geht.

Das Governance-Projekt

Die Ziele der Abteilung des öffentlichen Dienstes/Formez Governance-Projektes beinhalten die Auswahl von Methoden, Modellen und Systemen, die kontinuierliches Funktionieren verschiedener Systeme im Rahmen interner, externer und inter-institutioneller Governance ermöglichen. Verschiedene Initiativen wurden vorangetrieben, finanziert, einschließlich die Überwachung der Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung, während für die technische Unterstützung bei der Entwicklung von innovativen Programmierungssystemen, Management und Überprüfungen gesorgt war.

Weitere Initiativen sind Anreize für die Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen, um die Machbarkeit und den Erfolg von Politik und Interventionsprogrammen darzustellen und das Anwachsen der professionellen Expertise sowie der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung durch Wissensmanagement und Darstellungsmanagement sicherzustellen.

(www.progettogovernance.it)

Wie bereits erwähnt, stellen die beiden Dimensionen (öffentliche Governance und die Beziehungen zwischen dem Dritten Sektor und der öffentlichen Verwaltung) einen Beginn für die Definition eines Modells dar, das verschiedene Erfahrungen von Inkubatoren sozialer Unternehmen analysiert, die in Italien entweder direkt von kommunalen Regierungen oder durch Partnerschaften zwischen verschiedenen am Markt agierenden Spielern gefördert wurden.

Politik für eine solidaritätsgestützte kommunale Entwicklung: Der Fall Rom

Die Gemeindeverwaltung Roms hat zahlreiche Aktionen gefördert, um das zu unterstützen und zu entwickeln, was der Stadtrat als die „andere Ökonomie“ bezeichnet, womit die Gesamtheit der ökonomischen Bereiche und Betreiber gemeint ist, die irgendwo zwischen dem Dritten Sektor und der Sphäre der „verantwortungsvollen“ Unternehmen rangieren. Der Dritte Sektor dagegen bezeichnet die Gesamtheit der Non-Profit-Organisationen, die gemeinschaftlichen Nutzen und Umweltziele verfolgen. Der Begriff „verantwortungsvolle Unternehmen“ bezieht sich auf die Arbeit, die von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen³ und der Europäischen Kommission⁴ verrichtet wird.

Die Stadt Rom hat in den vergangenen Jahren über 60 Millionen Euro verwaltet, die für den Zweck der Förderung von Klein-Unternehmen verwendet wurden – sie sollten möglichst in gemeinnützige Unternehmen fließen – in den

³ Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights. UN document e/c.4/sub.2/2003/12/rev.2 (2003)

⁴ Europäische Kommission, Green book on Corporate Social Responsibility (2001) (Grünbuch über die europäischen Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen).

sehr benachteiligten Randgebieten der Stadt. So wurde das Aktionsprogramm „Peripheriegürtel“ genannt, wo der Stadtrat mit globalen Aktionen oder ausgewählten spezifischen Anteilen in der Lage ist, geplante Aktionen und Maßnahmen für Gebiete zu steuern, in denen andere soziale-, umweltfreundliche- und Stadtplanungsaktionen durchgeführt worden sind. Von der genannten Mittelsumme wurden 23 Millionen Euro (39 %) in geschäftliche Dienstleistungsaktivitäten gesteckt und der Rest floss in Subventionen. Bis dato wurden über 5.000 Projekte vorgeschlagen (Geschäftsideen und Businesspläne), davon wurden 750 ausgewählt, 380 beendeten ihr Investitionsprogramm. Erfolgreiche Unternehmen haben 37 Millionen Euro erhalten, mit denen sie 3.400 neue Arbeitsplätze⁵ schaffen sollten bei einer Durchschnittserwartung von über 4,5 neuen Stellen pro finanziertes Unternehmen (Messina, 2004).

Ein komplexes System von Aktionen wurde geschaffen, um dieses Programm umzusetzen. Bei der Förderung der kommunalen Entwicklung geht es nicht nur um eine Frage der Verteilung von Subventionen für Unternehmen, vor allem, wenn kleine soziale Unternehmen betroffen sind, sondern es geht vielmehr um den Aufbau eines Netzwerkes von Beziehungen und Informationen, das zum Wachstum der sozialen und ökonomischen Umgebung beiträgt.

Die Gewährung von Zuwendungen ist nur ein Teil in einem intensiven Netzwerk von Dienstleistungen und Aktivitäten, die zum Ziel haben, dies konsensual und kooperativ voranzutreiben und zu erarbeiten.

Unternehmensinkubatoren

Es gibt fünf große Projekte:

- *Incipit*: Ein traditioneller Inkubator hat ungefähr drei Jahre in Corviale gearbeitet, einer bekannten Gegend in den Vororten Roms, und 10 Unternehmen aus unterschiedlichen Sektoren mit fünfzehn assoziierten Unternehmen untergebracht. Jetzt ist die „zweite Generation“ dieser Firmen gerade mit einer interessanten Spezialisierungskombination auf zwei Branchen in die Inkubationsphase eingetreten: Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) basiert auf Web Anwendungen (vier Firmen sind schon gut gehende Firmen in dieser Branche); Handwerk aus Holz, Textilien, Schmuck (6 Firmen). Incipit bildet in funktionaler und architektonischer Hinsicht eine Qualitätsstruktur, die ihr Potenzial auf dem Gebiet noch stärker entwickeln muss. Es ist notwendig, Links zu anderen vitalen Knotenpunkten des Stadtgebiets (Stadtbücherei, Berufsbildungszentrum, Workshops) und mit den übrigen Bereichen (Universitäten, Handelskammer, Schulen usw.) herzustellen.

⁵ Dieses Ergebnis, wenn es gänzlich umgesetzt würde, könnte – ceteris paribus - die Arbeitslosenrate der Stadt um 0,30 % , die dann von 7,2 % auf 6,9 % fallen würde.

- *Start*⁶: Ist in den Filmstudios der Cinecittà untergebracht, den einzigen ihrer Art in Europa. Dieser Inkubator ist berufsbildend, d.h. er beherbergt nur High-Tech-Firmen, die im Audio-Video-Bereich und auf dem Multimedia-Produktionssektor arbeiten. Den Unternehmen, die in einer sehr wettbewerbsorientierten Nische arbeiten, wird eine nennenswerte Unterstützung gewährt, denn dieser Sektor erfordert konstante Verbesserung bei der angebotenen Qualität. Hier sind acht Unternehmen mit zehn assoziierten Unternehmen untergebracht. Wie Incipit in Corviale, bringt Start gerade die zweite Generation von Firmen unter. Die ersten haben einige herausragende Erfolge vor allem auf dem Gebiet der Computergraphik zustande gebracht.
- *InVerso*: Mit 1.000 Quadratmetern ist dieser Inkubator den typisch sozialen Unternehmen verschrieben. Er beherbergt derzeit fünfzehn Unternehmen: Kooperativen, soziale Kooperativen und andere Unternehmenstypen, die im Non Profit-Bereich arbeiten wollen.
- *Play*: Ein weiterer berufsbildender Inkubator, der sich auf Unternehmen spezialisiert hat, die Kultur- und Freizeit-Events produzieren (Theater, Kino, Tanz, Musik, usw.). Hier sind acht Unternehmen mit zehn assoziierten Unternehmen untergebracht. Er existiert seit September 2005 und wir beobachten die erste Firmengeneration.
- *Floss*: Wurde gerade gegründet und ist ein Berufsbildungs-Inkubator, der sich der Förderung von ICT-Firmen widmet, die Open-Source-Software, also freie und offene Software, entwickeln wollen. Die Säulen des Projektes werden von zwei Firmen getragen: (i) sie unterstützen die kommunale Versorgung mit freier Software in Rom, (ii) bilden ein Netzwerk von Betreibern, die ein Exzellenzzentrum darstellen, das in der Lage ist, die schrittweise Umstellung der Gemeindeverwaltung in Richtung Open Source – Anwendungen zu begleiten.

Dienstleistungszentren

Zwei Zentren wurden gegründet, um technische Unterstützung, Führung, Training und Tutorien für bereits arbeitende und noch in der Gründungsphase befindliche Unternehmen zu leisten sowie für Unternehmer, die Zugang zu Förderanreizen haben wollen. Ein Büro wurde im Caritas-Zentrum in der Via delle Zoccolette in Rom eröffnet, einem Referenzpunkt für Ausländer. Er wurde speziell ausgewählt, um Migranten bei der Gründung von Unternehmen zu fördern.

⁶ Teil des Programms der Stadt Rom für die Förderung kleiner Unternehmen in den Stadtvierteln. „Start“ ist eines der 5 Inkubatoren
<http://www.autopromozionesociale.it/modules.php?sel=Incubato.htm&name=autohtml>

Garantiefonds

Der Zugang zu Krediten ist für Kleinunternehmen in der Gründungsphase sehr schwierig. Wie aus unseren Daten hervorgeht, ist dies der erste Verzugsfaktor. Deshalb wurden die Garantiefonds gegründet, um dem Bedürfnis, finanzielle Partner auf der kommunalen und „sensiblen“ Ebene zu finden, Rechnung zu tragen. Der erste Fonds (insgesamt 500.000 Euro mit einem Multiplikator von 15⁷) wurde vor vier Jahren mit der *Banca de Credito Cooperativo di Roma* eingerichtet. Das Ziel dieses Fonds besteht darin, den Zugang zur Förderung für jene Unternehmen zu garantieren: durch die Vergabe von Subventionen - die niemals 50% der prognostizierten Anlagemittel übersteigen - und durch die Vergabe von Darlehen, um ihre Initiative zu vervollständigen. Er dient auch dazu, Beiträge, auf Managementkonten vorzuschließen, um kapitalschwachen Unternehmen Liquidität zu garantieren.

Ende 2004 wurde ein weiterer Fonds in der *Banca Popolare Etica* eröffnet, der ersten und einzigen Bank Italiens, die ethische Finanzierungsprinzipien vertritt (www.bancaetica.com; Messina 2005 b). In diesem Fall beträgt die Höhe des Fonds bis zu 250.000 Euro, wieder mit einem Multiplikator von 15. Dieser Fonds will ein Finanzierungsinstrument einrichten, das speziell auf soziale Unternehmen, Kooperativen und alle Unternehmen zugeschnitten ist, die – dank anderer Methoden – in der Linie eines verantwortungsvollen Unternehmens handeln.

Die gegebenen Garantien gelten auch für kurzfristige Zahlungsverpflichtungen, wie Rechnungsvorschüsse und - ein weiterer, sehr erschwerender Faktor für kleine Firmengründungen – Bürgschaftsbriefe für die Anmietung von Büros und Gewerberäumen.

Zur Definition eines verantwortungsvollen ökonomischen Territoriums

Der Stadtrat von Rom hat sich eindeutig dafür entschieden, mit dem Einsatz von Infrastruktur und Anreizen, die Arbeitsweise der Unternehmen in der Stadt zu außergewöhnlichen Aktionen anzutreiben. Dieses Ziel wird mit Aktionen verfolgt, die nach Typ und Wirkungsgrad variieren:

- Vorzugsbedingungen für den Zugang zu Betriebsmitteln;
- Dienstleistungs-, Informations- und Weiterbildungsstrukturen;
- Sensibilisierungskampagnen für die Bürger;
- Start von besonderen Projekten, die einen Anreiz für produktive, ökonomische und finanzielle Prozesse haben.

Im Hinblick auf den ersten Punkt wurden dem Aufruf für Unternehmensvorschläge zwei Klauseln beigefügt. Die erste Klausel bezieht sich auf die Ansiedlung des Unternehmens in den Bereichen „biologische Lebensmittel“ oder „Fai-

⁷ Das heißt, dass wenn die Stadt 750.000 € gibt, Banken Geld bis zu 750.000 € x 15 geben.

rer Handel“. Die zweite Klausel bezieht sich auf die Verpflichtung des Unternehmens, die soziale und umweltspezifische Wirkung seiner Aktivität in verschiedener Hinsicht in Zusammenarbeit mit allen Stakeholder-Kategorien zu evaluieren. Mit Bezug auf die Ansiedlung in den Sektoren „biologische Lebensmittel/Fairer Handel“ zeigt Tabelle 1 die wichtigsten Ergebnisse. Man kann sehen, dass die Wirkung der Klauseln nicht unerheblich war, denn sie hat den Durchschnitt auf 15% der gegründeten Unternehmen als Ergebnis der Tatsache erhöht,⁸ dass sie die erwünschten Charakteristika besaßen.

Tabelle 1

Unternehmen in den Bereichen „Biologische Lebensmittel/Fairer Handel“

	Vom Gesamtangebot erhalten	Aus gegründeten Unternehmen
Zahl der Unternehmen	12 %	16 %
Vorgeschlagene Investitionssumme	16 %	13 %
Beantragte Subventionen	15 %	18 %
Geplanter Zuwachs in Arbeitsplätzen	12 %	11 %

Die zweite Klausel bezieht sich auf den höheren Punktestand, der in den Auswahlkriterien für Unternehmen gegeben wurde, die „es unternehmen, Formen der Zertifizierung oder Evaluierung der sozialen oder ökologischen Wirkung ihrer Aktivität einzuführen („Sozialbilanz“ oder „Ökobilanz“), teilweise über eine direkte Beteiligung der *Stakeholder* (Arbeiter, Aktionäre, Kunden, Förderer, öffentliche Körperschaften, usw.)“ Dies ist natürlich eine Verpflichtung, die immer wieder überprüft wird (genauso wie die Pläne für ansteigende Beschäftigungszahlen). Das Unternehmen muss nicht nur eine allgemeine Verpflichtung einhalten, um zusätzliche Punkte zu bekommen, sondern auch seine künftig geplanten Vorgehensweisen bekannt geben (Fortbildungskurse, Schaffung von Evaluierungskomitees, Auswahl von Indikatoren, usw.), um seine Glaubwürdigkeit zu belegen und positiv evaluiert zu werden.

Es geht wirklich nicht darum, die Berater und die Unternehmen mit einem „ethischen“ Zertifikat zu belohnen (z.B. SA8000), sondern darum, einfache „tägliche“ Vorgehensweisen zu fördern, die besonders für Kleinunternehmen der einzige Weg zu sein scheinen, eine verantwortliche Haltung zu garantieren.⁹

⁸ Die Differenz ist relevant zwischen einer benehmens-orientierten Politik und einer bereichsorientierten. Die Wahl der Gemeinderregierung Roms hat parallele „gute“ Praktiken gefördert, ohne Bedeutung für die Aktivität des ökonomischen Bereichs, indem sie entwickelt werden.

⁹ Das ist eine lang Zeit der Erfahrung der italienischen Kooperativen, die im vergangenen Jahrzehnt und im Dritten Sektor wieder stark aufgeblüht sind. Ihre Umgangsformen zeigen tatsächlich, wie sehr gemein-

Tabelle 2**Die Ergebnisse: Unternehmensverpflichtung, einen Sozialbericht zu erstellen**

	vom Gesamtangebot erhalten	aus gegründeten Unternehmen
Zahl der Unternehmen	19 %	35 %
Vorgeschlagene Investitionssumme	23 %	26 %
Beantragte Subventionen	21 %	36 %
Geplanter Zuwachs an Arbeitsplätzen	21 %	33 %

Ganz deutlich wird ein hoher Prozentsatz erreicht (35 %). Das besagt, eine wachsende Zahl von Kleinunternehmen in Rom will die Kultur der verantwortungsvollen Unternehmensführung übernehmen und benötigt dafür Werkzeuge des Managements. Um diesen Anreiz langfristig zu verstärken und zu stützen, wurde beschlossen, den Unternehmen durch ein Instrument zu helfen, diesen neuen Weg der „Verantwortung“ in Unternehmen mit sozialer und ökologischer Ausrichtung zu gehen. Natürlich, wer kulturelles Wachstum unter Unternehmern pflegen will (und nicht nur dort), der sollte mit allen angemessenen Qualifizierungsmaßnahmen, methodologischen Ansätzen und aktualisierten übertragbaren Informationen ausgestattet sein.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2005 wurde das erste Zentrum für ethisches und verantwortungsvolles Unternehmertum (RespEt, www.respet.org) mit der Aufgabe eröffnet, Roms produktive Händler zu ermutigen, sozial verantwortungsvoll zu agieren. Weiterhin wurde ein *ad hoc Memorandum* mit der Handelskammer von Rom unterzeichnet, um gemeinsam mit den städtischen Unternehmen dieses Ziel der Information und Schulung zu verfolgen.

Partizipation im Zentrum eines Projektes der „Anderen Ökonomie“

Hier liegt die entscheidende Innovation in der Gesamtheit von Aktivitäten, die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt wurden, um die alternative Non-Profit-Ökonomie anzuspornen. Die Gemeinde von Rom konsultiert diese Händler (von denen die meisten auf freiwilliger Basis arbeiten) durch den „Ausschuss für eine andere Ökonomie“, einen Treffpunkt, wo die Stadtverwaltung ihre Pläne mit Vereinigungen, Gruppen und Unternehmen, die neue Formen der Ökonomie definieren wollen, schmieden kann. Dies ist einer

von zahlreichen Aspekten des Multi-Stakeholders und partizipativen Ansatzes, der für langfristige kommunale Entwicklungspolitiken verfolgt werden muss (Scott, 2001).

Die 2001 begonnene Tätigkeit des Ausschusses für die andere Ökonomie bringt sehr interessante Ergebnisse zutage und hat zu einer Reihe von komplexen und integrierten Projekten geführt. Das Interessanteste ist zweifellos die „Stadt der Anderen Ökonomie“, ein permanentes Zentrum, das gleichermaßen Dienstleistungszentrum und Unternehmensinkubator ist – untergebracht im ehemaligen Schlachthof Roms. Die „Stadt der Anderen Ökonomie“ hat eine Fläche von 3.500 Quadratmetern und eine wichtige Rolle, nämlich die Erfahrungen mit der alternativen Ökonomie der Stadt zu fördern, weiterzugeben und zu festigen. Die „Stadt der anderen Ökonomie“ wird für verantwortungsvolle Erfahrungen mit Unternehmen in Rom (und vielleicht andernorts) eine antreibende Kraft sein. Hier können sich Unternehmen – und Kunden/Bürger – treffen, Erfahrungen austauschen, Mitglieder der Gemeinschaft und Produzenten treffen (aus dem Süden, aus den Randgebieten der Stadt) und neue Produkte des fairen Handels, ethische Finanzierung oder Bereiche der open-source-Software, also frei zugänglicher Software, ausprobieren.

In den ersten drei Jahren werden die Stadt und die dort untergebrachten Unternehmen von einem Service betreut werden, der Weiterbildung, Tutorien und technische Hilfe anbietet, aber das Zentrum soll langfristig wirtschaftlich und finanziell autonom werden.

Studien für das Management sollen das Projekt von einer verwaltungstechnischen Seite im Hinblick auf seine Zielverpflichtung innovativ und konsistent machen. Die rechtliche Lösung, die gefunden wurde, um die partizipativen und kooperativen Aspekte aus der Planungsphase auch zukünftig zu garantieren, ist die Form eines Konsortiums, das allen auf der Basis Solidarischer Ökonomie arbeitenden Beteiligten eine Gelegenheit zur Mitarbeit auf wechselseitiger Non-Profit und Reziprozitätbasis anbietet.

Von einem architektonischen Standpunkt aus „hat das Projekt einen neuen Raum erfunden, um Pergolen und Keller zu nutzen und, sofern es die besondere Art des vorhandenen Gebäudes zuließ, wurde es nachhaltig restauriert, d.h. seine Architektur verweist auf die Umweltfrage, setzt technische Innovation, ökologische und recycelte Materialien ein und verwendet gleichzeitig passive und photovoltaische Systeme.“¹⁰ Folglich hat es einen hohen Grad an Experimentierfreude und logischer Kohärenz, vom ökonomischen, finanziellen und administrativen Management bis hin zum architektonischen Projekt und dem partizipativen Managementmodell.

¹⁰ Akte der Gemeinde von Rom, Nr. 55, 5. August 2004

Die Stadt der anderen Ökonomie

Die Stadt der anderen Ökonomie ist ein wichtiger Kandidat, um zu einem wahren Zentrum in geographischer und symbolischer Hinsicht zu werden. Den Kleinunternehmen von Rom wird eine komplexe Operation vorgeschlagen, zumindest denen, die die Herausforderung der Innovation und die nachhaltige Beziehung zur Stadt annehmen.

Dieses Projekt stellt für Europa eine einzigartige Erfahrung dar und kann ein Schlüssel für die Entwicklung eines Stadtviertels der Anderen Ökonomie werden, d.h. ein starkes Netzwerk des Austausches und der Beziehungen – ökonomisch, finanziell, kulturell und sozial – welches vom E-commerce bis zu Käufergruppen die neue Form einer „Stadt der Unternehmen“ auf der Basis einer kohärenten Aufwertung des Stadtgebietes entwickelt.

Die allgemeinen Grundzüge des Bezirkprojektes wurden auf vorläufiger Basis durch den Stadtrat im letzten Aktionsplan genehmigt (Beschluss 89 vom 23. Februar 2005), der die folgenden Ziele formulierte:

- den ökonomischen und kulturellen Austausch im Netzwerk der Beteiligten für alternative Ökonomie fördern;
- die Potentiale der Mitglieder durch gemeinschaftliche Werbemaßnahmen stärken;
- die Entwicklung durch gemeinschaftlich verwendete Management- und Dienstleistungswerkzeuge pflegen;
- Neue Erfahrungen auf dem Gebiet der alternativen Ökonomie anspornen.

Diese Grundzüge zeigen deutlich, dass wir über ein Netzwerk-Modell sprechen und zwar mehr als über einen Bezirk im geographischen Sinn. Dieses Netzwerk, das unter Bürgern, Firmen, Kunden, Produzenten, kommunalen Behörden und so weiter aufgebaut wird¹¹, ist die Hauptachse dieses Projekts für eine auf Solidarität gestützte Ökonomie Roms.

Unternehmen und Inkubatoren für gemeinnützige Unternehmen in einem sich verändernden Szenarium

Unternehmensinkubatoren zur Steigerung unternehmerischen Erfolges und individueller Möglichkeiten; Unternehmensinkubatoren als Initiator für neue Unternehmen und Arbeitsplätze, Unternehmensinkubatoren als politisches Instrument; Unternehmensinkubatoren, um soziale Veränderung voranzutreiben.

1980 kamen die Unternehmensinkubatoren auf und legitimierten ihre Rolle als ökonomisches Entwicklungsinstrument, um Unternehmen „flügge“ zu machen, zum Wachstum zu verhelfen und den Prozess der Unternehmensgründung zu beschleunigen.

¹¹ Mance (2001)

Breitgefächerte Interessen an den Unternehmensinkubatoren setzten Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre ein.¹²

Der erste Unternehmensinkubator stammt aus dem Jahr 1958 aus Batavia, New York. Es war das BIC (Industrielles Zentrum Batavia, ein profitorientierter Inkubator) und einer der ersten Kunden soll ein Geflügelzüchter gewesen sein – daher der Begriff „Inkubator“, was soviel heißt wie Brutkasten oder Schonraum. (Eshun, 2004).

Verschiedene Institutionen haben ihn als Werkzeug und Vehikel für eine soziale und ökonomische Belebung ihrer Gebiete angesehen, um den unternehmerischen Prozess von der Geschäftsidee zur Geschäftsgründung zu beschleunigen und um die Zeit zum Marktauftritt zu verkürzen, indem die potenziellen Unternehmer in der Gründungsphase gecoacht werden.

Große Unternehmen aktivierten Partnerschaften mit anderen Institutionen (Universitäten, Polytechnik, Wissenschaftsparks, kommunale öffentlichen Behörden und Agenturen) indem sie „im eigenen Haus“ einen eigenen Inkubator betrieben, um bestimmte Gebiete und Funktionsweisen zu entwickeln.¹³ Finanzinstitute sehen sie als eine Gelegenheit an, um ihre Risikokapitalinvestitionen zu erhöhen und stellen sich selbst als Beschleuniger der Unternehmensetablierung dar, als Kapital-Mentoren und Unternehmensengel usw. Schließlich haben Akademiker und Forscher die Rolle dieses Komplexes, der sich wie ein Chamäleon wandelt und verändert, mit erhöhter Aufmerksamkeit betrachtet.

Der Unternehmensinkubator taucht als eine komplexe Einheit auf entsprechend:

- seiner institutionellen Natur (öffentlich, privat gewinnorientiert, privat nicht gewinnorientiert)
- sein Feld der ökonomischen Aktivität (High Tech, Bio-Technologie, Landwirtschaft, Dienstleistungen, Sozialdienste und soziale Unternehmen, sub-industriell, usw.)
- seine fassbaren und unfassbaren Dienstleistungen für Pächter (es gibt verschiedene „virtuelle“ Inkubatoren, die keine physischen Räume darstellen, wie die tatsächlich angesiedelten, aber ihre Aktionen darauf lenken, die unternehmerischen Fähigkeiten zu schulen und an einem internen und externen Netzwerk von Unternehmensgründungen zu arbeiten.)

¹² 1980 existieren in den USA nur 12 Unternehmensinkubatoren. 1990 arbeiteten bereits 400. Israel, China, das Vereinigte Königreich und Australien waren mit diesem Modell besonders erfolgreich, vor allem im IT-Bereich, in der Forschung und Entwicklung. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen trat als Sponsor von 200 Unternehmensinkubatoren in sieben Ländern, in denen die Industrialisierung stattfand. (www.wetc.org)

¹³ Große Unternehmen haben ihre eigenen Inkubatoren, die den Gründungen helfen (besonders in der Biotechnologie und Pharmazie) mit der Entwicklung von Geschäftsplänen, sichern ihnen das Vermögen am geistigen Eigentum, stellen ihnen Laborplätze mit Raum für Forschung zu Verfügung. Die meisten aktivieren öffentliche-private-akademische Partnerschaften und hoffen, einen Rücklauf bei den Investitionen in die Gründungen zu erhalten.

Der Unternehmensinkubator kann als „chamäleonartig“ angesehen werden, weil er immer zu großen Teilen Missionen, Werte und Besonderheiten der Gemeinschaft, der Stadt und der Region, wo er angesiedelt ist, absorbiert und reflektiert. Wenn auch der Unternehmensinkubator eine sich verändernde Einheit ist, die sozialen und ökonomischen Strömungen folgt, und von seinen Stakeholders auf jeder Ebene geführt werden kann: Politiker, Wirtschaftsinstitutionen, kommunale und informelle Gemeinschaften.

In diesem Sinn, so betonen einige Autoren (Eshun, 2004), wurden Typen von Unternehmensinkubatoren mit einer inkonsistenten Mischung von nicht zutreffenden und konventionellen Etiketten charakterisiert, die ihre Differenzierungs- und Klassifizierungsproblematik begründen.¹⁴ Laut Totterman und Sten (2005), ist in der letzten Zeit ein Interesse gewachsen, Maßnahmen einzusetzen, die es erlauben, unter einer größeren Zahl von Unternehmens-Inkubatoren Maßstäbe zu setzen, um die Kategorisierung von Unternehmensinkubatoren in einer vielseitigen Perspektive zu gewähren¹⁵. Dieser Bericht wird nicht die Ursprünge, Definitionen und die akademische Diskussion über Konzepte von Unternehmensinkubatoren untersuchen. Das Schaubild 3 will einen Vorschlag und ein Schema aufzeigen, das verschiedene Beiträge von mehreren Autoren zusammenfasst (Eshun, 2004; Totterman, Sten 2005; Boschette u. a., 2005) sowie institutionelle Berichte und Meinungsumfragen (Europäische Kommission GD Unternehmen, 2002)

Schließlich stellt es eine nützliche topographische Karte dar, um den Fokus dieser Arbeit besser zu verdeutlichen: Der Inkubator des gemeinnützigen Unternehmens und seine Ansiedlung in dem sich verändernden Szenario.

Die meisten Definitionen fassen den Unternehmensinkubator als ein bestehendes Gebäude, um verschiedene Pächter ebenso wie verschiedene Arten von Industrie und Handwerk unterzubringen. Den Pächtern werden neben einer niedrigen Gewerbemiete, Leasingangebote mit geteilten Dienstleistungen wie Telefon, Fax, Kopiergerät, Internetzugang, Konferenzräume, Bibliothek und unsichtbare Dienstleistungen angeboten: Managementberatung und Unternehmensassistenten. Dafür sollte das Management des Inkubators als Bindeglied für Kontakte innerhalb der kommunalen Gemeinschaft dienen und den Pächtern bei der Netzwerkarbeit außerhalb des Inkubators helfen.

Es gibt das Bestreben, die Unternehmensinkubatoren zu unterscheiden und ihren Werdegang nach Strukturen, angebotenen Diensten, Zielen, institutionellen Formen und speziellen wirtschaftlichen Gebieten zu kennzeichnen. Das Schaubild 3 zeigt den institutionellen Charakter ihrer Entwicklung entsprechend auf und unterscheidet seit den 60er Jahren – als der erste Inkubator aufkam – bis heute in: öffentlich, privat gemeinnützig und privat profitorientiert.

¹⁴ Eshun, J.P., (2004), S. 182

¹⁵ Totterman, H. und Sten J. (2005), S. 487

Alle Stadien sind durch das Vorhandensein von unterschiedlichen Typen und Modellen gekennzeichnet: Inkubatoren für Familienunternehmen (der erste Inkubator in Batavia wurde von einer prominenten ortsansässigen Familie geführt), Wissenschaftsparks, öffentliche Programme, um Kleinunternehmen zu unterstützen, auf Branchen spezialisierte Inkubatoren, usw. Deshalb kommen in der letzten Zeit immer mehr hybride Formen und Netzwerke auf, wie einige Autoren betonen (Eshun, 2004).

Der Nationale Verband der Unternehmensinkubatoren, ein großes Netzwerk der Unternehmens-Inkubatoren in den USA¹⁶ zeichnet ihre Geschichte nach und führt sie zurück auf drei unterschiedliche Bewegungen.

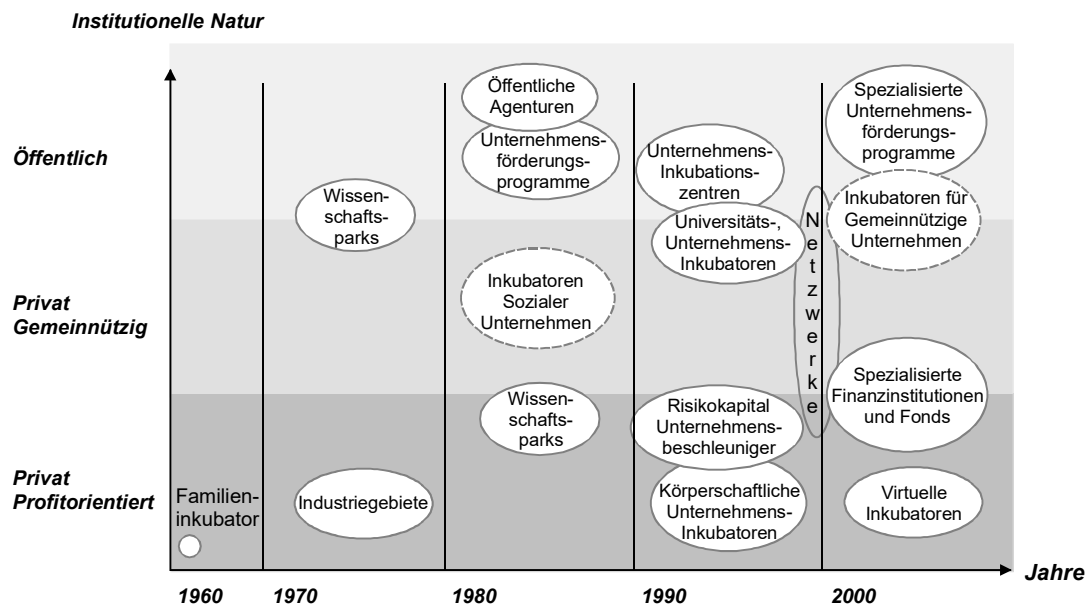
Die erste Bewegung verwendete alte Fabriken und verlassene Gebäude in wirtschaftlich problematischen Gebieten des Nordostens und mittleren Westens und unterteilte sie in kleinere Räume für kleinere Firmen. Die zweite Bewegung wurde von der National Science Foundation (Nationale Wissenschaftsstiftung) als ein Weg initiiert, um Innovation und Unternehmertum landesweit in Universitäten zu vereinfachen. Die dritte Bewegung entsprang dem Privatsektor, weil unabhängige Investoren ihre Erfahrungen als Risikokapitalanleger in neueren, dynamischen Formen anlegen wollten. In dem sie Gründungen aus Bequemlichkeit und aus wirtschaftlichen Gründen poolten konnten sie das unternehmerische Risiko mindern und sich an die Spitze der Kommerzialisierung von aufkommenden Technologien katapultieren.

In anderen Ländern ist ein anderes Netzwerk bedeutend: AABI (Asiatische Vereinigung der Unternehmensinkubatoren), ASPA (Asiatische Wissenschaftspark Vereinigung), BASTIC (Baltische Vereinigung für Wissenschaft und Technologie-Parks und Innovationszentren), CABIN (Zentralasiens Netzwerk für Unternehmensinkubatoren), IASP (Internationaler Verband für Wissenschaftsparks, Spanien), EBN (Europäisches Unternehmens- und Innovationsnetzwerk) usw.

¹⁶ www.nbia.org

Schaubild 3

Unternehmensinkubation: Stadien und Entwicklungen



Bei der Betrachtung von Inkubatoren für soziale Unternehmen ist es interessant, dass der öffentliche Sektor diesem Konzept sehr nahe steht, besonders in der jüngeren Vergangenheit, weil er seine eigenen operativen Einheiten und Aktionen einsetzt, um soziale Unternehmen zu unterstützen.¹⁷

Typen und Entwicklungsstadien von Unternehmensinkubatoren

Eshun (2004)¹⁸ beschreibt vier evolutionäre Stadien und sieben Typen von Unternehmensinkubatoren.¹⁹ Das erste Stadium nennt er die „Einleitung oder Genesis Stadien“ (1959-1979). Es entstand der New Yorker Prototyp. Der tatsächliche vorhandene Unternehmensinkubator war geschaffen, um praktische und professionelle industrielle und kommerzielle Dienstleistungen für Unternehmertum und neue Gründungen im Tausch für Miete zu gewähren. In dieser Zeit waren Partnerschaften mit Institutionen aus dem akademischen und forschenden Bereich in den Anfängen.

In dem „Frühen Wachstumsstadium“ (1980-1989) investierten kommunale Regierungen in Programme für Unternehmensinkubatoren: auf ihrer Suche nach Lösungen für ökonomische Entwicklungsbedürfnisse und –herausforderungen.

¹⁷ Beispiele in dieser Hinsicht können die Initiativen der Europäischen Gemeinschaft sein, d.h. das Programm EQUAL (http://ec.europa.eu/employment_social/equal/Index_en.cfme); die „soziale Unternehmens Einheit“ des Dienstes für Kleine Unternehmen, Department of Trade and Industry in UK, (www.sbs.gov.uk); „Autopromozione Sociale“, mit seinen Programmen der Anreize für kommunale Kleinunternehmen und für Betreibern der sozialen Wirtschaft. (www.autopromozionesociale.it).

¹⁸ Eshun untersucht drei Regionen: New York, New Jersey und Pennsylvania mit einer 130 Unternehmen. Eshun (2004).

¹⁹ Eshun, J.P. (2004), S. 115-189

Ihre Rolle war es, kleine Firmen zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu schaffen und das Steueraufkommen für kommunale Gemeinschaften zu erhöhen. In diesem Stadium, so Eshun, wurde der erste Inkubator für gemeinnütziges Unternehmertum eingesetzt: Kirchen und religiöse Bewegungen kooperierten mit dem öffentlichen und dem privaten Sektor, besonders auf kommunaler Ebene, um Programme umzusetzen, die auf die soziale und wirtschaftliche Belebung der Gemeinden abzielten. Dieser Inkubator für gemeinnützige Unternehmen richtete sich auf die Arbeit mit Pflegediensten, Sozialwohnungen und Bildung ein.

Das „Erwachsenenstadium“ (1990-1999) wird von technologischen Neuerungen und anwachsendem Risikokapital geprägt. Die schnelle Entwicklung von industriellen Sub-Bereichen erlaubte die Spezialisierung von Unternehmensinkubatoren und Allianzen mit Finanzinstitutionen und Spin-offs mit anderen Akteuren, die in spezifischen ökonomischen Feldern arbeiten (z. B. Technologietransfer, Forschung und Entwicklung usw.).

Schließlich scheint das „Reifestadium“ zunehmend durch Typen von Inkubatoren charakterisiert zu werden, in denen sich einige Stakeholder in unterschiedlichem Maß am Modell beteiligen. Deshalb ist eine signifikante Identifizierung und Abgrenzung heute komplizierter als in den 90ern.

In diesem Sinn möchte dieser Beitrag keine vollständige Beschreibung aller Typologien geben, aber der Blick soll auf die Inkubatoren für gemeinnützige Unternehmen gerichtet werden, um zu zeigen welches seine Hauptkriterien sind, was Inkubatoren für soziale Unternehmen im italienischen Kontext bedeuten können und was diese tatsächlich produzieren.

In den letzten Jahren beobachten wir ein neues Phänomen: Die Netzwerkarbeit zwischen unterschiedlichen Typen von Stakeholdern, die das Entstehen neuer Modelle und Aktionen begünstigt, in denen Inkubatoren für soziale Unternehmen eine strategische Rolle einzunehmen scheinen. Besonders auf kommunaler Ebene sieht der Non-Profit-Sektor den Inkubator für soziale Unternehmen als einen Teil von sich an, indem er ihn in seinen Missionen und Werten anerkennt; der öffentliche Sektor identifiziert ihn als ein Werkzeug für die politische Praxis *policy making* und um die kommunale Wirtschaft neu zu beleben; für den Profitbereich schließlich kann er Aktivitäten diversifizieren und die „Verantwortung“ seiner Arbeitsweise entsprechend seiner Marketing-Strategie aufzeigen.

Weiterhin gilt ihnen ein wachsendes Interesse, weil man von ihnen erwartet, die Schöpfer und tragenden Kräfte funktionierender Unternehmensnetzwerke zu werden. Das erklärt, warum in der aktuellen Diskussion heute das soziale Kapital neu bewertet wird. Einige Forschungen verweisen auf die sozialen Aspekte des Unternehmertums als zentral für das nachhaltige Wachstum und den Erfolg eines Unternehmens.²⁰

²⁰Totterman, H. and Sten J. (2005)

Ein Lebenszyklusmodell für den Inkubator sozialer Unternehmen

Die verschiedenen Erfahrungen mit dem Inkubator für soziale Unternehmen können mit einem Lebenskreislaufmodell analysiert werden oder zumindest mit einem Modell für die Phasen der organisatorischen Entwicklung. In dieser Hinsicht ist der Verweis auf die Überlegungen zu Modellen des „organisatorischen Wachstums“, die für Non-Profit-Organisationen verwendet werden, sehr hilfreich (Connors 1998).

In diesem Modell sind vier Hauptphasen beschrieben, die von der Geburt, dem Aufwachsen/Gruppe, Wachstum/Vorstand und Reife verlaufen, der eine Phase der Wiedergeburt/Recycling oder einer Phase des Niedergangs folgen kann.

Die Einbeziehung der Non-Profit-Organisationen, die in verschiedenen Phasen analysiert werden kann, beginnt mit einigen Variablen, die als Indikatoren für seine Position dienen. Das sind leicht handhabbare Rollen, die in der organisatorischen Struktur verankert sind, wie das Vorhandensein des Projektmanagements, die Methoden zur Mitarbeiterführung und die verschiedenen Typen des Personals (Freiwillige, Beschäftigte), die Finanzfunktion und die Geldbeschaffungsaktivitäten, Marketingpolitik und institutionelle Kommunikation.

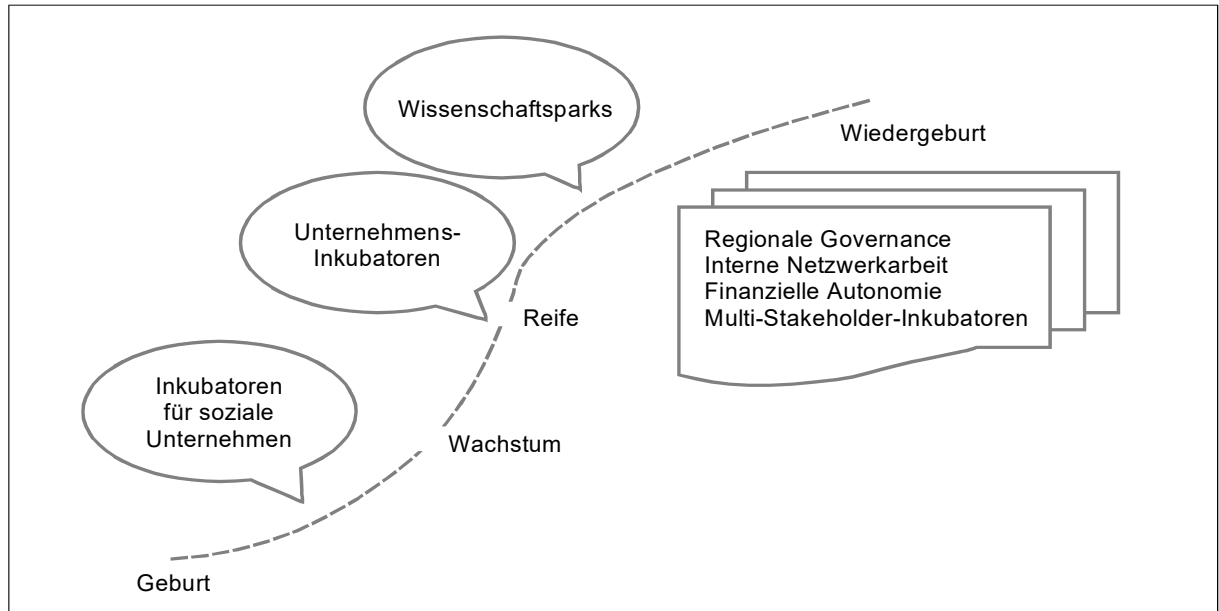
Im Schaubild 4 schlagen wir das Modell der verschiedenen Phasen der organisatorischen Entwicklung für Inkubatoren sozialer Unternehmen auf der Grundlage von spezifischen Variablen vor, die wie folgt unterschieden werden können:

- Netzwerkarbeit: d.h. die Fähigkeit des Inkubators eine Beziehung zu anderen Inkubatoren für soziale Unternehmen und zu neuen Erfahrungen der Unternehmensgründung herzustellen und folglich auch zum Koordinierungszentrum eines Netzwerks zu werden, das von verschiedenen Zentren gebildet wird;
- Governance in Beziehungen: Die Tendenz des Inkubators, mit vielfältigen Stakeholders zu interagieren, seien sie öffentlich oder privat profitorientiert oder privat gemeinnützig, indem sukzessive die Rolle des öffentlichen Betreibers als Förderer und Hauptpartner in dieser Initiative zurückgefahren wird;
- Selbstfinanzierung: Die Fähigkeit des Inkubators, seine Finanzquellen zu diversifizieren über direkte Mittelbeschaffung auf dem Markt, über institutionelle Mittelbeschaffung bei Agenturen und Behörden der öffentlichen Verwaltung und vor allem aus eigenem Einkommen (Diensthilfe für andere Inkubatoren und soziale Unternehmen);
- Ateliers des Wissens (Bryan Joyce 2005): Um die Aufmerksamkeit des Inkubators nicht nur auf die Förderung der sozialen Unternehmen und/oder anderen Initiativen im Non Profit-Bereich zu richten, soll die Entwicklung der Logik des Wissensmanagements in das eigene Netzwerk der sozialen Unternehmen und in das interne Netzwerk übertragen werden,

um mit Non-Profit-Organisationen für das externe sozio-ökonomische Umfeld arbeiten zu können.

Schaubild 4

Lebenszyklus für Inkubatoren von Unternehmen



Die verschiedenen Erfahrungen der Inkubatoren für soziale Unternehmen werden meist von diesem allgemeinen Modell abgeleitet, sie können in den meisten Fällen darauf verweisen, dass die Anfangsphase durch eine Schwäche in der Eigenfinanzierung charakterisiert ist. Dies ist durch die relative Bedeutung der regionalen/kommunalen Regierung und durch eine strukturelle Schwäche des Wissensmanagementsystems gegenüber der äußeren Umgebung und vor allem durch eine begrenzte Netzwerkkapazität.

Die Erfahrungen Italiens, besonders die der Behörden der Stadt Rom in ihrer sozialen Selbstdarstellung können in eine Übergangsphase zwischen Geburt und nachfolgender Entwicklung eingeordnet werden; tatsächlich wird die zentrale Stellung der städtischen Behörden, die Finanzierung der Erfahrung und die strategische Koordination, begleitet von dem Stimulus, dass ein informelles Netzwerk unter verschiedenen internen Mikro-Inkubatoren für die soziale Selbstdarstellung aktiviert wird.

Inkubatoren für Soziale Unternehmen in der Italienischen Dynamik

Der Inkubator für soziale Unternehmen hat unterschiedliche Bedeutungen, Formen und Missionen, die auf dem „sozialen Unternehmens“-Konzept beruhen, dass seine Stakeholder und Förderer haben.

Der Inkubator für soziale Unternehmen kann als eine Organisation mit kompletter Dienstleistung definiert werden, die alles Notwendige für ein Unternehmen bereitstellt, wie eine Infrastruktur (einen realen Ort), Zugang zu Technologie, Personal für das Management des Inkubators als unabhängige Organisation und um Pächter in ihrem unternehmerischen Wachstum durch Management und Qualifizierungsmaßnahmen zu begleiten. Dafür hat die Netzwerkfähigkeit des Inkubators einen großen Wert. Die interne Netzwerkarbeit der Pächter erlaubt es ihnen, strategische Allianzen aufzubauen, um ihr Verhandlungsvermögen zu erhöhen und im Allgemeinen die Kraft der Informationen, die im Inkubator existiert zu maximieren (bürokratische Verfahren, Marktanalysen, neue Gesetze und Erlasse, auf die sie sich beziehen können, usw.) Andererseits ist die Möglichkeit „externe Netzwerke“ ausbauen zu können wichtig für die Pächter, weil es ihnen erlaubt, sich selbst an anderen Instanzen, die auf ihrem Markt agieren, auszuteseten. In diesem Sinn gewährt ihnen die Zugehörigkeit zu einem Inkubator Sichtbarkeit und Vollmachten (gegenüber Finanzinstitutionen um Gründungskapital zu erhalten). Wichtiger ist die Aufgabe, der sich die Inkubatoren von sozialen Unternehmen verschreiben: Kooperativen, gemeinnützige Kooperativen, marktorientierte Vereinigungen und andere Formen des sozialen Unternehmens arbeiten als Non Profit-Organisationen²¹. Jeder Inkubator von sozialen Unternehmen bringt originelle institutionelle Formen zustande und mehr noch, er schafft die neuen ökonomischen Bereiche, auf denen neue Jobs und Berufsprofile entstehen können.

In diesem Sinn kann der Inkubator sozialer Unternehmen - sofern seine Effizienz in der Zukunft bestätigt werden wird - als ein Werkzeug für soziale Veränderung verstanden werden. 2005 hatte Italien ein Nullwachstum des BIP. In den folgenden Tabellen 3 und 4 sind die nationalen Daten Italiens mit der Region und den Städten, in denen unsere Fallstudien (die drei Inkubatoren für soziales Unternehmertum) angesiedelt sind: Bari (Apulien), Rom (Latium), Perugia (Umbrien).

Tabelle 3: BIP-Wachstum in Umbrien, Latium und Apulien (in Prozent)

	2004	2005	2006 (voraussichtlich)	2007 (voraussichtlich)
Umbrien	2,8	-0,6	1,0	1,2
Latium	3,8	0,4	1,3	1,4
Apulien	0,3	0,2	1,4	1,6
Italien	1,2	0,0	1,3	1,4

Quelle: Unioncamere-Prometeia (2006)

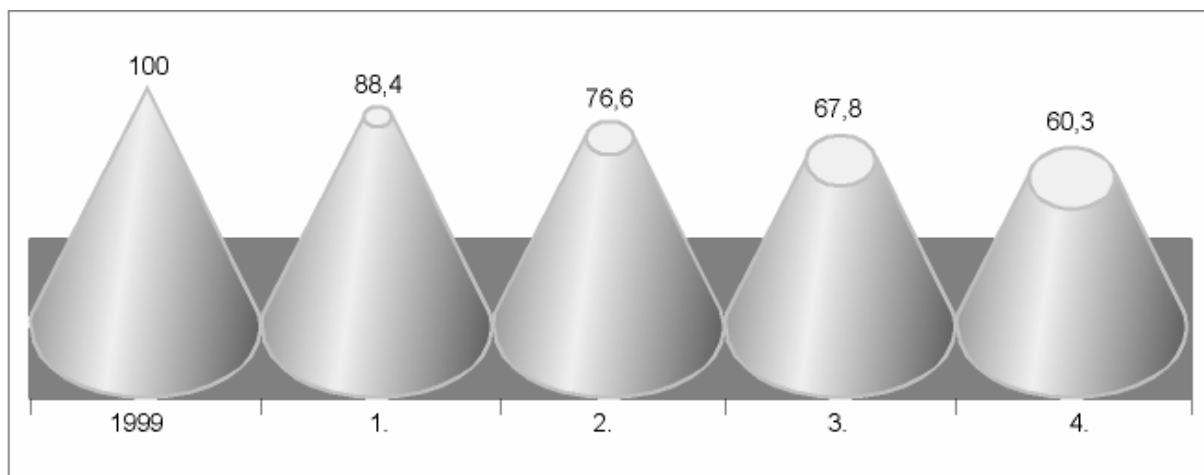
²¹ In diesem Sinn ist der neue Italienische Erlass über soziale Unternehmen (Decreto Legislativo 115/2006 – *Disciplina dell'impresa sociale*, a norma delle Lege 118/2005) nicht deutlich und definiert „soziale Unternehmen als alle privaten Organisationen, die hauptsächlich und ständig eine ökonomische Aktivität ausüben, um Dienstleistungen zum sozialen Nutzen zu produzieren oder damit zu handeln, um Ziele allgemeinen Interesses realisieren“.

Tabelle 4**Zahl der Italienischen Unternehmen in den ersten drei Monaten 2006**

	Registriert März 2006	Arbeitend März 2006	Registriert Jan.-März 2006	Geschlossen Jan.-März 2006
Rom	400.461	231.141	9.677	8.047
Bari	161.156	135.882	2.882	2.950
Perugia	71.907	62.816	1.557	1.627
Italien	6.068.953	5.109.053	137.156	141.902

Quelle: Movimprese (2006)

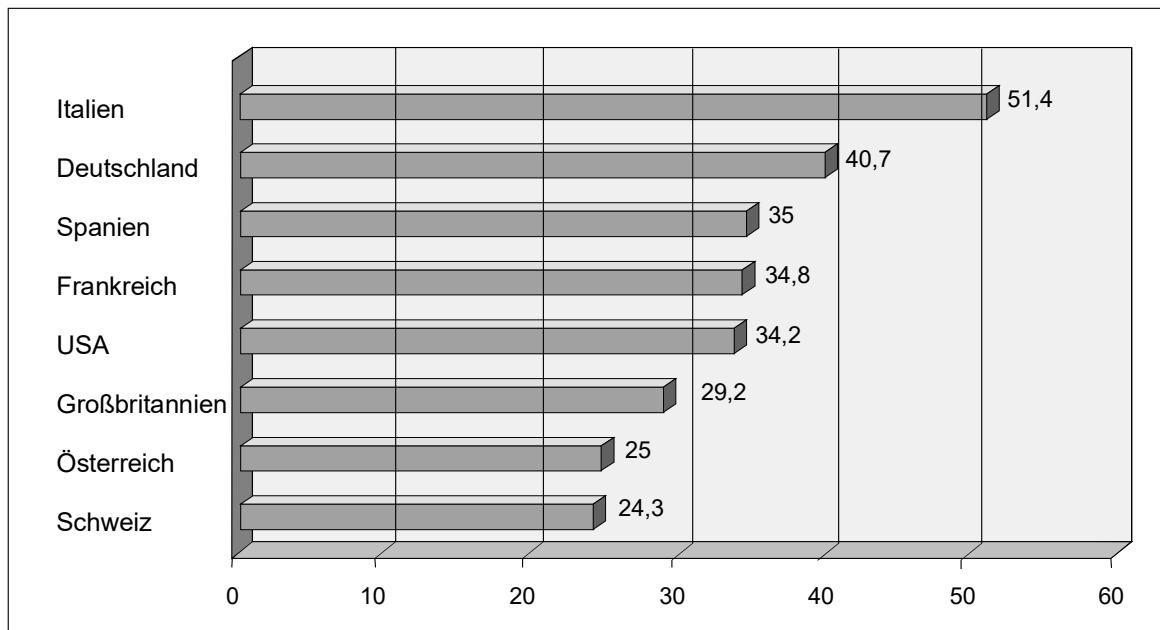
In Italien überleben nur 60,3% der Unternehmen die ersten vier Jahre nach ihrer Gründung. Die Umfrage von ISTAT (2005) betrachtet die Entwicklung der Jahre von 1999 bis 2002.

Schaubild 5**Prozentsatz der Italienischen Unternehmen, die nach 4 Jahren noch am Markt sind (1999-2000)**

Eine kürzliche Umfrage (II Sole- 24 Ore, September 2005) enthüllt, dass die italienische Besteuerung die härteste ist. Entsprechend der Umfrage, die einen Unternehmenstyp betrachtet, der zuvor ein Betriebsergebnis von 1,5 Millionen Euro hatte, bevor er besteuert wurde. Die Besteuerung in acht Ländern wird in Schaubild 5 dargestellt.

Schaubild 6

Italienische Besteuerung



Quelle: II Sole-24 Ore, 2005, Nr. 250

In dieser Simulation würde dasselbe Unternehmen (mit einem Gewinn von 1,5 Millionen Euro vor Steuern) in Italien mit 771.250 Euro, in Deutschland mit 611.000 Euro, in Frankreich und Spanien mit ungefähr 523.000 Euro, in den USA und in Großbritannien mit 438.290 Euro und in der Schweiz mit 363.750 Euro besteuert werden.

Die Bedingungen für die Unternehmensgründung in Italien scheinen nicht sehr einfach zu sein, besonders wenn all diese Grenzen und kritischen Punkte ein junges und schwaches Unternehmen wie das soziale Unternehmen in seiner Gründungsphase treffen.

In diesem Sinn könnte die Rolle des kommunalen öffentlichen Sektors strategisch sein, damit er gleichzeitig der Geber des „Gründungsstadiums“ ist und später das „Monitoring“ durchführt, um das Wachsen und die Entwicklung der sozialen Unternehmen gegenüber den Marktgegebenheiten zu stärken, die sie als Gründungsunternehmen bewältigen müssen.

Einige Inkubatoren für soziale Unternehmen, die von kommunalen öffentlichen Institutionen in Italien betrieben werden, konnten sich mit diesem Modell identifizieren.

Osis, Bari

Osis (Observatorium und Inkubator für soziale Unternehmen) ist ein Projekt, das von der Initiative EQUAL (EU) gefördert wird, dessen Aufgabe darin besteht, „eine integrierte Strategie zur Arbeitsbeschaffung und zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierungen insbesondere aus Gründen des Ge-

schlechts oder der sexuellen Ausrichtung, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung oder des Alters zu liefern.“²²

Osis begann im Mai 2004 in Bari mit dem Vorhaben, die Integrationsmöglichkeiten zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor und sozialen Unternehmen herauszufinden und die Fähigkeiten der Manager der sozialen Unternehmen zu erhöhen. Tatsächlich sind die Partner dieses Projektes Universitäten, kommunale Gesundheitsinstitutionen, Unternehmerverbände und Netzwerke von sozialen Unternehmen.

Die Investitionskosten für den Inkubator beliefen sich auf 150.000 Euro, 80% aus dem Europäischen Sozialfonds für einen Raum von 1000 Quadratmetern. Die Inkubationszeit für die sozialen Unternehmer, deren Geschäftsidee das Stadium der Vorauswahl bereits passiert hatten, dauerte acht Monate.

Der Inkubator hat sieben Gründungen bewirkt und 33 Beschäftigte. Die Mitarbeiterschaft setzt sich aus sechs Leuten zusammen. Die Arbeitsfelder sind: Soziale Kooperation und Pflegedienste, Wiederverwendung und Recycling von Computerkomponenten, Umweltrecht und sozialverträglicher Tourismus.

InVerso, Rom.

InVerso ist einer der Inkubatoren, die von *Autopromozione Sociale* betrieben werden, als eine Einheit zur Entwicklung kleiner Unternehmen, die für die Entwicklung kleiner Firmen und sozialer Unternehmen verantwortlich ist. Sie sind damit beauftragt, Programme und Anreize zu entwerfen, um kleinen Firmen und sozialen Unternehmern in den benachteiligten Gegenden der Stadt zum Wachstum zu verhelfen (www.autopromozionesociale.it).

InVerso hat 7 Mitarbeiter, die für 1.000 Quadratmeter verantwortlich sind und ist der erste Inkubator der für soziale Unternehmen bestimmt ist (28 potenzielle Pächter).

Die Investitionskosten, fast 1,2 Millionen Euro, stellen 30 % der Investitionen dar, die die Gemeinde Rom über *Autopromozione Sociale* ihrem Netzwerk der Unternehmensinkubatoren zukommen lässt. Derzeit sind dort fünfzehn gemeinnützige Unternehmen untergebracht, deren Förderzeitraum von 18-24 Monaten dauert.

Die fünfzehn Pächter sind auf ökonomischen Gebieten tätig wie: ethische Finanzen, soziale Kooperation, Abfallprodukte, Fairer Handel, Pflegedienste, Wiederverwertung und Recycling von Computerkomponenten und Bekleidung, sozialer Tourismus, kulturelle Darbietungen, erneuerbare Energien. *InVerso* hat im Januar 2006 seinen Betrieb begonnen.

²² EQUAL wird implementiert in und zwischen den Mitgliedstaaten und wird durch den Europäischen Sozialfonds finanziert. Vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/equal/index_en.cfm

Inkubator für soziale Unternehmen in Perugia

Der Inkubator für soziale Unternehmen in Perugia. Was über OSIS in Bari gesagt wurde, gilt auch für den Inkubator für soziale Unternehmen in Perugia. Auch hier steht das Programm EQUAL im Hintergrund *Sviluppumbria*. Die regionale Agentur für Unternehmensförderung, hat im Jahr 2003 die sozialen Unternehmen während ihrer Gründungsphase gefördert und kleine Dienstleistungen (Raum mit Telefon, Fax, Computer, Internetzugang) für eine variable Zeitspanne von 3-12 Monaten zur Verfügung gestellt.

Der Inkubator hat 840.000 Euro Finanzierungsbeihilfe erhalten. Die institutionelle Partnerschaft mit der kommunalen Handelskammer und der Gewerkschaft erlaubte die Eröffnung einer Filiale der Banca Etica, einem populären Bankinstitut, das auf nationaler Ebene agiert, bei vollem Respekt für seine kooperativen und solidarischen Absichten (www.bancaetica.it). Die Mitarbeiterzahl beträgt neun Personen und im Jahr 2004 gab es sechzehn Gründungen.

Tabelle 5

Die drei Inkubatoren für soziale Unternehmen

	OISIS Bari 2004	INVERSO Rom 2006	INCUBAT.SOC. Perugia 2003
Förderzeitraum/ Monate	8	18-24	3-12
Investitionskosten/ Inkubator	150.000 € 80 % öffentlich 20% privat	1.200.000 € 100 % öffentlich	840.000 € 100 % öffentlich
Gründungen	7	15 Pächter	16
Einkünfte/Pächter	0 €	4.200 €/24 Monate	0 €
Team/Mitarbeiter	6	7	9

Abschließende Bemerkungen

Die kommunale Entwicklung ist eng an die Schaffung neuer Arbeiten und Aktivitäten geknüpft und an die neuen institutionellen Ausrichtungen. Die Politiken, die soziales Unternehmertum fördern, können Menschen dazu bewegen, auf dem Arbeitsmarkt ihre eigenen Unternehmen zu gründen, auch wenn nur wenige die Fähigkeiten, Kompetenzen und den Enthusiasmus dazu haben.

Zunehmend möchten diese Leute in neuen Arbeitsfeldern arbeiten oder neue Verfahrensweisen ausprobieren. Damit tragen sie durch ihre Innovation und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Entwicklung ihres Landes bei. Traditionelle Methoden haben keine befriedigenden Resultate ergeben und die Politik, die dieses soziale Unternehmertum fördert, kann sie vielleicht nicht ersetzen, aber sie können in wechselseitiger Ergänzung arbeiten. Der Inkubator des sozialen Unternehmens kann ein aktives Arbeitsmarktinstrument sein, eine institutionelle Lösung, was Beschäftigungsdienste und gemeinnützige Wohlfahrtsorganisatio-

nen angeht. Er ist fähig, Partnerschaften von öffentlichen und privaten Stakeholdern zu fördern.

Zusammenfassend kann nach dieser kurzen Analyse der drei Inkubatoren für soziale Unternehmen gesagt werden:

- öffentlicher „input“ ist entscheidend für all diese Initiativen, die auf andere Weise niemals existieren würden;
- die Gründungsphase hängt wohl auch von der Höhe der Förderung ab und dem Typ der Dienstleistungen für die Pächter (z.B. hat der Inkubator in Perugia nicht viel Platz, um alle Pächter zu versorgen, sondern nur einen ausgestatteten Raum pro Unternehmer);
- die Wahl, eine symbolische Miete einzunehmen (bei InVerso) könnte eine gute Praxis für Pächter sein, die sich dann mehr und mehr als Unternehmen im Entstehen begreifen und nicht als Gast des Inkubators. (Die Miete ist kein gewinnbringendes Mittel).
- Von der Mitwirkung der Mitarbeiter hängt in all den Stadien des Inkubators sehr viel ab, vielleicht ist es wichtiger, das in einem Inkubator vor allem eine psychologische und moralische Unterstützung gegeben wird. Die technischen Kompetenzen der Mitarbeiter sollten oft eine starke Identifikation mit der Mission der Pächter beinhalten.

In Zukunft kann dieses Modell verwendet werden, um einige *Spin off* Erfahrungen für gemeinnützige Unternehmen zu untersuchen, die von profitorientierten Unternehmen geleitet wurden, Erfahrungen, die ab jetzt nur separate autonome Initiativen anvisieren können und die keinen tatsächlichen Inkubator entstehen lassen, der unabhängig von der strategischen Rolle der öffentlichen Verwaltung gefördert wurde.

In dieser Hinsicht könnte ein Schlüsselfaktor für den Erfolg des Modells „Inkubator sozialer Unternehmen“ die Entwicklung der Beziehungen und Partnerschaften mit anderen Inkubatoren sein, die im selben Stadtgebiet vorhanden sind und bei der regionalen Regierung oder von Entwicklungsagenturen, die mit ihr verknüpft sind, und durch öffentliche Universitäten und/oder private Unternehmen gefördert werden.

Informelle Netzwerke können diesen Prozess starten, der zu einer synergetischen Aktion werden kann, in der das soziale Unternehmen mit verschiedenen Akteuren der kommunalen Entwicklung in einem Multi-Stakeholder-Ansatz, eine institutionelle Dynamik und eine „duale“ Beziehung zu bevorzugen scheint, bei der sich die kommunale Regierung und das soziale Unternehmen niemals trennen.

Bibliographie:

- Andreasen A. R., Kotler P., (2002) **Strategic marketing for non-profit organization 6th edition Prentice Hall.**
- Azam G., (2003), **Economie Sociale, Tiers Secteur, Economie Solidaire, Quelles Frontières?, in L'alter-economie. Quelle autre mondialisation?,** Revue du MAUSS, no. 21, premier semestre 2003.
- Boschetti, Grandi and Grimaldi (2005), **“Risorse, competenze a incubatori di impresa”,** Sinergie, no. 61-62
- Cobelli V., editor, (2004), **Sviluppo locale partecipato. Diritti e ambiente al centro di un'altra economia, Atti del convegno internazionale del 7 settembre 2004,** Comune di Roma.
- Cobelli V., Naletto Grazia, eds., (2005), **Atlante di un'altra economia. Politiche e pratiche del cambiamento,** Manifestolibri.
- Connors T.D., (1988) **The non-profit handbook 2nd** Jhon Wiley & sons.
- Crouch C., Le Galès P., Trigilia C., Voelzkow H., (2001), **Local Production Systems in Europe. Rise or demise?,** Oxford University Press.
- Eshun, J.P., (2004), **Where Do Business Incubators Came From? The Origins, Evolutions, and Institutionalization of Business Incubators: Evaluating Performance and Assessing Outcome,** PhD thesis, Columbia University.
- Garofoli G., (2003), **Impresa e territorio,** Il Mulino.
- Kickert W., Klijn E.H., Koppenjan J.F.M., (edited of) (1997), **Managing Complex Networks, Strategies for the Public Sector,** London, SAGE.
- Kooiman J., (1993), (edited of), **Modern governance: New government-society interactions,** London, Sage.
- Kooiman J., (2003), **Governing as Governance,** London, Sage.
- Mance E.A., (2001), **A revolução das redes. A colaboração solidária como uma - alternativa pós-capitalista à globalização actual,** II ed., Editora Vozes, Petrópolis.
- Meneguzzo M. **Creazione di valore e sviluppo del capitale sociale: la sfida per il sistema della Pubblica Amministrazione italiana in Rivista italiana di Ragioneria ed Economia aziendale** no. 1 2006
- Messina A., (2001), **Small business development in Italy, in Planners Network. The publication of progressive planning,** no. 149, Sep./Dec. 2001.
- Messina A., (2003), **Denaro senza lucro. Manuale di gestione finanziaria per il terzo settore,** Carocci.
- Messina A., (2004), **Politiche di sostegno alle imprese e sviluppo locale. Il caso Roma,** in Cobelli (2004).
- Messina A., (2005a), **La responsabilità sociale delle imprese per un'altra economia,** in Cobelli V., Naletto G., (2005).
- Messina A., (2005b) with Cimini C., **La respuesta de las finanzas eticas en el mundo,** in Alberto Federico Sabaté, Roth Muñoz y Sabina Ozomek, **compiladores, Finanzas y Economia Social. Modalidades en el manejo de los recursos solidarios,** Buenos Aires, Altamira.
- OECD/PUMA (2002), **Distributed Public Governance. Agencies, Authorities and other Autonomous Bodies.** OECD, Paris.
- Ospina S., (2005), **Un protagonista invisible en la gobernanza en Estados Unidos: el Public Administrationpel de las organizaciones de la sociedad civil en la creacion de liderazgo Public Administrationra el cambio social** Research center for leadership in action Wagner School of public service New York University
- Pearce J., (2005), **Social Enterprise in Anytown,** London, Calouste Gulbenkian Foundation.

- Perna T., (1998), **Fair trade**, Bollati Boringhieri.
- Peruzzi, M., Trovati, G., **E'italiano il fisco piu' caro per le imprese**, Il Sole-24 Ore, n.250, 12 settembre 2005.
- Polanyi K., (1944), **The Great Transformation**, New York.
- Putnam R. D., (2000) **Bowling alone: the collapse of American democracy**, Simon and Schuster, New York.
- Putnam R.D., Feldstein L.M., (2003) **Better together**. Restoring the American community Simon and Schuster New York.
- Rhodes R.A.W. (1997), **Understanding governance, policy networks**, governance, reflexivity and accountability, Open University Press, Buckingham.
- Scott Allen J., (1998), **Regions and the World Economy**. The Coming Shape of Global Production, Competition and Political Order, Oxford University Press.
- Staber U. (1996), **Networks and Regional Development**: Perspectives and Unresolved Issues, in Staber, Schaefer, Sharma, Business Networks: Prospects for Regional Development, de Gruyter.
- Totterman, H. and Sten J., (2005), **"Business Incubation and Social Capital"**, International Small Business Journal, vol. 23, n. 5
- Unioncamere - Prometeia, **"Scenari di sviluppo delle economie locali italiane 2006-2009"**, maggio 2006.
- Vazquez Barquero A., (1999), **Inward Investment and Endogenous Development**. The Convergence of the Strategies of Large Firms and Territories?, in Entrepreneurship & Regional Development, vol. 11, p. 79-93.
- Viviani M., (1999), **Specchio magico**. Il bilancio sociale e l'evoluzione delle imprese, Il Mulino.
- Zamagni S., (2000), (edited by), **Il non-profit italiano ad un bivio**, EGEA.

Ernährung

„Biologisch und regional vom Acker bis auf den Teller“

Dietmar Groß

Schulverpflegung und Ernährungsbildung im Schwalm-Eder-Kreis/Hessen

Zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen sollen bis 2008 in Deutschland 10.000 Ganztagschulen eingerichtet werden. Damit stehen Schulträger (Landkreise, Städte, private Träger) und Schulgemeinden vor völlig neuen Aufgaben, für die weder das Verwaltungs- noch das Lehrpersonal ausgebildet sind. Ganztagschulen sollen u. a. eine warme Mittagsverpflegung anbieten.

Die Ansprüche an die Schulverpflegung sind hoch: Vor dem Hintergrund zunehmender fehlerernährungsbedingter Erkrankungen soll die Schulverpflegung gesundheitsförderlich und preiswert sein und zugleich von Kindern gern gegessen werden und darüber hinaus möglichst noch verknüpft werden mit pädagogischen Aufgaben und Maßnahmen im Bereich der Ernährungsbildung.

Die Einrichtung von Mittagstischen in Schulen und anderen Ganztagsbetreuungseinrichtungen wird den Trend zur Außer-Haus-Verpflegung (AHV) erheblich beschleunigen. Damit verändern sich notwendig die Wertschöpfungsketten von der Erzeugung bis auf den Teller.

Ausgedrückt in Geldeinheiten wird allein die Mittagsverpflegung bundesweit an Schulen ein jährliches Umsatzvolumen von ca. 500 Mio. € auslösen¹. Betriebswirtschaftlich begründete Trends in der AHV berücksichtigen immer weniger regionale Warenströme. Selbst in ländlichen Regionen wird der Zusammenhang zwischen Ernährung und Kulturlandschaft immer mehr aufgelöst.

Was hat die Schulverpflegung mit regionalen Wirtschaftskreisläufen zu tun?

Wie kann es gelingen, die Schulverpflegung als Ansatzpunkt zu nutzen, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und mit nachhaltigen Wirtschaftsmethoden im ländlichen Raum zu verbinden?

Im Rahmen eines Modellprojekts² hat eine Projektgruppe der Uni Kassel unter Leitung von Prof. Dr. Poppinga (Fachbereich Ökologische Agrarwirtschaft)

¹ Untersuchung der CMA, 2005

² Gefördert vom Bundesprogramm Ökolandbau

in Zusammenarbeit mit dem Ökologischen Schullandheim Licherode den Aufbau einer regional-biologischen Schulverpflegung konzipiert und gemeinsam mit regionalen Akteuren ansatzweise realisiert³.

Aus dieser Zusammenarbeit wurden Vorschläge abgeleitet, wie die bundesweit anstehende Aufgabe der Einführung einer warmen Mittagsverpflegung an Schulen und anderen ganztägigen Betreuungseinrichtungen im regionalen Kontext gelöst werden kann.

Biolandbau in regionalen Wirtschaftskreisläufen ist unbestritten eine besonders umweltverträgliche Form der Landwirtschaft. Biolebensmittel sind allerdings im Regelfall teurer, insbesondere dann, wenn auf besondere Merkmale der Prozessqualität „Bio“ wie z.B. Regionalität und handwerklich/bäuerliche Formen von Erzeugung und Verarbeitung geachtet werden soll.

„Mehr Bio“ in der Schulverpflegung erfordert deshalb eine offensive Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Mehrwert dieses Angebots, um höhere Preise im Vergleich zu konkurrierenden Alternativen realisieren zu können.

In der offensiven Auseinandersetzung um den „Mehrwert“ gibt es erfolgversprechende Ansatzpunkte, um über eine Preis- und Wertdiskussion zu sinnvollen Lösungen zu kommen.

- Schulverpflegung ist eine öffentliche Aufgabe, die entsprechend von vielen Beteiligten unter Abwägung verschiedener Belange organisiert werden muss. Hier sind die Aussichten (gerade in der Startphase) nicht schlecht, „Wert gebende“ Komponenten zu verankern, die aus einem regionalen Gesamtkonzept resultieren.
- Schulverpflegung kann nicht nur gesund satt machen, sondern auch als sinnlicher Ansatzpunkt für praktische Ernährungsbildung dienen. Hier bieten sich gute Möglichkeiten, um den Schulen mit dem Verpflegungskonzept praktische Vorteile zur Unterstützung ihrer pädagogischen Aufgaben anzubieten.
- Schulverpflegung kann dazu dienen, wichtige Sozialfunktionen, für die i. d. R. auch der Schulträger in der Verantwortung steht, sinnvoll in ein abgestimmtes Gesamtkonzept zu integrieren. So können Menschen mit „Handicaps“ im Rahmen von Integrationsbetrieben Beschäftigung finden (Gemüseaufbereitung, Kartoffelschälen). Jugendliche können in entsprechend ausgerichteten Ausbildungsküchen beruflich qualifiziert werden.
- Arbeit und Einkommen bleiben damit in der Region.
- Die Bewirtschaftung der Kulturlandschaft in einer umweltschonenden Weise wird damit sichergestellt.
- Tiere werden nicht in Massen, sondern in überschaubaren Größenordnungen artgerecht und in Verbindung mit der Kulturlandschaft gehalten und

³ In der Projektlaufzeit konnten aufgrund von Verzögerungen bei Bewilligung und Umsetzung von Ganztagschulanträgen nur wenige Schulen begleitet werden.

gefüttert und auf handwerkliche Weise schonend geschlachtet und verarbeitet.

- Der Erfolg dieser wertorientierten Auseinandersetzung mit dem Preis der Schulverpflegung setzt voraus, dass
 - in der Region Grundstrukturen zur Versorgung von Schulen vorhanden sind oder zeitnah geschaffen werden können,
 - ein wirksames Netzwerk von Meinungsbildnern in der Region existiert oder geschaffen werden kann, um die Entscheidungsträger in Schulen und beim Schulträger zu erreichen.
 - klare und nachvollziehbare Regeln verabredet werden, die sicherstellen, dass „Marktversprechen“ eingehalten und überprüfbar sind. Diese Regeln basieren auf der rechtlich vorgeschriebenen EU-Biokontrolle, müssen aber durch einen regelmäßigen, direkten Dialog zwischen den beteiligten Akteuren „lebendig“ gestaltet werden. (Jahresgespräche, Betriebsbesuche)

Der Schwalm-Eder-Kreis ist ein vergleichsweise stark landwirtschaftlich geprägter Landkreis im nördlichen Teil Hessens. 4,5% der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft.

Im Kreisgebiet wirtschaften 40 Biobetriebe und bieten – im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft, wo die Spezialisierung auf wenige Betriebszweige weit vorangeschritten ist – eine breite Palette landwirtschaftlich/gartenbaulicher Erzeugnisse.

Bestimmend für die Struktur der Biobetriebe im Schwalm-Eder-Kreis ist die große Bedeutung, die die Direktvermarktung in diesem Bereich nach wie vor hat. Darin liegt zugleich die Chance, den Zukunftsmarkt „Verpflegung von Gemeinschaftseinrichtungen im öffentlichen Bereich“ mit einem regional abgestimmten Konzept zu bedienen.

Ein besonderes Merkmal des Ökolandbaus im Schwalm-Eder-Kreis ist das Engagement von sozialen Einrichtungen, die Menschen mit verschiedenen Handicaps im Bereich Ökolandbau/artgerechte Tierhaltung sowie in angegliederten Bereichen der Weiterverarbeitung (Gemüseaufbereitung, Kartoffelverarbeitung, Eierverpackung, Fleischverarbeitung) betreuen.

Die Milch der Biobetriebe, sofern sie nicht von Hofkäsereien weiterverarbeitet wird, verarbeitet und vermarktet eine regionale Bauernmolkerei im benachbarten Landkreis und stellt ein umfangreiches Sortiment an großküchentauglichen Milcherzeugnissen zur Verfügung.

Für Logistikaufgaben und zur Ergänzung des regionalen Angebots ist ein Naturkostgroßhandelsunternehmen in der Region präsent.

Ein weiteres vorteilhaftes Strukturmerkmal im Schwalm-Eder-Kreis ist das Vorhandensein von sozialen Einrichtungen im Bereich von Großküchenbetrieben (teilweise unter dem Dach derselben Träger, die auch in der Urproduktion und auf der ersten Stufe der Weiterverarbeitung im Biobereich tätig sind).

Auf dieser Grundlage war es möglich, eine durchgängige Wertschöpfungskette „vom Acker bis auf den Teller“ konkret darzustellen und darauf „verhandlungsfähige“ Konzeptangebote für Entscheidungsträger zu gründen.

Auf der anderen Seite der Kette stehen im Schwalm-Eder-Kreis ein Schulträger (Landkreis), der die Einrichtung von Ganztagschulen seit vielen Jahren unterstützt und zunehmend mehr Schulen, die ihr Schulkonzept in diese Richtung weiterentwickeln wollen bzw. müssen. (z.B. Gymnasien, die das 13. Schuljahr einsparen müssen).

Im Landkreis wird in Schulen und anderen Kinderbetreuungseinrichtungen in den nächsten Jahren ein Bedarf von rund 1,2 Mio. Essen jährlich zu decken sein. Bei einem Durchschnittspreis von 3,-€ beträgt das jährliche Umsatzvolumen damit rund 4,5 Mio. €.

Die damit verbundene Wertschöpfung kann bei entsprechender Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse und Organisation der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Dienstleistungsfunktionen im Kreisgebiet wirksam zur Sicherung und Schaffung von Arbeit und Einkommen genutzt werden.

Die grundsätzliche Übereinstimmung in der Zielrichtung war unter diesen Voraussetzungen bei politisch Verantwortlichen im Landkreis Schwalm-Eder schnell erreicht und wurde vom Landrat persönlich unterstützt.

Erste Klärungsgespräche bei der Umsetzung der Projektidee ergaben, dass das Verpflegungskonzept „regional-biologisch“ in folgender Form umgesetzt werden soll:

- An mindestens drei Standorten, räumlich verteilt in den Kreisteilen Nord, Mitte und Süd werden bestehende Küchenbetriebe in ein kreisweites Gesamtkonzept eingebunden. (siehe auch Powerpoint Präsentation auf der CD in diesem Band)
- Sie werden auf der Absatzseite im Konzept der Warmverpflegung mit interessierten Schulen im Umkreis von maximal 20 km in Verbindung gebracht.
- Auf der Seite des Warenbezugs wird die Verbindung zur Urproduktion bzw. den regionalen Betrieben der Weiterverarbeitung hergestellt. 50% der Essenskomponenten sollen von regionalen Biobetrieben, bzw. aus deren Weiterverarbeitung stammen.

Ebenso einbezogen wird der in der Region tätige Naturkostgroßhandel mit der Aufgabe, als Regionalverteiler oder zur Komplettierung des Warenbedarfs zu dienen.

Die wichtigsten Bausteine bei der Umsetzung dieses Konzepts:

- Der erfolgreiche Start in Modellschulen
Um in der ausgewählten Modellschule bei der gesamten Schulgemeinde über die Akzeptanz hinaus eine aktive Mitarbeit zu erreichen, wurde die

fachliche Kompetenz des Ökologischen Schullandheims Licherode in die Projektarbeit einbezogen.

- Entwicklung von „Zusatznutzen“ für die Schulen

Ein wichtiger Bestandteil des Konzepts ist die Entwicklung von „Zusatznutzen“ für die Schulen. Der Zusatznutzen besteht u.a. aus dem Angebot, Schulen praktisch durch Hofbesuche und ausgearbeitete Bildungskonzepte zu unterstützen. Den Schulkindern kann so praxisorientiert Wissen und Kompetenz über „gesunde Ernährung“ vermittelt werden. Hierzu wurde ein kreisweit angelegtes Projekt „Ernährungsbildung auf dem Kartoffelacker“ initiiert und durchgeführt. Diese Strategie setzt voraus, dass die beteiligten Akteure der Wertschöpfungsketten erkennen, dass sie ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen erheblich unterstützen können, indem sie sich aktiv über die Produktion hinaus einbringen in die Vermittlung eines regional geprägten Begriffs von „Ernährungskultur“.

- Netzwerk „Gesunde Kinder im Schwalm-Eder-Kreis“

Gesundheitserziehung, gesunde Ernährung an öffentlichen Einrichtungen, sowie Stärkung regionaler Wirtschaftszusammenhänge werden als öffentliche Aufgaben von unterschiedlichen Institutionen auf der Kreisebene bearbeitet. Wir haben mit unserer Projektarbeit eine Vernetzung organisiert und in diesem Arbeitszusammenhang gemeinsame Aufgabenstellungen entwickelt und umgesetzt.

- Öffentlichkeitswirksame Kommunikation im regionalen Rahmen

Zur Meinungsbildung bei komplexen öffentlichen Aufgabenstellungen ist nicht nur der direkte Dialog mit den Beteiligten auf unterschiedlichsten Entscheidungsebenen, sondern auch die öffentlichkeitswirksame Kommunikation von Zielen, Arbeitsschritten und Erfolgen von großer Bedeutung. Drei Fernsehberichte im hessischen Fernsehen, drei Berichte im hessischen Hörfunk sowie achtzehn Berichte in regionalen Printmedien haben wesentlich dazu beigetragen, dass auch in der Öffentlichkeit eine hohe Akzeptanz für das Konzept „regional-biologische Schulverpflegung“ erreicht wurde.

Wassergenossenschaft in Großropperhausen

Axel Holzhauer

Großropperhausen wurde 1232 erstmals urkundlich erwähnt. Neben dem Kernort Frielendorf ist Großropperhausen einer der größten Ortsteile der Gemeinde. Reizvoll eingebettet liegt der Ort in den bewaldeten Höhen des Knülls. Bestimmt wird das Bild des Dorfes von seinen zahlreichen Fachwerkhäusern, die manchen idyllischen Winkel bilden. Sehenswert sind die Überreste einer mittelalterlichen Burg sowie der am Ortsrand gelegene jüdische Friedhof. Die ehemalige Synagoge dient heute als Wohnhaus. In den Backhäusern des Ortes wird wöchentlich gebacken - ganz wie in alten Zeiten. Gäste dürfen gerne einmal einen Blick hineinwerfen. Im Sommer lädt das mit Solarenergie beheizte Freibad zu einem erfrischenden Bad ein.

Ein Dorf abseits der Straße - Großropperhausen

Unser Hessenland ist reich an malerischen Ortschaften; ob groß oder klein, immer fügen sie sich harmonisch in die Landschaft, betten sich freundlich in das wechselvolle Berg- und Hügelland. Wer von dem Industrieort Frielendorf zum Knüllköpfchen hinüberwandert, der findet, abseits der Eisenbahn und der großen Straßen, angeschmiegt an eine Berglehne, das Dorf Ropperhausen, eines der ältesten Dörfer Hessens, das schon 1249 als Roborgehusen erwähnt wird.

Freundlich windet sich die Dorfstraße den Berg hinan. Den schwarz-weißen Fachwerkbauten sieht man ihr zum Teil beträchtliches Alter an. Verwitterte Haussprüche sind kaum noch zu entziffern. Über einer Holzpforte finden wir die Jahreszahl 1683 und die Worte:

„Dis Haus steht in Gottes Hand – Der behuet es vor Wasser und Brant“.

Was in anderen Dörfern längst der Zeit zum Opfer gefallen ist, hier, fern der Großstadt, lebt das alte Brauchtum ungemindert fort. Hier bereiten noch die Bauersfrauen ihr kräftiges Brot selbst. Auf langen Brettern tragen sie es über die Dorfstraße zum nahen Backhaus, von denen wir noch mehrere im Ort finden. Von der alten Dorfschmiede tönt ein gleichförmiges Pochen und Hämmern herauf. Etwas versteckt hinter den Häusern und zahlreichen Schuppen für Holz und Heu, die typisch für Großropperhausen sind, liegen zwei Mühlen malerisch zwischen Baum und Buschwerk und führen ein verträumtes Dasein.

Steigt man weiter hinauf zum Sterkelsberg, so künden Staubwolken und laute Detonationsschläge von der Arbeit, die hier geleistet wird. Ein Basaltsteinbruch und ein Schotterwerk geben hier etwa 90 Menschen aus der näheren Umgebung Arbeit und Brot und kommen der kargen Landwirtschaft zu Hilfe, da mancher Hof nicht alle seine Söhne ernähren kann. Ein Feierabendwerk ist auch das neue Gemeindeschwimmbad. In einem hübschen Wiesengrund zwischen Berg und Wald gebettet, hat man das natürliche Gelände nützend, das Wasser der Ohe gestaut. Alle, die in Ropperhausen Zeit hatten, beteiligten sich an den erforderlichen Erdarbeiten, nachdem der Gemeinderat im vergangenen Sommer unter Führung des Bürgermeisters den Bau eines Schwimmbades, das zugleich als Feuerteich dienen soll, beschlossen hatte. Durch diesen vorbildlichen Gemeinschaftsgeist wurde das etwa 20 mal 55 Meter große Bad schnell fertiggestellt.

Beim Hinabsteigen ruht unser Blick auf dem fernen Kellerwald, gleitet über das besonnte Dorf und die tiefgrünen Wälder ringsherum. Und wir fühlen: "nirgends ist die Welt schöner als in der Heimat!"

Soweit Auszüge aus der „Kasseler Post“ vom 28. August 1936.

Sie fragen sich, was hat ein 70 Jahre alter Zeitungsbericht mit dem heutigen Ort zu tun. Vieles! Auch heute haben wir noch viele der alten Fachwerkhäuser. Die Backhäuser sind noch im Betrieb. Der Steinbruch gibt den Menschen noch Arbeit. Auch ein neues Schwimmbad, Sportplatz und Gemeinschaftshaus wurden Mitte der siebziger Jahre in Gemeinschaftsarbeit der Bürger erbaut.

Zu all diesen Ausführungen passt dann natürlich auch, dass die „Ropperhäuser“ auch ihre eigene Wasserversorgung haben. Die Wassergenossenschaft Großopperhausen e.G.

Vor ca. 150 Jahren wurde die Wasserversorgung der Einwohner ausschließlich durch Hausbrunnen und durch Wasserentnahme aus dem Bachlauf der Ohe sichergestellt. In den trockenen Sommermonaten war das saubere Wasser immer ein Problem, da die Ohe wenig Wasser führte und die Hausbrunnen zum Teil von Regenfällen abhängig waren. Der Wasserverbrauch stieg langsam aber sicher an. Bald war die Versorgung in Frage gestellt.

Etwa im Jahre 1850 schlossen sich einige Bürger zusammen und begannen eine Wasserleitung vom „Hanjes Born“ ins Dorf zu legen. Dieser Born liegt in der Nähe der Knottenmühle. Er ist eine nie versiegende Untergrundquelle. Die damalige Wasserleitung wurde teils aus 50 cm langen, zusammengeschaubten Tonrohren, teils aus Holzrohren hergestellt. Sie war etwa 500 m lang und hatte auf halber Strecke einen hölzernen Kontrollschacht, in welchen man einsteigen konnte. Die Leitung endete im Dorf in einem großen Steintrog von etwa 2 m³ Fassungsvermögen, aus dem dann mit Eimern geschöpft wurde. Wurde das Wasser im Sommer knapp, wurde der Trog mit einem Deckel zugedeckt und mit einem Schloss versehen. Den Schlüssel hatte nur die Gemeinschaft der fünf Familien, welche die Leitung angelegt hatten.

Der „Hanjes Born“ wurde etwa 1930 zugeschüttet. 1981 wurde er wieder aufgedigelt und liefert nun das Wasser zu einem neu angelegten Fischteich.

Das Wasser war damals, trotz des „Hanjes Born“, weiterhin knapp. Im Jahre 1885 wurde dann mit dem Bau der sogenannten großen Leitung begonnen.

Es wurden Quellen in der Seigertshäuser Gemarkung eingefasst und ihr Wasser in einer etwa 2,5 km langen Leitung in den Hochbehälter über den Baumbachschen Hof geführt. Eine dieser Quellen ist ein artesischer Brunnen, der heute noch Wasser liefert. Mit dem Wasser werden Fischteiche gespeist.

Im Jahr 1953 wurde dann eine Tiefbohrung in der Nähe der Knottenmühle niedergebracht. Diese gibt ungefähr 18 m³ Wasser die Stunde. – Wir pumpen, bedingt durch die Pumpengröße, nur 12 m³ pro Stunde. Dass diese Mengen nicht ausreichen würden, war ein Irrtum. Diesem Irrtum zufolge wurde in 1978 ein zweiter Brunnen von 127 m Tiefe gebohrt (der erste Brunnen ist ca. 78 Meter tief). Dieser Brunnen darf nach dem erteilten Wasserrecht bis zu 50 m³ Wasser pro Stunde fördern. Gefördert werden jetzt ca. 10 m³.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war über dem oben erwähnten von Baumbachschen Gutshof ein Wasserspeicher in Form eines Hochbehälters errichtet worden.

In den 80 er Jahren des letzten Jahrhunderts (1980-1990) wurde doppelt so viel Wasser gefördert, wie im Ort verkauft. Grund: enorme Wasserverluste durch den undichten, um nicht zu sagen baufälligen Hochbehälter (gefördert 85.000 m³, verkauft 40.000 m³).

Ein neuer Hochbehälter wurde geplant, gebaut und ab 1991 in Betrieb genommen. Diese Investition bedeutete einen finanziellen Aufwand für die Genossenschaft von rund 300.000 Euro. Beschlossen wurde in einer Versammlung, dass jeder Genosse 15 neue Geschäftsanteile a 51,14 Euro zu zeichnen habe. Des Weiteren war eine Umlage in Höhe eines „Jahreswassergeldes“ als verllorener Zuschuss zu entrichten.

Die Gemeinde Frielendorf beteiligte sich mit einem Betrag von 50.000 Euro in mehreren Raten an dem Projekt. Die restliche Finanzierung erfolgte über Bankkredite. Diese Form der Finanzierung war auch nötig. Der im Jahr 1978 neu gebohrte Brunnen war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls noch mit einem erheblichen Kredit belastet.

Der Neubau des Wasserbehälters und andere kleinere Investitionen brachte es mit sich, dass die Betriebskosten für die Versorgung des Ortes mit Wasser gesenkt werden konnten.

Kredite konnten schneller getilgt werden. Eine „schuldenfreie“ Wassergenossenschaft war absehbar.

Meistens kommt es aber anders als man denkt. So auch bei uns. Ab 2001 waren neue Investitionen notwendig.

Ein Neubaugebiet wurde erschlossen. Die erforderliche Wasserleitung bedeutete erneut Investitionen.

Gleichzeitig wurde vom Regierungspräsidium die Auflage erteilt, eine Entsäuerungsanlage zu bauen.

Zur Erklärung: Unser Wasser enthält keine Schadstoffe. Wir haben sehr weiches Wasser. Das einzige Problem, das Wasser enthält Kohlensäure. Diese muss mittels einer Entsäuerungsanlage entfernt werden. Investitionsvolumen ca. 250.000 Euro.

Es wurde finanziert über einen Zuschuss des Landes aus der Grundwasserabgabe und aus langfristigen Krediten. Eine erneute Belastung der einzelnen Genossen mit Pflichtanteilen haben wir vermieden.

Die nächste Frage stellt sich, für was dies alles?

- Aus den ehemals 27 Genossen sind bis heute 220 Mitglieder geworden.
- Wir versorgen 800 Einwohner plus Vieh. Der Wasserverbrauch beträgt im Jahr z. Zt. ca. 34.000 m³ bei einem Preis pro m³ netto 1,51 €.
- Investitionen in den letzten Jahrzehnten von ca. 750.000 €.

Wie kann eine so kleine Genossenschaft dies alles leisten?

Wer steht dahinter?

- Zunächst die Einwohner des Ortes, die ihre Wassergenossenschaft erhalten wollen.
- Vorstand und Aufsichtsrat, die ehrenamtlich ihren Einsatz verrichten.
- Technische Mitarbeiter und eine Buchhalterin, die für geringes Entgelt dazu beitragen, dass Wasser in Großpropperhausen fließt.

Auch im Vorstand und Aufsichtsrat hat sich ein gewisser Wandel vollzogen. Im Jahr 1989 war ich mit knapp 30 Jahren das jüngste Mitglied des Aufsichtsrates. Alle anderen Vertreter waren wesentlich älter. Heute ist das älteste Vorstandsmitglied unter 60 und der Durchschnitt zwischen 40 und 50 Jahre alt.

Früher war das „Gremium“ geprägt von selbstständigen Landwirten. Heute bestimmen alle Berufsgruppen mit.

Der Vorstand besteht aus fünf, der Aufsichtsrat aus sechs Mitgliedern. Sitzungen halten wir gemeinsam ab. Notwendige Beschlüsse werden auch gemeinsam gefasst.

Was haben Vattenfall, Eon, RWE, Hessenwasser usw. mit der Wassergenossenschaft gemeinsam? Ganz einfach. Alle versorgen Menschen mit Trinkwasser. Alle unterliegen denselben gesetzlichen Bestimmungen. Nur die Dimensionen sind sehr unterschiedlich. Die einen versorgen Millionen von Menschen. Wir nur ein paar Hundert.

Ein einfaches Beispiel. Um in Frankfurt ein Hochhaus mit 1000 Bewohnern zu versorgen, ist weniger Aufwand nötig wie in der Flächengemeinde Großpropperhausen.

Können wir uns in Zukunft den „Luxus“ einer Wassergenossenschaft noch leisten?

Ist unsere kleine Genossenschaft überhaupt Luxus?

- Im Augenblick kommen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln aus. An anderer Stelle meines Vortrages habe ich schon über die Erhöhung der Einlagen in die Genossenschaft gesprochen. Hier wurde jeder Genosse gleich belastet. Egal ob Kleinverbraucher mit 20 m³ oder Großverbraucher mit 1000 m³. Wenn ich das auf den normalen m³ - Preis umlege, kommt ein wesentlich höherer Preis heraus als der jetzige es aussagt.
- Personell mussten Veränderungen erfolgen. Mit den technischen Anlagen sind Spezialisten gefordert. In der Folge entstehen höhere Personalkosten und nicht zu vergessen auch höhere Betriebskosten.
- Manche Kosten sind in der Höhe für uns nicht nachvollziehbar. Die Wirtschaftsprüfung muss durch den Genossenschaftsverband erfolgen. Dadurch entstehen Kosten in Höhe von ca. 2000 Euro jährlich. Fast 5% des jährlichen Umsatzes. Ist dies gerechtfertigt? All diese Dinge hatten wir bisher im Griff.

Irgendwann in naher/ferner Zukunft ist eine Erneuerung der Ortsdurchfahrt geplant. In dieser Strasse liegt auch die Hauptwasserleitung der Genossenschaft. Teilweise schon seit 100 Jahren. Müssen diese Leitungen gegen neue ersetzt werden? Wenn ja, welches Volumen hat diese Investition. Können wir dies als Genossenschaft noch tragen? Das sind Fragen die uns von Zeit zu Zeit neben der Alltagsarbeit beschäftigen.

Vor Jahren gab es im Ort Stimmen, die Wasserversorgung in die Hände der Kommune zu geben. Die Mehrheit der Bürger hat an der Wassergenossenschaft festgehalten.

Heute wollen Gemeinde und Politik keine Übernahme mehr. Die Kosten und Probleme in anderen Ver- und Entsorgungsbereichen reichen für die Kommune aus. Auch die Einwohner werden auf den ersten Blick nicht höher belastet, als die restlichen Einwohner der Großgemeinde. Wenn ich die Erhöhung der Geschäftsanteile und den „verlorenen Zuschuss“ einrechne, sieht die finanzielle Seite anders aus.

In diesem Zusammenhang muss ich feststellen, dass sich die Zusammenarbeit mit der Gemeinde in den letzten Jahren erheblich verbessert hat. Heute spreche ich von einem kollegialen Miteinander. Auch die Überwachungsbehörden, wie Gesundheitsamt, untere bzw. obere Wasserbehörde, unterstützen in deren Rahmen die Genossenschaft.

Kritisches?

Die Trinkwasserverordnung 2003 wird hier in Deutschland sofort umgesetzt. Sie basiert auf einer EU-Verfügung. Wie halten dies die anderen europäischen Län-

der? Ist es heute nicht einfacher teures Mineralwasser zu verkaufen, als sauberes Trinkwasser?

Wir sind es gewohnt den Wasserhahn aufzudrehen, das Wasser fließt. Ein großes Übel ist schon der Ausfall des warmen Wassers.

Wenn von Betreiberseite das Trinkwasser mittels Chlor desinfiziert wird (erforderlich nach einem Rohrbruch), steht das Telefon bei mir nicht mehr still.

Wenn das Wasser wegen eines Rohrbruches teilweise komplett abgedreht werden muss, können Sie sich sicherlich vorstellen, was dann im Ort los ist.

Sind wir verwöhnt? Ist es Interesse an der Genossenschaft?

Ich behaupte Beides!

Frau Prof. Dr. Müller-Plantenberg ist der Meinung, die Wassergenossenschaft Großropperhausen ist etwas Besonderes. Deshalb auch die Einladung zu dieser Veranstaltung. Für mich und meine Mitstreiter ist die Wassergenossenschaft alltäglich. Jeder erfüllt seine Aufgabe eigenständig und mit sehr viel Engagement.

Um einen Vergleich zum Fußball zu ziehen: Hier kicken Amateure in einer Profilig! Womit ich nicht Sach- und Menschenverstand meine, sondern die Bezüge.

Generation um Generation baut an der „Firma“ Wassergenossenschaft. Jede Zeit bringt ihre Veränderungen. Vom Hochbehälter aus 1890 bis zur Entsäuerungsanlage im Jahre 2002. Es ist das Eigentum der Bürger aus Großropperhausen und dies bleibt auch hoffentlich noch viele Jahrzehnte so. Eine gehörige Portion Idealismus und Optimismus gehören auf jeden Fall dazu.

Energie

Gemeinsamer Aufbau der Ölmühle in Eiterfeld Großentaft

Jürgen Klose

Im Jahre 1998 habe ich mit einigen Mitstreitern eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die rein idealistisch getragen, die Verwendung von Pflanzenöl als Treibstoffersatz voranbringen möchte.

Etablierung einer Kreislaufwirtschaft

Ziel ist es, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zur Versorgung mit regenerativen Treibstoffen im Bereich der Landwirtschaft zu etablieren. Die ersten Impulse kamen überwiegend aus Bayern. Da hat bereits 1973 während der ersten Ölkrise Ludwig Elsbett sich Gedanken über die Abhängigkeiten gemacht. Er war damals ein Rufer in der Wüste, in einer Zeit, als Dieseltreibstoff zu Spottpreisen auf dem Markt war, schien es eine fixe Idee zu sein, dieses durch Pflanzenöl zu ersetzen.

Trotzdem entwickelte er einen pflanzenöлтаuglichen Motor. Der Motor wurde ca. 500 Mal in verschiedene PKW-Modelle eingebaut. Dieser Motor wurde mit Diesel gestartet; der weitere Fahrbetrieb konnte aber mit vielen verschiedenen Pflanzenölen erfolgen.

Besonders bestechend war der geringe Kraftstoffverbrauch (unter 4 Liter/100 km) in handelsüblichen PKWs (VW Passat, Golf etc.). Er und seine Firma scheiterten an wirtschaftlichen Zwängen.

Im Jahre 1993 war es einigen ehemaligen Mitarbeitern der Firma mit relativ geringen Anpassungsarbeiten gelungen, Seriidieselmotoren so zu verändern, dass diese sowohl mit Diesel, als auch mit reinem Pflanzenöl betrieben werden können. Für unsere Initiative war dies die wichtigste Voraussetzung.

Die zweite Voraussetzung war ein neuer politischer Rahmen. Zur Markteinführung biogener Treibstoffe wurde eine Steuerbefreiung bis zum 31.12.2009 gewährt. Damit wurden wir überhaupt erst konkurrenzfähig gegenüber den Dieseltreibstoffen, die mit ihrer 100 Jahre vorausgehenden Entwicklung und mit ihrer gesamten bereits ausgebauten Infrastruktur ja einen deutlichen Vorsprung haben.

Dagegen anzukämpfen ist enorm hart und schwer. Wir fanden aber eine zunehmende Akzeptanz bei den Landwirten. Die sagten, Mensch, das muss doch bekannt werden, dass so etwas möglich ist. Wir hatten Neuland betreten hier in Hessen, in Bayern war das schon länger bekannt.

Mensch und Natur in Einklang

Hessen fand langsam aber sicher den Anschluss. Und wir fanden auch einen sehr starken Partner. Die von uns initiierte Ölmühle befindet sich in Großentaft. Dies gehört zum hessischen Teil des Biosphärenreservats Rhön. Hier hat man das Ziel, Mensch und Natur in Einklang zu bringen.

- Das Schwarzkopfschaf wurde wieder eingeführt.
- Alte Streuobstwiesen wurden wieder aktiviert, wo Äpfel geerntet und zu Saft verarbeitet werden.
- Wir schlugen dem damaligen Verwaltungsstellenleiter vor, im UNESCO-Biosphärenreservat Treibstoff aus Ölpflanzen für der Deutschen liebstes Kind, das Auto, in einer funktionierenden Wirtschaft vor Ort zu erzeugen. Wir wollten versuchen, hier in der Rhön, Transportwege aufzubauen. Das war 1998.

Ich glaube da sind wir uns einig, jeder von uns kann auf das Auto eigentlich gar nicht mehr verzichten. Das ist für uns ein Stück Freiheit, ein Stück Lebensqualität.

Über allem steht die Fotosynthese, d. h. die Sonne. Denn, wenn wir uns an die Sonne klammern, haben wir im Grunde gute Aussichten, weil die Sonne immer ein Energielieferant gewesen ist so lange wir Menschen existieren. Wenn die Sonne vergeht, vergeht auch die Menschheit. Das heißt: Es kann nur dort die Lösung zu suchen sein. Wir haben hier die Biomasse, die ja umgewandelte Sonnenenergie darstellt. Wir haben die Ernte, die Pressung und die Verbrennung. Jetzt müssen nur noch der Gas- und der Nährstoffkreislauf geschlossen werden. Das heißt Gase (insbesondere Kohlendioxyd), die dabei entstehen, müssen zu den Pflanzen zurück. Das ist beim Pflanzenöl durch die atmosphärische Ausbreitung relativ einfach.

Auf der anderen Seite gibt es einen Nährstoffentzug auf dem Acker; ich entziehe Mineralien, die sich im Pressrückstand befinden. Diese müssen wir, nach erfolgter Nutzung (Viehfutter, Verbrennung etc.) wieder auf den Acker bringen. Dies bezeichnet man als Mineralstoffkreislauf.

Auch den Themen Pflanzenschutz und Abgasverhalten bei der motorischen Verbrennung, die zu verbessern ist, muss man sich stellen. Das sind kleinere Probleme, die wir lösen können.

Diese Kreislaufwirtschaft will ich jetzt am Beispiel der dezentralen Ölgewinnungsanlage in Eiterfeld darstellen.

Besucher der Anlage sind im ersten Augenblick enttäuscht. „Was? - Mehr ist das nicht?“ Aber genau das ist es. Es ist so einfach, dass jeder in wenigen Minuten kapiert hat, um was es geht. Einfache Lösungen brauchen wir, keine hochkomplizierten. Die technische Anlage besteht im Wesentlichen aus einer Schneckenpresse, vorzustellen als eine Art Fleischwolf. Hier wird die Rapssaat (das sind kleine schwarze Körnchen) ausgequetscht. Zunächst fällt das austretende

Pflanzenöl in einen mit Rührwerk versehenen Rohöltank. Dieser wird nach Erreichen eines entsprechenden Füllstandes mit einer Filteranlage gereinigt. Das heißt, unsere Treibstoffherstellung beschränkt sich auf das Ausquetschen und das Filtern, und das war es.

Akzeptanz bei Landwirten

Diese Initiative hat zunächst versucht, bei Landwirten entsprechende Akzeptanz zu finden. Denn dort gehört sie doch eigentlich hin. Das war in den Jahren 2000 bzw. 2001. Die Landwirte stolperten damals von einer Krise (BSE, Klärschlamm in Futtermitteln etc.) in die andere. Der Zeitpunkt war demzufolge schlecht. So haben wir (ein Landwirt, ein Forstbeamter und ein Justizbeamter) im Jahre 2001 eine GmbH gegründet mit dem Ziel des Aufbaus einer Pflanzenölmühle und des Vertriebes der erzeugten Produkte (Öl und Pressrückstand).

Über 4 Jahre lang konnten wir zu dritt die Anlage, die fast vollautomatisch läuft, nebenbei betreiben. Im November vergangenen Jahres hat sich der Markt derart überschlagen, dass wir diese Anlage aufgrund der hohen Nachfrage nicht mehr nebenbei betreiben konnten.

Vor Jahren sagte die Industrie „Ihr seid eine Nische in der Nische“. So wurden wir von der großen Industrie jahrelang betrachtet und man hat uns infolge dieser Einschätzung in Ruhe gelassen. Jetzt bemerken sie wie der Verbrauch heimischen Pflanzenöls als Dieselerersatz wächst. Mitte des Jahres 2004 wurde der gordische Knoten durchschlagen, da begannen die ersten Speditionen, mit Pflanzenöl zu fahren. Da merkten sie, was es bedeutet, wenn plötzlich eine Spedition, die sonst eine Million Liter Diesel gekauft hat, nur vielleicht 20.000 Liter zum starten der Motoren benötigt und den weiteren Fahrbetrieb mit Pflanzenöl vom Landwirt bewerkstelligt.

Das hat dann dazu geführt, dass wir, um uns am Markt zu positionieren und nicht von dem wachsenden Interesse der Agrarindustrie überrollt zu werden, beschlossen haben, die Ölmühle auf professionelles Niveau anzuheben.

So ist seit dem Januar 2006 die Geschäftsführung an einen Profi aus der Mineralölwirtschaft übergegangen. Bis dato lief die Anlage einigermaßen betriebswirtschaftlich rund. Wir haben natürlich keine Löhne gezahlt, das muss man dazu sagen.

Wir sind jetzt auf dem besten Weg, auch betriebswirtschaftlich Erfolg zu haben, denn zurzeit stehen wir sehr gut positioniert da: Ein Geschäftsführer managt den Betrieb, ein im Februar eingestellter Langzeitarbeitsloser erledigt die anfallenden Arbeiten, liefert das Rapsöl mit einem modernen Tankwagen und verlädt den Pressrückstand.

Eine Gesellschaft, an der man Anteil hat, mit der identifiziert man sich

Gute Mitarbeiter sollte man an ein Unternehmen binden. Das kann man, durch finanzielle Anreize. Es ist aber gerade für kleinere Unternehmen nicht einfach,

weitere zusätzliche finanzielle Belastungen durch monetäre Anreize zu tragen. Deswegen ist die Überlegung, den Mitarbeiter sukzessive über Geschäftsanteile mit ins Boot zu nehmen. Eine Gesellschaft, an der man Anteil hat, mit der identifiziert man sich auch mehr.

Fuhrpark

Im Januar 2005 wurde noch überlegt, ob wir uns einen alten gebrauchten Tankwagen für 8.000 Euro leisten können. Mittlerweile haben wir einen nagelneuen Tankwagen mit Anhänger und geeichtem Messgerät angeschafft. Wir sind jetzt in der Lage, alle rechtlichen Anforderungen zu erfüllen. Außerdem haben wir einen Radlader zum Verladen des Pressrückstandes, der an die Landwirte als Futtermittel für Rinder, Kühe, Schweine etc. abgegeben wird. Damit haben wir uns jetzt wunderbar aufgestellt, und sehen dem Ganzen sehr optimistisch entgegen.

Die Vision

Denken wir nicht nur an Raps. Der Raps funktioniert; das haben wir mittlerweile bewiesen. Aber der Anbau und die Verwertung von anderen Ölfrüchten, gehören irgendwo hier mit hinein. Auch der ökologische Landbau wird nicht mit Pferd und Ochse auf das Feld ziehen, sondern er wird Maschinen nutzen. Das heißt, es sollte eigentlich in jedem Betrieb der Anbau von Treibstoffpflanzen berücksichtigt werden. Ob ich mich im südamerikanischen Regenwald befinde, ob ich in Malaysia bin, es gibt weltweit über 1.000 Ölpflanzen, die noch nicht richtig betrachtet worden sind. Und selbst in semiariden Zonen gibt es Pflanzen, die Wüsten begrünen können. Der Wüstenausbreitung entgegenzuwirken war auch eine große Vision von Ludwig Elsbett.

Wir haben aber auch eine Vision, dass wir von dem intensiven Anbau, den wir zurzeit auch beim Raps betreiben, wegkommen. Da müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das packen, dass wir extensiveren Anbau erreichen und dadurch Umweltschäden minimieren und Düngemittel bzw. Pestizideinsätze vermeiden oder reduzieren. Auch da müssen wir uns Aufgaben stellen.

In Bayern wiederum gibt es bereits die ersten Ansätze, wo private Institute Mischfruchtanbau betreiben. Leindotter wird zusammen mit Erbse oder mit Gerste ausgebracht. Es werden Herbizide eingespart, weil der Leindotter Ackerwildkräuter unterdrückt und keine Konkurrenz zu der Hauptfrucht darstellt. Aus den geernteten Leindottersamen wird das Öl zu Treibstoffzwecken gewonnen. Das heißt wir fahren zwei Ernten ein.

Es gibt da recht schöne Beispiele. Auch das stimmt mich hoffnungsvoll, wenn man da weiter dran arbeitet. Wir brauchen vor allen Dingen klimatisch angepasste Ölfrüchte in den jeweiligen Regionen. Da ist das Augenmerk auf Pflanzen zu richten, die wir bisher noch nicht in unserem Fokus haben. Zum Beispiel die Jatropha-Nuss, mit der semiaride Zonen begrünt werden können.

Auch die Ölpalme (ertragreichste Ölpflanze der Welt) ist sehr interessant. Doch hier muss man aufpassen, dass durch flächigen Einsatz bzw. Anbau durch Großkonzerne nicht neue Probleme entstehen. Ich habe die Befürchtung, dass diese den Regenwald abholzen und Ölpalmen pflanzen, weil der Ölabsatz finanziell lukrativ werden wird.

Verwertung der Pressrückstände

Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Verwertungsmöglichkeit der Pressrückstände. In Österreich wird Hanf zu Öl verarbeitet und der Pressrückstand wird mit Schokoladenüberzug als eine Art „Müsliriegel“ verkauft. Man kann sie als Futtermittel einsetzen, wie es beim Raps der Fall ist. Zurzeit nehmen wir die Pressrückstände als Futtermittel in der Milchviehhaltung, für Ochsen-, Bullen- sowie Schweinemast.

Durch die wachsende Weltbevölkerung entsteht ein immer größerer Bedarf an preiswerten eiweißreichen Nahrungsmitteln. Wenn Pflanzen genutzt werden können, um auf der einen Seite energetische Leistung zu erbringen und auf der andern Seite die Menschheit zu ernähren, dann ist man ein ganzes Stück weiter.

Konzerne übernehmen den Markt

Shell ist der weltgrößte Waldbesitzer. Die Ölgesellschaft Shell besitzt Wald auf der ganzen Welt, um diesen energetisch – als Hackschnitzel oder Biomasse – zu nutzen und Ölfrüchte dort anzubauen. In Malaysia und Lateinamerika wird jetzt schon Regenwald abgeholzt und es werden Ölpalmen-Monokulturen angebaut.

Drei Weltkonzerne (Cargill, Bunge, ADM) beherrschen einen Großteil des Ölsaatenmarktes.

Brasilien ist derzeit noch der größte Produzent von Soja. Bald wird China der größte Produzent sein. Auch dies wird zusehends Probleme bereiten.

Das Problem ist, dass die gesamte Pflanzenöllogistik bereits in Händen amerikanischer Großkonzerne ist.

Viele kleine vernetzte Projekte ersetzen fossile Energieträger

Wir haben hier ein kleines Projekt gemacht und viele kleine Projekte, die man miteinander vernetzt, in Deutschland, in anderen Ländern Europas oder auch in Übersee, bieten eine Chance, langfristig gesehen, fossile Energieträger zu ersetzen. Alles was klein und vernetzt ist, kann man selber machen. Die Wertschöpfung verteilt sich auf viele verschiedene Schultern (Arbeitsplätze!).

Konzerne erzeugen Abhängigkeiten, einseitige Gewinnmaximierung zu Lasten von Arbeitsplätzen, Personal, Umwelt etc. Davon müssen wir wegkommen.

Wir müssen auch in Deutschland und Europa sehr aufpassen, dass uns der begonnene Weg im Bereich Pflanzenöl (Landwirt → Ölmühle → Kunde) nicht

aus der Hand genommen wird. Von den acht Großölmühlen in Deutschland gehören sechs Ölmühlen bereits Agrarkonzernen wie Cargill, Bunge bzw. ADM.

Die größte Ölmühle Polens wurde von Bunge übernommen. In der Ukraine wird Ackerland bereits von diesen Agrarkonzernen angepachtet.

Ich habe den Verdacht, dass sich diese Konzerne bereits heute den Zugriff auf die erneuerbaren Energien sichern. Da wollen wir gegensteuern. Es kommt mir vor wie der Kampf gegen Windmühlen. Wenn wir hier nicht aufpassen, wird uns auch dieses (wie beim Getreide) von den Konzernen aus der Hand genommen.

Die Besteuerung der Biokraftstoffe, die angedacht wird, ist ein weiteres Problem. Die Steuer könnte das Aus für viele kleine Ölmühlen bedeuten. Die anfallenden Fixkosten (Laboruntersuchung zur steuerbegünstigten Einhaltung der Vornorm DIN 51605, Errichtung eines Steuerlagers etc.) müssen an den Kunden weitergegeben werden. Für die in aller Regel kleinen Erzeugungsmengen der dezentralen Anlagen wird der Preis je Liter dadurch so hoch, dass gegenüber der großindustriellen Produktion die Wettbewerbsfähigkeit leidet.

Energiebilanz 1:7

Mittlerweile haben wir bereits Traktoren und Mähdrescher, die mit Pflanzenöl fahren. Es ist eine gesamte Logistikkette, die sich anschließt: sei es der Transport mit dem umgebauten LKW-Pflanzenölmotor, das Auspressen der Saat, die Weiterverarbeitung und nachfolgende Auslieferung etc. All diese Schritte werden energetisch beleuchtet und in der Energiebilanz zusammengefasst. Diese ist im vorliegenden Fall eindeutig positiv: 1:7. Vereinfacht gesagt, man steckt 1 Teil hinein und holt 7 Teile heraus. Zeigen sie mir eine andere Treibstoffalternative, die eine ähnliche Bilanz aufweisen kann.

Was machen wir mit den pflanzlichen Ölen?

Zunächst wird an Speiseöl gedacht. Das ist auch naheliegend. Raps ist ein ganz hochwertiges Speiseöl, das dem Olivenöl nahe steht.

Andererseits gibt es die Verwendung als Futteröl. In Schweinemastbetrieben wird es als energiereiches Futtermittel und Staubbinder dem Getreideschrot zugemischt. Es gibt aber auch die Verwendungsmöglichkeit als Schalöl bzw. als Trennöl, bei Betonfertigelementen.

Im Bereich der Motorsägenverlustschmierung wird Kette und Schiene durch unbehandeltes Rapsöl geschmiert. Was mich besonders fasziniert ist, dass ich es außerdem als Treibstoff für Kraftfahrzeuge nutzen kann. Wir haben bei uns in der Region mittlerweile schöne Beispiele. Ein Traktor, der zu 100 Prozent mit Rapsöl läuft. Weitere, die mit Zwei-Tank-System laufen (Start mit Diesel, Fahrbetrieb mit Pflanzenöl). Insbesondere PKW's, die über einen recht guten Umrüstungsstandard verfügen. Mittlerweile kommen die LKW-Umrüstungen hinzu,

die aufgrund ihres recht hohen Verbrauchs einen deutlich höheren Rapsölbedarf wecken.

Führende LKW-Hersteller (Volvo, Mercedes Benz, Scania) geben mittlerweile kleinlaut zu, dass der Rapsölbetrieb funktioniert. Eine Baufirma hat einen umgebauten schweren Radlader, der neun Tonnen in seine Schaufel packen kann. Da kommt der „Saft aus dem Raps“ in den Tank und die Maschine bringt die Leistung wie zuvor im Dieselbetrieb. Das ist für mich faszinierend.

Blockheizkraftwerke

Ebenfalls hochinteressant ist das Blockheizkraftwerk auf der höchsten Erhebung Hessens - der Wasserkuppe. Es wurde von dem örtlichen Stromversorger durch Initiative der Biosphärenreservatsverwaltungsstelle und uns durchgesetzt.

Es ist vermutlich immer noch das größte mit Rapsöl betriebene Blockheizkraftwerk Europas. Es hat zwei umgebaute 12 Zylinder Deutz-Motoren, die die Stromgewinnung und die Wärmeversorgung auf den Gebäuden der Wasserkuppe übernommen haben. Sie erreichen dadurch einen Wirkungsgrad von fast 90%. Die Wirtschaftlichkeit hängt nicht zuletzt mit dem Energieeinspeisegesetz zusammen, wo es entsprechende politische Vorgaben gibt.

Die Steinzeit endete nicht aus Mangel an Steinen. Viel wahrscheinlicher ist, dass die fossilen Treibstoffe so teuer werden, dass es interessanter wird, auf billigere alternative Energien umzusteigen.

Betrachten wir die EU-Landflächen, die durch Mitgliedstaaten aus Ost- und Südeuropa erweitert wurden: Wenn diese entsprechend bewirtschaftet werden und die gesamten Stilllegungsflächen, die wir in Deutschland und anderen Ländern Europas bereits haben, aktiviert werden, dann ist mit Sicherheit ein Großteil des europäischen Kraftstoffbedarfs zu decken.

Das setzt voraus,

- dass wir in der Motorentechnik effizienter werden,
- dass die Wärmedämmung von Gebäuden verbessert wird,
- dass wir die Substitution von Heizöl über Festbrennstoffe hinbekommen. Ich denke dabei an Energiepflanzen (zum Beispiel Miscanthusgras) und an Holzhackschnitzel aber auch an Erdwärme.

Der gesamte regenerative Energiemix muss einbezogen werden. Bei optimaler Ausnutzung aller verfügbaren Flächen in Europa wären keine Importe notwendig. Ich will aber durchaus zubilligen, dass es sinnvoll sein kann, auch Pflanzenöle zu importieren, auch um Länder in der dritten Welt zu unterstützen. Der Grundgedanke sollte aber sein, dass das, was in einer Region erzeugt wird, auch regional verwendet wird. Ein Überschuss kann dann an ein benachbartes Land oder auf einem anderen Kontinent verkauft werden.

Es geht für meine Begriffe darum, dass jedes Land die Chancen wahrnimmt, die es selber hat. Wenn daraus übertragbare und nachahmenswerte Projekte und

Verhaltensweisen abgeleitet werden können, ist dies der gesamten Menschheit und Umwelt dienlich. – Hierzu soll das Projekt Modellregion Pflanzenöl in der Rhön einen Beitrag leisten.

Gemeinschaftsprojekte: Solardächer „Die besten Erfahrungen haben wir mit BI's gemacht“

Karsten Tent¹

Zu den Erfahrungen bei der "Kapitaleintreibung"

Das Projekt steht und fällt mit dem Ansprechpartner vor Ort, sei es Handwerker oder BürgerInneninitiative. Die besten Erfahrungen haben wir mit BI's gemacht, die in Weidenhausen und Gut Maygadessen sehr eigenständig in relativ kurzer Zeit das benötigte Darlehenskapital (60.000 € und 50.000 €) eingesammelt haben. Bei den Handwerkern war es schwieriger und konnte in Oberseelbach und Oberjosbach überwiegend aus dem Freundeskreis des Handwerkers bedient werden. Also auch hier die Erfahrung, wenn ein persönlicher Bekannter dahintersteht ist es leichter, an das Geld heranzukommen. Ein Projekt, bei dem sogar mit der PV-Anlage eine Teilsanierung des Schuldaches finanziert werden sollte, kam gar nicht zu Stande. Der Handwerker hat sich nicht so richtig in der Rolle des Einwerbers gesehen und von der Schule kam gar keine Reaktion.

Präsentation vor Ort

Wir bieten in allen Fällen auch eine Präsentation vor Ort an, aber bis auf Gladenbach war die Resonanz gering. Die BI hat dort wirklich außerordentliches geleistet.

Einen neuen Weg sind wir in Kassel gegangen². Prof. Dr. Vajen ist ein ehemaliger Mitarbeiter von uns und sah hier die Möglichkeit, einem interdisziplinären Studiengang viel Praxiserfahrung zu bieten. Es ging von JuristInnen für die Verträge über IngenieurInnen für die Anlagenplanung bis zu Marketingfachleuten, die den Flyer und die Internetseite gestaltet haben. Die StudentInnen haben sich auch sehr engagiert und viel Pressearbeit geleistet, so dass wir hier die Anlagen komplett aus Bürgerdarlehen finanzieren können (210.000 Euro).

¹ Großanlagenabteilung, Wagner & Co. Solartechnik GmbH, <http://www.wagner-solartechnik.de>
<http://www.wagner-akademie.de>

² Ein solches Gemeinschaftsprojekt entsteht auf dem Bibliotheksdach der Universität Kassel:
www.solarcampus.uni-kassel.de

Fazit

Je mehr sich die Beteiligten vor Ort engagieren und hinter diesem Projekt stehen, desto eher sind die BürgerInnen auch bereit, sich finanziell zu beteiligen und Zinssätze bis 6 % sind ja auch lukrativ.

Über Solardach Invest GmbH

Die Fa. Solardach Invest GmbH wurde 2004 als 100 % - Tochter der Fa. Wagner & Co Solartechnik GmbH gegründet. Der Firmensitz ist ebenso wie der von Wagner & Co in Cölbe bei Marburg. Der Geschäftsführer von Solardach Invest ist seit 1994 Mitarbeiter der Fa. Wagner & Co Solartechnik und seit 2000 für den Photovoltaik-Projektbereich zuständig.

Die Firma **Wagner & Co Solartechnik GmbH** gehört zu den Solarpionieren in Deutschland und ist seit 26 Jahren in diesem Bereich tätig. Diese Leistung wurde 2005 u. a. mit dem Solarpreis von Eurosolar und der deutschen Gesellschaft für Solartechnik (DGS) gewürdigt. Zu dem Produktprogramm gehört die ökologische Haustechnik mit thermischen Solaranlagen, Pelletkesseln und Photovoltaikanlagen. Die hohe Qualität der Produkte wird immer wieder durch die Stiftung Warentest bestätigt.

Die alleinige Aufgabe der **Solardach Invest GmbH** ist der Betrieb und die Verwaltung von PV-Anlagen. Der Ertrag ist durch ein Bundesgesetz (EEG) und durch die Garantie der Hersteller für 20 Jahre gesichert. Alle Anlagen sind durch eine so genannte Allgefahren-Versicherung umfassend abgesichert. Auch ein eventueller Ertragsausfall aufgrund einer Störung wird darüber abgegolten. Darüber hinaus sind alle Anlagen mit einer Fernüberwachung ausgerüstet, die automatisch Alarm gibt bei Fehlfunktionen oder Mindererträgen. Durch Wartungsverträge mit Fachinstallateuren Vor Ort wird eine hohe technische Betriebssicherheit gewährleistet. Die Erfahrung aus 17 Jahren Anlagenplanung von netzgekoppelten PV-Anlagen sorgt dafür, dass die Anlagenkomponenten von vornherein optimal aufeinander abgestimmt sind und eine hohe Lebenserwartung haben.

Seit 2004 wurden bisher insgesamt 4 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 320 kW errichtet. Zur Finanzierung wurden dafür 120.000 Euro von 22 verschiedenen privaten Darlehensgebern eingesammelt.

Für die Projekte in 2006 wurden bereits weitere 100.000 Euro von 25 Darlehensgebern gezeichnet.

Hier die Anlagen im Einzelnen:

- 22 kW mit Sanyo Modulen in Oberjosbach im Taunus. In Betrieb seit April 2005
- 250 kW mit BPSolar Saturn Modulen in Kirchhain. In Betrieb seit August 2005
- 26 kW mit BPSolar Poly-Modulen in Oberseelbach Taunus. In Betrieb seit November 2005
- 31 kW mit Sanyo Modulen. In Betrieb seit November 2005
- 52 kW Turnhalle Wissmar Bj. 2005: mit BPS3165S Polymodulen Ausrichtung
- 26 kW Bürgerhaus Fronhausen



26 kW auf Gut Maygadessen in Fürstenberg

Finanzierung

„Eine Gesellschaft, in der nur das Geld etwas wert ist, ist nichts wert“

Reiner Scheiwe

Vorstand GLS Bank

Seit mittlerweile 25 Jahren bin ich für die GLS Bank tätig, davon seit vier Jahren als Vorstand. Für die GLS Bank ist es interessant und wichtig zu erfahren, was in der Gesellschaft passiert, welche Themen aktuell sind, was die Menschen bewegt. Von Veranstaltungen wie dieser Sommerschule hier, können wir stets Ideen für unsere Bankarbeit mitnehmen. Aus diesem Grund möchten wir hier nicht nur die GLS Bank vorstellen, sondern auch von Ihnen etwas erfahren und für unsere Arbeit mitnehmen.

Die GLS Bank

Mit Geld umgehen, das ist eine Herausforderung, weil es kaum etwas gibt, das so strikten Regeln und Gesetzen unterliegt wie das Geldwesen. Man könnte meinen, es seien gar keine Alternativen in diesem Bereich möglich, aber unsere Bank beschäftigt sich seit 30 Jahren genau damit: Mit einem anderen Umgang mit Geld. Die GLS Bank wurde 1974 von Wilhelm Ernst Barkhoff, einem Rechtsanwalt, gegründet. Er fragte sich damals, wie es sein kann, dass viele Menschen mit guten Ideen und Zielen diese nicht weiter verfolgen können und welche Rolle das Geldwesen in diesem Zusammenhang spielt.

Meinen heutigen Vortrag möchte ich mit einem Zitat des österreichischen Dichters Ernst Frestl beginnen. „*Eine Gesellschaft, in der nur das Geld etwas wert ist, ist nichts wert.*“ Wenn ein Mensch sein Geld zur Bank bringt, legt er es in der Regel dort nach 3 Kriterien an:

1. Sicherheit: Er möchte, dass das Geld sicher angelegt ist.
2. Rentabilität: Er möchte, dass das Geld möglichst hoch verzinst wird.
3. Liquidität: Er möchte das Geld zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückbekommen.

Menschen, die mit der GLS Bank zusammenarbeiten, stellen vor diese drei Kriterien ein quasi vorgeschaltetes Hauptkriterium: Das Kriterium „*der sinnvollen Verwendung des Geldes*“. Sie wollen wissen, was mit ihrem angelegten Geld passiert. Was macht die GLS Bank damit? Ist die Verwendung in meinem Sinne? Kann ich als Einzelner Verantwortung dafür übernehmen, was mit meinem Geld geschieht?

Wir als GLS Bank versuchen, in verschiedenster Form auf diese Fragen von Verantwortung und Transparenz zu antworten. Daher sagen wir unseren Kunden und Mitgliedern, in welchen Bereichen wir ihr Geld anlegen. Das sind z. B. Wohnprojekte, gewerbliche Finanzierungen, der Naturkostbereich, Seniorenprojekte, Freie- und Alternativpädagogik, ökologische Landwirtschaft, regenerative Energien, Kunst, Kultur und Bürgerengagement, Therapie und Heilpädagogik. Wir finanzieren auch private Baufinanzierungen. Baut jemand sehr ökologisch oder nachhaltig, (Verwendung ökologischer Baumaterialien, Energiesparmaßnahmen usw.) unterstützen wir dies durch günstige Konditionen.

Alle 3 Monate veröffentlichen wir in unserer Kunden- und Mitgliederzeitschrift „Bankspiegel“, an wen wir und in welcher Höhe wir Kredite vergeben haben. Bei Krediten im Bereich der privaten nachhaltigen Baufinanzierung machen wir dies in aggregierter Form. In den anderen Bereichen werden der Kreditbetrag und der Name des Kreditnehmers veröffentlicht.

Unsere Kunden können wählen, ob sie die banküblichen Zinsen erhalten möchten, oder ob sie weniger oder keine Zinsen für ihre Einlagen erhalten möchten. Entscheiden sich die Kunden, weniger oder keine Zinsen zu nehmen, reichen wir diesen Zinsgewinn in voller Höhe an unsere Kreditnehmer weiter und können so Kredite zu einer sogenannten Kostendeckungsumlage vergeben. Es gibt bei uns rund 9.187 Kunden mit einem zinslosen oder teilverzinsten Volumen von 38 Mio. Euro. Wir konnten mit diesem Geld rund 1.100 Initiativen Kredite zur Kostendeckungsumlage anbieten. Die Kostendeckungsumlage liegt dieses Jahr bei 3,5%.

Die GLS Bank arbeitet bundesweit. Unsere Hauptstelle ist Bochum, Filialen haben wir in Hamburg, Stuttgart, Freiburg und in Frankfurt. Im Jahr 2003 haben wir das Bankgeschäft der in Frankfurt ansässigen Ökobank in unsere Bank eingegliedert. Die Menschen der ehemaligen Ökobank hatten ähnliche Anliegen wie wir. Nachdem die Ökobank in Schwierigkeiten geraten war, lag es nahe, deren Geschäfte zu übernehmen. Die Angebotspalette der GLS Bank konnte dadurch um die Baufinanzierung und das Girokonto sinnvoll erweitert werden.

Wir erleben eine hohe Nachfrage nach unserer Art des Bankgeschäftes. Im Jahr 2005 betrug das Wachstum 11,6 %, was im Bankenbereich beachtlich ist. Mittlerweile haben wir über 50.000 Kunden.

Die GLS Bank bietet das klassische Bankgeschäft an: Vom Girokonto über Sparkonten bis hin zu Angeboten der Altersvorsorge. Darüber hinaus entwickeln wir mit unserer Tochtergesellschaft der GLS Beteiligungs-AG immer wieder Fonds z.B. im Bereich von regenerativen Energien (Windkraft- und Solarfonds).

Kreative Finanzierungsform

Verschiedene Studien belegen, dass es eine Vielzahl von Menschen gibt, die sich gerne gesellschaftlich engagieren und nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse sehen. Diese Menschen werden als kulturkreativ oder postmateriell bezeichnet. Sie stellen ungefähr 10 % der deutschen Bevölkerung dar. Wir erleben bei diesen Menschen im Moment eine große Nachfrage nach unseren Bankangeboten.

Es gibt eine kreative Finanzierungsform, die wir schon sehr früh entwickelt haben: Die Leihgemeinschaft. Eine Leihgemeinschaft ist im Grunde nichts anderes als eine Kreditbündelung zu Gunsten eines Dritten. Am Beispiel einer heilpädagogischen Einrichtung kann man diese Finanzierungsform gut verdeutlichen: Mehrere Eltern wollen für ihre Kinder eine Einrichtung mit besonderer heilpädagogischer Ausrichtung gründen, doch ihr Gründungsvorhaben droht an mangelndem Eigenkapital zu scheitern. Die GLS Bank bietet den Eltern an, selbst das Eigenkapital zu stellen. Sollten sie das nötige Geld nicht auf einmal aufbringen, können wir Schenkungen vorfinanzieren. Wenn beispielsweise 200 Eltern bereit sind, 3.000 Euro aufzunehmen und sie mit 50 Euro monatlich ab-zuzahlen, kommt ein Betrag in Höhe von 600.000 Euro zusammen. Die Eltern beauftragen uns, dieses Geld an die Initiative aus-zuzahlen. Über diese Art von Finanzierungsformen hat die GLS Bank seit ihrer Gründung eine Vielzahl von Projekten und Initiativen finanziert, die sonst niemals entstanden wären. Eine besondere Form der Leihgemeinschaft war früher die Landwirtschaftsgemeinschaft. Mehrere Menschen haben Anteile an einem Bauernhof erworben, um damit zum Beispiel den Hof zu entschulden. Die Beteiligung an der Landwirtschaftsgemeinschaft wurde durch die GLS Bank im Wege einzelner Kredite vor-finanziert. So war es für viele Bauern möglich, ihre Visionen von ökologischer Landwirtschaft zu verwirklichen und den Hof nicht nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bewirtschaften.

Die Bilanzsumme der GLS Bank beträgt mittlerweile rund 550 Millionen Euro, das Kreditvolumen liegt bei 320 Millionen Euro. Selbstverständlich müssen wir wie andere Banken auch Liquiditätsreserven vorhalten und es gibt bei uns die üblichen Investitionen in Sachanlagen, Gebäude usw. Wir halten Beteiligungen in den unterschiedlichsten Bereichen, in denen wir tätig sind, aber auch Pflichtbeteiligungen wie z. B. an unserer genossenschaftlichen Zentralbank. Wir refinanzieren uns fast ausschließlich über Kundenanlagen. Das Eigenkapital besteht rund 50 % aus Geschäftsguthaben, die durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen entstehen.

Drei Jahre nach der Übernahme der Ökobank hat die GLS Bank weiterhin stabile Bilanzverhältnisse. Es war nie Anliegen der Bank, hohe Gewinne zu machen. Der Zins- und Provisionsüberschuss reicht aus, um die Personal- und Sachaufwendungen und sonstige Risiken des Kreditgeschäftes zu decken.

Mikrofinanzierungen

Im Bereich von Mikrofinanzierungen können wir viel von anderen Ländern lernen. Die Finanzierungsform mit Mikrokrediten ist inzwischen sehr stark in Asien oder Afrika vertreten. Dort sind es oft Frauen, die diese geringen Kreditbeträge erhalten und so die Möglichkeit haben, sich aus ihrer Erwerbslosigkeit zu befreien. Mit kleinen Krediten bauen sie sich eigene Existenzen auf z.B. in Handwerksberufen als Korbflechterinnen, Schneiderinnen oder in der Landwirtschaft und erwirtschaften so ein eigenes Einkommen.

Die Schere zwischen arm und reich wird in Deutschland immer größer und es gibt hier viele Beratungszentren, die z.B. arbeitslose Menschen bei ihrem Schritt in die Selbstständigkeit unterstützen.

Viele Menschen haben Ideen, sie wollen z.B. einen Kiosk eröffnen oder eine Fahrradreparaturwerkstatt. Oftmals sind diese Ideen durchaus realistisch, die Banken können sie jedoch nicht finanzieren, weil diese Menschen keine Sicherheiten stellen können. Das Kernproblem ist also, dass viele gute Initiativen aufgrund der Spielregeln bei der Kreditvergabe nicht verwirklicht werden.

In Deutschland ist das Deutsche Mikrofinanz Institut (DMI) gegründet worden. Ein Mitarbeiter der GLS Bank ist dort im Vorstand. Die Gründung erfolgte in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, der Bundesagentur für Arbeit und der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Die Hauptaufgabe besteht darin, die Berater in den Beratungszentren zu unterstützen. Diese werden professionell geschult und erhalten eine entsprechende Zertifizierung vom DMI. Außerdem informiert sich das DMI über die Praxis der Mikrofinanzierungen in anderen Staaten und versucht beispielhafte Finanzierungsformen in Deutschland zu entwickeln.

Auch den Menschen im DMI war schnell deutlich, dass das Thema Sicherheit im Bereich der Mikrofinanzierungen ein Kernproblem ist. Deshalb hat die GLS Bank in Kooperation mit der KfW-Mittelstandsbank, dem Bundesministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium einen Mikrofinanzfonds aufgelegt. In den Fonds sind 500.000 € eingezahlt worden. Mit 500.000 € ist der Fonds nicht besonders groß, aber die Kredite bewegen sich in der Regel zwischen 10.000 und 15.000 € und so können wir einigen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Vorhaben zu realisieren. Weil das Konzept stimmig ist, haben die beteiligten öffentlichen Stellen nun signalisiert, einen größeren Betrag für den Fonds bereit zu stellen.

Rating

Ein anderer Bereich, in dem wir uns engagiert haben, ist der Bereich des *ratings*. Hier hat es durch Basel II neue gesetzliche Regelungen gegeben.

Rating ist ein Beurteilungsinstrument für Unternehmen. Banken mussten schon immer Unternehmen beurteilen. Diese Beurteilung erfolgte meist so, dass man analysierte,

- Wie sieht der Markt aus, wie sieht die Branche aus?
- Haben die Menschen die Fähigkeiten, um ihre Vorhaben zu realisieren?
- Ist die Geschäftsführung gut?
- Ist die Organisation zweckmäßig?
- Wie sind die Bilanzzahlen?
- Wie ist die Zukunftsaussicht?
- Wie verlief die bisherige Kontoführung und Geschäftsentwicklung mit diesem Kunden?

Aus allen diesen Fragen und einer Vielzahl sonstiger spezieller Fragen, wurden Einzelnoten gebildet, die in die Gesamtnote (Beurteilungsnote) eines Kreditnehmers einfließen.

Neu ist, dass die Beurteilungsinstrumente der Bank jetzt selbst daraufhin überprüft werden, ob sie trennscharf genug sind, ob die Instrumente die Kreditnehmer präzise genug klassifizieren. Neu ist auch, dass für Kreditnehmer mit schlechteren Bonitätsnoten mehr Eigenkapital vorgehalten werden muss, als für Kreditnehmer mit guten Bonitätsnoten. Das Vorhalten von Eigenkapital aber kostet die Banken Geld. Das führt im Einzelfall dazu, dass die Kreditnehmer, die es ohne hin wirtschaftlich schwer haben, in der Tendenz die teureren Kredite erhalten. Hier haben wir zwar durch das Instrumentarium der Kostendeckungsumlage die Möglichkeit, in Einzelfällen gegenzusteuern, aber in der Tendenz wirkt diese gesetzliche Regelung so.

Die GLS Gemeinschaftsbank eG arbeitet als Genossenschaftsbank mit dem BVR(Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken)-Rating. Dieses Rating wurde aber fast ausschließlich für gewerbliche Kreditnehmer entwickelt.

Wenn wir das Rating des BVR, welches für die konventionellen Genossenschaftsbanken entwickelt wurde, auf unsere Kreditnehmer angewendet hätten, hätten kaum noch Kreditnehmer aus dem gemeinnützigen Bereich Kredite bekommen.

Deshalb haben wir zusammen mit den Kirchenbanken, der Bank für Sozialwirtschaft und dem BVR ein neues Rating entwickelt für Non-profit-Organisationen.

Wir haben erreicht, dass ein weiteres Rating entwickelt wurde, von dem wir jetzt sagen können, dass sich gemeinnützige Organisationen danach beurteilen lassen.

Die GLS Treuhand e.V.

Die GLS Bank arbeitet eng mit der GLS Treuhand e.V. zusammen. Die GLS Treuhand e.V. ist ein Verein mit einer Bilanzsumme von rund 33 Mio. Euro und Spendeneinnahmen von 6-7 Mio. Euro jährlich.

Zusammen mit der der GLS Treuhand e.V. können wir als Bank Finanzierungen verwirklichen, die sonst nicht zustande gekommen wären. So konnten Kredite an gemeinnützige Projekten trotz fehlendem Eigenkapital vergeben und/oder finanzielle Krisen von Initiativen überwunden und so manche Idee auf den Weg gebracht werden.

Die GLS Treuhand e.V. hat in den letzten Jahren themenbezogene Stiftungen gegründet. So gibt es:

- Die *Zukunftsstiftung Landwirtschaft*, die sich mit der Saatgut- und Gentechnikproblematik beschäftigt.
- Die *Zukunftsstiftung Gesundheit*, die sich für alternative – beispielsweise homöopathische – Heilmittel einsetzt.
- Die *Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe*, die Menschen in Entwicklungsländern, die selber Initiativen ergreifen, unterstützt.
- Die *Zukunftsstiftung Soziales Leben*, die einzelne Menschen fördert, die Besonderes leisten. Diese Art der Unterstützung ist ziemlich ungewöhnlich, da nach unserem Steuerrecht keine einzelnen Menschen gefördert werden dürfen. Wenn wir jedoch nachweisen, dass diese einzelnen Menschen gemeinnützig tätig sind, dann dürfen wir sie unterstützen. Und so gibt es z. B. eine Märchenerzählerin, die nach Sarajewo gegangen ist, um traumatisierten Kindern Märchen vorzulesen.
- Die *Zukunftsstiftung Bildung*, die sich aktuell in ihrem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ engagiert. Ziel ist, jedem Grundschulkind das Erlernen eines Musikinstrumentes zu ermöglichen.

Insgesamt ist das Stiftungsrecht in den letzten Jahren umfassend modifiziert worden. Mittlerweile kann man mit 50.000 € eine Stiftung gründen. Bei einer unselbstständigen Stiftung wird keine eigene Rechtsperson benötigt. Selbstständige Stiftungen können auch von relativ kleinen Betrieben gebildet werden. Das ist eine begrüßenswerte Veränderung des Stiftungsrechts.

Wie stärkt das regionale Zahlungsmittel die regionale Entwicklung und das kulturelle Leben?

Heinz-Ulrich Eisner

BürgerBlüte Kassel

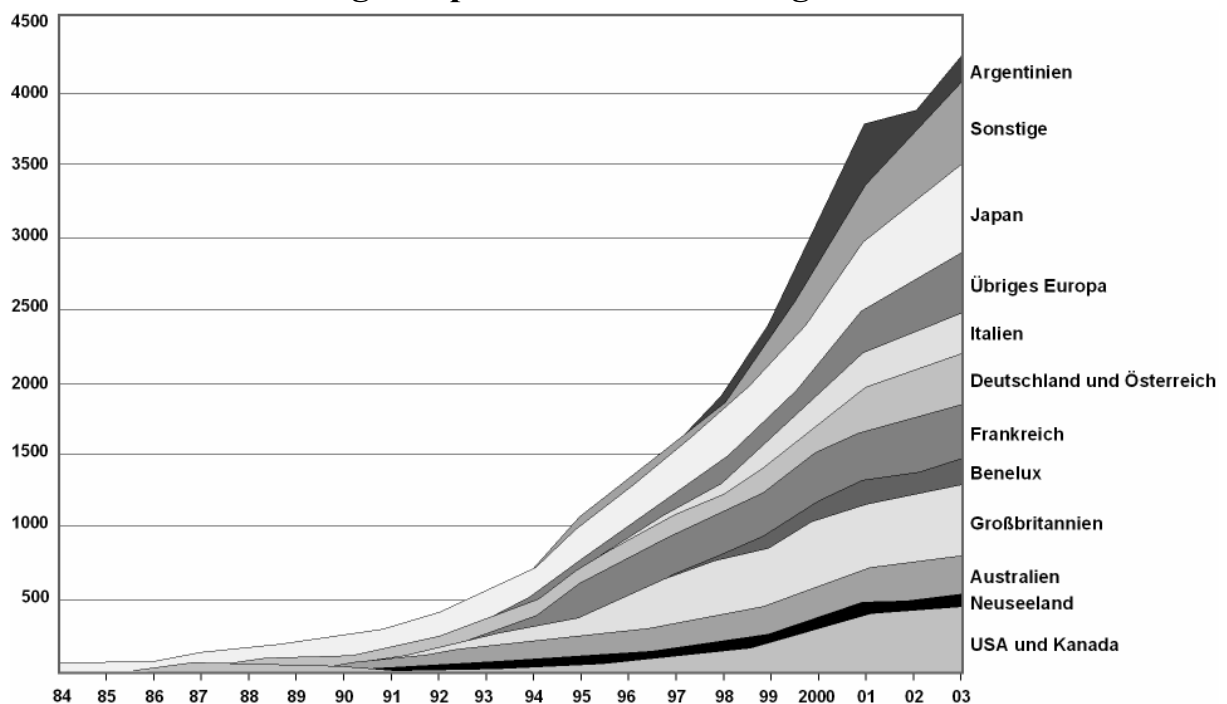
Der Bürgergeld e.V., der die BürgerBlüte, Regionalwährung für Kassel und Umgebung, herausgibt, trägt den Untertitel „Verein für solidarisches Wirtschaften“.

Als erstes gehe ich auf die theoretischen Hintergründe ein, die den Regionalwährungen zu Grunde liegen, und die Ziele, die damit erreicht werden sollen. Danach stelle ich die aktuellen Konzepte vor, die derzeit im deutschsprachigen Raum realisiert werden, den gegenwärtigen Stand der Entwicklung und die weiteren Perspektiven. Zum Schluss stelle ich konkret vor, wie die BürgerBlüte, Regionalwährung für Kassel und Umgebung, im einzelnen funktioniert, und berichte kurz von den Erfahrungen und Entwicklungen von Regionalwährungen, die schon länger laufen.

Grundsätzlich fallen Regionalwährungen unter den Oberbegriff „komplementäre Währungssysteme“, wo es bereits verschiedene Konzepte und Modelle gibt. Der ganze Bereich der Komplementärwährungen ist enorm gewachsen seit den 90er Jahren. Darunter fallen Tauschringe, Barter-Systeme, Zeitbörsen usw. In dem Moment, wo Menschen anfangen zu sagen: Wir wollen handeln, tauschen, ohne Benutzung des gesetzlichen Zahlungsmittels, sondern wir geben uns eigene Formen von Austauschstrukturen und schaffen das Zahlungsmittel selber, handelt es sich um ein komplementäres Währungssystem und davon sind Regionalwährungen eine Spielart.

Regionalwährungen auf Gutscheinbasis gibt es in Deutschland derzeit realisiert ungefähr 15 und etwa 50 Initiativen, die eine Regionalwährung planen; daran zeigt sich die momentane Wachstumsdynamik in diesem Bereich.

Die Grafik 1 zeigt die Entwicklung von komplementären Währungen seit 1985: anzumerken ist, dass es sich hier fast durchweg um so genannte entwickelte Länder handelt. Die ganze Entwicklung ist rasant. 1990 gab es noch relativ wenige.

Grafik 1: Entwicklung komplementärer Währungen

Japan war anfangs Vorreiter bedingt durch die Stagnation, die in den 90er Jahren dort herrschte. Seitdem gibt es dort schon viele Versuche mit komplementären Währungen. Aber die anderen Länder haben rasch nachgezogen. Grundsätzlich sieht man ein enormes Anwachsen von komplementären Zahlungssystemen seit den 90er Jahren.

Komplementäre Zahlungssysteme sind jedoch keine Erfindung der letzten Dekaden des letzten Jahrtausends, sondern es gab immer wieder Zeiten, wo viele komplementäre Währungssysteme entworfen wurden: in der Regel waren das Zeiten von wirtschaftlichen Krisen. Der „Standard Catalogue of Depression Scrip of the United States“ von Mitchell & Shafer, also der Katalog der Depressionswährungen der Vereinigten Staaten enthält allein für die USA tausende Abbildungen von Komplementärwährungen aus den 20er Jahren.

Deutschland und Österreich waren in dem Bereich relativ führend, von daher ist davon auszugehen, dass es auch hier sehr viele Regionalwährungen gab. Tauschringe sind vielfach in den 90er Jahren entstanden. Was dort ausgetauscht wird, bewegt sich allerdings meist im Bereich Nachbarschaftshilfe. Wenige Tauschringe sind in relevanter Größenordnung in den gewerblichen Bereich vorgestoßen. Es ist eine Frage, ob das Intention oder Problematik ist. Im Unterschied dazu versuchen Regionalwährungen ganz explizit den gewerblichen Bereich mit einzubeziehen bzw. vor allem im gewerblichen Bereich zu arbeiten und versuchen damit auch eine Antwort auf die Beschleunigung des Wegbrechens regionaler ökonomischen Strukturen im Zuge der Globalisierung zu geben. Die Phänomene sind wahrscheinlich weithin bekannt.

Theoretischer Hintergrund

Zum theoretischen Hintergrund: Regionalwährungen und eigentlich fast alle komplementären Währungen beziehen sich auf zwei grundlegende Zusammenhänge. Der eine fällt unter dem Begriff *Globalisierungskritik*.

Durch die zunehmende Dominanz von großen Konzernen, von Ketten, die kleinere Anbieter, lokale Anbieter aus dem Markt drängen, nimmt die Zahl der lokalen inhabergeführten Geschäfte deutlich ab. Ich habe bei der Handwerkskammer Kassel nachgefragt: 1977 gab es im Lebensmittelhandwerk noch 810 Bäcker, 1995 waren es 505, 2006 sind es 365. Also, eine Abnahme von mehr als 50 %. Die Zahl selbständiger Betriebe im Fleischerhandwerk ist im gleichen Zeitraum von 974 auf 537 gesunken. Diese Entwicklung geht im Prinzip ungebremst weiter, und bezieht immer weitere Branchen mit ein. Im Augenblick würde ich denken, dass der Buchhandel schwer zu kämpfen hat aufgrund von Amazon & Co. Da man inzwischen problemlos Dateien per Internet verschicken kann, gibt es dort auch Angebote von Briefpapier über Visitenkarten bis zu jeglichem Druckmaterial, so dass sicherlich auch die kleinen lokalen Drucker zurzeit erheblich unter Druck geraten.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass dieses Wegbrechen von regionalen Kleinanbietern nicht nur für den Selbständigen oder dessen Angestellte selber existenzielle Katastrophen darstellt. Der Verbraucher kann die Dinge, die er benötigt im Supermarkt kaufen. Aber diese kleinen Gewerbetreibenden fallen auch als Nachfrager in dem ökonomischen System der Region weg. Wirtschaft findet ja zum größten Teil nicht zwischen Endkunde und Einzelhandel statt, sondern zwischen Unternehmen. Und der Bäcker oder der Drucker, der seinen Laden zumacht, der braucht auch keinen mehr, der ihm seine Steuer macht. Der braucht keinen Steuerberater mehr, er braucht niemand, der ihm Büromaterial verkauft, der braucht keinen, der seine Werbung setzt und druckt, usw. Das heißt es entsteht ein regionaler Domino-Effekt, wodurch eine zunehmende Verarmung einer Region stattfindet. Das führt natürlich zu Arbeitsplatzverlusten, Lehrstellenverlusten und auch zu einem ökonomischen Ausbluten der Kommunen, weil die überregionalen Ketten in Kassel keine Gewerbesteuer zahlen, sondern nur am Hauptsitz; die Filialen bezahlen vor Ort nichts.

Ein weiterer Aspekt, der auch unter den Begriff Globalisierungskritik fällt, bezieht sich auf den Abfluss von Kapital in den internationalen Kapitalmarkt. Ich habe dazu für Deutschland keine Zahlen. Die einzige dazu mir bekannte Studie ist aus Irland. Sie vergleicht, wie viel Spargelder bei Banken angelegt werden und wie viel Gelder dieselben Banken als Kredite in der gleichen Region ausgegeben. Die Studie bezieht sich auf das überregionale Bankensystem in Irland. Generell liegt das Verhältnis von Einlagen und Darlehen durchschnittlich bei 2 zu 1. Das heißt es gibt doppelt so viele Einlagen wie Darlehen. In peripheren Regionen verändert sich dieses Verhältnis jedoch wesentlich und beträgt oft 4 zu 1 bis 6 zu 1. Das heißt gerade aus den ärmeren Regionen, die eigentlich dringend auf Investitionen im Infrastruktur, Arbeitsplätze usw. angewiesen wä-

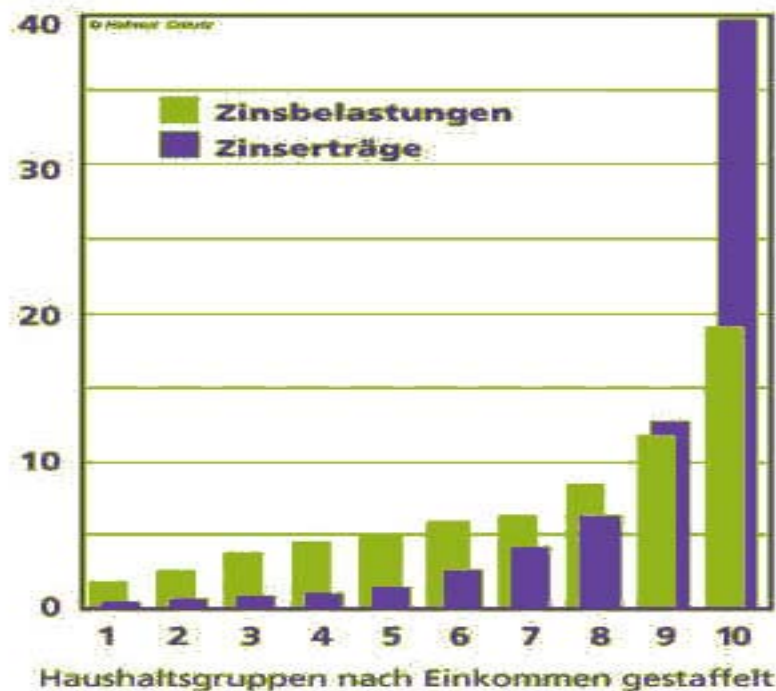
ren, wird noch permanent Kapital abgesaugt. In dem Moment, wo das Geld über den Bankschalter wandert, ist es im internationalen Kapitalmarkt und die Vergabe von Kapital erfolgt ausschließlich nach dem Kriterium von Rendite und da können diese peripheren Regionen einfach nicht mithalten. So werden gerade aus den Gebieten, die am dringendsten Mittel nötig hätten, noch zusätzlich die wenigen Mittel abgezogen, die dort existieren. Das lässt sich regional nachweisen, selbst in einem relativ entwickelten Land wie Irland, man kann aber sicherlich davon ausgehen, dass es sich global nicht anders verhält.

Zinskritik

Die zweite der erwähnten Grundlagen von Regionalwährungen fällt unter den Begriff *Zinskritik*. Das ist ein ganz großes Thema, das ich jetzt nicht ausführlich beleuchten kann. Dazu bräuchte es einen eigenen Vortrag. Um es kurz anzureißen: Das geht vornehmlich zurück auf Analysen von Pierre Joseph Proudhon und Silvio Gesell, die auch Rudolf Steiner aufgegriffen hat, und die verschiedentlich weiterentwickelt wurden. Sie sehen den Zins als den Grundfehler in der Konstruktion unseres Wirtschaftssystems, weil er zu einer permanenten Umverteilung von denen, die wenig haben zu denen, die viel haben, führt. Dazu hier eine Grafik, die die Verteilung der Zinsbelastung in Deutschland darstellt.

Grafik 2:

Tsd. Euro je Haushalt



Hier sieht man, wenn man die Haushalte in Gruppen unterteilt, die jeweils 10% der Anzahl ausmachen, dass die unteren 80 % durchgängig mehr Zinsen bezahlen als sie einnehmen. Das 9. Zehntel hat ein etwa ausgeglichenes Verhält-

nis und das 10. Zehntel bekommt all das, was die unteren 80 % mehr bezahlen, als sie einnehmen.

Wichtig ist, hier zu sagen, dass nicht nur die Zinsen enthalten sind, die jemand direkt an die Bank bezahlt, weil er einen Kredit aufgenommen hat, sondern man muss sich darüber klar sein, dass man mit jedem Euro, den man ausgibt, verdeckt Zinsen bezahlt: Mit jeder Steuer, die ich bezahle, bezahle ich Zinsen, weil etwa 30 % des Bundeshaushalts oder auch des Haushaltes der Stadt Kassel auf Grund der Verschuldung der öffentlichen Hand direkt an Kapitalgläubiger geht. Und genauso bei jedem Gut, das ich kaufe, sei es ein Computer oder eine Mineralwasserflasche: natürlich hat der Hersteller jedes Produktes, der Spediteur, der Einzelhandel, jeder, der an der ganzen Erzeugung und Verteilung eines Produktes beteiligt ist, selber Kredite am laufen, für die er Zinsen bezahlt, die er in seinen Preis einkalkulieren muss. Nach vorsichtiger Schätzung muss man davon ausgehen, dass der durchschnittliche Zinsanteil in allen Waren bei mindestens 30 % liegt, d.h. man arbeitet ungefähr 1/3 des Jahres für Forderungen an das Bruttosozialprodukt, die auf Grundlage von Kapitalbesitz erhoben werden.

Dass gerade die Verschuldung bei Land und Kommunen inzwischen nahezu zu Handlungsunfähigkeit führt, dürfte Ihnen auch bekannt sein.

Ziele

Die Ziele von Regionalwährungen ergeben sich natürlich weithin aus diesen Kritikpunkten. Das erste wäre, eine Vernetzung und Solidarisierung regionaler Akteure wiederherzustellen. Wir denken Wirtschaft in aller Regel als ein System von Konkurrenz, wo man sich gegen die anderen behaupten muss. Das Marktsystem lebt von der Konkurrenz der Anbieter. Wenn man aber eine Region als Gesamtes betrachtet, muss man jedoch zu dem Schluss kommen, dass das Bild „wir sitzen alle in einem Boot“ die Situation sehr viel treffender beschreibt.

Wie wir auch vorhin an dem Beispiel der verschiedenen Gewerke gesehen haben, dass wenn einige Gewerke zumachen natürlich auch die Zulieferer schließen müssen, so geht es in einer Region allen halbwegs gut oder nicht. Sich als einzelner Betrieb da auszuklinken, geht nur bei den Unternehmen, die ganz stark weltmarktorientiert arbeiten, was aber in einer Region und von den Menschen, die dort leben, immer nur ein kleiner Prozentsatz sein wird. Für all die anderen gilt: Wenn ich keine Nachfrage habe, dann habe ich selber kein Geld und kann selber keine Nachfrage erzeugen, was wieder den Nächsten schädigt usw., weil Wirtschaft einfach in Kreisläufen gedacht werden muss. Die Regionalwährung führt dazu, dass dieser Gedanke, dass wir alle in einem Boot sitzen und dass wir gemeinsam schauen müssen, eine Region tragfähig und lebensfähig zu erhalten, sehr viel präsenter wird bei den Menschen, die daran teilnehmen. Wer als Verbraucher eine BürgerBlüte benutzt, weiß, dass der Laden bei dem er oder sie damit einkaufen kann, von der Idee her am gleichen Strang zieht. Er hat

das gleiche Interesse, nämlich etwas für die Region zu tun, die ökonomische Struktur und Vielfaltigkeit zu erhalten.

Allein diese Solidarisierung zwischen Verbrauchern und Gewerbetreibenden, wo nicht nur die „Geiz ist geil“-Mentalität herrscht, sondern wo man in größeren Zusammenhängen denkt, ist ein ganz wichtiger Punkt, den eine Regionalwährung bewirken kann.

Zweitens soll sie natürlich die Kaufkraft und das Kapital in der Region halten. Das ergibt sich durch das Zahlungsmittel automatisch, denn mit einer „BürgerBlüte“ kann ich nur in Kassel und Region einkaufen. Von daher bleibt die Kaufkraft zwangsläufig in der Region, solange mit Regionalwährung bezahlt wird.

Drittens kann ein funktionierendes regionales Zahlungsmittel dazu führen, dass die Versorgung gerade in grundlegenden Existenzbereichen wie beispielsweise Lebensmitteln und Energie, sich tatsächlich mehr regional organisiert. Im Chiemgau beispielsweise gibt es eine Regionalwährung schon länger, und dort haben sich tatsächlich schon Kreisläufe von Gütern verändert. Regionale Akteure (Läden) fragen plötzlich in der Region wieder Dinge nach, die sie vorher von weit weg bezogen haben. Es führt dazu, dass das Einkaufsverhalten sich verändert und damit auch Geldströme und Warenströme anfangen, anders zu fließen.

Darüber hinaus führt eine mehr regional ausgerichtete Wirtschaft zu einer Verminderung des Transportaufkommens und zu einer entsprechenden Verringerung von Umweltbelastung und Zubetonierung der Landschaft.

Derzeitige Konzepte von Regionalwährungen

Wir sind zurzeit in einer Experimentierphase in Deutschland und überhaupt weltweit. Es gibt relativ viele unterschiedliche Konzepte von Regionalwährung, und diese Unterschiede reichen von kleineren Abweichungen bis zu ganz grundlegenden Unterschieden.

Von den grundlegend unterschiedlichen Ansätzen sind zwei zu erwähnen: Es gibt Währungen, die als *Euro-Standard* konzipiert sind. Das bedeutet, die Emission findet statt durch einen Umtausch aus dem gesetzlichen Zahlungsmittel. Der Verbraucher tauscht Euro gegen BürgerBlüten um - die BürgerBlüte ist auch ein Euro-Standard-System – und sie sind auch rücktauschbar.

Das andere Konzept sind echte *Fiatwährungen*. Der Euro, der Dollar und alle heutigen gesetzlichen Zahlungsmittel sind Fiatwährungen, weil sie keine Güterdeckung besitzen in dem Sinne wie früher die Golddeckung üblich war. Früher konnte man zur Bank von Amerika gehen und seine Dollars gegen Gold umtauschen. Das gibt es heutzutage nicht mehr, bei keiner Währung. Die Währungen werden ausgegeben von den Notenbanken und sollen ungefähr eine Relation bilden zum Bruttosozialprodukt, um ein gleichmäßiges Preisniveau zu realisieren. Genauso kann man auch Regiogelder als Fiatwährung ausgeben. Dies geschieht meist an die Unternehmen, die teilnehmen. Diese bekommen einen fest-

gelegten Betrag der Regionalwährung zur Verfügung gestellt und können damit anfangen zu wirtschaften. Für die Unternehmen ist das erstmal ein Liquiditätsgewinn. Auf der anderen Seite sind die Unternehmen aber auch diejenigen, die am Ende dafür gerade stehen, dass wer auch immer diese Gutscheine dann hat, dafür Güter und Dienstleistung erwerben kann. Daher ist es auch sinnvoll, dass die Regionalwährung über die Unternehmen ausgegeben wird. Diese Regionalwährungen sind grundsätzlich nicht in Euro umtauschbar. Sie können nur im Rahmen der Teilnehmer angewandt werden.

Es gibt zurzeit in Deutschland Versuche mit beiden Konzepten, wobei die Regionalwährungen mit Euro-Standard zahlenmäßig überwiegen. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren auch eine kritische Evaluierung erfolgen wird; man kann jetzt schon sagen, dass es Regionalwährungsinitiativen gibt, die gescheitert sind oder wo es zumindest nicht gut aussieht. Auch vom Regiogeld e.V. (das ist der Verband der Regionalwährung in Deutschland), wird sicherlich eine Evaluierung vorgenommen werden. Dies wird dazu führen, dass wir in den nächsten Jahren tragfähige Konzepte erhalten werden. Was im Augenblick läuft, muss man sicherlich noch als Experimentierphase bezeichnen.

Stand und Entwicklung der Perspektiven

Alle derzeit laufenden Regionalwährungen haben als Gutscheinsysteme angefangen, wie auch die BürgerBlüte; formalrechtlich handelt es sich um einen Gutschein. Dieser Gutschein wird benutzt wie Bargeld. Im Augenblick wird intensiv daran gearbeitet, Kontensysteme zur Verfügung zu stellen.

Einerseits gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit der GLS (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken eG, Bochum) und Ende des Monats wird eine Startphase anfangen, in der dann der Chiemgauer auch als Giralwährung über die GLS abgewickelt werden kann.

Die zweite Perspektive für ein Kontensystem ist die Software Cyclos, die in den Niederlanden entwickelt worden ist. Es handelt sich um ein Internetportal für Komplementärwährungen mit Kleinanzeigenbereich, Branchenbuch und Kontoführung für verschiedene Kontenformen, die sehr variabel ist. Ich war gestern in Zürich in einem Treffen zu dem Thema Cyclos und wie das weiter implementiert werden kann. Inzwischen ist die Software fertig übersetzt und wird voraussichtlich im Herbst einsatzfähig sein und möglicherweise ist die BürgerBlüte eine der ersten Initiativen, die damit arbeiten wird. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Sicher nicht so sehr für den Endverbraucher, aber wenn man mit Gewerbetreibenden spricht, dann kommt mit als erstes der Kommentar „was soll ich mit Bargeld? Ich bezahle doch keine Lieferanten mehr in bar“. Um wirklich in eine ökonomisch relevante Größenordnung vorzustoßen ist es einfach unabdingbar auch ein Kontensystem zur Verfügung stellen zu können.

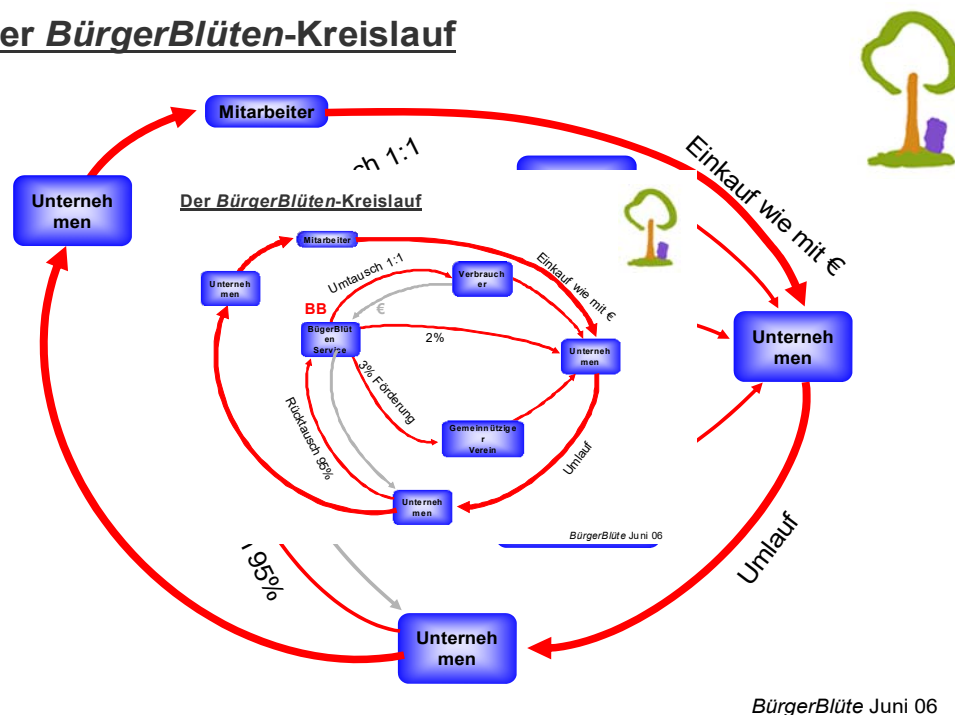
Eine längerfristige Perspektive ist weiterhin, ein Kontensystem zur Verfügung stellen zu können, wo Guthaben und Kredite möglich sind, die zinslos gewährt werden. Die Zinslosigkeit ist hierbei kein Ergebnis eines moralischen An-

spruchs, sondern systembedingt. Das ist ein Effekt der Umlaufsicherung, die die kleinen silbernen Klebmarken auf der BürgerBlüte repräsentieren. Das genau darzustellen, würde wieder zum Thema Zinskritik führen. Das ist ein großes eigenes Thema, das ich im Rahmen dieses Vortrags nicht weiter behandeln kann.

Wie funktioniert eine Regionalwährung? - am Beispiel der BürgerBlüte, Regionalwährung für Kassel und Umgebung

Grafik 3

Der BürgerBlüten-Kreislauf



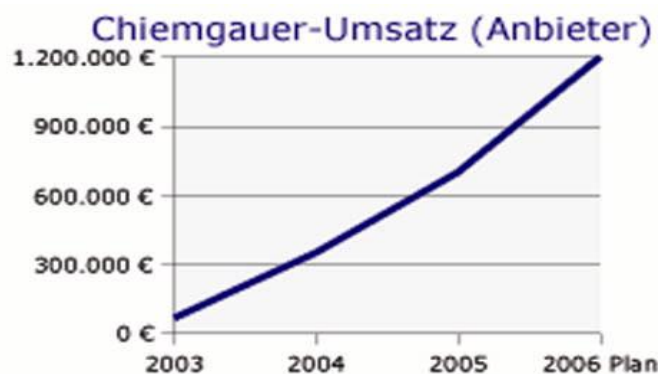
Ich fange mit dem BürgerBlüten-Service an: Der Bürgergeld e. V., also wir, wollen BürgerBlüten in Umlauf bringen. Wir haben sie drucken lassen und haben sie natürlich erstmal bei uns liegen. Der Verbraucher kann sie erwerben im Verhältnis 1/1 gegen Euro und kann dann damit bei allen Unternehmen und Dienstleistern, die bereit sind, BürgerBlüten anzunehmen, einkaufen. Der Unternehmer selbst kann auch wieder bei anderen Unternehmen und Dienstleistern einkaufen und vielleicht auch Mitarbeiter davon bezahlen, die dann selber wieder zu anderen Unternehmen gehen, so dass sich Kreisläufe ergeben. Die BürgerBlüte oder jede Regionalwährung soll kreisen wie anderes Geld auch. Es ist davon auszugehen, dass zumindest in der Anfangsphase auch Senken entstehen und dass es Unternehmen gibt, die deutlich mehr BürgerBlüten einnehmen, als sie ausgeben können. Das liegt einfach daran, dass von der Branchenstruktur her noch nicht die Vielfalt da ist, um jede Nachfrage abdecken zu können. Deshalb gibt es die Möglichkeit des Rücktauschs. Die Unternehmer, die die BürgerBlüten gegen Euro zurücktauschen, bekommen die Euro ausbezahlt, allerdings nur

95%. Die einbehaltenen 5% sind zu verstehen wie eine Tobinsteuer: die Gebühr wird erhoben, weil durch den Rücktausch in Euro dem regionalen Geldkreislauf das Zahlungsmittel entzogen wird. Das hat auch den Zweck, die Menschen zu motivieren, doch zu versuchen, ihren Bedarf regional zu decken und dafür die BürgerBlüten zu nutzen. Von diesen 5 % bleiben 2 % beim Bürgergeld e.V. zur Kostendeckung des Systems (Druckkosten etc.) und 3 % gehen als Förderung an gemeinnützige Vereine. Sowohl die gemeinnützigen Vereine wie auch der Bürgergeld e.V. decken damit natürlich wiederum ihren eigenen Bedarf, bevorzugt bei lokalen Unternehmen, so dass das letztendlich auch wieder in den Kreislauf eingespeist wird.

Der ganze Aspekt Förderung gemeinnütziger Vereine ist eigentlich etwas Systemfremdes in einer Regionalwährung. Das hat mit Regionalwährung erstmal nichts zu tun, und es gibt auch Regionalwährungen ohne dieses Element. Für uns hat das zwei Gründe: Einerseits gehören zu einer lebenswerten, vielfältigen Region kulturelle Initiativen dazu. Und angesichts des Streichens von öffentlichen Geldern an allen Ecken und Enden, finden wir diese Förderung inhaltlich einen wichtigen Aspekt unserer Regionalwährung. Wir wollen, dass unsere Region lebenswert bleibt. Der andere Aspekt ist, dass diese gemeinnützigen Vereine für uns wiederum Werbeträger sind. Wenn sie die 3 % Förderung haben wollen, müssen sie ihre Vereinsmitglieder dazu bringen, auch regelmäßig BürgerBlüten zu erwerben. Denn derjenige, der BürgerBlüten erwirbt, legt fest, welcher Verein Spendenempfänger wird. Von daher sind die Vereine für uns Multiplikatoren, was dem Wachstum des Systems dient.

Ich habe ein paar Zahlen vom Chiemgauer zusammengestellt, denn die BürgerBlüte läuft erst seit zwei Monaten und da sind natürlich noch keine relevanten Aussagen möglich. Der Chiemgauer läuft seit drei Jahren und da kann man schon eine Entwicklung feststellen.

Grafik 4



Hier ist der Umsatz dargestellt, der mit Chiemgauern gemacht worden ist seitens der Anbieter. Also nicht, wie viel Chiemgauer in Umlauf sind, sondern der Umsatz, der im Jahr gemacht worden ist. Wenn 1.000 Chiemgauer in Umlauf sind, und die werden einmal im Monat umgeschlagen, dann macht man damit

12.000 Chiemgauer bzw. Euro Umsatz im Jahr. Regionalwährungen werden in der Regel deutlich häufiger umgeschlagen als der Euro. Der Chiemgauer-Umsatz der Anbieter ist, wie man sehen kann, von 2003 bis 2005 von ca. 20.000 auf deutlich über 600.000 gestiegen. Also eine rasante Entwicklung.

Grafik 5



Die Begünstigung für Vereine, die der Chiemgauer genauso im System implementiert hat wie die BürgerBlüte ist gestiegen von etwa 2.000 Euro auf über 10.000 im Jahr 2005. Das sind alles Entwicklungen von 2 ½ bis 3 Jahren.

Grafik 6

Chiemgauer regional in zahlen und Fakten

Mitgliederdaten	2003	2004	2005
Aktive Mitglieder	15	50	58
Verbraucher	130	380	700
Anbieter	100	250	380
Vereine	5	15	50
Mitglieder gesamt	250	695	1188

Eckdaten des Chiemgauer Projektes	2003	2004	2005
Umtausch Euro in Chiemgauer	62.400	211.000	360.000
Rücktausch Chiemgauer in Euro	51.400	179.284	340.000
Chiemgauer im Umlauf	11.000	31.000	46.000
Rücklage in Euro auf Bankkonto	11.000	31.000	46.000
Begünstigung für Vereine und Projekte	1.800	6.330	10.800
Chiemgauer-Umsätze der Anbieter	70.000	350.000	720.000

Volkswirtschaftliche Eckdaten	2003	2004	2005
Umlaufgeschwindigkeit Chiemgauer	6,4	11,3	15,7
Umlaufgeschwindigkeit Euro M1	5,8	5,6	5,1

Die Zahl der Verbraucher, die mitmachen, ist gestiegen von 130 auf 700, die der Anbieter, Gewerbetreibenden von 100 auf 380, Umtausch Euro/Chiemgauer von 62.400 auf 360.000 innerhalb von 3 Jahren. Das sind Wachstumsraten, die sehr beeindruckend sind und die zeigen, was für ein Potential eine Regionalwährung hat und auch wie sehr sie tatsächlich angenommen wird von Verbrauchern und Gewerbetreibenden. Und die Unternehmer wünschen sich, dass die Menschen noch viel mehr mitmachen.

Antworten auf Fragen aus dem Publikum

Zur Fälschungssicherheit:

Um Fälschungen zu verhindern hat die BürgerBlüte einige Sicherheitsmerkmale: Die Scheine haben eine Blindprägung, also eine Prägung, die man tasten kann. Die ist relativ schwierig zu machen, geht mit dem Kopierer auf jeden Fall nicht. Die Klebmarken haben eine holografische Heißfolienprägung, und das Papier der Scheine ist ein Sicherheitspapier, mit UV-Fasern, die man unter Schwarzlicht sieht.

Ich würde es mal so sagen: Das ist natürlich nicht unfälschbar. Aber der Fälschungsaufwand ist hoch. Ein Hobby-Fälscher kann das nicht und für einen Profi lohnt es sich nicht. Bei der Menge an BürgerBlüten, die in Umlauf ist, würden größere Mengen von Fälschungen sofort auffallen. Und wenn Regionalwährungen wirklich große Systeme werden, dann wird man diese Merkmale zur Fälschungssicherheit entsprechend weiter ausbauen.

Zum Thema Gruppe:

Der Bürgergeld e.V. hat zwei Formen der Mitgliedschaft. Es gibt Fördermitglieder – Fördermitglied muss aus rechtlichen Gründen jeder werden, der dieses Gutscheinsystem nutzen will. Zurzeit sind wir bei ca. 250 Mitgliedern. Daneben gibt es ordentliche Mitglieder. Das sind die, die die Arbeit machen und die Initiative tragen. Nur diese sind im Verein stimmberechtigt. Das sind derzeit knapp 20 Personen, und die sind aus relativ unterschiedlichen Spektren. Ein Anteil ist aus dem anthroposophischen Umfeld, aber nicht dominant in der Gruppe. Ich persönlich würde mich eher der links politischen Szenerie zuordnen. Ich habe selbst eine Wohngenossenschaft mitgegründet und lebe in einer Kommune.

Zur Frage Scheidemünzen:

Als Scheidemünzen werden Euro-Cent verwendet. Wenn ich einkaufen gehe und 17,65 zahlen muss, dann zahle ich z.B. 17 Euro in BürgerBlüten und 65 Eurocent, oder ich zahle 18 oder 20 Bürgerblüten, und bekomme das Wechselgeld zum Teil in BürgerBlüten, zum Teil in Eurocent. In der Praxis ist das unproblematisch. Der kleinste Schein ist ein 1er. Es gibt 1er, 2er, 5er, 10er und 20er.

Zur Motivation zum Umtausch:

Es gibt verschiedene Modelle. Es gibt das Rabattkonzept. In Berlin beispielsweise bekommt der Verbraucher beim Umtausch von 100 Euro 102 Berliner. Die Motivation ist hierbei der eigene Vorteil.

Bei uns ist die Motivation für den Umtausch die Förderung des gemeinnützigen Vereins. Wenn jemand Euro in BürgerBlüte umtauscht hat er oder sie selber davon keinen Nachteil, kann damit genauso gut einkaufen wie mit Euro. Gleichzeitig bringen sie jedoch durch ihren Umtausch der Schule, wo ihr Kind hingehet, dem Sportverein oder irgendeinem Theater, das sie fördern wollen, eine Zuwendung. Wir finden das die wertvollere Motivation oder die, die langfristig tragfähiger ist, als immer nur das Giermotiv neu aufzugreifen.

Der Chiemgauer, der den gleichen Weg gegangen ist, funktioniert gut; das ist derzeit die mit Abstand am besten etablierte Regionalwährung. Der Volme-Taler in Hagen arbeitet eher mit dem Rabattkonzept und ist auch sehr erfolgreich.

Zu den teilnehmenden Geschäften:

Wenn man sich im Chiemgau umschaute, so kann man dort inzwischen alles kaufen. Von Socken über Lebensmittel bis zum Laptop. Bei der BürgerBlüte haben wir derzeit einen Schwerpunkt im Bereich Naturkost. Da haben wir viele Erzeuger und Einzelhändler dabei. Ansonsten haben wir Architekten, Heilpraktiker, Buchhändler, Steuerberater, Schreiner und einiges mehr. Da fehlt aber auch noch richtig viel. Im Augenblick haben wir um die 40 Anbieter dabei, aber es werden mehr. Die Werbearbeit ist allerdings mühsam. Ich hätte mir das deutlich einfacher vorgestellt. Ich schätze es so ein, dass die BürgerBlüte zurzeit die lukrativste Werbemaßnahme ist, die man in Kassel überhaupt machen kann als Gewerbetreibender und zwar mit Abstand. Die Kosten sind minimal. Eine Zeitungsanzeige in der HNA kostet mehr, als eine Jahresmitgliedschaft. Die Leute, die BürgerBlüten eintauschen, sind wirklich gewillt, bei den Läden einzukaufen, die mitmachen. Das bringt wirklich einen relevanten Umsatz. Das ist aber den Geschäftsleuten schwer beizubringen.

Wir haben erstmal in den westlichen Stadtteilen von Kassel angefangen Werbung zu machen. Natürlich haben die Menschen, die sich engagieren, schon irgendwo ein Umfeld, und dadurch hat sich eine etwas ausgefranste Struktur entwickelt. Die Erzeuger von Lebensmitteln, sitzen natürlich außerhalb, weil das Höfe sind und z. B. in Nordshausen ist ein Anbieter, der selbst ganz viel Werbung macht und dadurch passiert dort viel, obwohl wir das anfangs gar nicht so mit einbezogen haben. Und das entwickelt sich weiter, das wächst. Wir haben das angeschubst und jetzt ist das nur schwer zu kontrollieren und wir wollen das auch gar nicht genau kontrollieren. Und was eine Zielgröße angeht, also wie groß eine Regionalwährung sinnvollerweise irgendwann ist, das ist auch noch

Teil der bundesweiten Experimentierphase. Das lässt sich noch nicht einschätzen.

Zu den geförderten Vereinen:

Für die Vereine, die Mitmachen wollen, gibt es keine Begrenzung. Wenn ein Verein mitmachen will, kann er mitmachen. Für uns sind die Vereine Institutionen, die die Menschen dazu bringen, BürgerBlüten zu nutzen. Vereine, die unterstützt werden, müssen auch Mitglieder des ganzen Systems werden. Und sie haben nur etwas davon, wenn ihre Mitglieder auch tatsächlich tauschen. Wenn ich tausche, dann mache ich mein Kreuzchen beim Bürgergeld e.V. und wenn Leute, die ihre Kinder in der freien Schule haben, tauschen, so machen sie ihr Kreuzchen bei dem Freien Schule e.V.. Wer immer eintauscht, der entscheidet, welcher Verein die Spende bekommt, die auf seinen Umtausch zurückgeht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, was die Motivation angeht.

Zu Mitgliedschaft

Um Vereinsmitglied zu werden muss man eine Unterschrift leisten. Man wird Vereinsmitglied durch Erklärung gegenüber dem Vorstand. Man braucht keine Bestätigung vom Vorstand, und jeder kann Mitglied werden. Die Umtauschstellen haben selber alle Beitrittserklärungen vorliegen. An den Stellen, wo ich BürgerBlüten eintauschen kann, kann ich also auch ein Beitrittsformular ausfüllen und dann bin ich Mitglied. Theoretisch muss man sich ausweisen, um die BürgerBlüte einzutauschen. Praktisch ist das so, dass die Umtauschstellen die Leute schon kennen, weil die immer wieder zu den gleichen Umtauschstellen kommen. Bislang gibt es vier Umtauschstellen: eine in Kirchditmold, eine im Vordeeren Westen, eine in Wilhelmshöhe (Anthroposophisches Zentrum) und eine in Nordshausen.

Wie erkenne ich teilnehmende Geschäfte?

Im Internet unter www.buergerbluete.de findet sich eine Liste aller teilnehmenden Gewerbetreibenden, die ständig aktualisiert wird. Diese Liste wird auch monatlich als Kopie neu aufgelegt und liegt in den Umtauschstellen aus. Außerdem bekommen alle Geschäfte ein Schild mit dem Text „BürgerBlüte willkommen“, das meistens am Fenster oder an der Tür hängt.

Zur Gemeinnützigkeit der geförderten Vereine:

Die Gemeinnützigkeit ist die ganz normale vom Finanzamt festgestellte Gemeinnützigkeit. Das haben wir so geregelt, weil wir keine Ethikkommission einsetzen wollten, die das überprüft. Einerseits bedeutet das eine Menge Arbeit und andererseits eine Menge Konfliktpotential. Wir halten uns einfach an das, was gesetzlich als Gemeinnützigkeit akzeptiert ist.

Zur steuerlichen Behandlung

Der Umtausch von Euro in BürgerBlüten ist kein Umsatz. Es ist eine so genannte „erfolgsneutrale Vermögensumschichtung“ und ist damit nicht steuerpflichtig, weil ich niemandem dafür eine Rechnung stellen kann. Den Unternehmen stellen wir 5 Euro im Monat für eine Teilnahme an dem ganzen Gutscheinsystem in Rechnung und beim Rücktausch den Regionalbeitrag von 5 %, jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer. Diese Rechnungen können als Werbungskosten in die Buchführung aufgenommen werden.

Zur Gemeinnützigkeit des Bürgergeld e.V.

Der Bürgergeld e.V. selbst ist nicht gemeinnützig. Das wollten wir nicht. Wenn man sich die Paragraphen zur Gemeinnützigkeit anschaut, fallen wir eindeutig nicht darunter. Was wir machen fällt ganz überwiegend unter den Begriff Wirtschaftsförderung, und das ist kein Feld der Gemeinnützigkeit. Der Bürgergeld e.V. ist ganz normal steuerpflichtig.

Bisherige Entwicklung der BürgerBlüte

Das Thema Entwicklung bei der BürgerBlüte ist noch nicht wirklich relevant, der Zeitraum ist zu kurz. Wir haben am Tag der Erde angefangen, BürgerBlüten auszugeben. Die erste Emission an diesem Tag betrug etwa 4.000 BürgerBlüten. Dann ist der Umlauf angestiegen auf etwa 6.500 Ende Juni. Jetzt haben wir größere Rücktausche von Gewerbetreibenden, so dass wir derzeit ungefähr bei 5.000 Euro Umlauf sind. Aber das ist schon wieder nicht aktuell, das sind Zufallszahlen.

Was relevanter ist, ist dass die Zahl der teilnehmenden Geschäfte seit der Erstemission Ende April von knapp 30 um ca. 50 % gestiegen ist.

Die B'Mark – ein Regiogeld-Projekt für die Uckermark

Hans Jürgen Fischbeck

Die vorgezogene Währungsunion im Zuge der Wiedervereinigung – es wurde gewissermaßen der letzte Schritt vor dem ersten getan – hat in Ostdeutschland viele Arbeitsplätze vernichtet, besonders in der Region, aus der ich komme. In dieser Situation haben wir uns in der Kommunität Grimnitz, das ist eine christliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft (die sich übrigens mit der Kommunität Imshausen besonders verbunden weiß) herausgefordert gesehen, nach Möglichkeit das zu verwirklichen, was wir meinen eingesehen zu haben. Hinter diesen Einsichten steckt selbstverständlich eine erhebliche Kapitalismuskritik. Wir haben eine Regiogeld-Initiative ergriffen, und zwar eine, die aus zwei Komponenten besteht. Dazu haben wir eine Arbeitsgruppe gebildet, bei der auch zwei Ökonomen mitwirken.

Der Ausgangspunkt unserer Überlegung war der allenthalben spürbare Euro-Mangel. Die Euros, die in unsere Region kommen – auf welchen Wegen auch immer –, fließen ganz schnell über die Supermarktketten wieder ab, ohne zu zirkulieren und Arbeit zu schaffen. Deshalb, so haben wir uns gesagt, müssen wir in Ergänzung zum Euro ein eigenes regionales, Geld schaffen, das durch Leistung entsteht, wie es in Tauschringen der Fall ist, denn ungenutzte Arbeitskraft ist ja das, was reichlich vorhanden ist. Dieses regionale Zahlungsmittel entsteht dadurch, dass jemand eine Leistung erbringt, die ein anderer haben will, und somit einen Anspruch auf Gegenleistung erwirbt, den man in Form eines Gutscheins ausdrücken kann. Wenn dieser Gutschein dann noch auf andere übertragbar gemacht wird, dann wird daraus ein regionales Zahlungsmittel. Das war unsere ursprüngliche Absicht.

Zwei Gründe haben uns bewogen, neben diesem leistungsgedeckten auch noch ein Euro gedecktes regionales Zahlungsmittel einzuführen:

1. Mehrere Initiativen, die ebenso gedacht haben, haben eben dies gemacht und neben einer leistungsgedeckten Verrechnungseinheit zusätzlich ein Euro gedecktes regionales Zahlungsmittel eingeführt, wie es zum Beispiel die BürgerBlüte oder der Chiemgauer sind. Allein in Ostdeutschland gibt es drei solcher Initiativen, die das nachträglich gemacht haben.
2. Wir hatten noch einen weiteren guten Grund, dies nachträglich zu machen. Er besteht darin, dass der Direktor der Sparkasse Barnim uns sei-

ne Unterstützung für die Einführung eines Euro gedeckten regionalen Zahlungsmittels zugesagt hat. Nun stehen wir kurz davor, das zu machen. Es ist ja von allergrößtem Wert für unsere Initiative, durch eine Sparkasse unterstützt und damit auch glaubwürdig gemacht zu werden bei den vielen Skeptikern, die in der Uckermark besonders borniert und ganz besonders schwer zu überzeugen sind, dass man überhaupt etwas anderes und Neues machen soll. Auf jeden Fall ist das für uns von großem Wert, und auch deswegen haben wir gesagt, wir machen eben beides: wir führen neben einer leistungsgedeckten ein solches Euro gedecktes regionales Zahlungsmittel ein, für das wir den Name B-Mark gewählt haben (B wie Brandenburg) und das steht einigermaßen kurz bevor, und zwar eben durch die Unterstützung, die wir von der Sparkasse haben, die den Druck der Geldscheine finanziert und einige Filialen als Ausgabestellen zur Verfügung stellt.

Die andere, die leistungsgedeckte Komponente, haben wir vorangetrieben, indem wir so etwas wie einen Barter-Ring gegründet haben – das ist ein Tauschring von Gewerbetreibenden, den wir *Wirtschaftsring Barnim/Uckermark* genannt haben. Das ist also ein Ring kleiner Unternehmen, die ihre Geschäfte untereinander verrechnen und nur noch einen gewissen Teil dieser Geschäfte in Euro abrechnen, weil es ganz ohne Euro doch nicht geht. Denn mindestens die Materialkosten, aber auch die Steuern (Mehrwertsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), müssen in Euro gezahlt werden. Ein gewisser Euroanteil muss also immer vorhanden sein, und der muss natürlich bei den Preisen, die man für eine Dienstleistung vereinbart, mit angerechnet werden. Das ist unvermeidlich, aber ein erheblicher Teil von Leistungen kann eben doch auf Konten verrechnet werden. Wir haben eine Zentrale, die für die Mitglieder des Wirtschaftsringes Konten führt. Wer eine Leistung erbringt, kriegt eine Gutschrift, wer eine empfängt, kriegt eine Lastschrift, und wer eine Lastschrift hat, kann nur dann weitere Leistungen empfangen, wenn seine Lastschrift einen Wert von 500 Euro nicht überschreitet. Er ist also gehalten, seine Lastschrift durch eigene Leistungen wieder auszugleichen.

Das Problem ist nun, wie man diese beiden Systeme zusammenbringt. Das eine ist ganz klar: Die Mitglieder des Wirtschaftsringes (im Moment sind es zwischen 15 und 20) sind gehalten, die B'Mark auch in Zahlung zu nehmen und natürlich ihrerseits auch auszugeben. Das liegt nahe und ist möglich. Es ist auch möglich – muss aber noch durchdacht werden – dass der Euroanteil bei den Verrechnungsgeschäften z. T. in der Euro gedeckten Regionalwährung entrichtet wird. Das könnte man sicherlich machen, und es ist auch vernünftig. Dagegen spricht aber, dass man dann gleich mit drei Zahlungsmitteln operieren müsste:

1. mit der leistungsgedeckten Verrechnungseinheit (die wir UNS genannt haben, weil die Schweizer Verrechnungseinheit WIR heißt, ist bei uns der UNS daraus geworden),

2. mit der Euro gedeckten B'Mark und
3. noch mit dem EURO.

Also drei Zahlungsmittel nebeneinander – das wäre wohl zuviel des Guten, aber wir müssen es bedenken. Das wäre auch eine der möglichen Kopplungen.

Ergänzend möchte ich noch sagen, wie wir uns die Einführung der Euro gedeckten B'Mark vorstellen. Dazu braucht man ein Motiv. Wir haben sehr gute Motive gehört. Es hat mich sehr gefreut, diesen Vortrag über die BürgerBlüte vorhin gehört zu haben. Wir haben uns aber Weiteres überlegt: Welchen Vorteil könnten Geschäfte haben, wenn sie die B'Mark annehmen? Welchen Vorteil könnten Kunden haben, wenn sie ihre raren Euros im Verhältnis 1:1 gegen B'Mark eintauschen? Das ist zwar nicht unsere Idee, aber es ist vielleicht eine Anregung auch für die BürgerBlüte. Wir sind zum folgenden Vorschlag gekommen: Die Geschäfte, die die B'Mark annehmen, wollen ja auch ihren Umsatz steigern und Kundenbindung erreichen. Zu diesem Zweck geben Geschäfte gewöhnlich Rabatt auf bestimmte Waren und zu bestimmten Zeiten, machen sie sich aber damit selbst Konkurrenz. Nun kann man es etwas anders machen und auf einen größeren Euro-Einkauf ein paar B'Mark als Rabatt dazugeben. So wird die B-Mark in Umlauf gesetzt. Der Kunde hat sie jetzt und die B'Mark annehmenden Geschäfte können ihre Sonderangebote zu günstigen Preisen für B'Mark machen. Wenn also sowohl produktbezogene als auch saisonbezogene Sonderangebote günstig nur für B'Mark gemacht werden, dann haben Kunden gute Gründe, sich die B'Mark einzutauschen, um diese Sonderangebote wahrnehmen zu können, und die Geschäfte haben das Rabatt-Motiv. Sie können B'Mark verwenden, um Rabatt zu geben und damit Kundenbindung zu erreichen. Sie profitieren zusätzlich auch davon, dass ihnen direkt Kunden zugeführt werden, denn an den Ausgabenstellen (das werden einige Filialen der Sparkasse sein) werden Listen liegen, wo ihr Geschäft mit seinen Angeboten draufsteht, wenn sie die B'Mark annehmen, damit die Kunden wissen, wo sie die B'Mark ausgeben können.

Wir denken auch daran, dass die B-Mark mit einer 5-prozentigen Rücktauschgebühr belastet wird. Das ist ganz ähnlich wie beim „Chiemgauer“ und beim „Berliner“. Diese Einnahmen sollen dazu dienen, gemeinnützige Vereine zu fördern oder auch andere gemeinnützige Dinge zu tun. Jeder, der sich B'Mark eintauscht, soll sehen, dass er damit etwas Gutes tut. Das ist also der gegenwärtige Stand unserer Initiative.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zum Thema Euro: Es geht natürlich nicht darum, den Euro infrage zu stellen. Es ist nur einfach so, dass der Euro in unsere von Überalterung und Arbeitslosigkeit geprägte Region in erheblichem Maße über die Altersversicherung und die Arbeitslosenversicherung sozusagen gepumpt wird. Er fließt sofort wieder ab, weil viele Arbeitslose und Rentner nur wenig Geld (Euro) haben und daher zu Aldi gehen und schwupp, schon sind die Euros wieder weg. Sie zirkulieren nicht und schaffen keine Arbeit. Zudem fah-

ren die Eberswalder nach Berlin und geben ihre Euros dort anstatt in Eberswalde aus. Aus diesem Grunde muss etwas geschehen.

Wir, die Kommunität Grimnitz, haben deshalb im Jahre 2004 zum Gründungsjubiläum der kleinen Stadt Joachimsthal mal einen Probelauf machen wollen. Wir haben für die Festwoche einen Joachims-Taler nach dem Muster des Chiemgauers in Umlauf gesetzt. Da habe ich den Direktor der Sparkasse Barnim angerufen und ihn gefragt, ob wir den Umtausch des Joachims-Talers in der Filiale der Sparkasse machen können. Er hat erstmal ablehnend reagiert. Dann habe ich ihm aber das Buch von Margrit Kennedy und Bernard Lietaer über „Komplementäre Währungen“ empfohlen. Er hat sich das tatsächlich gekauft und gelesen, und sich davon überzeugen lassen, dass es etwas Gutes ist. Deswegen unterstützt er unsere Initiative. Wichtig ist auch, dass die Sparkasse Delitzsch-Eilenburg – jetzt mit der Sparkasse Leipzig fusioniert – ein Rechtsgutachten und eine Machbarkeitsstudie über verschiedene Formen von Regiogeld hat anfertigen lassen mit dem Ergebnis, dass Regiogeld in geeigneter Form rechtlich möglich und für die Region eine sinnvolle Sache sei.

Eine Rolle spielt auch, dass das, was Warenhauskonzerne und Tankstellenketten mit ihren Kundenkarten und Bonuspunkten machen, ebenfalls währungsartige Züge angenommen hat.

Regiogeld-Diskussion:

Frage: Das Problem ist, wenn regionale Produkte zu teuer sind in diesem globalen Wettbewerb, dann können sie eben nicht standhalten. Auch auf einen Rabattwettbewerb kann man sich nicht einlassen, den können kleine Geschäfte auch mit Regiogeld nicht gewinnen. Sie können nur gewinnen durch einen ideologischen Überbau nach dem Motto: Wie stärken wir unsere Region? Dafür ist eine alternative Währung wichtig. Aber wenn man das nicht ganz stark betont, wird Regiogeld überhaupt nicht funktionieren. Dann werden alle wieder bei Aldi einkaufen.

Antwort: So wichtig die ideelle Seite der regionalen Selbsthilfe auch ist, so wird es doch ohne einen ganz banalen ökonomischen Eigennutz nicht gehen. Wenn man das schafft, nämlich die ideelle und die materielle Seite des regionalen Wirtschaftens zusammenzubringen, ist viel gewonnen.

Diskussionsbeitrag: Es läuft eigentlich nur alles auf ein Bonussystem heraus und die Frage ist: Wer kann da die besseren Bedingungen anbieten? Entweder mit dem Regio-Taler oder beispielsweise mit diesen Chipkarten bei den Tankstellen. Die Konkurrenz ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Die Überlegung ist, dass man Konkurrenzen durch eine Vernetzung überwinden kann. D. h. wir müssten auch darüber diskutieren, ob es Erfahrungen gibt, wie man diese unterschiedlichen Regiogelder und Bonussysteme zusammenbindet, damit wir aus dieser internen Konkurrenz rauskommen. Denn sonst bleiben wir in diesem kapitalistischen Marktdenken, wo man nur den Geiz nach vorne bringt. Und wir

wollten doch durch Gemeinwesen-Ökonomie das Gemeinwohl fördern und nicht die Konkurrenz, die auf die gegenseitige Ausschließung hinarbeitet.

Diskussionsbeitrag: Ich habe mich auf das Konzept der lokalen Ökonomie bezogen, das für die solidarische Ökonomie insgesamt sehr wichtig ist. Es bedeutet eigentlich nur, dass man in den verschiedenen Fragen, also Produktion, Konsum, Finanzierung sich mit denen, die nach anderen Prinzipien wirtschaften, aufeinander bezieht. Es war am Schluss für mich sehr interessant, was Herr Eisner gesagt hat, dass auch Höfe Mitglieder sind in der Regiogeldkasse. Und das hat uns hinterher zu dem Gespräch gebracht, dass darüber jetzt schon wieder Direktvermarktung angekoppelt worden ist. Es steht nämlich im Internet, welche Höfe es sind, so dass dieses System, was zuvor in Kassel eingegangen war, darüber wieder entstehen kann. Und das ist genau der Kern von solidarischer Ökonomie. So wird ein wirtschaftlicher Kreislauf in Gang gesetzt. Ein Kreislauf, der mit bestimmten Prämissen läuft.

Stellungnahme von Seiten der „BürgerBlüte“: Wir haben uns ganz bewusst gegen ethische Eingrenzung entschieden, weil wir ein System bauen wollten, das strukturell so angelegt ist, dass es nicht missbrauchsfähig ist, weil wir ansonsten eine ethische Kontrollkommission einrichten müssten, welche Unternehmen dürfen wir aufnehmen und welche nicht, und das ist fast unlösbar. Denn so ist z.B. eine Tankstelle natürlich ethisch überhaupt nicht vertreten, weil das nicht ist, was jeder braucht. Sie wären genau so froh, wenn wir sie dabei hätten. Deswegen gibt es dieses Konstrukt des Regionalbeirates. In Hagen beispielsweise ist Mac Donalds auch Mitglied, und die haben ganz klar gesagt, wenn das dazu führt, dass die den Salat bei dem regionalen Bauer einkauft, ist das genau, was sie wollen. Und wenn die es nicht tun, dann müssen sie zurücktauschen für die 5 % und wenigstens wird damit die Region gefördert.

Diskussionsbeitrag: Wobei bei der lokalen Ökonomie die Idee schon ist, dass es so etwas wie Öffentlichkeit und Kommunikation gibt. Da wird genau auf diesem ethischen Hintergrund kommuniziert. Und da kann es auch nicht Ziel sein, dass alle möglichen Rabattsysteme sich zusammen tun, weil die einen von den kapitalistischen Unternehmen, und die anderen von solidarisch bewirtschafteten Unternehmen sind.

Frage: Wie macht man das, wenn mehrere Direktvermarkter Salat anbieten und der eine will 1 BürgerBlüte und der andere will 1,5 BürgerBlüten haben? Das Problem der Konkurrenz ist ganz schön schwierig.

Antwort: Der Versuch ist nicht, die Konkurrenz abzuschaffen, sondern sie auf eine höhere Ebene zu heben, die kleineren Schwachen zusammenzubringen, um ein Standbein zu haben gegenüber den großen regionalen Geschäften. Es ist weiterhin ein Wettbewerb da, aber auf einer anderen Ebene.

**Vorschläge von Gemeinschaftsbetrieben
- kommunale Antworten -**

Landkreis Waldeck-Frankenberg

Siegfried Franke

Die Wirtschaftsförderung ist in Waldeck-Frankenberg als GmbH organisiert. Die Gesellschafter sind neben dem Landkreis alle Kreditinstitute in unserer Region sowie die IHK und die Kreishandwerkerschaft und ein Wirtschaftsförderverein. Ich selbst bin kein Verwaltungsmann, sondern komme aus der Wirtschaft als gelernter Bankkaufmann und Betriebswirt. Bei der Firma Viessmann, dem Heizkessel-Hersteller, war ich 8 Jahre im europäischen Bereich tätig und für Neugründungen und Übernahme von Betrieben zuständig. Zuvor war ich viele Jahre in der Papierindustrie für den kaufmännischen Bereich zuständig.

1999 wurde auf Initiative des Landrats entschieden, dass der Wirtschaft mit einem Praktiker in diesem Amt, anstelle eines Verwaltungsmannes mehr geholfen ist, und es tut dem Verwaltungsmann nicht weh, wenn ich sage, dass ich wahrscheinlich sehr viel näher an der Wirtschaft bin als andere Personen aus dem Kreishaus. Nicht desto trotz arbeiten wir im Landkreis sehr eng zusammen. Wir arbeiten auch sehr eng mit der Uni Kassel zusammen. Es gibt mehr Netzwerke, insbesondere im Bereich Bau/Energie als in dieser Runde bisher angeklungen ist. Hauptthema im Landkreis ist im Moment die demographische Entwicklung. Ihre Themen heute berühren ja auch die demographische Entwicklung.

Zu dem Thema Logistik in Nordhessen: Die Fragen sind, wenn wir uns als Einheit Nordhessen sehen, was können wir, wo sind wir stark und was möchten wir zukünftig machen? Ich komme aus Waldeck-Frankenberg. Ich kämpfe für alle Betriebe, die ich dort ansiedeln kann. Aber wenn jemand nicht nach Waldeck-Frankenberg will, dann soll er bitte lieber nach Kassel gehen oder nach Hersfeld-Rotenburg oder nach Werra-Meißner anstatt nach Südniedersachsen oder Frankfurt.

Demographische Entwicklung

In Nordhessen haben wir die unterschiedlichsten Bedingungen. Waldeck-Frankenberg kommt relativ gut weg. Abwanderung ist nicht unbedingt ein Thema. Nach Waldeck-Frankenberg kommen Leute nach dem 40. Lebensjahr wieder zurück. In den anderen Regionen in Nordhessen setzt der Rückfluss erst nach dem 60. Lebensjahr an. Waldeck-Frankenberg hat im Moment relativ viele Kinder und Jugendliche und daher sind unsere Rückgangszahlen nicht so gravie-

rend wie z. B. in Hersfeld-Rotenburg oder insbesondere im Werra-Meißner-Kreis. Wir haben – was die Arbeitslosigkeit angeht – in Waldeck-Frankenberg die zweitniedrigste Quote in ganz Hessen. Nur Fulda liegt günstiger mit 6,4 %; wir liegen bei 8,4 % Kassel (insbesondere Kassel Stadt) aber auch die anderen hessischen Großstädte liegen sehr viel höher. Das heißt, wir müssen die jeweiligen Problemstellungen sehr genau in den verschiedenen Landkreisen Nordhessens betrachten. In Waldeck-Frankenberg haben wir 22 Gemeinden. Unsere Größte ist die Kreisstadt mit 24.000 Einwohnern. Wir haben 189 Ortsteile, wobei die kleinsten nur 35 Einwohner haben, womit wir wieder beim Thema „regionale Versorgung“ sind. Diese fängt beim Tante-Emma-Laden an; aber genauso bei der schulischen Versorgung sowie bei Fragen wie: Wo hebe ich Geld ab und an welche Behörde soll ich mich wenden, wenn ich einen Gang erledigen muss?

Problematisch ist, dass wir in erheblichem Umfang Pendlerströme haben. In Korbach arbeiten 7.000 Einwohner aus anderen Gemeinden und 2.000 aus Korbach arbeiten in der Region. Aber die 2.000 Pendler, die aus Waldeck oder Twiste kommen, die kaufen dort ein, wo sie arbeiten, weil das der nächste Weg ist bzw. weil sie das größere Angebot haben. Wir haben in der Region versucht, mit engagierten jungen Leuten in Marienhagen (kleiner Ort mit 1.100 Einwohnern), einen Tante-Emma-Laden wieder zum Leben zu erwecken. Die Post war mit dabei. Die ist nach einem halben Jahr gescheitert, weil die Bevölkerung aus Marienhagen diesen Laden nicht angenommen hat, weil man wie in der Vergangenheit in der größeren Einheit (Tegut, REWE, Aldi) in Korbach eingekauft hat.

Derzeit gilt es, einen neuen Versuch in Höringhausen mit drei engagierten Senioren. Der Eine ist ein SPD-Mann, der im Verwaltungsbereich tätig war; der Zweite ist ein Unternehmer, der auch heute noch als 70-Jähriger in seinem Metallverarbeitungsbetrieb dem Jüngeren sagt wo es lang geht. Der Dritte ist der Metzger aus der Nachbargemeinde, der schon einen kleinen Verkaufsladen im Ort hat. Diese drei stellten fest, dass sie über den genossenschaftlichen Gedanken Erfolg haben können. Sie verkaufen Anteile an dem neuen Tante-Emma-Laden (500 Euro) und gehen davon aus, dass von diesen 1.000 Einwohnern (das sind rund 300 Haushalte) vielleicht die Hälfte der Haushalte zeichnet, weil man sagt, wir sind eine starke Gruppierung. Bei uns gibt es noch das Familiendenken. Man denkt noch in drei Generationen: Großeltern, Eltern und Kinder, die zusammen wohnen (was man häufig in vielen Großstädten nicht mehr hat). Ich gebe dieser Gruppierung eine gute Chance, weil Fachleute dabei sind und man eine gute Finanzierung findet, weil es eine gute Verzinsung von 4 - 5 % gibt, wenn die Anteile da sind. Dies setzt aber voraus, dass jeder vor Ort bereit sein muss zu sagen, 40 Cent und nicht bei Aldi 30 Cent für Eier zu bezahlen.

Was können wir in Bezug auf demographische „Entwicklung machen? Wir müssen als Region so attraktiv sein, dass möglichst viele Kasseler nach Waldeck-Frankenberg kommen, weil man sagt, ich habe dort einen sicheren Arbeitsplatz, ich habe eine tolle Umgebung, ich habe den Edersee, ich habe die Weltveranstaltungen, aber im Endeffekt, wenn ich stark bin, nehme ich anderen

wieder was weg. Seit Februar 2004, also schon relativ lange, diskutieren wir die demographische Entwicklung, als andere Landkreise oder Kommunen sich noch keine Gedanken darüber gemacht haben.

Was möchte ich erreichen? Ich möchte, dass die Bevölkerung und die Unternehmer die Zuversicht wieder finden. Wir haben jetzt etliche Wochen, wo der Eindruck entstand, die Zuversicht sei allgemein zurückgekehrt. Wie die Autos durch die Straßen fahren, die Euphorie, mit der die Weltmeisterschaft verfolgt wurde, da ist die Zuversicht wieder da. Es muss Vertrauen hergestellt werden. Auch Vertrauen zu meinem Arbeitgeber und meinem Arbeitsplatz. Aber auch ein Vertrauen in unserer Politik. Ich war ganz überrascht als ich erfuhr, dass während der Fußballweltmeisterschaft in Berlin weitreichende Entscheidungen getroffen wurden und die Bevölkerung dies alles nicht bewusst mitbekommen hat.

Was möchten wir oder was stellen wir uns vor? Wir stellen uns vor, dass eine generelle Zufriedenheit wieder einkehrt. Denn den Nordhessen wird immer wieder nachgesagt, wir seien nur Nörgler, wir seien Pessimisten. Ich glaube, das ist gar nicht so. Die demographische Entwicklung und die Maßnahmen, die man dafür vornehmen kann, sind ein guter Weg.

Ich habe mir zu den vier Positionen, die durchgesprochen wurden, etliche Notizen gemacht. Ich fände es sehr gut, wenn ein Gedankenaustausch stattfindet, zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen. Der Sektor der Wirtschaft ist dabei die stärkste Interessengruppe, da sie bestimmt, wo Geld verdient und wo ausgegeben wird. Die unterschiedlichen Ansatzpunkte sind dabei gewissenhaft zu prüfen. Z. B. das Thema Energie als wesentlicher Punkt. Wir werden eine regionale Energiepolitik für Nordhessen nicht bekommen. Das ist meine feste Überzeugung. Wir haben ein Netzwerk im Landkreis mit 85 Betrieben, die gemeinsam Energie einkaufen. Aber die kaufen eben nicht beim regionalen Energieversorger, sondern bei dem, der die größte Sicherheit bietet und die günstigsten Preise hat. Das ist nicht EON, und das ist auch nicht unser Waldeck-Frankenger Versorger, sondern das ist ein überregionaler Versorger.

Aber welche dieser Erfahrungen können wir nützen und bei uns mit einbringen? Wir haben in Europa – über die europäischen Förderprogramme – bereits einige Zusammenarbeiten vereinbart. Der Landkreis Kassel z. B. mit einer Provinz in Ungarn, mit Südtirol und mit einer Region in Österreich. Waldeck-Frankenberg hat mehrere Projekte und wir arbeiten insbesondere an dem Projekt nachwachsender Rohstoffe auf europäischer Ebene mit dem Burgenland, mit der Region Bozen und mit einer ungarischen Gemeinde, wo man sich halbjährlich trifft und aktuelle Themen bespricht.

Energie

Gerade zum Thema dezentrale Energien gibt es schlechthin das Netzwerk in Nordhessen, nämlich das DEENET. Prof. Kleinkauf ist hier der Ansprechpartner gewesen. Wie wichtig das Thema ist, zeigt sich daran, dass die ehrenamtliche

Geschäftsführung, jetzt hauptamtlich besetzt und bezahlt wird. Das Netzwerk hat eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement Nordhessen. Die Empfehlung dieser Gruppe, insbesondere das Thema dezentrale Energien, nachwachsende Rohstoffe, sollten mit dem Regionalmanagement angesprochen werden.

Im Landkreis sammeln wir derzeit. Die verantwortlichen Leute von der DEENET waren letztes Jahr in Waldeck-Frankenberg. Zudem haben wir Viessmann, eine Firma, die in einer anderen Liga spielt, aber wenn es um Brennstoffe geht, sich auch in die Region einbringt. Das Schlimme ist, dass wir derzeit keine Übersicht haben, wer im Bereich dezentrale Energien überhaupt tätig ist. Erdwärme, Solarenergie, Bioenergie, Photovoltaik. Es ist sehr breit. Im Endeffekt geht es um die Frage: Was bringt mir Erdwärme, wenn ich einen Kompressor brauche, der 50 kW Strom verbraucht; ist die gesamte Energiebilanz dann immer noch günstig oder habe ich möglicherweise schon wieder ein schlechtes Beispiel?

Es gibt zurzeit keinen Handwerker oder Berater, der diese Gesamtinformation aufbereiten kann. Das nehme ich als Anregung mit. Wir werden im Landkreis diese Zusammenführung machen, in dem wir versuchen, einen Berater zu finden. In Hessisch-Lichtenau gibt es das Büro Seeger, die relativ weit sind und im Moment die Besten, die wir in Nordhessen haben.

Auf europäischer Ebene gibt es die so genannten Leaderregionen und mit diesen Leaderregionen spreche ich genau die Themen an, die Sie heute hier hatten: Energie, Ausbildung, Zusammenarbeit bei den Kommunen und die Vernetzungen. Mit diesen Leaderregionen können wir hier sehr viel machen und die Gedanken, die hier jetzt vorgetragen wurden, die passen Punkt genau zu diesen Leaderregionen, denn dort gibt es auch die Fördermittel dazu.

Energiebilanzen erstellen, Fuhrpark auf Pflanzenöl umstellen, das sind Themen, die laufen eigentlich schon. Wir haben im Landkreis verschiedene Pressen. In Marburg fährt der städtische Betrieb bereits mit Pflanzenöl. Das ist weniger das Problem. Nur, ich habe jetzt versucht, für einen Spediteur die Menge für 65 LKWs sicherzustellen und dann sagen mir die Produzenten vor Ort „das können wir gar nicht, die Menge ist viel zu groß, bitte lass uns außen vor“.

Es gibt, ich glaube im Landkreis Werra-Meißner die Möglichkeit, größere Mengen zu bekommen aber es muss einfach mehr miteinander gesprochen werden. Die Gedanken und Ideen, die heute hier vorgetragen wurden, diese Überlegungen müssen an unser Regionalmanagement. Herr Holger Schach ist der Ansprechpartner für Nordhessen. Über ihn gehen diese Gedanken weiter an die Wirtschaftsförderer der Landkreise und an Herrn Thilo von Trott zu Solz für die Stadt Kassel. Das ist der richtige Einstieg. Man wird sicher bei manchen dieser Ideen sagen, das passt nicht zu der Bevölkerungsstruktur oder zur Region, dafür gibt es andere Überlegungen. Aber es ist sinnvoll, dass man generell darüber nachdenkt. Alle die Positionen, die Sie ansprechen, sollten vorgetragen und verfolgt werden.

Ernährung

Ernährung und Landwirtschaft sind Ansatzpunkte, aber machen wir uns nichts vor. In dem Moment, wo die Produkte mit einem höheren Preis bezahlt werden müssen, gibt es viele, die sagen, dann kaufen wir es nicht da, sondern gehen weiterhin zu unserem Discounter.

Im Waldecker Land gibt es den Dülfershof. Vorhin war die Anregung, man könnte ja anbieten, Landwirtschaft günstig abzugeben. Junge Leute wollen sie möglicherweise übernehmen. Das setzt aber voraus, dass der Wille da ist, so etwas generell zu machen. Auf dem Dülfershof in der Nähe von Bad Wildungen gibt es tatsächlich den Sohn, der sagt, ich mache weiter. Dort gibt es derzeit 45 Milchkühe und es wird Käse produziert und verkauft. In dem Moment kann man sagen, das geht, das läuft, weil die Menschen, die hier leben sagen, sie wollen kaufen, was hier produziert wird. Die generelle Frage ist natürlich, zu welchem Preis können regionale Produkte tatsächlich verkauft werden.

Ausbildung, Innovationswerkstatt

Es gibt die große Gruppierung „lernende Region“. Alle, die sich mit dem Thema Aus- und Weiterbildung beschäftigen, sind hier als Bildungsträger miteingebunden. Die Gruppierungen sollte eventuell noch angesprochen werden.

Finanzierung

Das wird sehr schwierig werden, denn die Kommunen haben kein Geld. Bis zu 25.000 Euro können die Kommunen selbst entscheiden, an wen sie Aufträge vergeben. Darüber müssen die Stadtverordneten entscheiden, die natürlich fragen, wofür sie welche Beträge ausgeben.

Werra-Meißner-Kreis

Horst Pipper

Wirtschaftsförderung Werra-Meißner-Kreis

Ich bin Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Verkehr des Landkreises Werra-Meißner. Wir haben auch eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die mit allen Städten und Gemeinden in gleicher Form organisiert ist wie die im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Sie ist als GmbH eingetragen. Ein Wirtschaftsförderer, der aus der Wirtschaft kommt, Herr Rauer ist Geschäftsführer der Gesellschaft. Ich darf Sie von unserem Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Thiele, der heute hier eingeladen war, aber leider aus wichtigen Termingründen nicht kommen konnte herzlich begrüßen.

Weiterhin ist Öffentlicher Personennahverkehr meine Aufgabe neben diesen koordinierenden Tätigkeiten im Amt für Wirtschaftsförderung und Verkehr. Ich bin auch noch Geschäftsführer der lokalen Nahverkehrsgesellschaft im Werra-Meißner-Kreis. Dies ist eine Unterorganisation des Nordhessischen Verkehrsverbundes.

Herr Franke hat schon sehr ausgiebig berichtet. Vieles, was im Landkreis Waldeck-Frankenberg geschieht, geschieht ja auch in dieser lokalen oder regionalen Kooperation. Herr Franke gab das Stichwort „Regionalmanagement Nordhessen“, wo wir seit vielen Jahren auf der Ebene der Landkreise in Sache Wirtschaftsförderung und in Sachen Fremdenverkehr eng zusammenarbeiten. Viele dieser hier genannten Stichworte (erneuerbare Energien etc.) sind auch Felder, in denen wir schon seit vielen Jahren im Werra-Meißner-Kreis arbeiten. Ich bin seit 1988 in dem Bereich tätig. Gerade das Thema „Nachbarschaftsläden“ war damals ein Modellprojekt, das wir versucht haben mit der Hessischen Landestreuhandgesellschaft als Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Hessen umzusetzen. Und genau diese Probleme, die Herr Franke nannte und die auch heute noch gültig sind, haben wir damals auch schon behandelt. Wir haben versucht, sie lokal umzusetzen, Träger zu finden und der Preis spielt auch immer eine Rolle. Aber ich denke, gerade vor dem Hintergrund der „demographischen Entwicklung“ wird so etwas wieder mehr Bedeutung erlangen. Denn gerade das Thema „Demographie“ ist auch eines, das uns im Werra-Meißner-Kreis außerordentlich stark beschäftigt. Wir haben seit wenigen Wochen einen neuen Landrat, der sich das als Schwerpunktthema gesetzt hat. Er hat vor seiner Wahl schon aktiv als Politiker im Kreis an diesen demographischen Dingen mitgearbeitet.

Wir als Werra-Meißner-Kreis sind der Landkreis in Nordhessen, der nach allen Prognosen am Stärksten von der demographischen Entwicklung betroffen ist.

Wir werden einen speziellen Stab „Demographie“ bilden aus den Ämtern der Kreisverwaltung sowie aus verschiedenen anderen Organisationen. Wir arbeiten schon auf Ebene des Vereins für Regionalentwicklung als LEADER-Organisation in Sachen Demographie sehr stark zusammen mit den Kommunen und mit allen möglichen Vereinen und Organisationen, wo wir schon entsprechende Arbeitsgruppen gebildet haben. Wir schauen uns auch die Maßnahmen an, die sie entwickelt haben, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken. Zum zweiten erarbeiten wir solche kleinen Modellprojekte oder Projektvorschläge, die auch den demographischen Wandel gestalten.

Man darf sich einfach nicht einbilden, dass wir es schaffen, durch welche Maßnahme auch immer, die demographische Entwicklung aufzuhalten. Man kann sich lange drüber streiten, ob die Prognosen für die nächsten 20 bzw. 50 Jahre so eintreffen. Aber die demographische Entwicklung wird uns nachhaltig beeinflussen. Daher geht es um Maßnahmen ausgehend von kleinen wichtigen Projekten. Wie gesagt: Erneuerbare Energien sind im Werra-Meißner-Kreis ein Schwerpunkt, auch ein spezielles Arbeitsfeld von unserem Ersten Kreisbeigeordneten, der als früherer Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes genau aus der Richtung kommt, wo wir u. a. diesen Schwerpunkt gebildet haben. Wir haben ein diesbezügliches Zentrum in Witzenhausen zusammen mit dem Land Hessen gründen können, wir haben den Universitätsstandort in Witzenhausen im Werra-Meißner-Kreis, wo gerade dieses Thema „erneuerbare Energien in Landwirtschaft“ eine wichtige Rolle spielt. Damit arbeiten wir auch eng zusammen.

Für mich ist das Konzept der Genossenschaft jetzt vollkommen neu. Sicherlich ist das ein sehr interessanter Gedanke. Diese Begrifflichkeit der Genossenschaft ist aus früheren Jahren bei uns hier bekannt. Aber in den letzten Jahren oder Jahrzehnten tritt alles hinter privatwirtschaftlichen Organisationen (wie z.B. GmbH) zurück. Dass man jetzt auch wieder die Gemeinschaftsbetriebe aufleben lässt, ist sicherlich ein sehr interessanter Ansatz. Man bestärkt damit einfach die Verantwortlichkeit des Einzelnen, der Mitglieder der Genossenschaft.

Wir haben in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in den letzten Jahren ganz viele Existenzgründungsberatungen in erster Linie für Einzelpersonen begleitet. Ich sehe durchaus, dass wir mit diesen genossenschaftlichen Betrieben ein Zukunftsmodell haben, wo man durchaus auch in anderen Ländern Beispiele ansehen kann. Es wird so oft gesagt, in Deutschland funktioniert so was nicht. Aber wenn man es sich in den Nachbarländern und anderen Kontinenten anschaut, kann es auch funktionieren. Da sehe ich durchaus einen Ansatz und ein Gedanke, den ich auch dann an unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft aus diesem heutigen Termin herantragen werde.

Die Finanzierung von Vorhaben im weitesten Sinne ist immer wieder ein schwieriges Thema, weil gerade die Banken oft solchen neuen Ideen gegenüber sehr wenig risikofreudig sind. Im Werra-Meißner-Kreis haben wir einen Risiko-

kapitalfonds bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft vor einer Reihe von Jahren gegründet. Wir haben zunächst nur Existenzgründer drin gehabt. Wir haben aber gesehen, dass da die Nachfrage gar nicht so groß war und haben das dann geöffnet auch auf Betriebserweiterung, alternative Betriebsformen, etc. Es gibt schon Ansätze, wo man aber unter solchen Aspekten der genossenschaftlichen Betriebe prüfen muss, inwieweit man dort neue Ansätze findet.

Akteure zusammenführen ist sicherlich ein wichtiger Bereich. Da gibt es Ansätze, die man sicher immer noch weiter verstärken muss. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sind auch ein Thema, das bei uns gerade im Bereich der LAEDER-Aktivitäten aufgegriffen worden ist. Wir haben kürzlich dort einen Flyer entwickelt, wo wir zum regionalen Wirtschaftskreislauf aufrufen. Wir sagen: „Leute, bei uns im Kreis überlegt wie Ihr kauft, von wem Ihr kauft. Versucht das Geld in der Region zu halten. Es schafft wieder Arbeitsplätze.“ Auch dort gibt es durchaus Ansätze bei uns.

Das Regiogeld ist auch ein interessanter Ansatz. Unser Kreis hat 16 Städte und Gemeinden, ist also der kleinste Landkreis in Nordhessen. Aber auch die Kreisstadt Eschwege hat so etwas entwickelt in Form eines Gutscheines. Diese Entwicklung kann ich sehr gut beobachten, weil wir in unserem NVV-Kundenzentrum diese Gutscheine vertreiben. Das war als Nebengeschäft gedacht; mittlerweile ist das ein großer Anteil dort. Also, es werden Eschweger Gutscheine für alle Einzelhandelsgeschäfte, die dort beteiligt sind, verkauft. Er ist als Geschenkgutschein vorgesehen und er erfreut sich einer unwahrscheinlichen Nachfrage und hält ja auch das Geld in der Region. Wenn jemand einen Eschweger Gutschein verschenkt, so haben die Eschweger Einzelhandelsbetriebe und die Eschweger Arbeitsplätze wieder eher ihren Vorteil davon, als wenn jemand Bargeld schenkt und damit außerhalb der Region in irgendein Einkaufszentrum fährt und einkauft.

Die genaueren Zahlen kenne ich leider nicht. Wir haben jetzt in Witzenhausen ein echtes Regiogeld, die Kirschblüte, weil Witzenhausen viel vermarktet im Bereich Fremdenverkehr mit der Kirsche. Ich kenne dort nicht die genaue Entwicklung, aber was man so hört, ist es auch dort sehr gut angenommen.

Als nächstes möchte ich nur noch ein Stichwort, das heute hier bisher nicht angeklungen ist, in die Diskussion werfen. Das ist der Bereich Tourismus, der bei uns natürlich nicht so ausgeprägt ist wie im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Das ist natürlich eine ganz andere touristische Region. Wir versuchen aber im Moment durchaus auch durch verbesserte Vernetzung im Bereich Tourismus neue Akzente im Werra-Meißner-Kreis zu setzen. Wir denken, dass allgemein der Tourismus als Wirtschaftsfaktor noch unterschätzt ist. Wenn man so schaut, was dort für Umsätze generiert werden, ich denke, es ist durchaus ein Bereich, wo wir noch mehr entwickeln können – in Form von Arbeitsplätzen, in Form von Wirtschaftskraft. Wir sehen im Moment, dass wir zu viele touristische Organisationen haben und wir versuchen, das zu bündeln. Wir haben kürzlich einen Auftrag an ein Planungsbüro vergeben, das uns in diesem Prozess beglei-

tet. Damit wollen wir versuchen, auch die finanziellen Mittel, die im Tourismus eingesetzt werden, zu bündeln, um uns unter einer Dachmarke zu vermarkten. Wir haben bei uns sehr heterogene Bereiche im Kreis: Wir haben den Meißner und wir haben die Werra. Jeder vermarktet sich touristisch ein wenig anders. Das darf so nicht weitergehen. Wir müssen eine touristische Dachmarke haben, unter der sich bestmöglichst Alle wieder finden. Und damit werden wir uns auch national und international touristisch vermarkten können.

Über eigene Ideen dafür sorgen, dass man vor Ort Energie produziert, die man verkauft

Georg Lüdtke
Bürgermeister Alheim

Wir haben soeben den Vertreter des Landkreises Waldeck-Frankenberg gehört, der die Bemühungen wie der ländliche Raum attraktiver organisiert werden soll, näher beleuchtet hat. Viele Projektansätze ähneln denen in Alheim. Die Ansätze sind gut und gehören auf die Agenda aller Landkreise und Kommunen. Ich kann sämtlichen Bürgermeister und allen politischen Verantwortlichen nur eines anraten: Nicht nur die Statistiken im Hinblick auf den demografischen Wandel, die von Oberbehörden entwickelt werden, zu betrachten, sondern sich vor Ort Gedanken zu machen, wie eigentlich die demographische Entwicklung in den einzelnen Ortsteilen der Gemeinde tatsächlich aussieht. Deswegen habe ich in der Gemeinde Alheim eine interne Statistik entwickelt, wo ich mich mit der Frage beschäftigt habe, wie die Altersstufung von 60 bis 65 Jahren bezogen auf den Familienverbund (Ehepaare oder Alleinstehende) bis hin zum 75. Lebensjahr aussieht und in wie vielen Häusern Alleinstehende wohnen. Dann kommt man zu dem Ergebnis, dass hier im nordhessischen Raum, in manchen kleinen Ortsteilen, in 25 Jahren bis zu 40 % der alten Fachwerkhäuser leer stehen werden, weil nebenan das Neubaugebiet ist oder die Kinder verzogen sind.

Das bedeutet, dass die zentrale Aufgabe der Kommunalpolitiker in Zukunft sein wird, dafür zu sorgen, dass in der heutigen Zeit keine Neubaugebiete mehr ausgewiesen werden, trotz der Wünsche und Forderungen von vielen Ortsbeiräten und trotz der Tatsache, dass diese von Fall zu Fall auch in der Vergangenheit wichtig gewesen sind. Klar ist, dass Neubaugebiete in der Regel ein Versprechen von vielen Parteien waren, – das ist auch was Tolles, die einzelnen Ortsteile sollten genauso entwickelt werden wie die Kerngemeinde. Nun muss man umdenken. Ich denke, es wäre der verkehrte Weg alles radikal umzusteuern und keine Neubaugebiete in den einzelnen Ortsteilen zuzulassen. Man muss einfach Schwerpunkte setzen und im Randbereichen auch Anderes zulassen.

Wir müssen ganz einfach gucken (und das ist auch eine Zielaufgabe für die Regierungspräsidien), dass mehr Augenmerk darauf gerichtet wird, dass auf der einen Seite die Förderung von Fachwerk-Substanzerhaltung in den Vordergrund gestellt wird, auf der anderen Seite die Denkmalpflege auch dafür sorgt, dass gewisse Anordnungen vielleicht einfacher ausgelegt werden können, damit auch nicht mehr benötigte abgängige Gebäude niedergelegt werden und zum Beispiel Grünflächen entstehen können. Dass dies geht, haben wir z. B. im Baumbach als

Modellprojektdorf erarbeitet. Dort haben wir im Rahmen des Dorferneuerungsprozesses über einen städtebaulichen Entwicklungsplan festgelegt, dass nicht benötigte alte Scheunen nicht stehen bleiben müssen, sondern, dass sie auch weggenommen werden können, damit jüngere Familien wieder in den Ortskern ziehen können, weil sie das Wohnumfeld da attraktiver finden. Jung und Alt gehören in den Innerortskern zusammen. Dies stärkt die Gesellschaft. Daher behaupte ich: Alle alten Scheunen und Fachwerkhäuser können nicht erhalten bleiben.

Wie können wir unsere Region für die jungen Menschen attraktiv gestalten?

Da stehen wir nicht in direkter Konkurrenz zu Landkreisen, wie Waldeck-Frankenberg oder auch zu anderen Nachbarkreisen, sondern zu Regionen. Daher kann ich nur empfehlen, dass es keine Konkurrenz der Kommunen untereinander in einer Region geben sollte. Vielmehr ist es die Aufgabe von der Politik dafür zu sorgen, dass die Regionen sich attraktiv, modern und offen nach außen entwickeln können. Das bedeutet ganz klar und deutlich für die Politiker, aber auch für die Verwaltungsbeamten in den Kreishäusern und in den Regierungspräsidien, dass dort, die Rahmenbedingungen für solche Prozesse unterstützt werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, das von sich aus zu regeln, sich attraktiv zu entwickeln. Das Leben für Jung und Alt sollte dort kostengünstig erlebbar sein und es sollte sich lohnen, dort zu wohnen. Dazu ist es unbedingt notwendig, dass auch die eigenhändige Energieversorgung vor Ort, also kostengünstige Lebensunterhaltskosten im ländlichen Raum, wesentlich verbessert werden.

So hat sich die Gemeinde Alheim, als Leitbild gesetzt, dass 80 % der Energie, die in der Gemeinde verbraucht wird, bis zum Jahre 2015 wieder in Alheim über Solar- und Biogasstrom erzeugt werden soll. Und dies geht! Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger wollten es auch nicht glauben und hatten gedacht, der spinnt. Andere haben sich gefreut und wie es so ist, gibt es natürlich auch die ewigen Besserwisser, die gleich sagen, das erreichen wir nie. Wir haben es erreicht! Ende des Jahres 2006 werden 60 % der Energie, die zurzeit in Alheim verbraucht wird, über erneuerbare Energie (Photovoltaik- und Biogasanlagen) in Alheim produziert. In Alheim haben wir drei Photovoltaik-Parks, z. B. in Oberellenbach, der Solarpark „Auf dem Schächten“ mit 91 Solarbäumen, die zweiachsig nachgeführt werden. Damit haben wir den Wirkungsgrad um bis zu 40 % gegenüber den normalen Solarbäumen erhöht. Der zweite Solarpark „Am alten Berg“ steht in Herleshausen. Das ist ein kleinerer Solarpark mit ca. 40 zweiachsig nachgeführten Bäumen.

Der Dritte Solarpark mit ca. 90 zweiachsig nachgeführten Solarbäumen steht im Gewerbegebiet „Heischwiese“ in Alheim-Heinebach, direkt an der Bundesstraße. Dieser Park ist etwas besonderes, er beinhaltet das Projekt Sonnenei.

Dies ist ein Paradebeispiel, wie in der heutigen Zeit von verschiedenen Unternehmensinteressen, die die Gesetze und Verordnungen, die der Eierproduktion und Tierhaltung sowie Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien gemeinsam nutzen können, um zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu kommen. Übrigens führt zurzeit die Gemeinde Alheim die Landesliga und zudem die Solarbundesliga bei Solarlokal mit 254 W pro Einwohner deutlich an. Die nächste Kommune aus dem Bundesgebiet liegt bei 119 W pro Einwohner. Also ist es möglich, dass auch wir in Nordhessen eine Energiemodellgemeinde vorweisen können. Das ist doch toll, wer hätte dies für möglich gehalten?

Zurückkommend auf das Projekt Sonnenei ist anzumerken, dass auch hier alle Chancen genutzt wurden, um zwei Projekte in einem zu verwirklichen. Wir haben in Heinebach den Muster-Geflügelhof von Leonhard und Thomas Hede, die Eier schon seit Jahrzehnten nach ökologischen Gesichtspunkten produzieren. Also keine Käfighaltung, wie es viele andere tun, sondern perfekt organisierte Bodenhaltung mit Wintergarten. Aufgrund einer europäischen Erzeugerverordnung muss bekanntlich jeder Eierproduzent nunmehr dafür sorgen, damit seine Bioeier den Qualitätsanspruch behalten können, indem pro Huhn 4 m² Auslauffläche nachgewiesen werden. Dies wurde auch in den Vordergrund gestellt und der benötigte neue Hühnerstall mit 5.000 Hühnern konnte auch die vorgeschriebene Auslauffläche von ca. 20.000 m² erhalten. Nur ob dies alles wirtschaftlich gewesen wäre, in einem Gewerbegebiet einen Hühnerstall zu betreiben ist wiederum eine ganz andere Sache. Die befreundeten Unternehmer haben sich zusammengesetzt und für sich ein beispielhaftes Projekt entwickelt, dass es in dieser Art, denke ich, nirgends in Deutschland gibt. Sie kauften im Gewerbegebiet Heischwiese in Heinebach diese Fläche. Dort bauten sie den Hühnerstall, bestückt mit einer riesigen Solaranlage und bauten zudem 76 Unterstände zum Schutz der Tiere. Auf diesen Unterständen befinden sich Solarsegel, die wiederum an Investoren verkauft wurden.

Weiterhin wurde mit diesem Schachzug (weil die Gebäudefläche 6,3 m² groß ist) der finanzielle Vorteil genutzt, dass die Energieeinspeisungspreise bei einem Preis von 0,56 € liegen und nicht im abgesenkten Bereich. Wären diese Unterstände kleiner, würden sie nicht als Gebäude gelten. Damit wäre es ein reiner Flächenpark, wo der Ertrag deutlich geringer ausfällt. Der Energieertrag auf seinen Flächen liegt lediglich bei 0,46 €. Also, ein wirtschaftlicher Vorteil, der hier konsequent genutzt werden konnte.

Sie sehen, es ist durchaus möglich die unterschiedlichsten Menschen – Solarpartner – zusammenzubringen, um vorbildliche Projekte gemeinsam entstehen zu lassen. Ich denke, dies ist schon bemerkenswert.

Ein vorbildliches Investorenmodell wurde dadurch geschaffen. Übrigens nicht nur dieser, sondern all die anderen Solarparks wurden durch viele Investoren finanziert und somit wurde auch die Wirtschaft von Alheim maßgeblich gestärkt, da wir als Gemeinde uns als Dienstleister verstehen. Wir zahlen keine Gemeindeanteile oder Ähnliches, die Gemeinde Alheim hat lediglich dafür ge-

sorgt, dass das Planungsrecht innerhalb kurzer Zeit erteilt wurde, um bauen zu können. Genau gegenüber, auf der anderen Straßenseite der B83, wird zurzeit eine Biogasanlage, die eine Kapazität von 250 KW hat, gebaut. Sie ist ausbaufähig auf 500 KW.

Auch hier hat die Investorengruppe, die Biopower GmbH, schon in Vorgesprächen mit den Wirtschaftsbetrieben im Gewerbegebiet Heischwiese Gespräche geführt, um dann die von der Biogasanlage produzierte Wärme, kostengünstig an die Betriebe weiterzugeben. Ich denke, das ist ein lohnender Weg für die Gemeinde, denn das schafft Standortvorteile für die Betriebe und sichert Arbeitsplätze. Jetzt kommen wir zurück zum eingangs hervorgehobenen Punkt, zu der Vision der Kommune bzw. zu dem, was wir uns als Kommune zur Aufgabe gesetzt haben, um die Kaufkraft in der Gemeinde zu behalten. Ein Weg ist die Energiegewinnung und Wärmeerzeugung über erneuerbare Energien.

Wir müssen ganz einfach dafür sorgen, dass junge Menschen erkennen, dass es sich wieder – oder auch noch – lohnt, im ländlichen Raum zu wohnen und zu uns in die Kommune zu ziehen. Und die kommen nicht nur, weil wir so eine schöne Landschaft haben, sondern letztendlich, weil wir gegenüber den jungen Menschen verpflichtet sind, dafür zu sorgen, gute Arbeitsplätze anbieten zu können. Und Investoren gehen in der Regel nicht dorthin, wo der Mond mit der Stange weiter geschoben wird, sondern dort hin, wo sie spüren, dass die Region lebt. Zudem bin ich der Meinung, dass das eine ganze Reihe von zusätzlichen Arbeitsplätzen in dem Bereich erneuerbare Energie schafft. Das Markenzeichen steht für die Betriebe, sodass wir in unserer Region Nordhessen diesen exzellenten Standortvorteil nutzen.

Wir haben in Alheim vieles angepackt und vieles, was Vision war, ist Wirklichkeit geworden. Wir müssen gemeinsam ein Leitbild entwickeln. Wir müssen von der großen Politik bis hin zu den Kommunen klar und deutlich feststellen, dass wir selbst in einem gewissen Maß dafür verantwortlich sind, dass die Energie, die in unserer Region verkauft wird, auch als Wirtschaftskraft in unserer Region verbleibt. Wir haben viele Möglichkeiten, wie wir das letztendlich in unserer Region umsetzen können. Anschauungsprojekte sind genügend da, das Rad braucht nicht neu erfunden werden.

Oberellenbach steht als Beispiel dafür. Dort hat unser Lars Kirchner, ein hervorragender Jungunternehmer, zur Expo-Zeit 18 Menschen im Elektrobereich beschäftigt. Damals beschäftigte er sich schwerpunktmäßig mit dem 100.000-Dächer-Programm, heute ist er, als handwerklicher Betrieb, der größte Unternehmer in der Solarbranche für nachgeführte Solaranlagen. Er hat zu diesem Zeitpunkt in Oberellenbach, in Alheim und in dieser Region über 60 Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energie geschaffen. Das beweist ganz klar, dass es sich lohnt, in erneuerbare Energie in der Region zu investieren, weil dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Und da lohnt es sich als Bürgermeister, solche Menschen, solche Unternehmer zu unterstützen.

Was kann ich als Politiker, als Bürgermeister dazu beitragen?

Wie schon ausgeführt, gibt es keine Modelle der Zusammenarbeit mit Unternehmen, die den Erfolg garantieren. Von der Gemeinde wurden keine Zahlungen vorgenommen, sondern alles lief ganz normal, wie es bei einem Dienstleister sein sollte.

Als dieser Prozess begann, habe ich mich mit dem Unternehmer an einen Tisch gesetzt und habe ganz klar und deutlich die Rahmenbedingungen abgestimmt. Ich habe mit ihm vereinbart, dass ich für das Planungsrecht absolut zeitnah Sorge. Und das hat auch geklappt. Gemeinsam mit dem RP Kassel habe ich alles so organisiert, dass innerhalb von 6 Monaten der Flächennutzungsplan geändert und ein Bebauungsplan "Sondergebiet Energie" aufgestellt wurde. Und so begann der Weg in die sonnigen Zeiten. Die anderen Projekte, wie die vorbildlichen Projekte in der Dorferneuerung, das ÖSTLI in Licherode, sowie in Oberellenbach und die zwei dezentralen EXPO-Projekte zur Weltausstellung 2000 sind – denke ich – alle bekannt. All diese Erfolge sind nur machbar geworden, weil Menschen sich ehrenamtlich mit diesen Projekten beschäftigten. Und ich denke, das müssen unsere Kinder wissen, dass es neben ehrenamtlichem Engagement auch junge innovative Unternehmen in der Region geben muss, die uns über solche vorbildlichen Entwicklungsmodelle bekannter gemacht haben.

Nahwärmenetz von einer Genossenschaft getragen

Diese Entwicklung erneuerbarer Energien in Alheim spiegelt sich jetzt auch bei den Menschen in Oberellenbach wider. Sie beschäftigen sich mit einem eigenen Nahwärmenetz, das von einer Genossenschaft getragen wird. Ein großer Teil der Dorfgemeinschaft hat sich zusammengesetzt und mit diesem Thema beschäftigt. Dabei wurde deutlich, welche Kaufkraft der Region und der Gemeinde Alheim zurzeit noch verloren geht. In Oberellenbach haben sie ausgerechnet, bei 400 Einwohnern, werden im Jahr 495.000 Euro für das Heizen und für die PKWs benötigt. Eine Menge lässt sich sparen, wenn man einfach einen anderen Energieträger favorisiert. Und das war der Startschuss für die Dorfgemeinschaft, die sich zusammengesetzt und gesagt hat, „ist in Ordnung, wir sorgen in Oberellenbach dafür, dass wir jetzt ein Nahwärmenetz bauen und das gemeinsam betreiben. Das schaffen wir mit unserem Holz und daher wird dieses auch mit Hackschnittel betrieben.“ Ziel ist nunmehr für die Oberellenbacher ihre Heizungen in den Häusern, natürlich auch das Dorfgemeinschaftshaus, bis zum Herbst 2007 umzustellen, damit im Winter 2007/2008 die Haushalte mit diesem Nahwärmenetz versorgt werden können. Es wurden Landwirte angesprochen, die dafür sorgen, dass Resthölzer aus den Wäldern und von anderen Orten zur Verfügung gestellt werden.

Vor Ort Energie produzieren - Nachahmer in der Region

Wenn allein dieser kleine Schritt in einem Ortsteil der Gemeinde Alheim Nachahmer in der gesamten Region fände, dann könnten wir eine regionale erneuerbare Energieversorgung hinbekommen. Und wenn dann noch Hessen Forst dahingehend sich bewegen könnte, die Resthölzer aus den Wäldern konfliktfrei ohne große bürokratische Hindernisse zur Verfügung zu stellen, dann hätten wir dort auch Arbeitsplätze geschaffen. Diese können zum Beispiel bei den Landwirten angesiedelt werden, wenn sie Energiewirte werden und dadurch nebenbei noch ein Zubrot verdienen.

Wieso sollte das in unserer Region nicht funktionieren? Die Konzessionsverträge laufen in der Regel in den nächsten 15 Jahren aus. Das Ansinnen, das wir verfolgen, ist nicht das komplette Energienetz hier in Gemeindehand zu übernehmen, sondern ganz einfach über eigene aktive Ideen dafür zu sorgen, dass aus der Bevölkerung heraus, die Strukturierung so entwickelt wird, dass man vor Ort Energie produziert, die man an die EON verkauft. Das ist das Thema. Alles andere wäre in der heutigen Zeit für die Kommune nicht leistbar. Energienetze zurückzukaufen, können wir nicht machen. Dafür haben wir das Geld nicht und es wird nicht funktionieren.

Unsere Welt, gestalten wir nicht mit Worten allein. Ich denke, dass wir in unserem Waldhessenlandkreis, stolz darauf sein können, dass wir so vorbildliche Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen und im Bereich erneuerbarer Energiegewinnung vorweisen können, die wirkliche Leuchttürme sind.

Internationalen Erfahrungen und Solidarische Ökonomie in Europa

Der Beitrag der Genossenschaften zu langfristiger lokaler Entwicklung

Bruno Roelants

CECOP

Ich möchte gern einige Worte darüber sagen, wie lokale Arbeiter-Genossenschaften zu regionaler Entwicklung beitragen können. Da gibt es viele Erfahrungen, die wir diskutieren könnten. Ich habe mich dazu entschlossen, mich vor allem auf eine Erfahrung zu konzentrieren, und zwar eine kleine Genossenschaft in einer ganz entlegenen Region Frankreichs. Sie heißt Ardelaine und ist im Department Ardeche. Sie ist am Ende des Tals. Dort leben nur 500 Personen. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts waren es 2.000. Die Menschen sind nach und nach weggezogen.

1975 wurde eine Wollspinnerei als Genossenschaft gegründet. Sie war vollkommen verlassen gewesen. Vier oder Fünf Personen versuchten einige Jugendliche während eines Jugendlagers dazu zu mobilisieren, sie zu renovieren. Und so haben die vier oder fünf Gründer das Haus mit den Jugendlichen wieder hergestellt. Es hat einige Jahre gedauert bis sie die Genossenschaft tatsächlich gründen konnten, etwa sieben Jahre. Anfangs war da praktisch nur ein verfallenes Gebäude und jetzt steht da ein modernes Backsteinhaus. (siehe Powerpoint Präsentation über Ardelaine auf der CD in diesem Buch). Also sie formalisierten die Genossenschaft 1982 mit einem Kapital von 500,- Euro. Es gab nur einen Arbeitsplatz. Dann bekamen sie 1985 Geld von einer Französischen Stiftung für diese Art von Projekt und auch von dem Department Ardeche. Dies erlaubte die Einrichtung von fünf Arbeitsplätzen. 1986 richteten sie eine Strick und Nähwerkstatt in einem anderen Gebiet ein, denn sie meinten es reiche nicht aus, das Projekt nur auf dem Land zu entwickeln. Also mussten sie sich mit einer schwierigen Situation in einem anderen Gebiet beschäftigen. Dann erhielten sie 1990 eine Zuweisung von der Region für die Schaffung neuer Stellen. Das heißt, sie hatten nun zwölf Arbeitsplätze. Schließlich erreichten sie die Schaffung von dreißig Arbeitsplätzen, aber de facto schufen sie dadurch auch einen Lebensunterhalt für weitere dreihundert Schäfer, die von ihrer Tätigkeit profitierten, da die Ardelaine Genossenschaft jährlich vierzig Tonnen Wolle kauft. Dafür gibt es fünfzig tausend Schafe, von denen die Wolle geschoren wird. Also helfen sie dreihundert Schäfern weiterhin, ihre Arbeit in der entlegenen Region als Schäfer durchzuführen und bezahlen ihnen gute Preise, so ist dies auch eine Art lokaler fairer Handel. (In der Powerpoint Präsentation können Sie die Genossenschaft in Aktion sehen)

Sie produzieren alle Sorten von Produkten aus Wolle, Kleidung, Handschuhe, Bettdecken. Das Interessante ist, dass zu einem gewissen Zeitpunkt ein japanisches Unternehmen kam, das die Kleidung kaufen wollte. Damals entschloss sich die Genossenschaft Ardelaine nicht nach Japan zu gehen. Sie wollten sich begrenzen. Es war ein sehr strategischer Moment, da die japanischen Kunden vollkommen erstaunt waren, denn erstmalig wurden sie zurückgewiesen. Und daher sagte die Genossenschaft Ardelaine: „*Wir werden nicht so weit gehen, wir halten hier inne*“. Und sie machten einen Schritt in eine andere Richtung. Was sie vorhatten war eine ganz verrückte Idee für ein kleines Dorf von ca. fünfhundert Personen in einer vollkommen entlegenen Region. Sie etablierten 1999 ein Woll-Museum mit Hilfe des europäischen Fond „*Leader*“ und mit einem Regierungs-Fond, es war de facto etwas ganz neues in Frankreich und weltweit. In Verbindung mit dem Museum gibt es auch einen Laden.

Zu dem Museum kamen 20.000 Besucher jährlich. Heute hatten sie bereits 250.000 Besucher. Außerdem verkaufen sie auch über das Internet und haben eine Art Kundenverein gegründet. Es ist ein ganzes System: Die Versorger werden assoziiert ebenso wie die Kunden. Viele Leute besuchen den Laden, sie müssen dann dort essen, daher gründeten sich viele kleine Dienstleistungsbetriebe in dem Dorf. Das Museum lief so gut, dass sie vor kurzem ein zweites Museum eröffneten.

Diese Genossenschaft Ardelaine ist Mitgründerin eines Netzwerks für den Austausch von Alternativen und Praktiken, die auf Solidarität gründen, das sich REPAS nennt. Es ist ein Netzwerk mit anderen genossenschaftlichen Strukturen in Frankreich, wo sie sie versuchen, ein neues Unternehmensnetzwerk (30) aufzubauen. Nicht wie die alte Genossenschaftliche Bewegung, die auf technischen Fähigkeiten basierte, dies ist eine neue Unternehmensbewegung, die auf der Vermittlung einer neuen Unternehmenskultur fußt.

Im Jahr 2000 etablierte dieses Netzwerk ein Ausbildungszentrum und dieses Ausbildungszentrum bildete bereits 10.000 Jugendliche aus. Von Anfang an schuf es stets Arbeitsplätze und die Arbeitsplätze waren immer für lokale Personen. Zum Zweiten geht es um lokale Entwicklung. So äußert sich der Präsident der Genossenschaft: „*eine gute Sache hat mit Wolle zu tun aber de facto dienen die Fähigkeiten, die wir erworben haben, der lokalen Entwicklung.*“

Nur wenige Lehren muss man lernen:

1. Kapital ist nicht notwendiger Weise der wichtigste Faktor. Sie haben ihre Genossenschaft etabliert ohne Geld, sie haben es geschafft, einige Darlehen zu bekommen, aber sie hatten in der Tat eine sehr klare Vorstellung davon, was sie wollten und das war viel wichtiger als nur Kapital zur Verfügung zu haben.
2. Der Distrikt hat eine gute Dimension für lokale Entwicklung. Es ist die richtige Dimensionierung – es ist also nicht die Mikrodimension eines kleinen Betriebes, es ist auch nicht eine zu große Dimension einer ganzen

Region – es ist die richtige Dimension, um lokale Entwicklung zu schaffen.

3. Lokale Entwicklung dauert sehr lange, das heißt, dies hat Jahre gedauert und wird weitere Zeit in Anspruch nehmen. In dieser Hinsicht ist es auch wichtig zu verstehen, dass Genossenschaften und Solidarische Ökonomie nicht den Prinzipien eines schnellen Profits folgen können, die wir zurzeit in der Wirtschaft beherrschen. Wir können sagen, dass die ganze Strategie und die ganze Vision des Unternehmens anders sind, wo die langfristige Vision sehr wichtig ist.
4. Das Projekt war vollkommen kohärent.

Ich habe mit Willen dieses extreme Beispiel ausgewählt, um zu zeigen, dass sogar bei so extremen Beispielen lokale Entwicklung möglich ist.

Wir haben viele andere Beispiele, die – so können wir sagen – wahrscheinlich viel größer als dieses sind und ich möchte diesbezüglich nur noch auf eines eingehen.

Ich möchte kurz auf die Mondragon-Erfahrung in der Baskenregion eingehen, wo wir nicht über eine kleine Genossenschaft mit dreißig Leuten reden, sondern über ein ganzes genossenschaftliches System, in dem über 72.000 Personen beschäftigt sind. Sie haben mit einer Reihe unterschiedlicher Institutionen begonnen, die viel miteinander kooperierten. In den 50er Jahren gründeten sie einige Industriegenossenschaften, eine Konsumenten-Genossenschaft, eine genossenschaftliche Schule und eine Genossenschaftsbank. Dieses System ist bis heute gewachsen und schließt jetzt über hundert Genossenschaften ein. Der grundlegende Gedanke und die Rationalität ist die Kooperation miteinander. Ein Aspekt davon ist, dass die verschiedenen Genossenschaften Mitglieder in den anderen sind. Also gibt es gegenseitige Mitgliedschaft verschiedener Genossenschaften und diese kooperieren miteinander.

Ein anderer Aspekt ist, dass in einer Genossenschaft unterschiedliche Interessengruppen (Stakeholder) sind.

- natürlich sind die meisten Arbeiter Mitglieder der Konsumgenossenschaften und in den Konsumgenossenschaften sind auch Mitglieder
 - in der Genossenschaftsbank sind die Industriegenossenschaften
- Also gibt es verschiedene Mitgliedertypen innerhalb einer Genossenschaft.

So war das System in der Lage, soziale Güter für die Gemeinschaft zu schaffen. Es war in der Lage, eine Universität aufzubauen und es war in der Lage, ein Industriegebiet in privater und öffentlicher Partnerschaft mit der regionalen Regierung einzurichten.

1. Die sozialen Güter, die ein Genossenschaftssystem zur Verfügung stellen kann, kommen den sozialen Gruppen nicht unbedingt direkt zugute. Vielmehr können sie ihnen indirekt zugute kommen, dadurch, dass die Ressourcen von verschiedenen Genossenschaften gegenseitig genutzt

werden (mutualisation of resources) anstatt direkt von einer bestimmten Genossenschaft zur Verfügung gestellt zu werden.

2. Die Kooperation zwischen Genossenschaften oder solidarischen Betrieben ist nicht notwendig so direkt, wie z.B. im Handel. Aber es gibt andere Formen der Kooperation, die nicht notwendigerweise so direkt sind.

Es ist wichtig, eine Art Meso-System der Kooperation von Genossenschaften zu schaffen sowie eine Zusammenarbeit unter Betrieben der solidarischen Ökonomie.

Wie kann man Betriebe der sozialen Wirtschaft fördern? Unsere Erfahrung ist, dass die Förderung von Genossenschaften zu 50% mit dem Betrieb zu tun hat und zu 50% mit der Förderung des Systems der Zusammenarbeit. Ich glaube, dass dies der wichtigste Teil davon ist.

In einigen Studien wurde gezeigt, dass Arbeitergenossenschaften sogar schlechter als normale Betriebe sein können in Bezug auf den Erhalt des Arbeitsplatzes und auf das Am-Leben-Erhalten der Betriebe. Wenn sie isoliert sind, sind sie nicht notwendigerweise besser; sie können sogar schlechter als andere Betriebe sein.

Es entsteht nur durch die Neutralisierung durch gemeinsame Organisation von Ressourcen wie z.B. Finanzierung, Handelsinstrumente, Schaffung von Föderationen, von Gruppen-Konsortien von Genossenschaften – wie in der italienischen Erfahrung. Durch diese Art der Kooperation zwischen Betrieben kann man wirklich diese Art einer alternativen Wirtschaft schaffen.

Auch haben wir gesagt, dass Betriebe der solidarischen Ökonomie Wurzeln in dem Territorium haben, und sie behalten diese Wurzeln.

Hier ist es extrem wichtig, dass die verschiedenen Akteursgruppen in die Entwicklung, den Besitz und das Management der Betriebe eingeführt werden. Zunächst die Arbeiter dieser Betriebe, denn ihr Job ist ihre wichtigste Ressource. Normalerweise wandern Genossenschaften nicht ab und Arbeitergenossenschaften wandern mit noch geringerer Wahrscheinlichkeit ab, da sie nicht ihre eigenen Arbeitsplätze zerstören wollen. Dafür ist es wichtig, für sie einen Anteil zu besitzen, eine finanzielle Teilhabe zu haben und am Management beteiligt zu sein.

Schließlich gibt es eine sehr wichtige Dimension für die Stabilität von Genossenschaften in der ganzen Welt, die in vielen Ländern durch Gesetze geschützt sind – nicht in Deutschland. Das ist das Konzept der nicht Teilbarkeit der Reserven. In den meisten Genossenschaftsgesetzgebungen der Welt ist die Genossenschaft verpflichtet, wenn sie am Ende des Jahres einen Überschuss erwirtschaftet hat, einen gewissen Prozentsatz des Surplus zu der Reserve hinzuzufügen. Aber diese Reserve kann nie an die Mitglieder der Genossenschaft zurückgezahlt werden. Nie.

Also werden diese Reserven sich akkumulieren über Jahrzehnte und sogar über Generationen. Im Falle der Auflösung der Genossenschaft wird diese Reserve an die Föderation von Genossenschaften gehen, an eine andere Genossen-

schaft oder wenn es keine gibt an eine humanitäre Organisation, aber niemals an die Mitglieder. Das macht es sogar noch schwieriger eine Genossenschaft zu kaufen.

Das ist weshalb und warum Genossenschaften wirklich stark zur lokalen Entwicklung beitragen und in einer sehr langfristigen Perspektive zu einer langfristigen lokalen Entwicklung. Das ist es, woran wir interessiert sind.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Zu Rahmenbedingungen in Deutschland

Das novellierte Genossenschaftsgesetz als Chance für die Sozialwirtschaft

*Burghard Flieger**
innova eG

"Genossenschaften sind eine bewährte Form wirtschaftlicher Tätigkeit, bei denen sich unternehmerische Initiative, Selbsthilfe und soziale Orientierung miteinander verbinden. In Zeiten, in denen mehr Bürgerengagement gefragt ist und das Bewusstsein wächst, dass zum Unternehmertum auch soziale Verantwortung gehört, sollte die Genossenschaft eine größere Rolle im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft spielen. Ich hoffe deshalb“, so Bundesjustizministerin Brigitte Zypries aus Anlass der Vorlage des neuen Genossenschaftsgesetzes, „dass bei Unternehmensneugründungen vermehrt die Rechtsform der Genossenschaft gewählt wird.“

Der Bundestag beschloss am Freitag, den 19. Mai 2006, die Neufassung des Genossenschaftsrechts in zweiter und dritter Lesung. Das Gesetz passierte den Bundesrat und trat so wie geplant am 18. August 2006 in Kraft. Die Wahl der Rechtsform der Genossenschaft wurde für die wirtschaftliche Selbsthilfe mit der im August in Kraft tretenden Gesetzesnovellierung gestärkt. Dies gilt auch und gerade für Unternehmensgründungen im sozialen Sektor.

Sozialgenossenschaften in Deutschland

Sozialgenossenschaften haben in Deutschland eine lange Tradition, allerdings nur begrenzt in einzelnen Nischen. Dem Begriff Sozialgenossenschaften kann ein breites Spektrum, in sehr unterschiedlichen Bereichen wirtschaftlich tätiger Genossenschaften zugeordnet werden, deren Mitglieder oder Beschäftigte im sozialen Sektor arbeiten bzw. dort zuzuordnen sind. Gegenwärtig gibt es erst etwa 100 Sozialgenossenschaften in der Bundesrepublik mit wachsender Tendenz. Bei den vorhandenen Sozialgenossenschaften lassen sich verschiedene Schwerpunkte feststellen. Einer davon sind die Sekundärgenossenschaften als Zusammenschluss von Firmen und Sozialeinrichtungen. Zu verweisen ist hier vor allem auf die Behindertenwerkstätten. Sie agieren als regionale Kooperatio-

* Dr. Burghard Flieger ist seit 25 Jahren beratend, schreibend und forschend im Genossenschaftssektor engagiert. Als Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG stehen aktuell Qualifizierungen und Betreuungen von Genossenschaftsgründungen aus der Arbeitslosigkeit und im sozialen Sektor im Mittelpunkt seiner Aktivitäten. Gegenwärtig moderiert und begleitet er im Rahmen von ExWoSt für Forschungsprojekte zum Thema Dachgenossenschaften für Wohnprojekte. Kontakt: innova eG, Projektbüro Freiburg, Erwinstrasse 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023, Email: Genossenschaft@t-online.de

nen mit Sitz in Kassel, Sindelfingen, Hamburg, Oschersleben, Leipzig und Rendsburg. Als Genossenschaft zahlreicher Werkstätten für Behinderte liegen ihre Prioritäten bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck bieten sie die Vermittlung und Abwicklung von Dienstleistungen und Werkstattleistungen für Unternehmen, Institutionen, Gemeinden, Kommunen sowie für Städte an. Beispielsweise sind bei der GDW-Süd (www.gdw-wfb.de) mehr als 70 Werkstätten und über 10.000 Mitarbeiter in Baden-Württemberg und Bayern eingebunden.

Für die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen aus dem Zusammenhang der Wohlfahrtsverbände stellt die Genossenschaft unter den vorhandenen Unternehmensformen eine besonders rationale und zweckmäßige Organisation dar. Dies gilt zumindest solange angestrebt wird, Wirtschaftlichkeit und Selbständigkeit der verschiedenen Einrichtungen gleichzeitig zu verfolgen. Die Zusammenschlüsse der Behindertenwerkstätten sind ein gutes Beispiel hierfür.

Genossenschaftliche Kooperation lässt sich hier umschreiben als freiwillige Zusammenarbeit selbständiger Einrichtungen mit der Absicht, ohne Aufgabe der betrieblichen Entscheidungsfreiheit, erfolgreicher zu wirtschaften. Grundsätzlich bietet genossenschaftliche Kooperation die Chance für ansonsten kaum noch wirtschaftlich tragfähige Sozialeinrichtungen, gegenüber finanzstärkeren großen Trägern konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden. Zwischenbetriebliche Kooperation ermöglicht Rationalisierungsvorteile, indem Kostensenkungen oder Ertragssteigerungen über gemeinsamen Einkauf erreicht werden. Dies gelingt durch Vermeiden von Mehrfachbearbeitungen derselben Aufgabe oder Ausnutzen von Kostendegressionen.

Literaturtipp Sozialgenossenschaften

In diesem Sammelband präsentieren 18 Autorinnen und Autoren in drei Teilen überzeugend mit sozialpolitischer, juristischer, genossenschaftswissenschaftlicher und projektpraktischer Fachlichkeit ihre Beiträge zur konzeptionellen Diskussion neuer Formen des Wirtschaftens in Genossenschaften. Ausführlich dargestellte praktische Beispiele geben konzeptionelle Einblicke in deren aufschlussreiche Erfahrungen. Für Fachleute bieten die engagierten Beiträge wichtige Anregungen zur Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee mit Perspektiven für eine soziale Ökonomie.

Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens; Paritätische Bundesakademie; Flieger, Burghard (Hrsg.) 2003: Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft. Neu-Ulm, ISBN 3-930 830-35-3, 308 Seiten mit 18 Tabellen und Abbildungen.

Bei den Verwaltungsgenossenschaften sozialer Einrichtungen geht es um Betriebsgenossenschaften, die unter anderem die Gebäude und Grundstücke verwalten, in denen soziale Leistungen und Tätigkeiten angeboten werden. Ein Beispiel hierfür ist die Spastikerhilfe Berlin eG (www.spastikerhilfe.de), die Menschen mit Körper- bzw. Schwermehrfachbehinderungen und deren Angehörigen ein breites Angebot an Unterstützung anbietet. Ebenfalls kann der Krankenpfle-

geverein eG Salzhausen zu dieser Art der Sozialgenossenschaften gerechnet werden, der seit über hundert Jahren das "Krankenhaus Salzhausen" (www.krankenhaus-salzhausen.de) betreibt.

Als weitere wichtige Gruppe der Sozialgenossenschaften können Wohnungsgenossenschaften in sozialen Brennpunkten genannt werden. Beispiele wie die Wohnungsbaugenossenschaft "Am Beutelweg" eG in Trier (www.wogebe.de) oder die Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank eG in Mannheim (http://www.wohn-eg.de/download/vortrag_pahl.pdf) sind auf jeden Fall dazu zu rechnen. Sie veranlassen ihre nutzenden Mitglieder, oftmals zu einem großen Teil Migranten, ihre Wohnungen und Häuser in Selbsthilfe zu sanieren und gründen Tochtergesellschaften, um Arbeitslose aus dem eigenen Wohnumfeld mit Service- und Instandsetzungsarbeiten in dauerhafte Beschäftigung zu bringen.

Relativ neu sind Arbeitslosengenossenschaften wie die HausGemacht eG (<http://www.muenchen.de/Wirtschaft/raw/arbeitsmarkt/strukt Wandel/152875/hausgemacht.html>) in München, die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG in Chemnitz oder die aus dem Diakoniebereich heraus entstandene Cena et Flora eG in Riesa (<http://www.neuegenossenschaften.de/gruendungen/details/cena.html>), die Schulen mit Essen versorgt und gleichzeitig eine Gärtnerei betreibt. Diese Genossenschaften werden häufig mit Unterstützung von Wohlfahrtsverbänden gegründet, um Hilfe zur Selbsthilfe für das Schaffen von Arbeitsplätzen zu geben. Bei der Hausgemacht, einer von Frauen für haushaltsnahe Dienstleistungen organisierten Unternehmung, arbeiten rund 30 Frauen mit. Trotz hoher Konkurrenz am Schwarzmarkt können sie sich halten, da Berufsgruppen wie Politiker, Richter etc. zunehmend weniger auf die preisgünstigeren illegalen Angebote zurückgreifen.

Wesentliche Änderungen für den Dritten Sektor

Durch die anstehenden Gesetzesänderungen werden bei den Arbeitslosengenossenschaften, aber auch bei anderen Formen von Sozialgenossenschaften verstärkt Gründungen erwartet. Trifft dies zu, wäre dies vor allem auf folgende Änderungen zurückzuführen:

- Die Rechtsform der Genossenschaft wird ausdrücklich auch für soziale oder kulturelle Zwecke geöffnet.
- Die Gründung von Genossenschaften wird erleichtert und die allgemeinen Rahmenbedingungen gerade für kleine Genossenschaften werden verbessert. Dazu gehört u. a. die Absenkung der Mindestmitgliederzahl von sieben auf drei.
- Bei Genossenschaften mit bis zu zwanzig Mitgliedern kann künftig durch entsprechende Satzungsbestimmung auf den Aufsichtsrat verzichtet und ein einköpfiger Vorstand eingeführt werden.

- Das Gesetz erleichtert die Kapitalbeschaffung und -erhaltung bei Genossenschaften, zum Beispiel indem eine Sachgründung zugelassen wird.

Seit über hundert Jahren steht im Genossenschaftsgesetz, dass die Genossenschaft dem „Erwerb und der Wirtschaft“ ihrer Mitglieder dient. Diese enge Formulierung gab immer wieder zu Zweifeln Anlass, wenn die Genossenschaft kulturelle und soziale Ziele verfolgen sollte, beispielsweise bei Schulen oder genossenschaftlichen Hilfs- und Pflegediensten. Das hatte Rückwirkungen auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Mit der neuen Formulierung sind diese Fragen nun geklärt. Einfacher wird mit der neuen Formulierung auch die Umwandlung von eingetragenen Vereinen in eingetragene Genossenschaften.

Klargestellt wird im überarbeiteten Gesetz, dass die Genossenschaft in ihrer Satzung vorsehen kann, dass die Mitglieder zu laufenden Geldzahlungen verpflichtet sind für Leistungen, die die Genossenschaft ihren Mitgliedern erbringt oder zur Verfügung stellt. Dies ist von Bedeutung für soziale Einrichtungen, z.B. Stadtteilgenossenschaften mit Kommunikation- und Begegnungsstätten, aber auch für Kindertagesstätten oder ähnliche Einrichtungen. Bislang war in der juristischen Literatur umstritten, ob derartige Pflichten durch die Satzung begründet werden können.

Informationen und Hilfen für Neugründungen

- Die innova eG, ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich der Weiterentwicklung genossenschaftlicher Strukturen verschrieben haben, bietet vor allem für soziale Organisationen und Arbeitslosengruppen Qualifizierungen, Beratungen und viele weitere professionelle Unterstützungen an. Kontakt: Konstantinstr. 12, 04315 Leipzig, Tel.: 0341/6810985, Email: info@innova-eg.de, www.innova-eg.de.
- Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. ist seit zwanzig Jahren bei der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Genossenschaftsgedankens aktiv mit vielen Erfolgen. Mitgliedschaftsanträge sind hier ausdrücklich erwünscht. Kontakt: Wernerstraße 24, 42653 Solingen, Email: pro-geno@t-online.de, www.genossenschaftsgedanke.de
- Der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, ZdK, gibt Rechtsberatung und Hilfen zur Vorbereitung der genossenschaftlichen Gründungsprüfung. Kontakt: Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg, Tel.: 040/2351979-79, info@zdk-hamburg.de, www.zdk-hamburg.de
- Der Prüfungsverband für kleine und mittlere Genossenschaften ist besonders aktiv im Bereich von Neugründungen und verfügt bundesweit über die Prüfungsberechtigung. Kontakt: Boxhagener Straße 76-78, 10245 Berlin, Tel.: 030/26551236, pkmg@pruefungsverband.de, www.pruefungsverband.de

Durch die Satzung kann bei Genossenschaften ein Mindestkapital (wie bei der GmbH) eingeführt werden, bei dessen Unterschreitung keine Auseinandersetzungsguthaben mehr ausgezahlt werden. Diese Regelung ist vor allem für die Genossenschaftsbanken interessant, soweit sie internationale Rechnungslegungsvorschriften anwenden. Es sind aber auch Rückwirkungen bei kleinen Genossenschaften denkbar, die die Prüfungspflicht betreffen. Denn das Haupttar-

gument für die weitergehende genossenschaftliche Prüfungspflicht war immer, dass die Genossenschaften anders als die Kapitalgesellschaften kein Mindestkapital hätten.

Außerdem wurde die neue Mitgliedergruppe der „investierenden Mitglieder“ eingeführt, die der Genossenschaft nicht beitreten, weil sie deren Angebote nutzen wollen, sondern denen es um die Geldanlage geht. Diese Vorschrift eröffnet Differenzierungsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Mitgliedergruppen, die aber noch nicht zu Ende gedacht sind. Auch bisher gab es schon bei vielen Genossenschaften „fördernde Mitglieder“, die sich für Genossenschaften im sozialen Bereich als attraktivere Variante erweisen dürften, da dies keine Dividenden- oder Verzinsungserwartungen weckt, sondern im Gegenteil die kostenlose Bereitstellung von Kapital zum Ausdruck bringt.

Genossenschaftliche Selbsthilfe stärken

Mit den aktuellen Änderungen wird die historische Intention bei der Einführung der genossenschaftlichen Rechtsform, einen gesetzlichen Rahmen für Menschen zur Verfügung zu stellen, die aus einer Mangelsituation (Not) zur wirtschaftlichen Gruppenselbsthilfe greifen, gestärkt. Wesentliches Merkmal genossenschaftlicher Selbsthilfe ist, dass die eigenen Ressourcen in Form von Arbeitskraft und Fähigkeiten, von Kapital und Boden genutzt werden. Das bedeutet, dass für die Menschen, die beispielsweise in den gegenwärtigen Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der schlechteren sozialen Versorgung zur Selbsthilfe greifen, die Wahl dieser Rechtsform nicht so teuer sein darf, dass die genossenschaftliche Selbsthilfe aus Kostengründen unterbleibt.

Grundsätzlich kommen nämlich die Vorteile der Genossenschaft in vieler Hinsicht der Situation von Menschen entgegen, die nicht über so viel Geld verfügen. Durch ihre Eignung für Großgruppen kann eine Genossenschaft, im Gegensatz zur GmbH, viele, auch kleine Finanzierungsanteile für eine Unternehmensgründung zusammentragen. Eine effiziente Methode, Eigenkapital zu bilden, das die Gründungsgruppe meist nicht allein aufbringen kann. Neben den Kunden können darüber hinaus auch Fördermitglieder und Beschäftigte Geschäftsanteile zeichnen. Durch das so erlangte Stimmrecht besteht für sie die Möglichkeit, die Genossenschaftsgeschicke mitzubestimmen.

Ein weiterer Pluspunkt ist, dass sich Eigenkapitalerhöhungen und -senkungen bzw. Ein- und Austritte relativ "unbürokratisch" durch Eintragungen in die Liste der Genossenschaftsmitglieder umsetzen lassen. Das demokratische Grundprinzip von Genossenschaften – „ein Mensch eine Stimme“ – bietet Vorteile. Die relative Gleichheit motiviert zu mehr Einsatz und stärkt die Identifikation mit dem Betrieb. Und was eine Genossenschaft noch auszeichnet: Sie verbindet soziale Leitbilder dauerhaft mit der wirtschaftlichen Betriebsform. Genossenschaften stehen für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, betriebliche und zwischenbetriebliche Demokratie und vor allem gemeinschaftlicher Selbsthilfe.

Multiplikatorenfortbildung für genossenschaftliche Projektentwicklung

Die innova eG bietet, gefördert im Rahmen von EQUAL, eine Weiterbildung an, in der Mitglieder aus Wohlfahrtsverbänden, Arbeitsagenturen, Kommunen oder FreiberuflerInnen, in die Lage versetzt werden, Genossenschaftsgründungen als ProjektentwicklerInnen erfolgreich zu begleiten. Genauere Informationen unter dem Stichwort QuaGeno bei: innova eG, Konstantinstr. 12, 04315 Leipzig, Telefon 0341/6810985

Email: info@innova-eg.de, www.innova-eg.de

Die Überzeugung, sich auf die eigene Kraft bzw. auf die Kräfte der Solidarität der Gruppen, in denen die Menschen leben, verlassen zu können, führt oft zur Ausbildung eines größeren Selbstwertgefühls. Auf diese Weise können Energien freigesetzt werden, die den Betroffenen ursprünglich nicht zugetraut wurden. Dabei stellt die Hilfe zur Selbsthilfe als begrenzte Förderung von außen einen wichtigen Ansatz dar, damit die positiven Energien von Selbsthilfe (Empowerment) überhaupt zum Tragen kommen können. Fremdhilfe sollte deshalb ausdrücklich so angelegt sein, dass sie die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Genossenschaftsmitglieder fördert.

Festzuhalten bleibt: Die Erneuerung des Genossenschaftsgesetzes erhöht die Chancen, Betroffene verstärkt zum Träger eines gemeinschaftlichen Projektes zu machen. Vorhandene Eigeninitiativen lassen sich so nutzen und bestehende Projektansätze unterstützen. Wohlfahrtsverbände und soziale Organisationen täten gut daran, sich auf die erwähnten Potentiale von Selbsthilfe zu besinnen und verstärkt neue Genossenschaften auf den Weg zu bringen. Die Gesetzesnovellierung ist ein guter Anlass hierfür.

Prüfungsbedingungen aktiv gestalten

Die Erleichterungen bei den Prüfungsanforderungen für kleine Genossenschaften ist das Kernstück der Reform. Sie werden nur greifen, wenn die Genossenschaften sich selbst aktiv um bessere Bedingungen für eine „lohnende Prüfung“ einsetzen. Bis zuletzt waren beim Ringen um die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes die beabsichtigten Erleichterungen der Prüfung für kleine Genossenschaften umstritten. Die Lösung sieht nun folgendermaßen aus: Kleine Genossenschaften werden von der besonderen Jahresabschlussprüfung gemäß § 53 Abs. 2 GenG ausgenommen. Die Schwellenwerte sind 2 Mio. € Umsatz und 1 Mio. € Bilanzsumme. Beide müssen überschritten werden, um die Prüfungspflicht für den Jahresabschluss auszulösen. Nach Angaben der Prüfungsverbände wird damit etwa die Hälfte der Genossenschaften aus der besonderen Jahresabschlussprüfung herausfallen. Hierdurch dürften ein bis zwei Tage Prüfungsaufwand und damit die entsprechenden Kosten für Kleingenossenschaften wegfallen.

Damit wird für diese Genossenschaften wieder ein Rechtszustand erreicht, der bis 1985 rund 100 Jahre als Grundlage diente. Mit den Veränderungen fallen der Verweis auf das Handelsgesetzbuch weg und damit der Verweis auf die

Wirtschaftsprüferordnung und damit die Rückkopplung zu dem IDW bzw. zum Peer Review. Die Verknüpfung zur externen Qualitätssicherung durch die Wirtschaftsprüfungskammer ist dadurch aufgehoben, die einen hohen Aufwand für die genossenschaftlichen Prüfungsverbände beinhaltet.

Informationen Thema Prüfung

Der Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften hat eine der aufschlussreichsten Informationen zum Thema Prüfung herausgegeben und zwar Burchard Bösche: Verbesserung und Verbilligung der Prüfung kleiner Genossenschaften. Pragmatische Vorschläge und ketzerische Bemerkungen, Informationen vom Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, Sonder-Nr. 06/01 Sie kann dort kostenlos angefordert werden. Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Baumeisterstr. 2, 20099 Hamburg, Tel.: 040 - 2 35 19 79 – 79, Fax: 040 - 2 35 19 79 – 67, Email: info@zdk-hamburg.de

Erste Aussagen einiger Verbände lassen erkennen, dass sie Prüfungserleichterungen und damit den Wegfall von Prüfungsgebühren nicht offensiv angehen werden. Entsprechend sollten die Genossenschaften selbst darüber nachdenken: Wie wollen wir von dem von uns ausgewählten Genossenschaftsverband geprüft werden. Schutz und Hilfe für die Genossenschaft ist das traditionelle Anliegen der genossenschaftlichen Prüfung. Der Sinn besteht also nicht vorrangig darin, die Anleger und Gläubiger zu schützen, sondern die Genossenschaftsmitglieder zu unterstützen. Die Prüfung dient einer prüfungsnahen Beratung und Betreuung. Die Prüfungsverbände sind also dazu da, dass es den Genossenschaften gut geht: Sie sollen dienenden Charakter haben.

Lohnende Prüfung anstreben

Genossenschaften, für die, die veränderte Prüfungsbedingungen relevant sind, sollten entsprechende Erwartungen deutlich benennen. Von Seiten des ZdKs, des Zentralverbandes der deutschen Konsumgenossenschaften, wird dafür der Begriff der lohnenden Prüfung verwendet: Eine Prüfung muss so angelegt sein, dass sie für die Genossenschaft mindestens so viel an Einsparungen und Umsatzsteigerungen einbringt, wie sie kostet. Bestandteil einer derartigen Prüfung ist die Risikominimierung. Diese wesentliche Veränderung wird nun durch das Gesetz und seine Änderungen möglich.

Um sie tatsächlich zu bewirken, sollten Genossenschaften folgende Anforderungen an ihre Prüfungsverbände formulieren:

1. Wir wollen eine direkte persönliche Beziehung des Prüfers zur Genossenschaft. Neue Prüfer erhöhen jeweils den Aufwand.
2. Wir wollen einen Fragebogen als Grundlage, der uns vor der Prüfung zugeht. Er dient zur Erfassung der Veränderungen und damit der Konzentration auf den Veränderungsbereich. Die Wahrheitspflicht von Aufsichtsrat und Vorstand ist hierfür zentrale Voraussetzung und Grundlage.

3. Wir wollen als Konsequenz auf den Fragebogen nur auf unsere Genossenschaft zugeschnittene Formulare ausfüllen.
4. Wir wollen eine Schlussbesprechung als Betreuung, in der uns mitgeteilt wird, was gut und was schlecht läuft. Dies ist für uns wertvoller als ein mit Textbausteinen gefüllter Prüfungsbericht.
5. Wir wollen ein System der Qualitätssicherung für die lohnende Prüfung. Dieses könnte systematisch entwickelt werden, durch Formulierung darüber, was sind die Zielsetzungen der Prüfung, mit welchen Mitteln sollen sie erreicht werden, wurden sie erreicht und wenn nicht, warum nicht.

Die Prüfung der Genossenschaften in der Schweiz

Das Genossenschaftsrecht ist in der Schweiz sehr liberal ausgestaltet. Eine Gründungsprüfung ist nicht vorgesehen. Im Unterschied zum deutschen und österreichischen Recht ist in der Schweiz darüber hinaus keine externe Revision (durch einen Prüfungsverband oder unabhängige Revisoren) gesetzlich vorgeschrieben. Die Generalversammlung einer Genossenschaft muss nach schweizerischem Obligationenrecht lediglich eine so genannte Kontrollstelle einsetzen, die aus einem oder mehreren Revisoren besteht. Die Kontrollstelle ist ein internes, aufsichtsratsähnliches Organ der Genossenschaft. Die Aufgaben der Kontrollstelle konzentrieren sich auf die Prüfung der Jahresrechnung; die im Gesetz ebenfalls erwähnte Prüfung der Geschäftsführung ist in der Praxis demgegenüber bedeutungslos, denn nach allgemeiner Ansicht darf die Geschäftsführung gerade nicht durch die Kontrollstelle überprüft werden. Als Revisoren können sowohl Mitglieder der Genossenschaft als auch externe Personen gewählt werden. Eine Genossenschaft kann in ihren Statuten auch einem Genossenschaftsverband das Prüfungsrecht einräumen. In der Praxis hat die Verbandsprüfung erhebliche Bedeutung erlangt. Sie lässt sich bis in das Jahr 1890 zurückverfolgen. Heutzutage gehören etwa 70 % der schweizerischen Genossenschaften einem Verband an.

Es ist Aufgabe der Verbände, die neuen, erleichternden Standards zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig wird aus den formulierten Fragen aber auch umgekehrt deutlich: Prüfungskosten zu sparen funktioniert nur, wenn die Genossenschaften Arbeit in die Vorbereitung ihrer Prüfung stecken. Sie müssen bereit sein, unbezahlte ehrenamtliche Arbeit an die Stelle der teuren Wirtschaftsprüfer zu setzen. Dafür ist teilweise eine zusätzliche Schulung der Vorstände und Aufsichtsräte erforderlich, manchmal allein schon damit sie die Bilanz verstehen.

Um Erwartungen an die Prüfungsverbände formulieren zu können, erscheint es sinnvoll, dass sich kleinere Genossenschaften untereinander besprechen und darüber austauschen: Was gehört nach unserer Einschätzung zu einer lohnenden und was zu einer nicht lohnenden Prüfung? Welche Erfahrungen mit der Prüfung und den Prüfungsverbänden haben wir gemacht? Wie werden die Kosten und der Zeitaufwand begründet? Wie reagiert der Verband auf Unzufriedenheit und Veränderungsvorschläge? Nur durch einen aktiven Umgang mit der Thematik Prüfung werden Veränderungen, die die Novellierung ermöglicht, tatsächlich realisiert.

Die Europäische Genossenschaft

Am 22. Juli 2003 wurde in Anlehnung an das Statut der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea) ein Statut für die Europäische Genossenschaft verabschiedet. Sie kann seit dem 18. August 2006 gegründet werden. Durch die mit der Verordnung neu geschaffene Europäische Genossenschaft werden grenzübergreifende und transnationale wirtschaftliche Betätigungen wesentlich erleichtert. Eine Europäische Genossenschaft kann gegründet werden:

- durch Neugründung von mindestens fünf natürlichen Personen, deren Wohnsitze in mindestens zwei Mitgliedstaaten liegen, oder von mindestens fünf natürlichen und juristischen Personen oder von mindestens zwei juristischen Personen, wobei mindestens zwei der natürlichen oder juristischen Personen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten ansässig sein müssen;
- durch Verschmelzung von mindestens zwei bestehenden Genossenschaften (wenn die Genossenschaften in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind);
- durch Umwandlung einer bestehenden Genossenschaft, die seit mindestens zwei Jahren eine Niederlassung oder Tochtergesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat hatte. Sie erwirbt Rechtspersönlichkeit mit dem Tag ihrer Eintragung in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat. In Deutschland ist dazu eine Eintragung in das Genossenschaftsregister erforderlich. Der Sitz der Europäischen Genossenschaft kann in einen anderen Mitgliedstaat verlegt werden, ohne dass eine Auflösung und neue Eintragung erforderlich ist. Eintragung und Löschung einer Europäischen Genossenschaft müssen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Das Mindestkapital muss 30.000 Euro betragen. Neben der Generalversammlung muss die weitere Leitungsstruktur in der Satzung festgelegt werden, wobei zwei Möglichkeiten gegeben sind:
 - das dualistische System oder
 - das monistische System.

Beim dualistischen System gibt es ein Leitungs- und ein Aufsichtsorgan. Das sind zum Beispiel der Vorstand und der Aufsichtsrat. Beim monistischen System gibt es demgegenüber nur ein Verwaltungsorgan, das die Geschäfte der Genossenschaft führt. Die Mitglieder des Verwaltungsorgans vertreten die Genossenschaft nach außen und wählen einen Vorsitzenden. Die Mitglieder des Verwaltungsorgans werden von der Generalversammlung bestellt. Die Europäische Genossenschaft kann wegen ihrer vielfältigen Gründungsmöglichkeiten eine interessante europäische Rechtsform sein.

Imshäuser Erklärung 2006

Internationale Sommerschule Solidarische Ökonomie Betriebe und regionale Entwicklung

Die Auswirkungen der vom Weltmarkt abhängigen Ökonomie sind überall spürbar: Fehlende Arbeitsplätze, steigende Aktienkurse bei gleichzeitigem Personalabbau, die Erosion der sozialen Sicherungssysteme, zunehmende Armut in den Regionen, ins Ausland abwandernde Unternehmen, Lohndumping, Ausbau des Niedriglohnssektors, usw. Immer mehr Menschen sind dadurch von Unsicherheiten, Existenzängsten und durch den Verfall der Menschenwürde bedroht.

Dem Ruf nach Alternativen ist das Fachgebiet „Soziologie der Entwicklung“ der Universität Kassel gefolgt, indem es ergänzend zur Analyse des Wachstums der Destruktivkräfte, der ökologischen Krise und sozialen Gegenwehr, alternative Lebens- und Wirtschaftsformen wissenschaftlich zu untersuchen, zu begleiten und zu fördern begonnen hat.

Im internationalen Austausch wurden Modelle „Solidarischer Ökonomien“ in ihrer Entstehung und Umsetzung untersucht und die Erkenntnisse in ihrer Übertragbarkeit auf Deutschland – hier zunächst die Region Nordhessen – bewertet. Diese Modelle basieren auf den Grundlagen der allgemeinen Menschenrechte, besonders auf den Werten Demokratie, Solidarität und dem Recht auf Entwicklung.

Eine wichtige Strategie, um dem ökologischen und sozialen Zerstörungsprozess des zunehmend unkontrollierten Weltmarktes entgegenzuwirken, ist der Aufbau von alternativen Wirtschaftsstrukturen von unten: Lokale Wirtschaftskreisläufe, soweit wie möglich unabhängig von den Zwängen des Weltmarktes sind imstande, die Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern und lebenswerte Alternativen aufzubauen. Grundlegend für diesen Prozess ist das Besinnen auf die eigenen, regionalen Ressourcen: Die Eigenversorgung mit Lebensmitteln, eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien bis hin zu eigenen Währungen. Besonders die solidarisch und selbstverwaltet arbeitenden Betriebe begegnen der Vereinzelung, der abhängigen, entfremdeten Arbeit und fördern ein solidarisches miteinander der Menschen in den Regionen. Ein Finanzsystem, das diesen Aufbau unterstützt, ist für den Prozess notwendig.

Deshalb setzen sich die Teilnehmenden der Sommerschule dafür ein:

- Durch die Verbreitung der Idee, Förderung und Unterstützung der „Solidarischen Ökonomie“ einer Wirtschafts- und Lebensweise Auftrieb zu geben, die nachhaltiges, soziales und ökologisches Wirtschaften zum Wohl von Mensch und Natur ermöglicht.
- Im regionalen und globalen Interesse, die Biosphäre und Atmosphäre nicht durch die Nutzung fossiler und atomarer Energieträger zu gefährden, sondern auf erneuerbare Energieträger umzusatteln, sei es Wasser, Solar, Wind, Biomasse.
- Im langfristigen regionalen Interesse die Gesundheit der Menschen durch gesunde Ernährung aus regionaler, saisonaler, ökologischer, gentechnikfreier Landwirtschaft zu sichern.
- Im Interesse einer regionalen Beschäftigungsstruktur, welche die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft vor Ort wahrnimmt, solidarisch arbeitende Betriebe zu unterstützen, sei es durch die Förderung der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben und Genossenschaften und/oder durch den Konsum ihrer Produkte.
- Regionalvermarktung und Bio-Fairen Handel zu betreiben und zu unterstützen.
- Mehr Transparenz und Vernetzung in der Region zu gewährleisten, z. B. durch Foren mit allen wichtigen Akteuren.
- Weiterentwicklung „Solidarischer Ökonomie“ in der Region.
- Begleitung, Beratung und Förderung von solidarischen Betrieben bzw. deren Gründungsvorhaben durch Inkubatoren (interdisziplinäre Innovationswerkstätten) zu gewährleisten.
- Prioritär sollen dabei folgende Strategien verfolgt werden:
- **Ernährung:**
 - Förderung des gemeinschaftlichen regionalen Wirtschaftens (z. B. in Form von Dorfladengenossenschaften);
 - Versorgung öffentlicher Einrichtungen durch regionale Produkte;
 - Erhalt bzw. Bildung regionaler Versorgungsstrukturen für Nahrung und Wasser.
- **Inkubation** (interdisziplinäre Innovationswerkstätten):
 - Durchführung einer lokalen Untersuchung zur Identifizierung von Zielgruppen (z. B. Benachteiligte), um sie als genossenschaftliche Kooperationspartner für nachhaltige, regionale Entwicklung zu gewinnen und zu vernetzen.
- **Energie:**
 - Förderung vielfältiger regenerativer Energieformen auf lokaler Ebene (z. B. am Fluss Wasserkraft, Energie aus Holz am Wald);
 - Initiierung gemeinschaftlicher Sanierung ggf. mit dem Ziel von Genossenschaftsbildung;
 - Erstellen einer verständlichen Übersicht über Einsparmöglichkeiten im Energiebereich und deren Förderung;

- z. B. Umstellung des kommunalen Fuhrparks auf Pflanzenöl;
- Wasserversorgung sollte in kommunaler oder genossenschaftlicher Kontrolle bleiben.
- **Finanzierung:**
 - Kommunale Ausschreibungen, die die Bewerbung genossenschaftlicher Betriebe ermöglichen;
 - Sensibilisierung und Organisation der BürgerInnen für die Nachhaltigkeitsstrategie in der Region;
 - Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. Fonds aus Einsparungen bei Sanierung öffentlicher Liegenschaften, Regiogeld, Kommunaler Nutzerpass, Gutscheine, Kleinkreditstrategien);
 - Schaffung eines regionalen Nachhaltigkeitsforums.

<i>Alves de Oliveira,</i>	<i>Rosangela</i>
<i>Bernardi,</i>	<i>Jacqueline</i>
<i>Burckhardt,</i>	<i>Günther</i>
<i>Carrera,</i>	<i>Dario</i>
<i>Cavallaro,</i>	<i>Marlis</i>
<i>Claus,</i>	<i>Martina</i>
<i>Delft,</i>	<i>Claus</i>
<i>Djuikom,</i>	<i>Marthe</i>
<i>Fischer,</i>	<i>Natalie</i>
<i>Fleischmann,</i>	<i>Heiner</i>
<i>Forneck,</i>	<i>Romeu</i>
<i>Gawora,</i>	<i>Dieter</i>
<i>Gottschalk,</i>	<i>Ulrike</i>
<i>Gutiérrez,</i>	<i>Manuela</i>
<i>Hartig,</i>	<i>Sebastian</i>
<i>Held,</i>	<i>Michael</i>
<i>Huwald,</i>	<i>Adrian</i>
<i>Müller-Plantenberg,</i>	<i>Clarita</i>
<i>Nadolny,</i>	<i>Nina</i>
<i>Nascimento-Kohl,</i>	<i>E.</i>
<i>Pontes,</i>	<i>Edjane</i>
<i>Reinhold,</i>	<i>Matthias</i>
<i>Rosa d'Avila,</i>	<i>Marcio</i>
<i>Sánchez Bajo,</i>	<i>Claudia</i>

<i>Schäfer,</i>	<i>Susanna</i>
<i>Schäfer,</i>	<i>Günter</i>
<i>Schäfers,</i>	<i>Astrid</i>
<i>Schank,</i>	<i>Kristy</i>
<i>Schweitzer,</i>	<i>Barbara</i>
<i>Spohr,</i>	<i>Martina</i>
<i>Stenzel,</i>	<i>Alexandra</i>
<i>Vetter,</i>	<i>Oliver</i>
<i>Vockenber,</i>	<i>Friedhelm</i>
<i>von Trott,</i>	<i>Renata</i>

Bebra Imshausen, den 11. Juli 2006

Die Sommerschule 2006 ist eine Kooperationsveranstaltung zwischen der AG „Solidarische Ökonomie“ der Universität Kassel, dem Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und dem DGB Nordhessen.

Presseberichte

CECOP Bericht: Internationale Sommerschule Solidarische Ökonomie – Betriebe und regionale Entwicklung, Stiftung Adam von Trott Imshausen e.V.

7.-11. Juli 2006

INTERNATIONAL SUMMER SCHOOL ON SOLIDARITY ECONOMY IN EUROPE:

ENTERPRISE AND REGIONAL DEVELOPMENT BEBRA-IMSHAUSEN, GERMANY, 7 TO 11 JULY 2006 This is the third time the Summer School takes place, this time with a focus on local and regional development. It is organised by Prof. Clarita Mueller at the Von Trott Foundation in the North Hesse countryside, which has an important history in the German resistance to the Nazi regime and later in the West-East dialogue during the Cold War (it was a few hundred meters from the wall). With about 50 participants, the school counted with the presence of professors and students from various German universities (Berlin, Kassel, Cologne, Stuttgart) as well as representatives from both catholic and protestant churches, trade unions and local government. Bruno Roelants gave a presentation on the role and contribution of worker cooperatives to local development, including some concrete examples like Ardelaine in France, which made a strong impression on the participants given the similarities between the regions of Ardeche and North Hesse. Other people from the CECOP network also took an active part: Marie Luise Cavallaro and Burghard Fliieger from NETZ, and Paolo Galeotti and Stefania Checchelani from Solco Mantova (member Federsolidarietà), accompanied by a representative of the Mantova public administration.

Several speakers were invited to share their knowledge on: European Union regional policy (Claudia Sanchez Bajo, PhD in development studies and researcher on regional integration), Italian incubators of social cooperatives (Dario Carrera from Rome Tor Vergara University), and Brazilian university incubators (Rosangela Alvez de Oliveira from Kassel University), while Burghard Fliieger presented the German cooperative incubator Innova. Through workshops based on participative methodologies, four groups worked out priorities, strategies and concrete steps for regional development, in particular on sustainable development and energy, food production and consumption, a regional incubator of solidarity economy initiatives and especially cooperatives, and regional finance and token currencies. Finally, an international declaration was discussed and signed by all those present to support and promote the initiatives approved by consensus.

ECOLE INTERNATIONALE D'ETE SUR L'ECONOMIE SOLIDAIRE EN EUROPE: L'ENTREPRISE ET LE DEVELOPPEMENT REGIONAL. BEBRA-IMSHAUSEN, ALLEMAGNE, DU 7 AU 11 JUILLET 2006

Il s'agit de la troisième école d'été qui est organisée. Cette fois, l'accent était mis sur l'entreprise et le développement régional. Elle était organisée par le Prof. Clarita Mueller de la Fondation Von Trott qui est située dans le nord du Land de la Hesse. Cet endroit possède une histoire importante dans la résistance allemande au régime Nazi et plus tard, dans le dialogue Ouest-Est pendant la guerre froide (elle se trouve à quelques centaines de mètres du mur). Parmi les 50 participants, l'école a reçu des professeurs et étudiants de nombreuses universités allemandes (Berlin, Kassel, Cologne, Stuttgart) ainsi que des représentants de l'église catholique et protestante, des syndicats et du gouvernement local.

Bruno Roelants a fait une présentation sur le rôle et la contribution des coopératives de travail associé au développement local, comprenant des exemples concrets comme Ardelaine en France, qui a grandement impressionné les participants et qui dressait les similitudes entre la région de l'Ardèche et celle du Nord de la Hesse. D'autres personnes du réseau CECOP ont activement pris part à cet événement: Marie Luise Cavallaro et Burghard Flieger de NETZ, et Paolo Galeotti et Stefania Checchelani de Solco Mantova (membre de Federsolidarietà), accompagnés d'un représentant de l'administration publique de Mantova.

Divers intervenants ont été invités à partager leur connaissances sur: la politique régionale de l'Union Européenne (Claudia Sanchez, Docteur en études développement et chercheur dans l'intégration régionale), L'incubateur italien des coopératives sociales (Dario Carrera de l'université Tor Vergara de Rome), pendant que Burghard Flieger présentait l'incubateur coopératif allemand: innova. A travers des ateliers basés sur les méthodologies participatives, 4 groupes ont travaillé sur les priorités, les stratégies et les avancées concrètes du développement régional en particulier, le développement durable et l'énergie, la production et la consommation de nourriture, un incubateur régional d'initiatives d'économie solidaire et particulièrement, les coopératives, et la finance régionale et les monnaies d'échange (token money). Finalement, une déclaration internationale a été débattue et signées par tous ceux présents pour soutenir et promouvoir les initiatives approuvées par consensus.

Publikation: FR

17/07/2006

Autor: Roland Bunzental

Abwanderung zehrt Nordhessen weiter aus

Sommerschule der Stiftung Adam von Trott diskutiert Strategien für eine regionale Entwicklung / Bürgerbeteiligung und Ökologie

Die Versorgung Nordhessens mit Energie, Wasser und Lebensmitteln sollte stärker aus lokaler, ökologisch ausgerichteter Produktion erfolgen und gemeinsam von Bürgern, Betrieben und Kommunen organisiert werden. Dies schlagen Studenten und Dozenten der Uni Kassel vor.

Bebra · Was hat der Werra-Meißner-Kreis in Nordhessen mit Distrikten in Süditalien oder Nordostbrasilien gemeinsam? Die Antwort war diese Woche Thema der "Internationalen Sommerschule" der Stiftung Adam von Trott in Imshausen bei Bebra: Die Abwanderung von meist jüngeren Arbeitskräften sowie von investierbarem Kapital zehrt die strukturschwachen Regionen weiter aus.

Der Werra-Meißner-Kreis sei in Hessen am stärksten von Abwanderung betroffen, berichtete Horst Pipper vom Amt für Wirtschaftsförderung des Kreises.

In einem viertägigen Seminar versuchten Studenten der Uni Kassel zusammen mit Vertretern von Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Genossenschaften und der Kommunalpolitik Nordhessens Ansatzpunkte für eine regionale Entwicklungsstrategie zu entwerfen.

Italienische und brasilianische Experten brachten dabei ihre Erfahrungen ein. Das Konzept, an dem die interdisziplinäre Arbeitsgruppe der Uni Kassel unter Leitung von Clarita Müller-Plantenberg seit mehreren Jahren arbeitet, steht unter dem Begriff "Solidarische Ökonomie".

Die Sommerschüler schlugen in diesem Zusammenhang vor, selbstverwaltete Genossenschaften und Gemeinschaftsbetriebe verstärkt zu fördern, um "regionale Kreisläufe mit ihrer ökologisch und sozial stabilisierenden Wirkung wieder in Gang zu setzen", erklärte Müller-Plantenberg - die Wir e.G statt der Ich AG. Pipper notierte sich denn auch als Denkanstoß, nicht mehr nur einzelne Existenzgründer zu unterstützen

Im Einzelnen präsentierten die Seminarteilnehmer Vorschläge auf den Gebieten Ernährung und Landwirtschaft, Energieversorgung, Ausbildung und Finanzierung von Entwicklung in der Region. Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion konfrontierten sie damit die Vertreter nordhessischer Landkreise und Kommunen.

Umstellung auf Rapsöl

Vorschläge wie die Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf Rapsöl, die Gründung genossenschaftlicher Tante-Emma-Läden in den Dörfern oder die Einführung eines Regionalgeldes ("Werrataler", "Kirschblüte") als Stimulanz lokaler Kreisläufe sind für Siegfried Franke, Wirtschaftsförderer in Waldeck-Frankenberg, durchaus realisierbar und zum Teil schon Wirklichkeit. Dagegen zögert er, wenn es darum geht, bei öffentlichen Ausschreibungen nicht den billigsten Anbieter zum Zuge kommen zu lassen, sondern den etwas teureren, dafür aber selbstverwalteten und lokal ansässigen Handwerker oder Dienstleister. "Wenn wir den Strom vom teureren lokalen Windkraftwerk beziehen wollen, legt sich bestimmt der Gemeinderat quer", meint Franke. Doch auch der Gemeinderat müsse auf die Arbeitsplätze in der Region wert legen, konterten die Studenten. Außerdem sei Ökostrom nicht teurer, wenn man die gesellschaftlichen Kosten der unterschiedlichen Energiequellen mit berücksichtige.

Roland Bunzenthal

18/08/2006

Publikation: FR

Hintergrund

Gemeinsam geht es besser

Das neue Genossenschaftsrecht tritt heute in Kraft. Dadurch wird vor allem die Gründung von Selbsthilfe-Kooperativen erleichtert: Die Wir e.G. (eingetragene Genossenschaft) anstelle der Ich AG.

Im März 2005 hatten 28 Arbeitslose in Freiburg die Nase voll von der vergeblichen Jobsuche. Sie gründeten gemeinsam das Serviceunternehmen Sages. Ältere Menschen können dort unterschiedliche Alltags-Dienstleistungen aus einer Hand erhalten - von der Gartenpflege bis zum Einkauf. Fast zur gleichen Zeit starteten kleine Selbstständige und andere Bewohner im Chemnitzer Viertel Sonnenberg eine Stadtteilgenossenschaft. Ziel der Gründung ist die gemeinsame Sanierung des Viertels. 2004 gründeten in Riesa 18 junge, teilweise behinderte Frauen und Männer aus dem Umfeld der Diakonie die Cena et Flora e.G., die mittlerweile fünf Schulen mit frisch gekochtem Essen versorgt und eine Gärtnerei betreibt.

So unterschiedlich ihre Entstehungsgeschichte auch ist, alle drei Unternehmen haben doch eines gemeinsam: Es handelt sich jeweils um Selbsthilfe-Kooperativen. Zwischen der individualistischen Ich-AG und der echten Aktiengesellschaft bietet die klassische Genossenschaft eine Rechtsform, die unter Unternehmensgründern und vor allem sozialen Initiativen zunehmend auf Interesse stößt. Allerdings haben die e.G.-Gründer bislang höhere Hürden zu überwinden als Personen- oder Kapitalgeschafter. Sie werden zuvor gleich zweimal geprüft: vom zuständigen Genossenschaftsverband und vom Registergericht. Das

erfordert im Schnitt fünf Tage Arbeit und bis zu 3000 Euro Kosten, weiß Burghard Bösche vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften. Dazu kommen noch Verbandspflichtbeiträge und Jahresabschlussprüfungen. Für Bösche bedeutet das eine Diskriminierung gegenüber anderen Rechtsformen.

Das soll nun anders werden: Genau drei Monate nach der Verabschiedung tritt heute das neue Genossenschaftsrecht in Kraft. So wird künftig die Rechtsform der Genossenschaft auch ausdrücklich für soziale und kulturelle Zwecke geöffnet. Bislang steht im hundertjährigen Gesetz, dass eine Genossenschaft dem "Erwerb und der Wirtschaft" ihrer Mitglieder dient.

Erleichterter Start

Zudem werde die Gründung solcher Firmen erleichtert, berichtet Burghard Flieger von der Kooperativen-Beratungsfirma innova, und die allgemeinen Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften würden verbessert. Dazu gehört unter anderem die Senkung der Mindestmitgliederzahl von sieben auf drei und die Möglichkeit, einen einköpfigen Vorstand einzuführen. Außerdem können Kooperativen bis zu zwei Millionen Euro Umsatz von der Jahresabschlussprüfung ausgenommen werden. Das Gesetz erleichtert auch die Kapitalbeschaffung, zum Beispiel indem eine Sachgründung zugelassen wird. Für Flieger kommen die Vorteile der Genossenschaft "in vieler Hinsicht der Situation von Menschen entgegen, die über nicht viel Geld verfügen." Im Gegensatz etwa zur GmbH kann sie "viele, auch kleine Finanzierungsanteile für ihre Gründung zusammentragen". Weiterer Pluspunkt sei das demokratische Grundprinzip von Genossenschaften - "ein Mensch, eine Stimme". Die relative Gleichheit "motiviert zu mehr Einsatz und stärkt die Identifikation mit dem Betrieb".

Aus der Arbeit seiner Beratungsfirma weiß Flieger, dass Neugründungen oft "weniger aus Mangel an Finanzkapital als vielmehr aus Mangel an Managementfähigkeiten" scheitern. Insgesamt biete die Selbsthilfe einer Gruppe von Interessierten und Betroffenen, die sich vernetzen und unterstützen wesentlich größere Überlebenschancen als die Selbsthilfe im Alleingang.

Vor kurzem vergab der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Solingen einen neu geschaffenen Preis für Ideen und Engagement auf dem Gebiet der Selbsthilfe-Kooperativen. Der erste Preis ging an Cena et Flora in Riesa, der zweite an Sages in Freiburg. Ihnen sei es gelungen, so die Begründung "benachteiligte Menschen in einen anspruchsvollen Prozess partizipativen Lernens und Gestaltens einzubeziehen."

Roland Bunzenthal

10/08/2006

Publikation: FR

Autor: Roland Bunzenthal

Mit Hartz IV hat das Informationsbedürfnis stark zugenommen

Acht lokale Arbeitslosen-Initiativen haben sich in Nordhessen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen/Ehrenamtliche Berater helfen den Betroffenen

Günter Schäfer hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Der 58-jährige Facharbeiter für Schweißtechnik ist seit 2004 arbeitslos. Auch wenn die Chancen in seinem Alter gering sind, bewirbt er sich regelmäßig. Doch die Arbeitslosigkeit in seiner Heimatregion Werra-Meißner-Kreis ist hoch, viele Jüngere wandern ab. Sie glauben wie die Mehrzahl der Betroffenen nicht mehr an eine Veränderung der regionalen Arbeitsmärkte. Schäfer ist nicht der Typ, der untätig zu Hause herumsitzt. 18 bis 20 Stunden in der Woche verbringt er mit der ehrenamtlichen Beratung von anderen Arbeitslosen. Mit Hartz IV habe das Informationsbedürfnis stark zugenommen. Diese Erfahrung haben auch Brigitte Schröder und Oliver Vetter gemacht - die eine in Kassel, der andere im Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Gemeinsam ist ihnen die unbezahlte Beratungstätigkeit und das Engagement in der lokalen Arbeitslosen-Initiative. Acht solcher Gruppen haben sich in Nordhessen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen.

Kommunen "sehr restriktiv"

Oliver Veters Beratungsgebiet geht weit über das Arbeitslosenrecht hinaus; Schuldner- und Rentenberatung gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben. Er selbst bezieht mittlerweile eine Erwerbsminderungsrente. Wichtig sei für Arbeitslose, dass sie couragiert auftreten - sowohl gegenüber den Ämtern als auch bei Bewerbungen. Viele seien jedoch verunsichert, meint Vetter. Hartz IV ist für die meisten Arbeitslosen mit Einkommenseinbußen verbunden, da sind sich alle drei einig. Den Regelsatz von 345 Euro hätten die wenigsten tatsächlich zur Verfügung. Vor allem seien die Kommunen sehr restriktiv bei der Erstattung der Unterkunftskosten. Es dürfe nur vor 1965 gebauten Wohnraum genutzt werden, gleichzeitig müsse man aber moderne Heizungsanlagen vorweisen - "paradox", meint Brigitte Schröder. Nach ihrer Schätzung seien die Nebenkosten meist ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt. Einem Alleinstehenden bewillige die Agentur allenfalls eine Miete von 200 Euro. Dafür finde man heutzutage keine Wohnung mehr.

Zunehmend kämen Erwerbslose in die Beratung, um sich den Bescheid der Behörde erklären zu lassen. Dabei zeigten sich häufig Fehler, so Vetter. Rund 80 Prozent der Besucher könnten Widerspruch einlegen. Tatsächlich tun dies aber nur 20 Prozent. Von den drei Ebenen der Arbeitsmarktpolitik-Agentur, Arbeitsgemeinschaften und Options-Kommunen - übten Letztere am meisten Druck aus. Dadurch hätten sie zwar hohe Vermittlungsquoten, doch klopfen die Be-

troffenen oft schon bald wieder beim Amt an. Veränderungen stellt Schäfer auch bei der beruflichen Fortbildung fest: Nicht mehr generelle Fähigkeiten würden von den Weiterbildungsträgern gefördert, sondern nur den Bedarf für einen konkreten Arbeitsplatz.

Kritik an Ein-Euro-Jobs

Seit den Hartz-Reformen müssen Arbeitslose mit der Behörde eine Eingliederungsvereinbarung abschließen. Dies sei im Grunde ein gutes Instrument, so Vetter, erhöhe aber bei nicht eingehaltenen Vorgaben die Zahl der Sperrzeiten bei der Leistung. Wenig halten die drei Berater auch von den Ein-Euro-Jobs. In Veters Landkreis gibt es 1500 davon, aber nur sieben Jobber hätten dadurch eine unbefristete Teilzeitstelle erhalten. Zudem würden die Billig-Jobs einen starken Druck auf die Löhne ausüben. Für die drei ehrenamtlichen Berater wäre es sicher sinnvoll, ihre Tätigkeit mit einer Festanstellung auf stabile Beine zu stellen. Doch weder Agentur, noch Kommune oder Gewerkschaft sind dazu bereit. Die Gewerkschaften stellten allerdings Büroräume zur Verfügung. Vetter wäre schon froh, wenn es eine kleine Aufwandsentschädigung gäbe. Doch die Gewerkschaften tun sich nach wie vor schwer, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Mitglieder zu betreuen. Zum Beispiel veranstaltete Verdi in diesem Jahr nur sechs Seminare für Arbeitslose - derzeit sei der Bedarf in Wirklichkeit zwanzigmal so hoch, schätzt Brigitte Schröder.

Roland Bunzenthal

Evangelischer Pressedienst 17-2006 (epd)

Mehr als „Dritter Sektor“

Internationaler Austausch über „Solidarische Ökonomie“

von Anja Ruf und Annette Schüssler

Zur zweiten „Internationalen Sommerschule Solidarische Ökonomie“ im Juni 2006 in Imshausen hatten die Universität Kassel, das Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche Kurhessen Waldeck und der Deutsche Gewerkschaftsbund Nordhessen eingeladen (zum ersten Kongress siehe Zeitschrift Entwicklungspolitik 21/22/2005 und eins 6-2006, S. 58). Ziel der Tagung war es nicht, nur Prinzipien und Modelle der Solidarischen Ökonomie zu diskutieren, sondern auch einen konkreten Prozess anzustoßen, die Prinzipien in Nordhessen umzusetzen. Dazu eingeladen waren auch Aktivisten aus dem Süden, die ihre Erfahrungen einbrachten und die Debatte bereicherten.

Für Dario Carrera und Paolo Galeotti aus Italien ist „Solidarische Ökonomie“ vor allem der „Dritte Sektor“, der neben der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor existiere und soziale und karitative Aufgaben nicht gewinnorientiert übernommen habe. Zum „Dritten Sektor“ gehören in Italien Genossenschaften und Konsortien, die als Sozialgenossenschaften Gruppen am Rande der Gesellschaft integrieren, sich außerdem zusammenschließen und begonnen haben, auch mit den jeweiligen Kommunen zusammenzuarbeiten. So existieren ganze Genossenschaftsregionen, in denen sich Betriebe in demokratischen Wirtschaftsstrukturen selbst verwalten.

Jacqueline Bernardi aus São Paulo, die über Solidarische Ökonomie in Brasilien, dem Land in dem der Gedanke der Solidarischen Ökonomie seine Wurzeln hat, promoviert, meldet Kritik an dem italienischen Beispiel an. Ziel sei ein auf basisdemokratischen und selbstverwalteten Prozessen aufgebautes Gemeinwesen. Das vermisse sie aber bei dem italienischen Weg. Auch der „Dritte Sektor“ gehöre zur kapitalistischen Wirtschaft, der Grundgedanke einer anderen sozialen Gesellschaft sei dort nicht zu finden.

In ihrem Heimatland Kolumbien, betont Alexandra Uran, gebe es seit den 60er Jahren Kooperativen, doch hätten diese andere Strukturen und funktionieren als Genossenschaften, die sich im Sinn der Solidarischen Ökonomie in Brasilien entwickelt haben. Kooperativen in Kolumbien wären, auch im Gegensatz zu Italien, größtenteils Produktionskooperativen mit Gewinnmaximierungsziel. Es gebe allerdings auch einige von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen initiierte Genossenschaften anderen Zuschnitts.

Patentrezepte gibt es für die Initiatoren nicht, wohl aber Möglichkeiten der Fusion der sozialen Sicherungssysteme, zunehmender Armut in den Regionen usw. zumindest lokal zu begegnen. Lokale Wirtschaftskreisläufe würden zur Stärkung der Autonomie der Regionen beitragen und könnten die Versorgung

der Bewohner mit Gütern, Dienstleistungen und durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen sichern. Daher will die Sommerschule einen konkreten Beitrag dazu leisten, den Prozess für die Region Nordhessen in Gang zu setzen. Grundlegend dafür sei, heißt es in der Abschlusserklärung, das Rückbesinnen auf die eigenen regionalen Ressourcen. Dazu gehören Dorfladengenossenschaften und andere Formen des gemeinschaftlichen Wirtschaftens ebenso wie beispielsweise die Forderung regenerativer Energieformen auf lokaler Ebene, die Umstellung des lokalen Fuhrparks auf Pflanzenöl, aber auch die Schaffung eines regionalen Nachhaltigkeitsforums.

Hessische Allgemeine

Bebra ■ Ronshausen

Lösung liegt in der Region

Internationale Sommerschule betrachtet neue solidarische Wege in der Wirtschaft

Imshausen. Kann man das Ausbluten von Regionen verhindern? Das war eine der Fragen, mit der sich die Internationale Sommerschule in der Imshäuser Stiftung Adam von Trott e. V. befasste. Die fünftägige Tagung fand statt zum Thema „Solidarische Ökonomie und regionale Entwicklung“. Gemeinsame Veranstalter waren die Arbeitsgemeinschaft „Solidarische Ökonomie“ der Universität Kassel (UNIK), das Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck und der DGB Nordhessen.

Bei Nachbarn funktioniert's

Die rund 80 Teilnehmer konnten sich dank zahlreicher Vorträge über Selbstverwaltungsbetriebe, Vernetzungen und Workshops zu „Ausbildung, Energie, Ernährung und Finanzierung“ grundlegend informieren und Erfahrungen austauschen. Die Referenten aus Argentinien, Brasilien, Frankreich, Belgien, Italien und Deutschland berichteten über praktizierte Solidarische Ökonomie in Nachbarländern.

Welche Vision trägt die Solidarische Ökonomie? Die Organisatorin der Sommerschule, die Soziologin Professorin Dr. Clarita Müller-Plantenberg (Universität Kassel), fand für sie zündende Worte: „Als Kind der Not“ entstehe die Solidarische Ökonomie, als Versuch, das Ausbluten der Regionen aufzuhalten, unter Ausnutzung neuer Technologien, als Versuch, regionale Kreisläufe wieder in Gang zu setzen, vorhandene Ressourcen ökologisch zu nutzen.

Beispiel aus Frankreich

Wie könnte dies gelingen? Zum Beispiel durch Neugründung von Genossenschaften. Demokratisch vereint sollen sie sein und geprägt durch gegenseitige Hilfe und durch gemeinsamen Besitz grundlegender Produktions- und Distributionsmittel, wie es der brasilianische Soziologe Paul Singer empfehle.

Ebenso wie in Brasilien werde die Solidarische Ökonomie seit Jahrzehnten in Frankreich und Italien erfolgreich ausgeübt. Der Generalsekretär der Europäischen Genossenschaftsvereinigung (CECOP), der Belgier Bruno Roelants, erzählte von der französischen Arbeitskooperative Ardelaine (Ardèche). Dort lebten im Jahre 1982 circa 500 Einwohner, und einige von ihnen bauten eine zerfallene Textilmühle (Wollspinnerei) mit 50.000 Euro Startkapital wieder auf. 2002 gab es dort bereits über 50.000 Schafe, 30 Jobs in einer Wollfabrik und inzwi-

schen zwei Museen mit circa 20.000 Besuchern pro Jahr. Über ganz Frankreich breitete sich von dort ein Netzwerk aus.

Roelants schloss daraus: Kapital ist nicht das Entscheidende. Eine regional begrenzte Größe der Kooperative ist für die Entwicklung günstig. Zudem benötigt die lokale Entwicklung Zeit. Nicht schneller Gewinn, sondern langfristige Visionen seien nötig. Und „Kohärenz“, also örtlicher Zusammenhang zu den gesteckten Zielen. Die französische Kooperative habe deshalb das Angebot abgelehnt, eine Fabrik in Japan zu eröffnen.

Die Vorschläge und Perspektiven der Workshops wurden als „Imshäuser Erklärung“ zusammengefasst.

netz aktuell - Ausgabe August 2006

Solidarische Ökonomie

Internationale Sommerschule: Solidarische Ökonomie und regionale Entwicklung

Mit internationalen Gästen aus der kooperativen Wirtschaft in Brasilien, Italien, Belgien und Frankreich trafen sich etwa 70 Menschen im Juli zu einer fünftägigen Sommerschule in Bebra-Imshausen (Hessen). Thema: Solidarisch Ökonomie – Betriebe und regionale Entwicklung. Mitarbeitende von NETZ, innova und unserem europäischen Dachverband CECOP nahmen teil und trugen mit verschiedenen Referaten, AG-Leitung und Dolmetschen zur Tagung bei.

Die **Erfahrungen „von unten“** aus den verschiedenen Ländern zeigten: Dem ökologischen menschlichen und sozialen Zerstörungsprozess des globalisierten Marktes und dem Ausbluten der Regionen kann auf regionaler Ebene begegnet werden durch gemeinschaftliche Unternehmensgründungen von unten, ihre regionale Vernetzung und durch Zusammenschlüsse lokaler Akteure im Produktions-, Konsum- und sozialen Bereich. Sie können regionale Kreisläufe und lokale gemeinschaftliche Strukturen wieder beleben und Ressourcen nachhaltig nutzen. Sie können von den Börsen der Global Players abgekoppelt bleiben und eigene lokale, regionale und alternative internationale Märkte entwickeln.

Dazu gibt es auch in Deutschland Ansätze, wenn auch vergleichsweise „unterentwickelt“. Was deutsche Regionen an Qualifikation und Unterstützung brauchen, damit sie – hier am Beispiel Nordhessens betrachtet – vom „Entwicklungsland“ zu Zukunftswerkstätten einer humaneren und naturfreundlicheren Wirtschaft werden können, und welche Anregungen diesbezüglich die Praxis anderer Länder liefert – auf diesen Nenner lässt sich der rote Faden der gemeinsamen „Forschung am Thema“ der Sommerschule bringen. Workshops zu Ausbildung, Energie, Finanzierung, Ernährung wechselten wie immer bei solchen Tagungen mit intensiven „Pausen“ – Gesprächen und Abenden mit „Kultur von unten“ einschließlich Wein und vielsprachigem Gesang.

Der Suchprozess der Sommerschule wird am Kongress „Wie wollen wir wirtschaften?“ ebenfalls mit internationalen Gästen fortgesetzt (vgl. Termine).

Handreichungen Genossenschaften

<http://www.autopromozionesociale.it>

<http://www.irspm2007.org>

<http://www.solidarische-oekonomie.de>

<http://www.rnf-nordhessen.de>

www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel Reader zur Solidarischen Ökonomie für die Sommerschulen

<http://www.bewegungsakademie.de>

<http://www.netz-bund.de> gibt einen Überblick über den Zusammenschluss selbstverwalteter Betriebe

<http://www.innova-eg.de> gibt einen Überblick über Artikel, Beispiele und Unterstützungsangebote für Selbsthilfegenossenschaften

<http://www.oekogeno.de> ist die ehemalige Ökobank, die neue Finanzierungshilfen für soziale und ökologische Unternehmen anbietet mit Schwerpunkt Beteiligungen

<http://www.genossenschaftsgedanke.de> gehört zum Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für neue Genossenschaften macht

<http://www.ag-bremen.de> Assistenzgenossenschaft Bremen

<http://www.lagh-hamburg.de> Hamburger Assistenzgenossenschaft e.G.

<http://www.contraste.org> bietet als Monatszeitung für Selbstorganisation regelmäßig aktuelle Informationen über neue Genossenschaften und solidarische Ökonomie

<http://neuegenossenschaften.de> informiert aus Sicht der traditionellen Genossenschaftsverbände über die Möglichkeit dieser Rechtsform und neuen Ansätzen

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), Richardstr. 99, 12043 Berlin Tel.: 030/ 6115753 Mail: willi.rgw@web.de Beratungsstelle für selbstverwaltete Projekte

www.ps-blnd.de/HA-GESCHKap1.pdf Rat für gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen (RGW)

www.european-network.de Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung

www.driv.de und www.raiffeisen.de Deutscher Raiffeisenverband

www.ica.coop/europe internationaler Genossenschaftsbund

www.aim-mutual.org International Association of Mutual Societies

www.cape-maf.org

www.cecop.coop

www.ceges.org

www.cepes.es

www.ccace.org Co-ordinating Committee of European Co-operative Associations

www.cecodhas.org Europäischer Verbindungsausschuss zur Koordinierung der sozialen Wohnungswirtschaft

www.cicopa.coop

www.eurocoop.org European Community Consumer Cooperatives

www.europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/index.htm Seite der EU-Kommission zu Unternehmensentwicklung, auch zu sozialen Unternehmen des Dritten Sektors

www.dgb.de Deutscher Gewerkschaftsbund

Autorinnen und Autoren

Alves de Oliveira, Rosângela: Doktorandin Soziologie an der Universität Kassel, zuvor Caritas Brasilien im Bereich der Solidarische Ökonomie

Carrera, Dario: Ökonom, Universität Rom "Tor Vergata", Doktorand für Öffentliche Verwaltung und Soziale Unternehmen, Assistent für Management der Non-profit-Organisationen, er arbeitet in "InVerso", Incubator Sozialer Unternehmen, Rom, (www.inversoroma.it)

Cecchelani, Stefania: Öffentlichkeitsarbeit der Sozialgenossenschaft SolCo in Mantua/ Lombardei, Italien (www.solcomantova.it)

Consolo, Livia: Präsidentin des Consorzio Nazionale della Cooperazione Sociale Gino Mattarelli (www.retecgm.org)

Eisner, Heinz-Ulrich: Koordinator der Regionalwährung „BürgerBlüte“ Kassel, (www.BürgerBlüte.de)

Fischbeck, Hans-Jürgen: Physiker „Kommunität Grimnitz“ in Joachimsthal, Brandenburg

Fleischmann, Heiner: DBG Landkreis Hersfeld Rotenburg

Flieger, Burghard: INNOVA, Ausbildung für Genossenschaftsgründer (www.genossenschaftsgedanke.de)

Franke, Siegfried: Wirtschaftsförderung GmbH, Waldeck Frankenberg (www.waldeck-frankenber.de)

Fusco, Gianmarco del: Mitglied der Verwaltung des Munizips Mantua / Lombardei, Italien

Galeotti, Paulo: Präsident der Sozialgenossenschaft SolCo in Mantua / Lombardei, Italien (www.solcomantova.it)

Gallina, Piero: Universität Bologna, Campus Forli Cesena

Groß, Dietmar: Agronom und Landwirt

Häussling, Martin: MdL und Landwirt in Hessen

Holzauer, Axel: Präsident der Wassergenossenschaft Großproppershausen

Klose, Jürgen: Forstbeamter und Mitgründer von „ARGE Naturöle“

Lüdtke, Georg: Bürgermeister von Alheim, Landkreis Hersfeld Rotenburg (www.alheim.de)

Meneguzzo, Marco: Universität Rom "Tor Vergata", Professor für Management der non-profit Organisationen, Öffentliches Management und Verwaltung, Social accounting. (www.economia.uniroma2.it)

Messina, Alessandro: Stadtverwaltung von Rom, Leiter von "Autopromozione Sociale", Öffentliche Einheit zur Unterstützung für Mikro- und Soziale Unternehmen, (www.autopromozionesociale.it)

- Müller-Plantenberg, Clarita:** Soziologin an der Universität Kassel, Amazonasforschung und Solidarische Ökonomie (www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel)
- Pipper, Horst:** Amt für Wirtschaftsförderung und Verkehr, Landkreis Werra Meißner (www.werra-meissner.de)
- Reynaerd, Els:** Inkubator für soziale Betriebe Rom, sie arbeitet in "InVerso", Incubator Sozialer Unternehmen, Rom, (www.inversoroma.it)
- Roelants, Bruno:** Master in Entwicklung und Generalsekretär von CECOP (Zusammenschluss europäischer Genossenschaften) und CICOPA (Internationale Organisation von Produktivgenossenschaften, Industrie, Handwerk und Dienstleistungen, eine spezialisierte Organisation der Internationales Genossenschafts-Allianz), Brüssel (www.cecop.coop; www.cicopa.coop)
- Sánchez Bajo, Claudia:** Expertin des Ökonomischen und Sozialen Komitees der Europäischen Kommission
- Scheiwe, Reiner:** Mitglied des Vorstandes der GSL Genossenschaftsbank, Frankfurt (www.gls.de)
- Spohr, Martina:** Soziologin, Ev. Kirche Kurhessen Waldeck
- Tent, Karsten:** Mitarbeiter der Firma Wagner & Co. Solartechnik GmbH, Cölbe

LADOK – ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

VERZEICHNIS DER LIEFERBAREN SCHRIFTEN

- 50 J. Dandler, J.R. Hernandez, P.L. Swepston: Rechte indigener Völker. Zum Abkommen 169 der OIT. 1994, 114 S., € 8,20
- 51/52 Alberto Chirif T., Pedro García, Richard Chase Smith (Hrsg.): Der Indianer und sein Territorium. 1994, 230 S., € 13,30
- 53 Projektgruppe: Tropenholz in Kassel. Deutschland und die Ökologie der Welt. 1994, 94 S., € 6,10
- 54 Martin Hartmann: Der moderne Kannibalismus, Futtermittelimporte und regionale Agrarstruktur. 1994, 65 S., € 5,10
- 55 Ute Wilke: Indianische Völker Boliviens und "Entwicklung" – Kritische Betrachtung des Weltbankprogrammes "Tierras Bajas del Este" und Auswirkungen auf die Ayoreó-Indianer. 1994, 144 S., € 8,20
- 56 Ute Wilke: Ein indianisches Lesebuch. Zweisprachig, 1995, 64 S., € 6,10
- 57 Guilherme Costa Delgado: Süd-Süd Dialog, Anmerkungen zu den Perspektiven portugiesischsprachiger Länder. 1995, 21 S., € 4,10
- 58 Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Indigene Perspektiven – Eine Debatte der Organisationen indigener Völker des Amazonasbeckens. 1996, 51 S., € 5,10
- 59/60 GhK + Elni (Hrsg.): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker. 1996, 274 S., € 14,30
- 61 A. Achito, G. Alonso Velez, A. Alvarez Aristizabal u.a.: Kollektive geistige Eigentumsrechte und Biodiversität. 1997, 111 S., € 7,20
- 62 Alfredo Wagner Berno de Almeida: Soziale Bewegungen und Staat im brasilianischen Amazonasgebiet. 1998, 33 S., € 4,10
- 63 Isabel Guillen Pinto: Die Aluminiumproduktion in Venezuela. Externalisierte Kosten zu Lasten von Gesellschaft und Natur. 1998, 116 S., € 7,20
- 64 Sabine Meißner: Produktlinienanalyse als ökonomisches Instrument – exemplifiziert am Waschmitteltensid Plantaren. 1998, 145 S., € 9,20
- 65 Jörg Handrack: Genossenschaftlicher Zinnbergbau in Bolivien. Internationale Sonderstellung und Perspektiven im Vergleich zum brasilianischen Zinnbergbau. 1998, 68 S., € 5,10
- 66/67 Eva Becker: Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt. 1998, 143 S., € 9,20
- 68 Kashyapa A.S. Yapa: Prähispanische Ingenieurtechnik in Lateinamerika und ihre Bedeutung für die Gegenwart. 2000, 73 S., € 6,10
- 69/70 Wolfram Heise: Die Rechtssituation indigener Völker in Chile. Eine rechtsethnologische Analyse der chilenischen Indianergesetzgebung (Nº 19.253) von 1993 vor dem Hintergrund der Schutzbestimmungen im Völkerrecht. 2000, 365 S., € 16,40
- 71/72 Dieter Gawora: Urucu. Soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen des Erdöl- und Erdgasprojektes Urucu im Bundesstaat Amazonas (Brasilien). 2001, 314 S., € 14,30

- 73/74 Klima-Bündnis e.V., ONIC, CECOIN: Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Kohle- und Goldförderung auf indigenen Territorien. Kolumbien, Peru und Venezuela. 2004, 142 S., € 15,00
- 75 Marcelo Sampaio Carneiro: Bäuerliche Landwirtschaft und Großprojekte. Die 90er Jahre im Bundesstaat Maranhão (Brasilien). 2002, 32 S., € 5,00.
- 76 Anja Umbach-Daniel: Biogaseinschaftsanlagen in der deutschen Landwirtschaft. Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik. 2002, 194 S., € 12,00
- 77/78 Clarita Müller-Plantenberg: Zukunft für Alle ist möglich. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. Kassel 2003, 206 S. plus Kartenwerk, € 25,00
- 79 DAAD: Universities and Rio + 10 – Paths of sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge. Kassel 2003, 178 S. +plus CD-ROM, € 15,00
- 80 H. Feldt, D. Gawora, A. Nufer u.a.: Ein anderes Amazonien ist möglich. Träume, Visionen und Perspektiven aus Amazonien, Zusammengetragen zum 60. Geburtstag von Clarita Müller-Plantenberg. Kassel 2003, 176 S., € 11,00
- 81/82 Franziska Zimmermann: Baumplantagen zur Zellstoffproduktion. Sozio-ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen in Venezuela. Kassel 2005, 217 S., € 13,-
- 83/84 Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa – Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2005, 229 S., € 13,00

SONDERDRUCKE:

Clarita MÜLLER-PLANTENBERG (Hrsg.): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien. Kassel 1988, 527 S., für Institute € 30,70, für Einzelpersonen € 25,60

Projektgruppe "Ökologie und Entwicklung" der GhK (Hrsg.): Amazonien – eine indianische Kulturlandschaft, 1988, € 5,10

Bezugsadresse:

Universität Kassel

FB 5, Lateinamerika-Dokumentationsstelle

34109 Kassel

Tel.: 0561/804-3152

Fax: 0561/804-3464

Email: eperspektiven@uni-kassel.de